



Apartheid No!

Facetten von Solidarität in der DDR und BRD



Apartheid No!

Facetten von Solidarität
in der DDR und BRD

Inhaltsverzeichnis

- 9 **Deutsche Anti-Apartheid-Solidarität**
Fragen stellen
ANDREAS BOHNE / JÖRN JAN LEIDECKER
- 15 **Facetten der Anti-Apartheid-Solidarität**
Einleitung
ANDREAS BOHNE / BERND HÜTTNER / ANJA SCHADE

Akteur*innen, Arenen und Aushandlungen

- 27 **Brüderliche Verbundenheit mit allen aufrechten Kämpfern**
Die Solidarität der DDR mit dem südafrikanischen Befreiungskampf
ANJA SCHADE
- 39 **Solidarität und Diplomatie**
Erfahrungen in Afrikas Frontstaaten und bei den Vereinten Nationen
HANS-GEORG SCHLEICHER
- 48 **„Komma, including armed struggle“**
Über das Engagement der DDR auf UNO-Ebene
INTERVIEW MIT MATTHIAS ZACHMANN
- 50 **„... für die genannten Komitees Flüge bezahlt“**
Zur internationalen Vernetzung der DDR-Solidaritätsarbeit
INTERVIEW MIT WILLI SOMMERFELD
- 51 **„Die Finnen haben uns das Papier zur Verfügung gestellt“**
Zur internationalen Zusammenarbeit
PETER STOBINSKI
- 53 **Kooperation unter der Oberfläche**
Prosüdafrikanische Lobbyarbeit und Propaganda in der Bundesrepublik
ANDREAS KAHRS

- 68 **„Wir standen wegen unserer Politik gegenüber Südafrika am Pranger der Weltöffentlichkeit“**
Die Politik der Bundesrepublik gegenüber Südafrika auf UN-Ebene
INTERVIEW MIT HANS-JOACHIM VERGAU
- 70 **„Die Suche nach dem richtigen Weg“**
Die Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland
KLAUS FREIHERR VON DER ROPP
- 75 **Zur internationalen Zusammenarbeit der westdeutschen AAB**
Meine Begegnungen und Erfahrungen
GOTTFRIED WELLMER
- 83 **Solidaritätsbewegung und Heldenverehrung**
Zur ambivalenten Bedeutung von Ikonen
HENNING MELBER
- 91 **Wie hältst du es mit der Freiheitscharta?**
Solidarität mit der Befreiungsbewegung zwischen Bekenntern und kritischer Solidarität
LOTHAR BERGER

Motive und Mobilisierung

- 103 **Sonderschichten für Nelson Mandela**
Erinnerungen an die Solidarität mit dem ANC
PETER STOBINSKI
- 112 **„Einmal haben wir eine ganze Schiffsladung Zement verschickt“**
Zur Verwirklichung der materiellen Solidarität
INTERVIEW MIT GERDA GLIENKE
- 113 **„Wir haben dann in unserer Schule Solidaritätsbasare gemacht ...“**
INTERVIEW MIT PETRA TÜRKMEN

- 115 Gute Gesichter**
Nachdenken über DDR-Kinder und ihre Solidarität mit
Unterdrückten
ANJA MAIER
- 122 „Bücherbasar auf dem Alexanderplatz“**
Über die Solidaritätsarbeit der Journalist*innen
INTERVIEW MIT JÜRGEN LESKIEN
- 123 „... mit dieser Präsenz“**
Über den Solidaritätsbasar auf dem Alexanderplatz
INTERVIEW MIT KARIN SINGH
- 125 Sand ins Getriebe gestreut**
Boykottaktionen der bundesdeutschen
Anti-Apartheid-Bewegung
INGEBORG WICK
- 139 „Wir haben auch etwas gelernt“**
Gewerkschaftliche Solidarität mit Südafrika
SIGRID THOMSEN
- 149 Karitatives Engagement vs. politische Verantwortung**
Die evangelische Kirche der DDR und die Entwicklungsländer
MARIA MAGDALENA VERBURG
- 159 Teil einer weltweiten Solidaritätsbewegung**
Die evangelischen Kirchen in der DDR und der Befreiungskampf
in Südafrika
FRIEDERIKE SCHULZE
- 168 „... dann spenden Sie kein Geld dafür“**
Ökumenische Jugendarbeit in der DDR
INTERVIEW MIT GISELHER HICKEL
- 171 Wie politisch soll Kirche sein?**
Die westdeutschen Kirchen und das südafrikanische Apartheid-
Regime bis 1989
SEBASTIAN TRIPP

178 **„... somit waren wir Teil des Problems in Südafrika“**
Zur Rolle der EKD und MAKSA
INTERVIEW MIT MARKUS BRAUN

182 **„Dann geht doch gleich rüber“**
Engagement bei den „Frauen für Südafrika – gegen Apartheid“
in West-Berlin
INTERVIEW MIT NINI KRAATZ

Kunst, Konsum und Kultur

187 **Kampagnen gegen die Apartheid in Ost- und Westdeutschland**
Plakate als Medium der Solidarität
HEIKE HARTMANN UND SUSANN LEWERENZ

217 **Zum gegenseitigen Vorteil**
Auftritte von Miriam Makeba in der DDR
ANDREAS BOHNE

229 **Anti-Apartheid-Pop**
Kontroversen um das Mandela-Konzert 1988
DETLEF SIEGFRIED

Krisen, Kritik und Kontinuitäten

241 **An der Basis**
Engagement in der Anti-Apartheid-Initiative
ILONA SCHLEICHER

248 **„Keiner hat mehr gespendet, als wir unter der Treuhand standen“**
Über die Wendezeit
INTERVIEW MIT KLAUS-DIETER PETERS

251 **Kritische Solidarität nach 1994**
Eine Bewegung erschafft sich neu
SIMONE KNAPP

265 Unfinished business!
Entschädigungsklagen von Apartheid-Opfern gegen
Unternehmen
MIRIAM SAAGE-MAASS / ANDREAS BOHNE

275 Von Cabora Bassa bis Marikana
Banken und Konzerne im Kampagnen-Fokus
JOACHIM BECKER

Was kommt?

293 Internationalismus heute
Perspektiven und Probleme eines linken Grundwertes
PETER WAHL

303 Zur Notwendigkeit eines Neuen Internationalismus
Einige vorläufige Gedanken und Thesen
BORIS KANZLEITER

311 Impressum

Andreas Bohne / Jörn Jan Leidecker

Deutsche Anti-Apartheid-Solidarität

Fragen stellen

Mitte 2017 erhielt die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Anfrage des südafrikanischen Museums Liliesleaf. Auf dem Gelände der alten Farm Liliesleaf befand sich zwischen 1961 und 1963 ein geheimer Treffpunkt südafrikanischer Anti-Apartheid-Aktivist*innen. Bei einer Razzia der südafrikanischen Geheimpolizei wurden 19 Personen, darunter Nelson Mandela und Denis Goldberg, festgenommen und zu langjährigen und lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt. Seit vielen Jahren wird auf dem Gelände durch Ausstellungen und Veranstaltungen an den Widerstand gegen das Apartheid-Regime erinnert.

Die Anfrage kam von Nicolas Wolpe, dem Sohn des bekannten Anti-Apartheid-Aktivisten Harold Wolpe und langjährigen Leiter des Museums. Unter dem Titel „Memory against forgetting“ werden in Liliesleaf die vielfältigen Facetten der internationalen Solidarität dokumentiert, die neben der Massenmobilisierung, der Untergrundarbeit und der Gründung des bewaffneten Arms des ANC, des Umkhonto we Sizwe, als vierte entscheidende Säule im südafrikanischen Befreiungskampf gilt. Nach Schweden und Norwegen sollte als dritter Staat die DDR einen eigenen Ausstellungsraum erhalten.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Solidarität kein einfaches Unterfangen. Wir sind uns bewusst, dass wir es mit einem Paradox zu tun haben: Während Solidarität geleistet und „Freiheit“ für die Mehrheit der Menschen in Südafrika eingefordert wurde, blieben grundlegende demokratische Rechte und menschenrechtliche Standards der eigenen Bevölkerung versagt. Dennoch haben sich unzählige Personen aus Staat, Kirche und Zivilgesellschaft der DDR engagiert. Dass in der DDR internationale Solidarität staatliche Programmatik war und durchaus außenpolitischen Interessen im Kalten Krieg diente, soll dieses Engagement weder delegitimieren noch den Einsatz, die Empathie und die Leistungen der einzelnen Akteur*innen mindern, sondern im Gegenteil mit einem kritischen Blick in all seinen Facetten beschreiben, hervorheben und wertschätzen.

Die Bedeutung der oft vernachlässigten ostdeutschen Solidaritätsarbeit

in der deutschen Erinnerungskultur und Geschichtsschreibung zu stärken ist ein Ziel dieser Publikation und der gleichzeitig freigeschalteten Webseite (www.apartheid-no.de). Solche Solidarität war keineswegs exklusiv. Den Kampf gegen die Apartheid unterstützten zwar nur einige wenige Staaten, aber unzählige zivilgesellschaftliche Bewegungen und Initiativen, auch in der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu ihren ostdeutschen Verbündeten im Kampf gegen die Apartheid agierten die westdeutschen Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen jedoch innerhalb eines Systems, das nicht nur große Sympathien für das Apartheid-Regime hegte, sondern es offen und offensiv unterstützte.

Notwendige Reflexion und unbequeme Fragen

Solidarität ist vielseitig, wird aber oftmals als „Einbahnstraße“ wahrgenommen. Daher gehört Reflexion des eigenen Tuns zur Solidarität hinzu. Eine kritische Wertschätzung der Anti-Apartheid-Solidarität, wie wir sie hier vornehmen wollen, muss deshalb auch unbequeme Fragen zulassen. Wir müssen uns beispielsweise fragen, welche Rolle eurozentrischer Paternalismus im Rahmen der Solidaritätsbewegung spielte, in der eine afrikanische „agency“ bestimmend war oder zumindest sein sollte. Aktivist*innen aus dem südlichen Afrika suchten Unterstützung, Unterstützer*innen aus dem Norden boten diese als externe „Hilfe“ an, stellten Ressourcen, Zeit und Geld zur Verfügung, ermöglichten Zugänge zu politischen (internationalen) Arenen. Sie nahmen damit Einfluss und schufen damit im schlimmsten Fall Abhängigkeiten oder nötigten zu Zugeständnissen. Wie wurden die Akteur*innen in dem heterogenen Feld wahrgenommen, wie sahen Machtpositionen und interessengeleitete Narrative aus? Wurden nicht ungewollt Dualismen reproduziert – der Freiheitskampf im südlichen Afrika und Repression in Europa?

Eine kritische Reflexion muss sich ebenso der Art und Weise, wie Solidarität geübt wurde, widmen. Exemplarisch zeigt sich das bei der Ikonisierung von Protagonist*innen der Befreiungsbewegung. Um Bewusstsein zu schaffen und um Kampagnen zu initiieren, benötigt es leichte Zugänge, etwa bekannte Persönlichkeiten. Oftmals wird die Heroisierung von Nelson Mandela kritisiert, denn neben ihm gab es eine Vielzahl von Aktivist*innen, die Ähnliches durchlitten haben und in ihrer Rhetorik und Aktion radikaler waren, wie etwa Steve Biko, Ruth First, Winnie Mandela, Robert Sobukwe, Chris Hani und viele andere. Ist es pragmatischen Gründen geschuldet,

sich auf wenige Personen zu konzentrieren, weil man glaubt, nur so eine (transnationale) Mobilisierung erreichen zu können? Verstrickt man sich nicht in Widersprüche und fällt hinter eigenen Ansprüchen zurück, wenn Personen vor Programme gestellt werden?

Stärker noch gilt das für die Erinnerung an südafrikanischen Anti-Apartheid-Aktivist*innen, an Parteikader des African National Congress (ANC) oder Pan Africanist Congress (PAC), an Gewerkschafter*innen, Student*innen, Aktivist*innen der United Democratic Front (UDF) oder an die Bevölkerungsmehrheit insgesamt, die es bei Protesten, Märschen, Beerdigungen immer wieder wagten, sich offen und aufopfernd gegen das Regime zu stellen. Trotz des Anteils, den die internationale Solidarität am Erfolg des Befreiungskampfes hatte, darf eine Reflexion der internationalen Anti-Apartheid-Bewegungen sich nicht in einer Selbstvergewisserung erschöpfen und dabei das emanzipatorische und kämpferische Potenzial der südafrikanischen Aktivist*innen überdecken. Die internationale Solidarität war wichtig, aber eben „nur“ ein Baustein in der Überwindung der Apartheid.

Bereits 1961 rief das britische Anti-Apartheid Movement (AAM) zusammen mit der British Musicians Union zu einem Auftrittsboykott von Musiker*innen in Südafrika auf. Ende der 1960er-Jahre kam das Thema Boykott in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur auf die Tagesordnung, als die Mitgliedsstaaten von den Vereinten Nationen dazu aufgerufen wurden, um Südafrika zu isolieren. „Sanktionen“ und „Boykotte“ als politische Instrumente sind auch in der Gegenwart nicht unumstritten. Das gilt ebenfalls für die Unterstützung bewaffneter Kämpfe. Viele, die sich als „Linke“ bezeichnen, verstehen sich (überwiegend) als gewaltfrei, doch der südafrikanische Befreiungskampf, hier mit Betonung auf „Kampf“, wurde kaum infrage gestellt.

Und schließlich müssen sich die Akteur*innen und Sympathisant*innen der Anti-Apartheid-Solidarität fragen, ob sie nicht zu große und unrealistische Hoffnungen in die Zeit nach 1994 gesetzt haben. Viele westeuropäische Aktivist*innen, viele Linke und viele ostdeutsche Engagierte hofften nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus auf ein demokratisches und sozialistisches Südafrika, in dem die Werte der „Freedom Charter“ der Maßstab der politischen und sozio-ökonomischen Transformation sein würden. Dass dann die ANC-Regierung in den folgenden Jahren – trotz einer progressiven Verfassung – das kapitalistische System weiterführte, jegliche sozialistische (Umverteilungs-) Rhetorik fallen ließ und sogar – mit Verweis auf ihre Geschichte als Befreiungsbewegung – eine politische Herrschaftselite reproduzierte, ver-

unsicherte und enttäuschte viele ehemalige Aktivist*innen. Dass die früheren Verbündeten nicht das erreichten bzw. umsetzten, wozu man selbst nicht imstande war, erschien als weitere Enttäuschung. Daran änderte auch nichts, dass der ANC demokratisch durch Wahlen legitimiert und mandatiert war.

Der Philosoph Jacques Derrida hat die Apartheid einmal wie folgt definiert: „By itself the word occupies the terrain like a concentration camp. System of partition, barbed wire, crowds of mapped out solitude [...] The word concentrates separation, raises it to another power and sets separation itself apart: ‚apartitinality‘, something like that“. Diese beeindruckende Definition teilt unseres Erachtens die Schwäche vieler Einschätzungen und Definitionen. Die Übersetzung des Wortes „Apartheid“ mit „Trennung“ stellt oftmals lediglich auf Separierung, Klassifizierung, Ausschluss und Zuschreibung von Bevölkerungsgruppen ab und reduziert gelegentlich sogar das Regime allein auf diesen Punkt. Doch war Apartheid mehr, sie war ein grundlegend rassistisch-kapitalistisches System, deren Herrschaftsverhältnisse eben nicht nur auf Ausschluss, sondern explizit auf Warenproduktion basierten. Damit war Anti-Apartheid-Kampf immer auch ein Kampf gegen ein kapitalistisches System, der Kämpfe der Arbeiterklasse mit Fragen der Organisation von Arbeit, mit der Eigentumsfrage und mit den Kämpfen der „neuen sozialen Bewegungen“, die zum Beispiel Geschlechtergerechtigkeit forterten, vereinte. Es ist allerdings zu konstatieren, dass diese sozioökonomische Transformation leider oftmals deutlich hinter den überwiegend politischen Forderungen zurückblieb. Und mit der Überwindung der Apartheid wurde klassenkämpferisches Pathos meist endgültig ad acta gelegt.

12

Anti-Apartheid-Solidarität als Blaupause für progressive, transnationale Solidarität heute?

Håkan Thörn sieht in der Anti-Apartheid-Bewegung eine länderübergreifende Bewegung aus Netzwerken und Aktionsformen, eine politische Globalisierung,¹ die eine „transnationale politische Kultur“ hervorbrachte, indem sie politischen Erfahrungen, Identitäten, Strategien und Projekte artikuliert und teilt.

¹ Thörn, Håkan: The Meaning(s) of Solidarity: Narratives of Anti-Apartheid Activism, in: Journal of Southern African Studies, 35 (2009) 2, Liberation Struggles, Exile and International Solidarity, S. 417–436.

Anti-Apartheid-Solidarität hatte eine nationale Dimension mit transnationalen Charakter. Das heißt, es existierte zwar mit der Überwindung der Apartheid ein gemeinsames, übergeordnetes und integratives Ziel, aber es gab system(at)ische Unterschiede der Solidaritätsarbeit in den einzelnen Ländern, die aus je spezifischen historischen Strängen, politischen Systemen, sozioökonomischen und institutionellen Faktoren resultierten. Und die Solidarität wurde auf verschiedene Art und Weise organisiert, unterschiedlich genutzt und durchaus auch instrumentalisiert. Grenzübergreifende Zusammenarbeit bei einzelnen Aktionen oder gar Netzwerke waren eher selten, nicht zuletzt wegen der politischen Großwetterlage, der Ost-West-Konfrontation. Doch gab es auch Gemeinsamkeiten: So ist die Anti-Apartheid-Solidarität als eine soziale Bewegung zu charakterisieren, die auf gemeinsamen Vorstellungen, hier dem allgemein geteilten Wunsch nach Überwindung der Apartheid, mit den Aktivist*innen vor Ort beruht. Damit kann sie als kritische Blaupause eines Neuen Internationalismus dienen. Und ein solcher ist dringend notwendig. Zentrale Problemlagen und Herausforderungen sind nur noch im internationalen Maßstab zu diskutieren und anzugehen, weil die politischen Agenden des globalen Nordens sich in negativer Weise auf den und im globalen Süden auswirken. Gerade in der Linken wird daher zunehmend eine Debatte um einen Neuen Internationalismus geführt, der Ansätze vergangener internationaler Solidaritätsbewegungen aufgreift, weiterentwickelt und an aktuellen Debatten auszurichten versucht. Diese Publikation versucht – neben der erinnerungspolitischen Zielsetzung – dazu einen Beitrag zu leisten.

13

Andreas Bohne studierte Geografie, Afrikawissenschaften und Internationale Agrarwissenschaften und arbeitet zurzeit als Referent im Afrikareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Daneben ist er seit vielen Jahren in erinnerungspolitischen Initiativen aktiv.

Jörn Jan Leidecker ist Historiker und Politikwissenschaftler mit einem besonderen Fokus auf Ruanda und Südafrika. Seit 2016 ist er Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das südliche Afrika mit Sitz in Johannesburg.

Einleitung

Facetten der Anti-Apartheid- Solidarität

In Zeiten eines wiedererstarkenden nationalen Egoismus scheint (inter-nationale) Solidarität aus dem Blickfeld zu geraten. Solidarität ist umstritten, über Solidarität wird gestritten und Solidarität wird (de-)konstruiert. Solidarität ist auch divers: Staatliches, kollektives und individuelles Engagement prägen sie, die Interessen, die Motivationen und das Handlungs-repertoire von Akteur*innen sind verschieden. Man „übte Solidarität“, aber was bedeutet das?

Die Solidarität mit dem ANC im Kampf gegen das südafrikanische Apartheid-Regime gilt als Inbegriff internationalistischer Praxis. Und sie gilt als Referenz: Auf den ersten Blick erscheint der Zugang zur Anti-Apartheid-Solidarität einfach. Sie war erfolgreich in ihrem Beitrag zur Überwindung der Apartheid, sie scheint leicht einordbar zu sein, die Motive gleich und einleuchtend. Aber nicht nur die Anti-Apartheid-Gruppierungen in Skandinavien, Großbritannien, den Niederlanden oder den USA ergeben ein unterschiedliches Bild. Die Bewegung war diffus und – jenseits ihrer Einigkeit in Bezug auf das große Ziel Abschaffung der Apartheid – in den Fragen nach dem Wie und der Unterstützung wessen nicht frei von Widersprüchen und Gegensätzen. Das gilt auch für die ost- und die west-deutsche Anti-Apartheid-Solidarität. Und damit ist nicht nur der immer wieder betonte Unterschied zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in der Bundesrepublik und der staatlichen Politik der DDR gemeint. Denn während in der DDR die Unterstützung des ANC und die Ächtung des Apartheid-Regimes Staatsräson waren, der sich alle Solidaritätsaktivitäten unterordneten, so gab es doch insbesondere in kirchlichen Zusammenhängen eine Diskussion um den bewaffneten Kampf des ANC sowie um die Nähe zur Staatspolitik, welche die Unterstützung des ANC automatisch bedeutete. In der Bundesrepublik hingegen war weder die

einseitige Unterstützung des ANC noch eine klare Positionierung gegen Apartheid Konsens. Die erbitterte Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über den „richtigen Weg“ und die „richtige Befreiungsbewegung“ verlief in der Bundesrepublik nicht nur zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, sondern sie war auch symptomatisch für das gesellschaftliche Anti-Apartheid-Engagement.

In den vergangenen Jahren erschienen viele Abhandlungen, die sich der internationalen Solidarität der DDR und der Bundesrepublik annäherten. Sie alle verweisen auf Komplexität, die Vielfalt der Perspektiven und Handlungsoptionen, beleuchten jedoch jeweils Einzelaspekte der Thematik. Anspruch der vorliegenden Publikation ist es, eine Vielzahl von Facetten der ost- und westdeutschen Solidarität sichtbar zu machen, heterogene, auch widersprüchliche Motive der diversen Akteur*innen nachzuzeichnen, die historischen Erfahrungen zu reflektieren sowie die vielfältigen Protestformen und Repertoires gesamtdeutscher Solidarität zu beleuchten. Handlungsformen und -motive differierten allein aufgrund der politischen Systemunterschiede und der damit gesetzten Rahmen, innerhalb derer Solidarität stattfand. Ein Vergleich, der häufig auf eine Beurteilung hinausläuft, wird deshalb in dieser Publikation nicht angestrebt. Ziel ist vielmehr eine multiperspektivische Darstellung dieses Teils deutscher Geschichte.

16

Obwohl überwiegend Personen zu Wort kommen, die in bedeutenden Rollen und Positionen agierten, wurde Solidarität von breiten Bevölkerungsschichten in Ost und West getragen. Schnell war uns klar, dass wir in einer Publikation trotz des breiten Spektrums, das wir aufzeigen wollen, nur einige der vielen Repertoires und Akteur*innen abbilden können. Solche Darstellungen müssen immer unvollständig bleiben. Gleichwohl setzen wir auf Vielfalt nicht nur bei den Autor*innen, sondern auch bei den Textformen: wissenschaftliche§ Perspektiven in Analysen, Berichte von Zeitzeug*innen, Interviewausschnitte und Essays sind Ausdruck (kritischer) Reflexion sowohl von involvierten Personen als auch von mit der Anti-Apartheid-Solidarität sympathisierenden Beobachter*innen.

Wer mit wem? Protest im Zeichen von Widersprüchen

Die DDR-Regierung engagierte sich früh eindeutig aufseiten der Befreiungsbewegung ANC und der sie unterstützenden Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP). **Anja Schade** skizziert in ihrem Überblicksartikel die Voraussetzungen und Grenzen dieser Solidaritätsarbeit (in) der DDR zu Südafrika. Diese hatte eine ideelle, aber auch eine materielle

Seite. Schade umreißt den ideologischen Rahmen, die diplomatischen Aktivitäten und die Solidaritätsarbeit im DDR-Alltag. Noch heute wird die DDR häufig als Land gesehen, dessen Politik vornehmlich im Rahmen des Ostblocks stattfand und das ansonsten international isoliert war. Dass dem nicht so war, sondern die DDR gerade im Kampf gegen Apartheid eine sehr aktive internationale Rolle spielte, machen zwei Darstellungen deutlich: **Hans-Georg Schleicher**, ehemaliger DDR-Botschafter und Vertreter der DDR im UN-Sicherheitsrat, erinnert sich in seinem Aufsatz an die für ihn prägenden Begegnungen mit exilierten südafrikanischen Aktivist*innen; **Matthias Zachmann** gibt als ehemaliger Mitarbeiter des „Special Committee Against Apartheid“ der Vereinten Nationen einen Einblick in dessen Arbeit.

Die Solidaritätsstrukturen der DDR waren international vernetzt und wirkten nicht nur in Richtung Südafrika, sondern auch zwischen den verschiedenen Akteur*innen. Darauf verweist **Peter Stobinski** im Interview. So half etwa das finnische Solidaritätskomitee der DDR bei Papierknappheit aus. **Willi Sommerfeld** zeigt, dass diese Vernetzung auch die innerdeutsche Grenze überwand.

Solidarität ist eigentlich ein genuines Thema der Linken, doch haben sich auch konservative bis rechte Kreise des Wortes bedient, man kann gleichsam von einer Form der „Counter-Solidarität“ sprechen. Der Historiker **Andreas Kahrs** belegt in seinem Artikel eindrucksvoll, wie sich in der BRD eine Lobbyarbeit zugunsten des südafrikanischen Apartheid-Staats entwickelte und in den westdeutschen politischen Kreisen auf viel Unterstützung und Verständnis traf. Während Kahrs' Ausführungen Einblicke in die Politik hinter den Kulissen geben, umreißt der ehemalige Vertreter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Bonn/Berlin, **Klaus Freiherr von der Ropp**, sowohl die damalige Südafrika-Politik der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt als auch der christlich-liberalen Regierung Kohl. Die Auseinandersetzungen um den „richtigen Weg“ im Umgang mit dem Apartheid-Regime werden hier ebenso deutlich wie die Rolle der jeweiligen politischen Stiftungen. Auf die Namibia-Initiative, an deren Verhandlungen anfänglich auch die Bundesrepublik teilnahm, gehen sowohl von der Ropp ein als auch der politische Referent an der UN-Vertretung in New York, **Hans-Joachim Vergau**. Aus eigener Erfahrung schildert Vergau die Gründung der Namibia-Initiative und gibt Einblicke in die Politik der UN-Generalversammlung.

International waren auch die Verbindungen und die Kontakte der westdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung auf zivilgesellschaftlicher Ebene,

die **Gottfried Wellmer** Revue passieren lässt. Während die Unterstützung des ANC und der SACP in der DDR gesetzt war und andere Bewegungen wie der Pan Africanist Congress (PAC) kritisch gesehen wurden, war die Unterstützung in der westdeutschen Bewegung keineswegs so klar definiert. **Lothar Berger** schildert, wie sich die Fraktionierungen und Rivalitäten der schwarzen südafrikanischen Opposition in der bundesrepublikanischen Solidaritätsbewegung niederschlugen – und deren Arbeit nicht immer erleichterten. Wer mit wem reden und wer für wen sprechen durfte, darüber gab es oft teilweise scharfe Auseinandersetzungen. Der Anti-Apartheid-Kampf benötigte etablierte Personen mit Symbolkraft, die vereinigend wirkten. Nelson Mandela war sicherlich einer, dessen Legitimation und Strahlkraft niemand infrage stellte. Die Ikonisierung Mandelas diente der notwendigen Mobilisierung und war für den friedlichen Übergang zur Post-Apartheid-Ära in Südafrika von großer Bedeutung. Jede Überhöhung führt aber auch zu Ambivalenzen, wie **Henning Melber** argumentiert.

Wer? Motive und Mobilisierung

18

Die Formen des Protests gegen Apartheid waren sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik breit gefächert. Während man vielerorts behauptet, dass sich die Solidarität der Menschen in der DDR vornehmlich auf den Erwerb von Soli-Marken und das Postulieren von Solidarität auf Großdemonstrationen beschränkte, zeigt **Peter Stobinski**, wie vielfältig der gesellschaftliche Protest gegen Apartheid war. Trotz der Einbettung der Aktivitäten in zumeist staatliche Strukturen und Institutionen reichten die Formen der Solidarität von Musikfestivals über die ärztliche Behandlung Verwundeter bis hin zum Druck des ANC-Sprachrohrs *Sechaba*, Arbeitskollektive, Künstler*innen und Journalist*innen waren wichtige Träger*innen dieser Aktivitäten. Das enorme persönliche Engagement vieler wird deutlich im Interview mit **Gerda Gliencke**, die mehrere Jahre im Solidaritätskomitee für die Beschaffung materieller Güter zuständig war. Einsicht in die Einbindung des Themas Solidarität in den Schulalltag gibt die damalige Kunstlehrerin **Petra Türkmen**. **Anja Maier**, die heute Journalistin bei der *tageszeitung* ist und die als Jugendliche an einer Postkartenaktion für Nelson Mandela teilgenommen hat, betrachtet mit kritischem Abstand die damalige Solidaritätspraxis mit Unterdrückten in fernen Ländern: Denn Stifte-Sammeln war die eine Seite der Medaille, die Konkurrenz mit ausländischen Mitbürger*innen um Mangelware im Inland die andere.

Dass Solidaritätsaktionen große Menschenmengen anzogen, belegen die Ausschnitte von Interviews mit **Karin Singh** und **Jürgen Leskien**, die beide vom jährlichen Solidaritätsbasar des Schriftstellerverbands der DDR berichten.

Ganz anders und viel konfrontativer als in der DDR gestaltete sich die Anti-Apartheid-Arbeit in der Bundesrepublik. Hier befand man sich in Frontalopposition zur Politik der jeweiligen Regierung sowie der Wirtschaftseliten. **Ingeborg Wick**, Geschäftsführerin der im Jahr 1974 gegründeten Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), schildert aus langjähriger Erfahrung die aufreibenden Auseinandersetzungen mit Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft, gibt Einsichten in die Kreativität subversiver Informationsbeschaffung und legt Zeugnis ab vom unermüdlichen Kampf Davids gegen Goliath. Die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften war in Bezug auf Solidaritätsaktionen nicht eindeutig, wie **Sigrid Thomsen** ausführt. Erst ab den 1980er-Jahren unterstützten sie offensiv südafrikanische Gewerkschafter*innen und deren politische Positionen. Die Diskussionen über Boykotte oder den Abzug deutscher Investitionen aus Südafrika fanden dagegen bis zum Schluss statt.

Das Engagement der Kirchen gegen Apartheid sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik waren wichtige Säulen des Protests. **Maria-Magdalena Verburg** thematisiert die internationalen Verbindungen der ostdeutschen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und die Umsetzung des Anti-Rassismus-Programms in der DDR durch den Bund Evangelischer Kirchen (BEK). Der Sonderfonds des Anti-Rassismus-Programms, der Befreiungsbewegungen wie den ANC ohne Einschränkungen – und damit indirekt auch den bewaffneten Kampf – unterstützte, rief zwar in ostdeutschen Kirchengruppen mitunter Widerspruch hervor, doch gab es eine grundsätzliche Befürwortung des Programms in der DDR – im Unterschied zur westdeutschen Schwester, der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Auf die Politik der EKD mit ihren Kontakten zu weißen, deutschen Kirchengemeinden in Südafrika geht **Sebastian Tripp** ein, beschreibt die Kritikpunkte der EKD am Sonderfonds und deren Suche nach einem alternativen Weg zum Anti-Rassismus-Programm. Doch Tripp verdeutlicht anhand zweier Beispiele auch, dass sich kirchliche Gruppen wie der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) und die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD) durchaus für einen anderen Weg entschieden und den ANC vorbehaltlos unterstützten. Die beiden wissenschaftlichen Darstellungen Verburgs und Tripps werden durch Interviewausschnitte und Aussagen von Zeitzeug*innen ergänzt.

Die Pastorin **Friederike Schulze** berichtet über die Arbeit der Gossner Mission der DDR in Bezug auf Südafrika und **Giselher Hickel**, späterer Generalsekretär des Ökumenischen Jugendrats in Europa, gibt unter anderem Einblicke in die Anti-Apartheid-Arbeit seiner Jungen Gemeinde in Sachsen. **Markus Braun**, Mitbegründer des MAKSA, erinnert sich an seine Erfahrungen in Südafrika, die zur Gründung von MAKSA und später der AAB führten. **Nini Kraatz**, Mitglied der Westberliner „Frauen für Südafrika – gegen Apartheid“, berichtet von den Herausforderungen der Arbeit an der Basis.

Wie? Kunst, Konsum und Kultur

Protest war divers: von Postkartenaktionen und Plakatdrucken über Konsumboykotte bis zu Kunstformen. Viele Repertoires skizzieren und beschreiben die oben genannten Autor*innen. Plakate und Musik eignen sich besonders, um politischen Protest in den öffentlichen Raum zu tragen und Milieus außerhalb der eigenen Bewegung zu erreichen. **Susann Lewerenz** und **Heike Hartmann** nehmen sich der Anti-Apartheid-Plakate an und stellen sie in den jeweiligen Kontext. Musik war seit Beginn ein wichtiges Medium des Protestes, sowohl in Südafrika selbst als auch auf internationalen Bühnen. Miriam Makeba ist eine der bekanntesten Künstler*innen, die Politik und Musik in einer Person vereinen. Mehrfach trat sie ab den 1970er-Jahren in der DDR auf. **Andreas Bohne** zeichnet in seinem Beitrag nach, wie ihre Auftritte wahrgenommen wurden und welche Rolle diese spielten. Makeba trat auch auf dem Konzert im Londoner Wembley-Stadion zu Mandelas 70. Geburtstag auf, ein eindrückliches Zeugnis dafür, wie die populäre Musik in den Anti-Apartheid-Protest Eingang fand. **Detlef Siegfried** umreißt, wie im Großbritannien der 1980er-Jahre die dortige Solidaritätsbewegung von der Kooperation mit dem Musikbusiness profitierte. Das große, vom Fernsehen übertragene Festival bezeichnet er als ein wirkungsvolles Mittel im Kampf gegen Apartheid. Ein solches populäres Agieren gab es in der Bundesrepublik aufgrund organisatorischer Schwäche und Vorbehalte nicht.

20

Was bleibt? Krisen, Kritik und Kontinuität

1989/90 und das Jahr 1994 stellten für die Anti-Apartheid-Solidarität Bruchstellen dar. Mit dem Mauerfall und der deutschen Einheit zerfielen die geordneten Bahnen der staatlichen Solidarität in der DDR. Und mit der Freilassung von Mandela und den ersten Wahlen 1994, an denen alle teilnehmen durften, stellten sich auch in Südafrika neue Herausforderun-

gen. Nun galt es, sich in den neuen politischen Realitäten zurechtzufinden und Brücken zu bauen. **Ilona Schleicher** beschreibt diese Jahre mit der Gründung der Anti-Apartheid-Initiative (AAI), dem Findungsprozess und den neuen Beziehungen sowohl zu den unabhängigen und kirchlichen Akteur*innen im Osten als auch zu den westlichen Aktivist*innen.

Klaus-Dieter Peters war einer der letzten Mitarbeiter*innen des Solidaritätskomitees der DDR vor dessen Abwicklung und beschreibt die Auswirkungen der politischen Wendezeit mit Blick auf den ANC und das Solidaritätskomitee.

Auch für die westdeutsche Bewegung verliefen diese Jahre nicht ohne (Um-)Brüche. Die notwendige „Neu(er)findung“ der Akteur*innen und die Umwandlung der politischen in Projektarbeit sowohl in Südafrika als auch in Deutschland nach 1994 skizziert **Simone Knapp**. Nach 1994 ging es um Aufarbeitung und um die Überwindung der diversen Apartheid-Folgen. Die südafrikanische NRO Khulumani fasste das prägnant im Slogan „Transform Victims to Actors“ zusammen. Insbesondere die einstige Unterstützung transnationaler Unternehmen für das Apartheid-Regime rückte in den Fokus. Neben der Öffnung der Archive als Beitrag zur Traumabewältigung sollten auf juristischem Weg Entschädigungen erzwungen werden.

Miriam Saage-Maaß und **Andreas Bohne** berichten von den rechtlichen Klagen gegen US-amerikanische und europäische Unternehmen, die von Aktivist*innen angestrengt wurden. Auch wenn sie letztlich nicht erfolgreich waren, ist ihr Wert für die Aufarbeitung, das Empowerment von ehemaligen Opfern und die heutige Diskussion über die Verantwortung von Unternehmen nicht zu unterschätzen. Gerade Aktionen gegen Unternehmen und das Aufdecken ihrer politischen und ökonomischen Verwicklungen gehören zu den Kontinuitäten der Aktivist*innen seit den 1970er-Jahren.

Joachim Becker zeigt solche Kontinuitäten anhand von drei Kampagnen auf und verdeutlicht an ihnen exemplarisch, wie Ziele und Methoden der Kampagnen und Aktionen oftmals gleich blieben, aber die Träger*innen mit dem Abflauen breiter sozialer Bewegungen wechselten.

Am Ende des vorliegenden Bandes stellen zwei Autoren Überlegungen an, wie eine künftige Form der Solidaritätsarbeit aussehen könnte. **Peter Wahl** nimmt sich neuer Widersprüche und alter Dilemmata an, die für einen linken Internationalismus seit Jahrzehnten prägend sind. Dass angesichts von Kapitalismus und globalisiertem Autoritarismus ein linker Internationalismus notwendig ist, erscheint zwar naheliegend, ist aber schwer umzusetzen. **Boris Kanzleiter** bestimmt deshalb einige Positionen, die ihm für einen Neuen Internationalismus sinnvoll erscheinen.

Ein Wort der Selbstkritik

Zwar wird in vielen Artikeln die Kooperation zwischen südafrikanischen und deutschen Aktivist*innen behandelt, ein Makel der Publikation bleibt die Fokussierung auf weiße Akteur*innen. Wir sind uns dessen bewusst und wollen dieses Defizit in den kommenden Jahren beheben. Südafrikanische Anti-Apartheid-Aktivist*innen und Exilant*innen agierten in den Ländern wie der DDR, in der Bundesrepublik oder Großbritannien. Wie nahmen sie das Spannungsfeld zwischen Solidarität, Unterstützung und Abhängigkeit wahr? Wie bewerten sie heute die Solidaritätsarbeit in Ost und West und wie agierten sie selbst? Um die Sicht der südafrikanischen Aktivist*innen auf die ost- und westdeutsche Solidarität zu untersuchen, wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Promotionsstipendium an der University of Johannesburg unterstützen. Eine ähnliche Publikation mit Interviews und Artikeln soll dann folgen.

Andreas Bohne *Autorenbiografie siehe S. 13.*

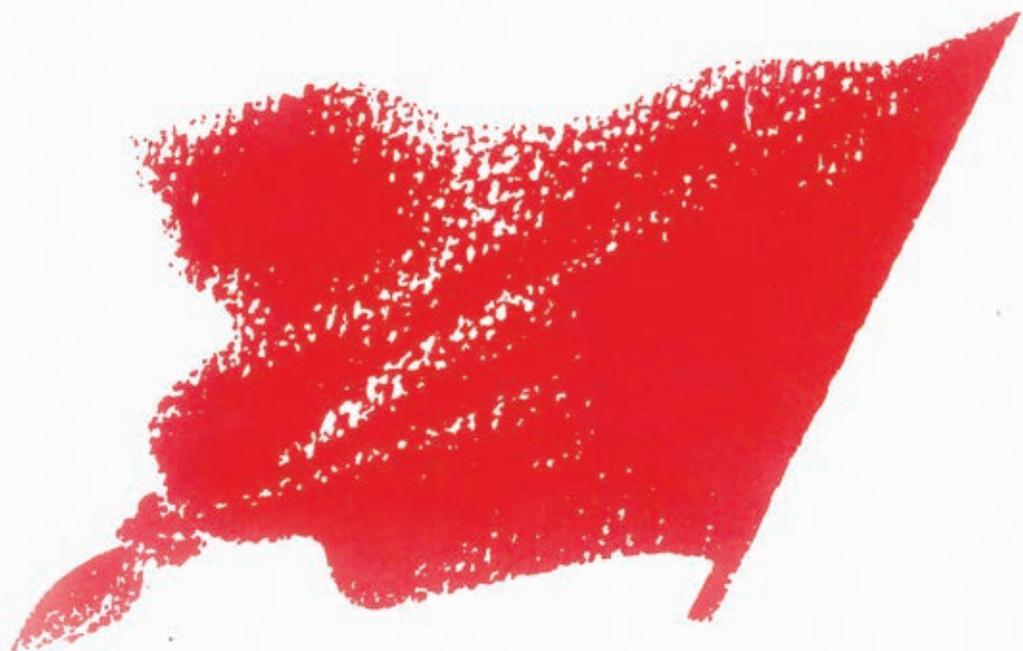
22

Bernd Hüttner *ist Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik am Historischen Zentrum Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Gründer des Archivs der sozialen Bewegungen Bremen. Interessengebiete und Publikationen zu Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken, freie Archive der sozialen Bewegungen, künstlerische Avantgarden und Netzwerke. Siehe: www.bernd-huettner.de.*

Anja Schade *studierte an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte. Von 2008 bis 2015 arbeitete sie an der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Projekt „Entrechtung als Lebenserfahrung“ zur NS-Vergangenheit mit menschenrechtlichem Gegenwartsbezug. In fortlaufender Forschungsarbeit beschäftigt sie sich zudem mit dem Exil von ANC-Mitgliedern in der DDR während der Apartheid-Zeit und hat hierzu mehrfach publiziert. Seit Januar 2018 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem Ausstellungsprojekt „Die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf in der DDR und BRD“ bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Akteur*innen, Arenen und Aushandlungen

VORWÄRTS-



UND NICHT DIE
VERGESSEN: DIE
SOLIDARITÄT!

Anja Schade

Brüderliche Verbundenheit mit allen aufrechten Kämpfern

Die Solidarität der DDR mit dem südafrikanischen Befreiungskampf

Die Darstellung der Solidaritätsarbeit (in) der DDR ist nach wie vor ein sehr emotionales Thema: „Die Solidarität war von oben verordnet“, sagen die einen, „sie war eine Herzenssache“, sagen andere. Tatsache ist, dass Solidarität Staatsräson war. Walter Ulbricht verkündete bereits im Juli 1958 auf dem V. Parteitag der SED die internationale Solidarität als verbindliche Moralnorm für jeden und jede Einzelne;¹ im Jahr 1974 wurde sie mit der Formulierung des Artikels 6 Verfassungsgrundsatz.² Der Staat legte den Rahmen für die Solidaritätsarbeit sowie deren politische Ausrichtung fest und baute Strukturen auf, in denen Solidarität geübt wurde – ausgefüllt wurden diese Strukturen jedoch von Menschen aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern und Organisationen mit ihren ganz persönlichen Beweggründen.

Ideologisch wurde die Unterstützung des Befreiungskampfes unterdrückter

27

¹ Brunner, Detlev: DDR „transnational“. Die „internationale Solidarität“ der DDR, in: Gallus, Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 64–80, hier S. 64.

² Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Art. 6, in: Gesetzesblatt der DDR 1974, Teil I, Nr. 47.

Völker seitens der DDR-Regierung und der unter ihrem Dach agierenden Organisationen in der Tradition der deutschen und internationalistischen Arbeiterbewegung verortet. Damit einher ging ein marxistisch-leninistisches Geschichtsverständnis, nach dem man sich in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befand.³ Antiimperialistische Kräfte wie etwa nationale Befreiungsbewegungen und junge Nationalstaaten sollten als dritte revolutionäre Hauptströmung in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit und Emanzipation entsprechend unterstützt werden.⁴ Für diese Unterstützung wurde der Begriff „Entwicklungshilfe“ abgelehnt, die in der DDR als eine Form des „Exports staatlichen Kapitals aus vornehmlich kapitalistischen Ländern in die Entwicklungsländer zur Sicherung der Rahmenbedingungen neokolonialer Ausbeutung“⁵ angesehen wurde. Entsprechend war es in der DDR üblich, von „antiimperialistischer Solidarität“ oder „sozialistischer Hilfe“ zu sprechen.⁶

Außenpolitisch war die DDR fest in die Blockkonfrontation des Kalten Krieges eingebunden. Die Existenz und der bis zur neuen Ostpolitik unter der Regierung Brandt aufrechterhaltene Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik setzten die DDR sowohl innen- als auch außenpolitisch unter beständigen Legitimationsdruck. Dabei konnte sich die DDR mit ihrer Unterstützung des African National Congress (ANC) in seinem Kampf gegen die Apartheid national wie international angesichts der wirtschaftlichen Kollaboration westdeutscher Unternehmen mit dem Apartheid-Staat sowie der Ablehnung von Sanktionen durch die Regierungen der BRD durchaus als der moralisch überlegene deutsche Staat positionieren. Die DDR gehörte nach ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen im Jahr 1973 zu den ersten Unterzeichnerstaaten der „International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid“,⁷ war – im Gegensatz zur Bundesrepublik – Mitglied im „Special Committee

³ Schleicher, Ilona: Elemente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit in der Tätigkeit von FDGB und FDJ, in: Bücking, Hans-Jörg (Hrsg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Berlin 1998, S. III–137, hier S. III.

⁴ Engel, Ulf/Schleicher, Hans-Georg: Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949–1990, Hamburg 1998, S. 91.

⁵ Van der Heyden, Ulrich: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die „geheimen“ Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime, Berlin 2005, S. 71.

⁶ Graewe, Wolf-Dieter: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der DDR, in: Bücking: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit, S. 81–93, hier S. 81.

⁷ United Nations Organisation, unter <https://bit.ly/UBM6Fk>.

Against Apartheid“ der UNO und fungierte als solches im Mai 1974 sowie im September 1981 als Gastgeber für das Komitee in Ost-Berlin.⁸ Die nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika,⁹ die Niederlassungen westdeutscher Unternehmen in Südafrika¹⁰ oder der Empfang südafrikanischer Politiker in der Bundesrepublik¹¹ wurden von DDR-Seite entsprechend publizistisch begleitet.

Dabei war es für die DDR als rohstoffarmes Land selbst kein leichter Schritt, sich aus den Handelsbeziehungen mit Südafrika zu lösen. Von dem direkten Boykott des Apartheid-Regimes war insbesondere die staatliche Deutsche Seereederei (DSR) betroffen, die seit Oktober 1962 eine Seefahrtslinie nach Ost- und Südafrika aufgebaut hatte. Die Güter, die aus der DDR, aber auch aus anderen europäischen Staaten kamen, waren zu 25 Prozent für Mosambik (damals noch portugiesische Kolonie) und Südafrika bestimmt. Die Waren auf dem Rückweg, an westeuropäische Staaten und die DDR adressiert, kamen zu 100 Prozent aus Mosambik und Südafrika.¹² Die Aufdeckung solcherlei weitergeführten, angeblich auch Waffen beinhaltenden Handelsbeziehungen durch die westliche Presse führte im Jahr 1963 zu erheblichen Spannungen zwischen der SED und der South African Communist Party (SACP) respektive dem ANC.¹³ Letzterer hatte bereits 1958 auf internationaler Ebene für einen Boykott Südafrikas geworben und reagierte mit Unverständnis auf die Realpolitik der DDR. Letztlich wurden die direkten Handelsbeziehungen mit Südafrika zugunsten einer breit angelegten Unterstützung des ANC durch eine

8 Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg: Die DDR im südlichen Afrika: Solidarität und Kalter Krieg, Hamburg 1997, S. 248; UN-Seminar gegen Apartheid wird heute in Berlin eröffnet, in: Neues Deutschland vom 31.8.1981, S. 4.

9 Siehe z.B. die Darstellung des Solidaritätskomitees der DDR in einer Sonderausgabe: Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika, Berlin, Februar 1976.

10 BRD-Unternehmen in Südafrika sind Handlanger der Apartheid, in: Neues Deutschland vom 2.6.1981, S. 5.

11 Mulder lobt BRD-Unterstützung, in: Neues Deutschland vom 3.II.1976, S. 7.

12 Schleicher, Ilona: Prinzipien, Zwänge, Kalter Krieg: Die DDR und Sanktionen gegen Südafrika zu Beginn der 60er Jahre, in: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Münster 1993, S. 45–62, hier S. 59.

13 Schreiben von Maindy Msimang (Administrative Officer der ANC-Vertretung in London) an Walter Ulbricht vom 4. Juni 1963, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand MfAA, A 16048, S. 3.

Mulder lobt BRD-Unterstützung

Erneut treffen Diplomaten des Apartheidregimes in Bonn zusammen

Hamburg (ADN). Das gute Verhältnis und die enge Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem Vorster-Regime hat der südafrikanische Innen- und Informationsminister Mulder in Hamburg hervorgehoben. Mulder, der sich gegenwärtig zu einem Besuch in der BRD aufhält, wies voller Genugtuung vor allem auf die wirtschaftliche Verflechtung beider Länder hin und unterstrich, daß besonders die BRD dazu beigetragen habe, Südafrika zu dem zu machen, was es heute sei. In seiner Erklärung sprach er von „starken Bindungen“ und sagte: „Mehrere Länder trugen auf verschiedene Weise dazu bei, die südafrikanische Nation zustande zu bringen, aber wenige trugen auf so vielen Gebieten so viel bei wie die BRD.“

Mulder, der sich auch in Westberlin zu einem Besuch aufhielt, ist mitverantwortlich für die brutalen Polizeieinsätze der vergangenen Monate, wobei Hun-

derte Afrikaner, darunter viele Kinder, ermordet worden waren.

Der Minister nutzte den Aufenthalt in der BRD, um eine Tagung von Presseattachés südafrikanischer Botschaften nach Bonn einzuberufen. Das ist die zweite Tagung von Diplomaten Südafrikas aus dem Ausland innerhalb weniger Monate in Bonn. Im Juni dieses Jahres war bereits der Aufenthalt des Chefs des Rassistenregimes, Vorster, und seines Außenministers Muller zu einer Tagung mit den südafrikanischen Botschaftern aus Westeuropa, Nordamerika und dem Nahen Osten in Bonn benutzt worden.

Gegen den Besuch Mulders in der BRD und die sich ausweitende Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria hat das antiimperialistische Solidaritätskomitee der BRD am Dienstag protestiert.

Mulder lobt BRD-Unterstützung, in: Neues Deutschland vom 3.III.1976, S. 7.

In der Bundesrepublik pflegte man enge Kontakte zu Vertreter*innen des Apartheid-Regimes. Die Tageszeitung *Neues Deutschland*, das Zentralorgan der SED, griff Zusammentreffen wie die zwischen dem Innen- und Informationsminister Cornelius P. Mulder und politischen Vertreter*innen der BRD regelmäßig auf und verwies damit gleichzeitig auf die Verflechtung bundesdeutscher Politik und Wirtschaft mit dem Apartheid-Regime.

Verfügung Walter Ulbrichts vom 9. Oktober 1963 aufgegeben.¹⁴ Inwiefern es über Drittländer weiterhin einen gewissen Handel mit Südafrika gab, wird in der wissenschaftlichen Forschung debattiert.¹⁵

Während sich in der Bundesrepublik politische Gruppen aus der Anti-Apartheid-Bewegung darüber auseinandersetzten, welche südafrikanische Anti-Apartheid-Strömung sie unterstützenswert fanden – den ANC, den Pan Africanist Congress (PAC) oder auch das Black Consciousness Movement (BCM) –, war in der DDR die Entscheidung von Staatsseite getroffen worden. Für eine Unterstützung des ANC sprachen seine langjährigen Erfahrungen als Befreiungsbewegung und der Rückhalt seiner Organisation in der Bevölkerung, wie es die von ihm ausgerufenen Massenkampagnen zum zivilen Ungehorsam zeigten. Zudem demonstrierte der ANC seine Offenheit gegenüber Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, als er die sogenannte Kongress-Allianz zusammen mit dem South African Congress of Trade Unions (SACTU), der einzigen südafrikanischen Gewerkschaft, die zu dieser Zeit nicht nach „Rassen“ unterschied, und der SACP gebildet hatte. Der PAC, der sich 1959 vom ANC abgespalten hatte, lehnte hingegen eine Zusammenarbeit mit der SACP ab.¹⁶

Das im Jahr 1960 gegründete „Komitee der DDR für die Solidarität mit den Völkern Afrikas“, das schließlich den bekannten Namen „Solidaritätskomitee der DDR“ trug, war unter anderem für die Kontakte zu nationalen Befreiungsbewegungen wie dem ANC sowie für die Koordinierung und Finanzierung von Hilfsmaßnahmen und Kampagnen zuständig. Das Solidaritätskomitee war dabei formal eine eigenständige Organisation, unterstand jedoch faktisch dem Zentralkomitee der SED und half, die außenpolitischen Ziele der DDR im Rahmen seiner Arbeit umzusetzen. Die Kontakte des ANC in die DDR liefen anfangs indirekt über die Verbindung zwischen der SACP und der SED, bis auf eigenen Wunsch der südafrikanischen Partner der ANC ab 1962 einen direkten Kontakt zum Solidaritätskomitee aufbaute.¹⁷ Später, im November 1972, nahm der ANC ebenfalls direkte Verbindungen

¹⁴ Van der Heyden: Die „geheimen“ Beziehungen, S. 103.

¹⁵ Siehe hierzu insbesondere Van der Heyden: Die „geheimen“ Beziehungen; Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika.

¹⁶ Schleicher, Ilona: Zwischen Herzenswunsch und Kalkül. DDR-Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika. Annäherung an ein Erbe (Hefte zur DDR-Geschichte, 53), Berlin 1998, S. 14.

¹⁷ Ebd., S. 7, 14, 16.

zur DDR-Staatsebene auf.¹⁸ Bis zur Abwicklung des Solidaritätskomitees im Jahr 1990 blieb es jedoch nach wie vor ein wichtiger Partner für den ANC. Die Gelder, die dem Solidaritätskomitee zur Verfügung standen, kamen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Die Einnahmen durch die bekannte „Soli-Marke“ – man konnte sie zusätzlich erwerben, wenn man den Mitgliedsbeitrag für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zahlte – waren zwar eine erhebliche, aber längst nicht die einzige Einnahmequelle. Ebenso spendeten der Verband der Journalisten (VDJ), die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und nicht zuletzt Betriebe, Einzelpersonen und Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVA) jährlich große Summen an das Solidaritätskomitee.¹⁹ Allein im Jahr 1982 kamen so mehr als 207 Millionen DDR-Mark zusammen.²⁰

Wie freiwillig der Kauf der Solidaritätsmarken über den Gewerkschaftsbund tatsächlich war, darüber gibt es unterschiedliche Aussagen,²¹ die bislang aber noch nicht wissenschaftlich untersucht worden sind. In den knapp 30 Interviews, die für das dieser Publikation vorausgegangene Ausstellungsprojekt im Museum Liliesleaf / Südafrika zur „Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes in und durch die DDR“ geführt wurden, kam zum Ausdruck, dass von Funktionsträger*innen der Kauf einer Solidaritätsmarke durchaus erwartet wurde²² – sollten sie doch mit gutem Beispiel vorangehen. Doch ebenso deutlich wurde, dass diese Erwartung nicht auf alle FDGB-Mitglieder übertragbar ist. Für viele war es zudem ein Bedürfnis und eine Selbstverständlichkeit, zu spenden. Die ehemalige DDR-Diplomatin und Journalistin Ingrid Muth fasste es an anderer Stelle wie folgt zusammen: „Die antiimperialistische Solidarität war eines der Felder, wo die Übereinstimmung von staatspolitischen

32

¹⁸ Vermerk über ein Gespräch mit einer Delegation der Südafrikanischen Kommunistischen Partei am 28.II.1973, Solidaritätskomitee der DDR, I.I2.1974 [sic!], SAPMO-BArch DZ/8/33, unpaginiert.

¹⁹ DDR-Entwicklungspolitik zwischen Ab- und Aufbruch, in: epd-EP: Materialien V/1990, S. 50.

²⁰ „Solidarität hilft Frieden sichern“, in: Neues Deutschland vom 4.5.1983, S. 7.

²¹ Ein Aufsatz, in dem von Konsequenzen die Rede ist, wenn man die Solidaritätsmarke nicht kaufte, ist z.B. Gerlof, Kathrin: Verändert im Kontinuum, in: maldekstra #3, März 2019, S. 14f., hier S. 14, <https://bit.ly/2MNzB9o>.

²² Klaus-Dieter Peters im Interview mit Anja Schade, 18.6.2018, Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Projekt: Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf in der DDR und BRD, 2019-042-20.

Zielen und persönlichen Interessen sehr groß gewesen ist. Natürlich ist das Gefühl der antiimperialistischen Solidarität in der Bevölkerung gewachsen, der Prozess ist sicher auch sehr bewusst gefördert worden, aber es hat doch über einen verhältnismäßig langen Zeitraum eine Legitimitätsbildende Rolle gespielt.“²³

Diese Bewusstseinsförderung begann in der DDR schon bei den Kleinsten: In Kindergärten und in den unteren Schulklassen lernten sie bereits, anderen Kindern der Erde mit gespendetem Spielzeug oder Schreibmaterialien zu helfen. Anja Maier, in den 1980er-Jahren Jugendliche, reflektiert in ihrem Beitrag in dieser Publikation über eine Postkartenaktion zum Geburtstag Nelson Mandelas, bei der Kinder zum Mitwirken aufgerufen wurden. In ihrem Aufsatz zeigt sie die Ambivalenzen auf, die für sie in der Retrospektive mit der frühen Einbeziehung von Kindern in politische Aktivitäten verbunden sind. Dennoch macht man es sich zu einfach, wenn man die DDR-Solidaritätspolitik lediglich mit dem Attribut „von oben verordnet“ zusammenfassen will: Dies belegt die Reaktion größerer Teile der DDR-Bevölkerung auf einen staatlichen Vorstoß, die Spendenbeiträge zu verringern, weil die hohe Spendenbereitschaft die wirtschaftlich schwächelnde DDR ab Anfang der 1980er-Jahre zunehmend in Bedrängnis brachte. Da die DDR-Mark nicht konvertierbar war, konnten Spendengelder nicht direkt an die Empfänger*innen weitergegeben werden, sondern wurden in Form von Sach- oder Dienstleistungen bereitgestellt. In der Hoffnung, die wirtschaftlichen Engpässe in der DDR durch die zusätzliche Bereitstellung materieller Solidaritätsgüter nicht noch stärker zu strapazieren, sollte die Spendenbereitschaft reduziert und der höchste Wert einer Soli-Marke von ursprünglich 50 auf 10 Mark herabgesetzt werden. Am 26. Mai 1982 verabschiedete das Sekretariat des ZK der SED einen entsprechenden „Beschluss über die Gestaltung des Aufkommens von Solidaritätsspenden“. Aufgrund regen Unmuts unter den FDGB-Mitgliedern musste dieser Beschluss im Jahr 1983 jedoch wieder rückgängig gemacht werden.²⁴

Wenn auch dem Solidaritätskomitee die Schlüsselrolle in der Güterbeschaffung sowie bei der Koordinierung von Solidaritätskampagnen und Stipendienprogrammen zufiel, so knüpften unterschiedliche gesellschaftliche Organisationen der DDR, wie der Journalistenverband, die Jugend-

²³ Muth, Ingrid: Meinungsäußerung zu Hans-Georg Schleicher: Die Interessenlage der Afrikapolitik der DDR, in: Bock, Siegfried/Muth, Ingrid/Schwiesau, Hermann (Hrsg.): DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, Münster 2004, S. 263.

²⁴ Brunner: DDR „transnational“, S. 72.

organisation FDJ, der FDGB oder auch der DFD, ihre eigenen Kontakte zu den entsprechenden südafrikanischen Organisationen wie der Gewerkschaft COSATU, der ANC Women's League oder der ANC Youth League. Der FDGB unterhielt seine Fritz-Heckert-Gewerkschaftsschule in Bernau, in der auch südafrikanische Gewerkschafter*innen geschult wurden,²⁵ ebenso wie die FDJ ihre eigene internationale Jugendhochschule am Bogensee führte.²⁶ Da diese Organisationen wiederum auf transnationaler Ebene in übergreifende Strukturen eingebunden waren, agierten sie auch international und gemeinsam mit anderen Partnerorganisationen gegen Apartheid.

Die Solidaritätsarbeit der evangelischen Kirche der DDR war ein weitestgehend eigenständiger Bereich, weshalb in dieser Publikation darauf dezidiert von Maria Magdalena Verburg und Friederike Schulze eingegangen wird. Die Kirche sah sich mit ihrer Arbeit in der Traditionslinie der christlichen Nächstenliebe respektive der Solidarität mit den Armen. Sie initiierte ihre eigenen Kampagnen und Kollekten. Da aber auch die Kirchen mit dem Problem der nicht-konvertierbaren DDR-Mark konfrontiert waren und zudem der Erwerb von Gütern für die materielle Solidarität mit den herstellenden Betrieben und Kombinatn abgestimmt werden musste, kam es hinsichtlich des Kaufs und des Transports von Sachleistungen zur partiellen Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee, welches diesbezüglich die Kommunikation und Organisation übernahm.

34

Neben vielen anderen Formen der Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfs, auf die Peter Stobinski in dieser Publikation detaillierter eingeht, gab es auch eine Unterstützung für das offizielle Informationsorgan des ANC, die Zeitung *Sechaba* (was auf Sotho „Volk“/„Nation“ bedeutet). Für den ANC war es wichtig, das Informationsmonopol der südafrikanischen Regierung mit einer eigenen Publikation zu durchbrechen. Doch fehlten ihm dafür Finanzen und Infrastruktur. Von 1967 bis 1990 wurde dies aufgrund der Unterstützung der DDR möglich. Das Manuskript verfasste die Londoner Redaktion, Layout, Druck und Vertrieb

²⁵ Siehe z.B. Harisch, Immanuel R.: „Mit gewerkschaftlichem Gruß!“ Afrikanische GewerkschafterInnen an der FDGB-Gewerkschaftshochschule Fritz Heckert in der DDR, in: Burton, Eric (Hrsg.): *Journeys of education and struggle: African mobility in times of decolonization and the Cold War*, in: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien* 34/2018, S. 77–110.

²⁶ Dagmar Enkelmann im Interview mit Anja Schade, 9.4.2019, Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung, a.a.O., 2019-042-44.



Oliver Tambo besucht während eines DDR-Aufenthalts im Jahr 1978 die Druckerei „Erich-Weinert“ in Neubrandenburg, in der die *Sechaba* gedruckt wurde. Auf dem Foto ist er mit dem Technischen Direktor der Druckerei, Eckhard John (rechts im Bild), zu sehen.

organisierte man von der DDR aus.²⁷ Letztlich erfolgte der Versand in 66 Länder²⁸ mit einer finalen Druckauflage von monatlich 25.000 Exemplaren.²⁹ Die Finanzierung übernahm das Solidaritätskomitee. Zusätzlich zur vielfältigen materiellen Solidarität kam noch Hilfe auf diplomatischer Ebene hinzu. So hatte der ANC seit 1978 eine eigene Vertretung in Ost-Berlin, und Vertreter*innen der Befreiungsbewegung wurden auf protokollarisch höchster Staatsebene durch Erich Honecker empfangen – zur Regierung Südafrikas gab es hingegen keine diplomatischen Beziehungen. In den DDR-Botschaften in Angola, Sambia oder auch Großbritannien waren DDR-Diplomat*innen stetige Anlaufpunkte für Mitglieder des ANC.³⁰ Die jeweiligen Vertreter der DDR in der UNO konnten als Mitglieder des „Special Committee Against Apartheid“ durch Formulierungsvorschläge im Sinne des ANC Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der Resolutionstexte nehmen.³¹

Darüber hinaus unterstützte die DDR den ANC auch durch militärisches Training von insgesamt etwa 1.000 Mitgliedern seines bewaffneten Armes Umkhonto weSizwe (MK). Dieses Training fand ab 1976 vorrangig im geheimen Ausbildungscamp in Teterow statt.³² Welch hohen Stellenwert diese Ausbildung für den ANC hatte, zeigt die Erklärung Mandelas auf einer Konferenz des Umkhonto weSizwe im Jahr 1991, in der er hervorhob, dass ohne diese militärische Unterstützung seitens des sozialistischen Blocks Kolonialismus und Apartheid nicht hätten besiegt werden können.³³ Diese Form der Solidarität gehört neben dem Druck der *Sechaba* wohl zu den bekanntesten sowie am häufigsten beschriebenen und dis-

36

27 Singh, Eric: „Sechaba“ – Zeitschrift des ANC printed in the GDR, in: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg (Hrsg.): Engagiert für Afrika. Die DDR und Afrika II, Münster 1994, S. 129 – 140, hier S. 134f.

28 Solidarisch mit dem Kampf des Volkes von Südafrika, in: Freie Erde vom 22.5.1987, S. 2.

29 Singh: „Sechaba“, S. 135.

30 Hans-Georg Schleicher, Uwe Jaenicke und Karl-Heinz Kern im Interview mit Anja Schade, Mai/Juni 2018, Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung, a.a.O., Schleicher: 2019-042-01; Jaenicke: 2019-042-03; Kern: 2019-042-17.

31 Matthias Zachmann im Interview mit Anja Schade, 8.6.2018, Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung, a.a.O., 2019-042-18. Ein Ausschnitt aus dem Interview findet sich an anderer Stelle in dieser Publikation.

32 Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika, S. 375.

33 Mandela, Nelson: Rede auf der Konferenz des Umkhonto weSizwe, 9.8.1991, University of Venda Thohoyandou South Africa, unter: <https://bit.ly/2zAJDC6>.

kurtierten Unterstützungsleistungen für Befreiungsbewegungen wie den ANC.³⁴

Bei ANC-Mitgliedern war die DDR durchaus bekannt, entweder weil sie selbst während des Exils dort einige Zeit verbrachten oder weil sie auf DDR-Bürger*innen als Lehrpersonal in der ANC-Exil-Schule Solomon Mahlangu Freedom College (SOMAFCO) in Tansania³⁵ oder in einer FDJ-Brigade zum Aufbau der Infrastruktur im ANC-Camp in Dakawa trafen.³⁶ Trotz sehr differenzierter Einschätzungen über das System der DDR und die dortigen Alltagsprobleme insbesondere in den 1980er-Jahren eint sie die Wertschätzung der DDR-Solidarität.³⁷ Indres Naidoo, ehemaliger stellvertretender Repräsentant des ANC in der DDR, fasst es wie folgt zusammen: „The friendship, the solidarity, the GDR gave us, was second to none. As far as the ANC is concerned, one of our best friends was the GDR. And, of course, I must make it clear, there was no attempt whatsoever to make us follow the same line politically as the GDR, no. They knew what our policies were, and they let us.“³⁸

Anja Schade *Autorinbiografie siehe Seite 22*

S.26: Privatbesitz Anja Schade. Quelle: Solidaritätskomitee der DDR, 1978, Entwurf: Reiner Schwalm, mit freundlicher Genehmigung von SODI e.V.

34 Kasrils, Ronnie: Steckbrieflich gesucht. Undercover gegen Apartheid, Essen 1997; Ngcuku, James: The Honour to Serve. Recollections of an Umkhonto Soldier, Kapstadt 2009; Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Bisher wissenschaftlich nicht belegte Zusammenhänge zwischen einer militärischen Ausbildung in der UdSSR/DDR und Folterungen im ANC-Camp Quatro sind publiziert in: Ketelo, Bandile u.a.: A Miscarriage of Democracy. The ANC Security Dept. in the 1984 Mutiny of Umkhonto We Sizwe, in: South African History, Searchlight South Africa, 2 (1990) I, S. 35–68; South African History, unter: <https://bit.ly/2ZmxSP4>.

35 Morrow, Seán/Brown Maaba/Loyiso Pulumani: Education in Exile. SOMAFCO, the ANC School in Tanzania, 1978 to 1992, Kapstadt 2004, S. 30.

36 Die Freie Deutsche Jugend der DDR – aktives und geachtetes Mitglied in der demokratischen Weltjugendbewegung, hrsg. vom Zentralrat der FDJ, Berlin 1989, S. 3f.

37 Vgl. Schade, Anja: Solidarität und Alltag der DDR aus der Sicht exilierter Mitglieder des ANC, in: Bösch, Frank/Moine, Caroline/Senger, Stefanie: Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018, S. 186–208.

38 Indres Naidoo im Interview mit Anja Schade, 28.II.2003.



Solidarität und Diplomatie

Erfahrungen in Afrikas Frontstaaten und bei den Vereinten Nationen

1960: Das sogenannte afrikanische Jahr begeisterte mich, da so viele ehemalige Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangten. Aber 1960 war auch das Jahr, in dem der Befreiungskampf in Südafrika mit dem Massaker von Sharpeville, bei dem Polizisten 69 schwarze Demonstranten erschossen, und dem Verbot oppositioneller Parteien eine scharfe Wende erfuhr. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse – ich war damals 17 Jahre alt – konzentrierte ich mich später während des Studiums in Halle an der Saale auf die afrikanische Zeitgeschichte. Gleichzeitig erlebte ich im Studentenwohnheim mit ausländischen, darunter zahlreichen afrikanischen Kommiliton*innen solidarisches Miteinander im Alltag. Auch das beeinflusste mein gesellschaftliches Engagement unter anderem in der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft (DAFRIG) und motivierte mich zur Bewerbung für eine Tätigkeit im diplomatischen Dienst.

Nach mehreren Jahren im Außenministerium ging ich 1974 mit meiner Familie als Diplomat nach Lusaka in Sambia, um die erste DDR-Botschaft im südlichen Afrika zu eröffnen. Lusaka war ein Zentrum der Befreiungsbewegungen der Region. Als ich mich dort im Liberation Centre beim African National Congress (ANC) vorstellte, begrüßte mich ein schnauzbärtiger Hüne, umarmte mich und rief begeistert: „GDR!“ Es war Moses Mabhida, ein populärer Führer des ANC. Solcher Affinität zur DDR begegnete ich in der Folge immer wieder. Die Kooperation mit den Befreiungsbewegungen blieb ein Fixpunkt in meiner diplomatischen Arbeit. Das galt für den Einsatz in Sambia 1974 bis 1977 ebenso wie später bei den Vereinten Nationen in New York, in den 1980er-Jahren als Botschafter in Simbabwe und dann 1989/90 als Leiter der Diplomatischen Beobachtermission der DDR in Namibia. Auch im Außenministerium in Berlin war ich zwischenzeitlich

vor allem mit dem südlichen Afrika befasst. Dem politisch-ideologischen Selbstverständnis der DDR entsprechend war die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes Verfassungsauftrag und einer ihrer außenpolitischen Schwerpunkte.

In Südafrika orientierte die DDR sich dabei frühzeitig auf den ANC, die älteste afrikanische Befreiungsbewegung, die sich bereits in Massenkampagnen des zivilen Ungehorsams der 1950er-Jahre gegen die Apartheid bewährt hatte und mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) kooperierte. Der rivalisierende Pan Africanist Congress (PAC) galt in der DDR als sektiererische Abspaltung der Befreiungsbewegung und stand zudem in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking um die ideologische und machtpolitische Dominanz in der „kommunistischen Weltbewegung“ und in der „Dritten Welt“ auf chinesischer Seite. Mich irritierte auch persönlich das radikale, teils rassistische Auftreten einzelner PAC-Vertreter*innen. Da standen mir die Prämissen der „Freedom Charter“ des ANC deutlich näher. Die erst 1975 entstandene Inkatha wiederum war allzu offenkundig mit dem Apartheid-Regime liiert.

40

In Simbabwe erschloss ich mir in den 1980er-Jahren südafrikanische Kontakte, die über das politische Umfeld des ANC hinausgingen. Ich traf Südafrikaner*innen aus einem breiten politischen und sozialen Spektrum, die direkt aus dem Land kamen. So beeindruckte mich die temperamentvolle Chefin der Gewerkschaft der Hausangestellten in Transvaal, die unter schwierigsten Bedingungen einen Mindestlohn erkämpft hatte, ebenso wie der stellvertretende Generalsekretär des größten südafrikanischen Gewerkschaftsverbandes COSATU, Sydney Mufamadi. Unter meinen Gesprächspartner*innen waren der Präsident des Nationalen Studentenrates SANSCO, Billy Ramokgopa, der Vizepräsident des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Simon Gqubule, sowie Vertreter der Katholischen Bischofskonferenz. Südafrikanische Journalisten waren bei mir zu Gast, politische Aktivist*innen wie Andrew Boraine von der United Democratic Front (UDF) in Kapstadt, Vertreter*innen von Idasa, aber auch liberale Politiker wie der Parlamentsabgeordnete Wynand Malan. Das Interesse an solchen Kontakten war beiderseitig, für manche Südafrikaner*innen war ich als Diplomat aus dem „Ostblock“ und enger Verbündeter des ANC ein „bunter Vogel“ und interessanter Diskussionspartner. Ich selbst erhielt auf diesem Wege differenzierte Kenntnisse über Südafrika und dessen vielfältige Verfasstheit, über aktuelle politische Vorgänge und Stimmungen.

Solidarität als Konstante meiner Arbeit

Ohne die Entwicklung der Beziehungen zu den Ländern, in die ich entsandt war, zu vernachlässigen, blieb Solidarität mit Befreiungsbewegungen eine Konstante meiner Tätigkeit. Wichtig war mir dabei immer auch die menschliche Seite der Solidarität. In vielen Begegnungen mit Südafrikaner*innen beeindruckte mich das menschliche, intellektuelle und kulturelle Potenzial dieses Landes und seiner Befreiungsbewegung. Dazu gehörten so großartige Menschen wie Ray und Jack Simons, die im Exil in Lusaka lebten und hohes Ansehen genossen. Sie haben die sozialen und sozioökonomischen Grundlagen von Rassismus und Apartheid herausgearbeitet und eine ganze Generation im ANC und im Südafrikanischen Gewerkschaftskongress SACTU geprägt. Es war auch bewundernswürdig, wie Gertrude Shope neben ihrer Funktion als ANC-Repräsentantin in Sambia auch „mütterliche“ Aufgaben übernahm: Für Jugendliche, die mit der Flucht ins Exil aus ihrer behüteten afrikanischen Großfamilie in eine völlig fremde Welt geworfen worden waren und mit ihren persönlichen, oft auch pubertären Problemen allein dastanden, wurde der ANC zur Familie.

Solidarität war nie einseitig, wir erfuhren das auch persönlich. Meine Frau und ich waren 1974 in Lusaka mit vielfältigen Aufgaben der Einrichtung einer Botschaft zunächst auf uns allein gestellt, hatten aber zwei Kleinkinder zu betreuen. Das hatte ANC-Generalsekretär Alfred Nzo beim ersten Besuch in unserer Botschaft mitbekommen. Am nächsten Tag kam er wieder – mit der Frau eines ANC-Kollegen. Sie war in den folgenden drei Jahren unseren Kindern Vertraute und Respektsperson und gehörte fast zur Familie.

In der unmittelbaren Kooperation mit dem ANC standen Schwerpunkte der DDR-Solidarität im Vordergrund. Das waren immer politischer Meinungsaustausch und Beratung, dazu gehörten berufliche und akademische Ausbildung, der Druck von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Materialien, die Lieferung von Nahrungsmitteln und Ausrüstungen, politische und diplomatische Unterstützung, später auch der Einsatz von Lehrer*innen und Fachkräften in Flüchtlingslagern, die Unterstützung des bewaffneten Kampfes, die medizinische Versorgung und Rehabilitation Verwundeter. Mit der Vergabe von Studienplätzen an Südafrikaner*innen hatte die praktische Solidarität der DDR bereits in den 1950er-Jahren begonnen. Ausbildung blieb eine wichtige Konstante über all die Jahre hinweg. Ich saß in Lusaka wiederholt mit Max Sisulu zusammen, dem Sohn des auf Robben Island inhaftierten langjährigen ANC-Generalsekretärs

Walter Sisulu. Er kam mit personellen Vorschlägen des ANC für Studium und Berufsausbildung in der DDR. Ich musste darauf achten, dass die Kandidat*innen auch die nötigen Bildungsvoraussetzungen hatten. Max nannte mich später deshalb scherzhaft einen „harten Hund“. Jahre später traf ich Leute nach erfolgreicher Ausbildung wieder.

Soweto und die Unterstützung des bewaffneten Kampfes

Am Vorabend des Schüleraufstandes von Soweto 1976 kam Alfred Nzo in Lusaka zu uns in die Botschaft und bat um dringende Unterstützung für Transit- und Ausbildungscamps des ANC in Angola, kurz darauf fuhr er in die DDR. Die blutige Niederschlagung des Aufstandes von Soweto löste damals einen Flüchtlingsstrom südafrikanischer Jugendlicher aus. Die DDR reagierte mit der Verdoppelung ihrer Hilfsleistungen. Neben zivilen wurden nun auch in größerem Umfang militärische Ausbildungsplätze bereitgestellt, für jährlich 80 Angehörige von Umkhonto weSizwe (MK) in einem geheimen Camp unweit des mecklenburgischen Städtchens Teterow.

42

Zur Militärausbildung in der DDR kamen Kämpfer*innen vor allem aus ANC-Lagern in Angola. In Lusaka waren wir damit nicht befasst, dennoch war der bewaffnete Kampf auch bei uns Diskussionsthema. Ich erinnere mich an lange Abende mit Joe Modise, dem Kommandeur von MK, und seinen Partnern von der simbabwischen Befreiungsorganisation ZAPU. Es ging um deren gemeinsame „Wankie-Militäraktion“ in den 1960er-Jahren. Bei aller nüchternen und durchaus kritischen Bewertung als Historiker konnte ich mich der politischen und psychologischen Wirkung dieses ersten militärischen „Kräftemessens“ für die Freiheitskämpfer nicht entziehen. Ich habe damals in Sambia die Felshänge des Sambesi-Tals unterhalb der Victoriafälle aufgesucht, wo 1967 ANC und ZAPU versucht hatten, den bewaffneten Befreiungskampf mit der „Wankie-Operation“ in „weißes“ Herrschaftsgebiet hineinzutragen. In unseren Diskussionen waren eine neue Qualität der Beziehungen der DDR zum ANC und das enge Vertrauensverhältnis spürbar. Als ich Generalsekretär Nzo 1976 zur Reise nach Berlin zum SED-Parteitag verabschiedete, wurde er – nicht zufällig – von MK-Chef Joe Modise begleitet.

In den 1980er-Jahren traf ich in Simbabwe Mitglieder des ANC, die sich unter schwierigen, halblegalen Bedingungen auf ihren Einsatz in Südafrika vorbereiteten. Wir luden eine Gruppe von ihnen zu einem freundschaftlichen Treffen ein – ein Abend ausschließlich zur Entspannung. Jahre später erfuhr ich, wie wichtig und wohltuend das für sie gewesen



Offizielles Emblem des Internationalen Anti-Apartheid-Jahres 1978

sei. Die Sicherheitslage im südlichen Afrika war damals angespannt, Anschläge auf Vertreter*innen der Befreiungsbewegungen häuften sich. Eine Autobombe, deren Detonation ich von unserer Botschaft in Harare aus in einiger Entfernung hörte, galt guten Freunden im ANC, die dabei schwer verletzt wurden. Andere Partner*innen aus Befreiungsbewegungen wurden Opfer tödlicher Anschläge.

Solidarität schloss humanitäre Hilfe für Opfer des Befreiungskampfes ein. Bei einer Dienstreise nach Angola 1979 nutzte ich für den Rückflug eine Sondermaschine der DDR-Fluglinie Interflug. Es gab nur wenige Sitzplätze im Flugzeug, das mit Krankenbetten für den Transport Verwundeter umgerüstet worden war. Opfer südafrikanischer Luftangriffe auf Flüchtlingslager in Angola wurden zur Behandlung in die DDR geflogen. Unvergessen blieb der Anblick so vieler Schwerverletzter, aber auch die Hoffnung auf Behandlung, Genesung und ein neues Leben, die bei vielen dieser Menschen spürbar war. Nirgendwo habe ich Solidarität so sehr empfunden wie damals. Im Klinikum Berlin-Buch gab es eine spezielle Solidaritätsstation für die Behandlung und Rehabilitation Verwundeter.

44 Diplomatie am East River

Um ganz andere Fragen ging es bei meinem Einsatz bei der UNO in New York. Die DDR war 1980 und 1981 Mitglied des UN-Sicherheitsrats. Ich gehörte unserer Sicherheitsrats-Delegation an, da es im Rat oft um Probleme Afrikas ging. So vertrat ich die DDR unter anderem auch im Komitee zur Einhaltung des UN-Waffenembargos gegen Südafrika. Das Komitee stützte sich auf die Zuarbeit von Nichtregierungsorganisationen wie der „Weltkampagne gegen militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika“. Deren Direktor Abdul Minty legte akribische Beweise für Sanktionsverletzungen vor, denen wir dann im Komitee nachgingen. Ich schätzte die Zusammenarbeit mit dem Exil-Südafrikaner Minty, der in der britischen Anti-Apartheid-Bewegung aktiv war. Nach einem halben Jahr heftiger Auseinandersetzungen im Komitee, in denen es uns vor allem um die Entlarvung westlicher Kooperation mit Südafrika und die Betonung der eigenen Positionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes ging, legte das Komitee dem Sicherheitsrat einen Bericht vor. Es dauerte nochmals vier Jahre (ich war mittlerweile Botschafter in Simbabwe), bis der Bericht – mit Einschränkungen – vom Sicherheitsrat akzeptiert wurde. Die Vereinten Nationen waren eben auch damals ein Abbild der internationalen Lage und wir befanden uns mitten im Kalten Krieg. Abdul Minty

wurde später hochrangiger südafrikanischer Diplomat und schließlich Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO).

In New York arbeitete ich im „UN Special Committee Against Apartheid“, einem zentralen Forum der UNO gegen Rassismus und Apartheid. Dort begegnete ich erstmals auch Bischof Desmond Tutu, der damals noch Schwierigkeiten mit der politischen Geografie hatte. Seine Mahnung im bilateralen Gespräch, man dürfe das Apartheid-Regime nicht fortgesetzt unterstützen, war ganz offenkundig an eine andere deutsche Adresse gerichtet. Bei einem Seminar in London zum internationalen Sportboykott gegen Südafrika traf ich Sam Ramsamy, den Präsidenten eines nicht-rassistischen Olympischen Komitees Südafrikas. Er hatte in der DDR nicht nur eine Ausbildung als Trainer erhalten, sondern dort auch die Frau fürs Leben gefunden.

Bei internationalen Veranstaltungen als Vertreter des „Special Committee“, ob nun in New York, Paris, London oder Zürich, erlebte ich stets ein konstruktives Zusammenwirken mit Vertreter*innen des ANC, darunter Präsident Oliver Tambo, Generalsekretär Alfred Nzo und Thabo Mbeki. Tief beeindruckt hat mich Oliver Tambo. Bei unserer ersten Begegnung in Lusaka hatte ich einen charismatischen Führer und Revolutionär erwartet. Tambo dagegen - bescheiden, zurückhaltend, dabei geistvoll und warm - wirkte eher wie ein Priester. Tatsächlich war Tambo ein ausgeprägt religiöser Mensch, zutiefst humanistisch, er konnte zuhören, Menschen für sich einnehmen, sich aber auch durchsetzen. Er trug wesentlich dazu bei, dass der ANC unter seiner Führung im Exil reaktiviert und im Kampf erfolgreich wurde. Oliver Tambo war sichtlich bewegt, als er 1978 in Berlin eine semidiplomatische ANC-Vertretung eröffnete. Die Fahne des ANC im Diplomatenviertel einer europäischen Hauptstadt war für die Befreiungsbewegung von besonderer Bedeutung.

Oft an Tambos Seite zu finden war Thabo Mbeki, verantwortlich für Information und internationale Beziehungen im ANC. Nach eigenen Worten „in den Kampf hineingeboren“, wurde Mbeki das internationale Gesicht des ANC, Freiheitskämpfer und Diplomat, intelligent, pragmatisch und umsichtig. Seine Entwicklung und politische Profilierung konnte ich bei Begegnungen aus unterschiedlichen Anlässen über Jahre hinweg verfolgen. Für den ANC waren wir DDR-Diplomaten - auch unter schwierigen Bedingungen - international verlässliche Verbündete, wie mir Max Sisulu, aber auch James Stuart (Hermanus Loots), einer der militärischen Führer von MK, später nachdrücklich bestätigten. Wir konnten die Interessen der Befreiungsbewegung auch in Institutionen unterstützen, zu denen der ANC

selbst keinen Zugang hatte. An meinen Einsatzorten waren mir ANC-Repräsentant*innen stets wichtige Partner, manche wurden gute Freunde. Wir sprachen offen miteinander, vermieden aber jede „Einmischung“ in Angelegenheiten des Partners. Auch das damals oft unkritische und verklärte DDR-Bild beim ANC ist von uns kaum hinterfragt worden, aber mit einer kritischen Analyse taten wir uns ja selbst schwer.

Über die Jahre veränderte sich das südliche Afrika. 1974 war ich nach Sambia noch in ein Land gereist, das vom rassistisch und kolonial beherrschten „weißen Block“ fast eingekreist war. Begeistert begrüßten die in Lusaka vertretenen Befreiungsbewegungen damals die Revolution in Portugal. Ihre Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Bereits 1975 wurden Mosambik und Angola unabhängig. Der Befreiungskampf im Süden Afrikas erfuhr einen großen Aufschwung. In New York erlebte ich 1980 die Aufnahme des unabhängigen Simbabwe in die UNO. Bewegend war für mich auch die Unabhängigkeitsfeier in Namibia 1990, hatte ich doch mit der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO über viele Jahre kooperiert. In den frühen 1990er-Jahren erfüllte sich schließlich auch in Südafrika die Losung des ANC „Freedom in our lifetime“, selbst für Vertreter*innen der älteren Generation. Da gab es die DDR schon nicht mehr. Deren Solidarität hingegen blieb unvergessen. Bereits 1987 hatte mir Mandelas Tochter Zenani bei einer Begegnung in Harare erzählt, wie beeindruckt ihr inhaftierter Vater von den Zehntausenden Postkarten gewesen sei, die er im Rahmen einer Solidaritätsaktion von Kindern aus der DDR erhalten hatte. Mandela selbst hat Jahre später sehr warm über diese Solidarität gesprochen.

Südafrika selbst habe ich erstmals von Namibia aus 1989 und 1990 bei Transitaufenthalten erlebt. Ich hatte den Auftrag, in inoffiziellen Kontakten dem südafrikanischen Außenministerium bei fortgesetzter konstruktiver Politik Südafrikas zum Abbau der Apartheid und zur Lösung der Probleme der Region die Gesprächsbereitschaft der DDR zu signalisieren. Das entsprach zu diesem Zeitpunkt Verhandlungsbemühungen, die es auch seitens des ANC gab. Mir war wichtig, dass ich Südafrikas Regierungsvertretern erklären konnte, die DDR werde uneingeschränkt an ihrer Unterstützung des ANC festhalten. Das wurde vom ANC erwartet und unterschied sich von Erfahrungen, die sie damals mit anderen Verbündeten machten. Ich habe diese fortgesetzte Solidarität als wohltuend empfunden. Sie entsprach dem, was ich meinen Partner*innen im ANC stets vermittelt hatte. Gleichzeitig widerspiegelte die Suche nach einer Verhandlungslösung im südlichen Afrika das Bemühen um neues Denken

in den internationalen Beziehungen. In der DDR vollzogen sich mittlerweile andere dramatische Entwicklungen. Im Dezember 1990 erschien die ANC-Zeitschrift *Sechaba*, die 23 Jahre lang in der DDR gedruckt worden war, mit einem Titelbild der ANC-Vertretung in Berlin. Im Editorial bezeichnet der Autor das Ende der DDR als einen Verlust für die Befreiungsbewegung.

In Südafrikas älterer Generation ist die Solidarität der DDR noch präsent. Viele damalige Partner*innen haben im neuen Südafrika Verantwortung übernommen. Als ich im Herbst 2018 mit Ronnie Kasrils, einst Schlüsselfigur des ANC-Befreiungskampfes, nach Teterow fuhr, war das für ihn eine Reise in die eigene Vergangenheit. Teterow ist der Ort, an dem mehr als 1.000 MK-Angehörige eine militärische Ausbildung in der DDR erhielten. Ronnie Kasrils selbst hatte dort an ihrer politischen Schulung mitgewirkt. Er war sichtlich bewegt. Ich verstand seine Emotionen, auch bei mir wurden Erinnerungen geweckt an eine Zeit, als Solidarität mehr als nur ein Teil meines beruflichen Alltags als Diplomat war. Gerade die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf hat damals mich und mein politisches Engagement wesentlich geprägt.

Hans-Georg Schleicher, *Studium der Geschichte und Geografie sowie Promotion zur afrikanischen Zeitgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle. Über 20 Jahre im diplomatischen Dienst der DDR unter anderem in Vertretungen in Sambia, Simbabwe und Namibia sowie in New York tätig. Nach 1990 wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität Hannover sowie beim Verband für Internationale Politik und Völkerrecht Berlin. Veröffentlichung mehrerer Bücher und zahlreicher anderer Publikationen. Lehrbeauftragter an der Universität Hannover und der Humboldt-Universität zu Berlin. Afrika- und entwicklungspolitische Konsultantentätigkeit.*

47

S.38: Hans-Georg Schleicher (links im Bild) und sein Kollege Siegfried Zachmann als Vertreter der DDR im UN-Sicherheitsrat, Januar 1981. Quelle: Privatarchiv Hans-Georg Schleicher

„Komma, including armed struggle“

Über das Engagement der DDR auf UNO-Ebene

Interview mit Matthias Zachmann

In der UNO habe ich ab 1979 gearbeitet. Im UNO-Sekretariat gab es die Abteilung „Political and Security Council Affairs“. Als Unterabteilung gab es dort das „Zentrum gegen Apartheid“. Der damalige Direktor des Zentrums war Herr Reddy aus Indien. Eine weitere wichtige Position hatte der Sekretär des „Special Committee Against Apartheid“ inne, das war zu meiner Zeit Ibrahim Noor aus Somalia. Ich war sogenannter Assistant Secretary des Komitees, das heißt, mein unmittelbarer Vorgesetzter war Herr Noor, mit dem wir den Service für den Anti-Apartheid-Ausschuss der UNO organisierten.

48

Wir haben jedes Jahr einen Bericht über Aktivitäten des Ausschusses und über die Situation gegen Südafrika verfasst, und es wurden Aktionen, Wege und Mittel vorgeschlagen, um das Apartheid-Regime zu isolieren, um Sanktionen einzuleiten und um die Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Meine Aufgabe war es, in diesem Bericht den ersten Teil auszuarbeiten, der Aktionen des Spezialkomitees im vorhergehenden Jahr mit Beschreibung und auch Einschätzungen enthielt.

Um Informationen über die Situation in Bezug auf das Apartheid-Regime zu erhalten, haben wir die Originalpresse aus Südafrika studiert und ausgewertet. Die zweite Ebene waren Informationen der Befreiungsbewegungen. Die Befreiungsbewegungen ANC und PAC hatten Beobachterstatus im Ausschuss. Die dritte Möglichkeit waren sogenannte Fact-Finding-Missions in die damaligen „Frontstaaten“ und die vierte Möglichkeit waren internationale Konferenzen, Regionalkonferenzen, Themenkonferenzen, die durch den Ausschuss - meistens in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen - weltweit organisiert wurden, die dann auch ihren Beitrag zu solchen Informationen geleistet haben.

Auf Ebene des Anti-Apartheid-Ausschusses machte die DDR als Mitglied Vorschläge, dort wurden konkrete Konsultationen mit den Befreiungsbewegungen geführt. Und DDR-Vertreter haben an Konferenzen und an Fact-Finding-Missionen teilgenommen.

Mein innerer Antrieb war zu helfen, dort, wo ich es konnte, und auch die Befreiungsbewegungen in ihren Zielstellungen zu unterstützen. Um ein Beispiel zu nennen: Gegen Apartheid war fast die gesamte Welt, jedenfalls offiziell. Der Streit ging um die Mittel, Wege und Aktionen, wie man Apartheid beseitigen könnte. Der ANC hatte sich zu dieser Zeit den bewaffneten Kampf auf die Fahne geschrieben und in den UNO-Dokumenten wurde das auch bestätigt. Zumeist stand dann da drin „... action against apartheid by all means“. So, und wenn man dann noch „Komma, including armed struggle“ ergänzt hat, war diese Anerkennung natürlich ein Erfolg für den ANC, und das habe ich versucht, immer zu berücksichtigen. Dort, wo es ging.

Matthias Zachmann arbeitete ab 1975 in der UNO-Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und war zwischen 1979 und 1985 Assistent Secretary des „Special Committee Against Apartheid“ der UN.

„... für die genannten Komitees Flüge bezahlt“

Zur internationalen Vernetzung der DDR-Solidaritätsarbeit

Interview mit Willi Sommerfeld

Ich war Vertreter in der AAPSO, der Afro-Asian People's Solidarity Organisation. Es klingt etwas seltsam, dass in einer afroasiatischen Organisation ein DDR-Vertreter saß. Die Erklärung dafür ist einfach: Wir haben eine Anerkennung und Würdigung unserer außerordentlichen Solidaritätsleistung erfahren und sind als assoziiertes Mitglied dieser Organisation in das Ständige Sekretariat der AAPSO aufgenommen worden.

Ich selbst war Leiter der sozialökonomischen Sektion, deren Hauptaufgabe darin bestand, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen. In diesem Rahmen bin ich oft bei der UNIDO, der UN-Organisation für industrielle Entwicklung, in Wien gewesen und habe dort die AAPSO vertreten.

50

Ab 1972 habe ich beim Solidaritätskomitee gearbeitet. Dort war ich in verschiedenen Funktionen, unter anderem für die Beziehung zu den westeuropäischen Partnerkomitees zuständig. Eine Konferenz, an der ich teilnahm, war in den 1980er-Jahren in Frankfurt am Main eine Konferenz gegen die Apartheid. Wir erhielten eine Einladung vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee der Bundesrepublik Deutschland.

Wir hatten auch sehr gute Kontakte zu dem finnischen Solidaritätskomitee, mit der britischen Anti-Apartheid-Bewegung und zu der französischen Organisation AFASPA (Association Française d'Amitié et de Solidarité avec les Peuples d'Afrique), die Vereinigung für Freundschaft und Solidarität mit den Völkern Afrikas. Für das finnische Komitee haben wir beispielsweise Hilfstransporte zu dem Bestimmungshafen in Angola übernommen. Auch haben wir für die genannten Komitees Flüge bezahlt, um deren Teilnahme an internationalen Konferenzen zu ermöglichen.

Willi Sommerfeld war nach seiner Tätigkeit im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR ab 1972 Mitarbeiter des Solidaritätskomitees der DDR.

„Die Finnen haben uns das Papier zur Verfügung gestellt“

Zur internationalen Zusammenarbeit

Peter Stobinski

Die Solidarität der DDR war nur dann wirksam, wenn wir es im Verbund machten, mit dem Wissen und mit den Informationen und den Möglichkeiten anderer Solidaritätsorganisationen. Ich erinnere mich sehr gut an sehr intensive Verbindungen, die wir zum Beispiel zum Solidaritätskomitee in Finnland hatten. Die Finnen waren stark in der Solidarität mit Südafrika. Die Finnen haben uns das Papier zur Verfügung gestellt, das wir für den Druck vieler Plakate und Broschüren für den ANC benötigten. Papier war in der DDR immer knapp. Das war nur mit Valuta zu bekommen. Da haben uns die Finnen das Papier zur Verfügung gestellt. Es gab vieles, was auf diese Art und Weise nützlich war. Es haben viele internationale Konferenzen und Veranstaltungen stattgefunden. Es ging nur in Absprache und im Verbund mit gleichgesinnten Ländern.

Peter Stobinski arbeitete ab 1973 im Solidaritätskomitee der DDR und war von 1986 bis 1990 dessen stellvertretender Generalsekretär.

Kohl empfängt Rassistenchef Botha



Apartheid NEIN! Botha RAUS!

DEMONSTRATION in BONN

Dienstag 5. Juni 1984

17.⁰⁰ Uhr Sammelplatz Poppelsdorfer Allee (nahe Hauptbahnhof)

18.⁰⁰ Uhr Kundgebung Münsterplatz

15.⁰⁰ Uhr Treffpunkt in Köln Neumarkt

Am 5. und 6. Juni finden zusätzlich ganztägig ab 10.⁰⁰ Uhr
Protestaktionen zu Fuß und mit dem Fahrrad in Bonn statt.
Informationen am Stand auf dem Münsterplatz ab 10.⁰⁰ Uhr morgens.

V.V.S.d.P.: ASTA Uni Köln

Kooperation unter der Oberfläche

Prosüdafrikanische Lobbyarbeit und Propaganda in der Bundesrepublik

Die Dimensionen internationaler Solidarität werden im Kontext der Apartheid in Südafrika fast ausschließlich mit Blick auf die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika analysiert. Die umfangreiche internationale Unterstützung für das Regime in Pretoria wird hingegen nur selten konkreter untersucht. In allen strategischen Partnerstaaten Südafrikas, so auch in der Bundesrepublik, gab es Personen, Institutionen und Organisationen, die sich „solidarisch“ mit der weißen Bevölkerung Südafrikas zeigten oder sich – in erster Linie im eigenen Interesse – zumindest unterstützend in der Abwehr der wachsenden internationalen Kritik und der drohenden Wirtschaftssanktionen einsetzten. Diese zielten auf die Schwächung des Regimes und waren zugleich eine Bedrohung für das einträgliche Südafrika-Geschäft bundesdeutscher Unternehmen und Banken, das in anderen Beiträgen in diesem Band thematisiert wird. Bis weit in die 1980er-Jahre hinein sprachen sich deutsche Politiker*innen¹ kontinuierlich gegen die Verhängung von Wirtschaftssanktionen aus. Zwar waren südafrikapolitische Akteur*innen in der Bundesrepublik durchaus skeptisch, wenn es um die rassistische Politik Pretorias ging, diese schien aber in Anbetracht der gewünschten „Stabilität“ im südlichen Afrika das kleinere Übel gegenüber einem Sturz des weißen Minderheitsregimes und einer damit verbundenen Mehrheitsregierung nach dem Prinzip „one man, one vote“ zu sein. Die Etablierung eines Netzwerks von wohlgesonnenen Akteur*innen in der Bundesrepublik war jedoch für Südafrika kein Selbstläufer, sondern Ergebnis der Mobilisierung erheblicher personeller und finanzieller

¹ In einigen Fällen handelte sich um dezidiert männliche Gruppen, dort wurde auf eine genderspezifische Schreibweise verzichtet.

Ressourcen. Der folgende Beitrag wirft ein Schlaglicht auf die fast drei Jahrzehnte andauernden Bemühungen des Apartheid-Staats, die Beziehungen zu politischen Entscheidungsträger*innen in Westdeutschland auszubauen und die bundesdeutsche Südafrika-Debatte zu beeinflussen.²

Ursprünge der südafrikanischen Propaganda

Die internationale Kritik und der Rückgang ausländischer Investitionen nach dem Massaker von Sharpeville 1960 waren auslösende Momente für eine intensiviertere südafrikanische Propagandatätigkeit.³ Die Kritik an Südafrika kam nicht nur aus Regierungskreisen. Über die Medienberichterstattung nach Sharpeville erreichten Informationen über die rassistische und gewalttätige Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Südafrika erstmals breitere Bevölkerungskreise in den westlichen Staaten, wo sich erste zivilgesellschaftliche Gruppen in Großbritannien und den USA dem Thema zuwandten. Es war die Mischung aus offiziellen Statements und gesellschaftlicher Stimmung, die den südafrikanischen Außenminister Eric Louw bei seiner Reise in die USA im Frühjahr 1960 überraschte. Er äußerte sein Unverständnis über die weltweite Kritik: „Never, except in a state of war, had there been such concentrated opposition against a state.“⁴ Diese Selbstwahrnehmung als zu Unrecht und im Vergleich zu anderen Ländern übermäßig kritizierter Staat prägte die südafrikanische Außenpolitik bis zum Ende des Regimes.

Die Regierung versuchte dieser Entwicklung nun aktiv zu begegnen und gründete 1962 ein eigenes Informationsministerium, das für die folgenden zwei Jahrzehnte zum Zentrum der Propagandaaktivitäten werden sollte. Wichtiger Partner war die aus südafrikanischen Wirtschaftskreisen finanzierte South Africa Foundation (SAF), die darum bemüht war, das südafrikanische Ansehen im Ausland zu steigern und vor allem öko-

54

-
- 2 Der Beitrag basiert auf meinem im Sommer 2019 abgeschlossenen Forschungsprojekt an der Humboldt-Universität zu Berlin; Kahrs, Andreas: Südafrikanische Propaganda und Lobbyarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Kooperation unter der Oberfläche (erscheint 2020).
 - 3 Im März 1960 hatte die südafrikanische Polizei bei Protesten gegen die sogenannten Passgesetze 60 Menschen erschossen, die meisten von ihnen in den Rücken, über 200 Menschen wurden verletzt; Kelk Mager, Anne/Mulaudzi, Maanda: Popular Responses to Apartheid: 1948–1975. in: Cambridge History of South Africa, Bd. 2, Cambridge 2011, S. 369–408, hier S. 396f.
 - 4 Zit. nach: Nixon, Ron: Selling Apartheid. South Africa's Global Propaganda War, London 2016, S. 33.

nomische Zwangsmaßnahmen gegen das Land abzuwenden.⁵ Seit ihrer Gründung bezahlte die SAF zahlreiche Reisen von US-amerikanischen Politikern und Multiplikatoren nach Südafrika.⁶ Diese sollten sich „mit eigenen Augen“ ein Bild von der Situation im Land machen und im Anschluss daran ihre Eindrücke in die nationalen Debatten tragen. Insbesondere bei der Beeinflussung von Medienvertreter*innen, Wirtschaftsrepräsentanten und dem konservativen Spektrum im US-Senat fielen die Informationen, die man ihnen vor Ort präsentierte, auf fruchtbaren Boden. Die Republik Südafrika wurde als sicherer Hafen für ausländische Investitionen und Vorposten im Kampf gegen den kommunistischen Einfluss im südlichen Afrika dargestellt.

Die SAF inszenierte sich von Beginn ihrer Tätigkeit an als „unabhängige“ Institution, die nicht die Regierungsposition vertrat und eine gemäßigte Lockerung der Apartheid-Gesetzgebung stets befürwortete. Tatsächlich war sie nicht auf finanzielle Mittel aus Pretoria angewiesen, kooperierte jedoch bei der Durchführung der Propagandaaktivitäten eng mit dem Informationsministerium.⁷

Erste Aktivitäten in der Bundesrepublik

Für die Arbeit in der Bundesrepublik gründeten SAF und das südafrikanische Ministerium gemeinsam die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG).⁸ Die SAF agierte offiziell zunächst von Südafrika aus, während die DSAG als Mitgliederorganisation fungierte, durch deren Arbeit das in der BRD vorhandene „Potenzial ehemaliger Aktivisten und Anhänger von Kolonialverbänden“ mit Vertretern „der radikalen Volkstümelei“ einer afrikaans-deutschen Kulturverbundenheit zusammengeführt werden konnte.⁹ Mit bis zu 5.000 Mitgliedern zur Mitte der 1970er-Jahre wuchs

⁵ Die Gründung ging auf eine Initiative der beiden südafrikanischen Wirtschaftsmogule Harry Oppenheimer (Anglo American) und Anton Rupert (Rembrandt Tobacco) zurück; Pfister, Roger: *Apartheid South Africa and African States. From Pariah to Middle Power, 1961–1994*, New York 2005, S. 24.

⁶ Nixon: *Selling Apartheid*, S. 42.

⁷ Vgl. dazu Burgess, Julian: *The Great White Hoax. South Africa's international propaganda machine*, London 1977; Rogers, Barbara: *South Africa's Fifth Column in the United States*, in: *Africa Report I/1977*, S. 14–17.

⁸ Van der Merwe, Werner: *Die Geschichte der Afrikaans- und Südafrikanisch-Deutschen Kulturvereinigung 1932–1982*, Pretoria 1982, S. 152f.

⁹ Rode, Reinhard: *Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland*, München 1975, S. 75.

die Organisation sogar zur größten unter den bilateralen Vereinigungen in der Bundesrepublik an.

Hauptziel war jedoch der Aufbau einer politischen Lobbyarbeit, bei der die DSAG offiziell im Namen der SAF agierte. In Südafrika waren vor allem deutsche Wirtschaftsvertreter in die Arbeit der Stiftung involviert. An der Schnittstelle zwischen SAF-Geschäftsführung, dem Informationsministerium und den deutschen Akteuren arbeitete in den 1960er- und 1970er-Jahren der deutschstämmige Geschäftsmann Ernst Blohm, der unter anderem dem Aufsichtsrat von VW Südafrika vorstand.¹⁰ Die deutschen Akteure der DSAG/SAF-Kooperation hatten oftmals auch eine persönliche Beziehung zum südlichen Afrika, wo sowohl in Südafrika als auch in Namibia, der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, eine große deutschsprachige Minderheit lebte.¹¹ Im Schriftverkehr, der einen Einblick in die Hintergrundstruktur der frühen deutschen Südafrika-Lobby bietet, zeigt sich, wie stark die Funktionäre aus einem persönlichen Antrieb heraus handelten. Das Mitglied des DSAG-Verwaltungsrats Konrad von Roedern schrieb an Ernst Blohm im Kontext des Konflikts um die illegale Besetzung Namibias durch südafrikanische Truppen und den Versuch der Installierung einer von Pretoria abhängigen Regierung: „Ich fühle mich Südwest so verbunden, als lebte ich im Lande.“¹²

Angelehnt an die international erprobten Maßnahmen der SAF war es auch in der Bundesrepublik das Ziel, einen Kern von „Experten“ herauszubilden, die aufgrund von eigenen Informationen, die sie vor Ort erhielten, im Sinne des Regimes in die politischen und medialen Debatten eingreifen konnten. Nur wenige deutsche Politiker*innen waren bis dahin in das südliche Afrika gereist, und die Situation im Apartheid-Staat „mit eigenen

56

10 Die internationale Arbeit der SAF war in Länder-Komitees organisiert, die deutsche Sektion wurde von Ernst Blohm (1912–1987) ins Leben gerufen. Er war außerdem Hauptrepräsentant der Südafrika-Interessen der deutschen Unternehmerfamilie um Erich Lübbert.

11 Die Zahl der in Südafrika lebenden Deutschen wird für 1960 mit 50.000 angegeben. Sie spielten ebenso wie weitere 25.000 bis 30.000 Angehörige der deutschen Minderheit in Namibia, das seit 1946 unter südafrikanischer Kontrolle als Mandatsmacht stand, eine besondere Rolle in den deutsch-südafrikanischen Beziehungen und waren mehrheitlich dem Kurs der regierenden Nasionale Party (NP) zugeneigt; Rode: Südafrikapolitik, S. 28, 48.

12 Schreiben Conrad von Roedern an Ernst Blohm, 7.7.1977, ACDP [Archiv für Christlich-DEMOKRATISCHE POLITIK], Nachlass von Geldern, 01-503-069/1.

Augen“ gesehen zu haben war ein gewichtiges Argument in der Südafrika-Debatte der 1960er- und 1970er-Jahre.

Einer der ersten prominenten Gäste war Franz Josef Strauß. Der ehemalige Atomminister wurde einige Monate nach der Reise 1966 zum Bundeswirtschaftsminister ernannt.¹³ Beginnend mit diesem ersten Besuch in Südafrika und Namibia, auf den in den nächsten 20 Jahren eine ganze Reihe weiterer Aufenthalte im südlichen Afrika folgte, wurde Strauß später ein enger Freund der Regierung unter P.W. Botha und einer der stärksten Verteidiger der Republik Südafrika gegen internationale Kritik.

Bis in die frühen 1970er-Jahre folgte rund ein Dutzend deutscher Politiker den Einladungen nach Südafrika und verteidigte das Regime nach ihrer Rückkehr in unterschiedlichen Statements.¹⁴ So formulierte Strauß' Parteikollege Richard Jaeger etwa, „dass die tatsächlichen Verhältnisse in Südafrika in vieler Hinsicht erheblich von dem Bild abweichen, das die Presse der Welt über dieses Land verbreitet“.¹⁵ Die Besuche deutscher Akteure im Land der Apartheid wurden durch die neuen Initiativen zwar zahlreicher, doch konnte man nach wie vor die einmal etablierten Kontakte zu den wohlgesonnenen Parlamentariern aus der CDU/CSU nicht nachhaltig nutzen, weil es in der Bundesrepublik an der nötigen Struktur fehlte.

In den Jahren 1971/72 übernahm Cornelius Mulder als neuer Minister die Verantwortung im Informationsministerium. In einem kleinen Kreis unter Führung des Staatssekretärs Eschel Rhodie entwickelte man dort in den folgenden Jahren geheime Propagandaprojekte in einem gigantischen finanziellen Rahmen von umgerechnet über 200 Millionen DM. Dazu zählten der Ankauf und die Neugründung von Zeitungen im In- und Ausland, die Gründung unterschiedlicher verdeckt finanzierter „Frontorganisationen“, die einen internationalen Informationstransfer sicherstellen sollten, und ein ausschweifendes Einladungsprogramm für

13 Zur Reise vgl. Programm RSA Reise von Dr. Franz Josef Strauß + Frau und Dr. H. Germani, ACSP [Archiv für Christlich-Soziale Politik], NL Strauß, Fam 39f; Schreiben Suid-Afrika-Stigting an Staatssekretär Brand Fourie, 17.3.1966, DIRCO [Department of International Relations and Cooperation], 22/1/154 Bd. I.

14 Die bisherigen Reisegäste wurden im Rahmen der Reisevorbereitung von Richard Jaeger aufgelistet; vgl. Information zur Reisevorbereitung sowie Schreiben von Conrad von Roedern an Richard Jaeger, 13.9.1971, ACSP, NL Jaeger, R:46/1.

15 Schreiben Generalkonsul von Lucius an das AA, 29.4.1968, ebd. Jaeger ließ sich auch in Veröffentlichungen des Regimes mit positiven Kommentaren zur Homeland-Politik zitieren; vgl. Department of Information, in: Daily News Bulletin Nr. 77, 19.4.1968.

internationale Persönlichkeiten, die wahlweise mit Informationen vor Ort für die heimische Debatte gestärkt oder mit dem Angebot von Luxusreisen in den Apartheid-Staat „überzeugt“ werden sollten. Die geheime Operation mündete in die „Muldergate“-Affäre, als 1978 die Verwendung von Steuergeldern für die Propagandapolitik des Landes ans Licht kam und den politischen Karrieren der Beteiligten ein jähes Ende setzte.¹⁶

Zuvor hatten sich Rhodie und sein Team auch der Bundesrepublik gewidmet, um die hiesige Unterstützung für Südafrika zu festigen und auszubauen. Die südafrikanischen Offiziellen beobachteten misstrauisch, wie sich außerhalb des Parlaments eine Anti-Apartheid-Bewegung formierte, die schließlich formell 1974 gegründet wurde. Der Jahresbericht des Informationsministeriums fasste zusammen: „Organisations, particularly in the USA, Britain, Holland and West Germany, are now in the forefront of the boycott-and-isolate South Africa brigade.“¹⁷ Die Befürchtungen waren groß, dass durch die beginnende gesellschaftliche Debatte auch der Druck auf die politischen Entscheidungsträger*innen zunehmen könne. Bis dahin hatte sich die sozial-liberale Regierung in Bonn auf eine verbale Verurteilung der Apartheid beschränkt, aber die wirtschaftlichen Beziehungen zum Apartheid-Staat auch in politisch sensiblen Bereichen wie der Nukleartechnik eher gefördert, als sie durch Sanktionsforderungen zu gefährden.¹⁸

58

Public Relations statt Propaganda?

Im Juli 1974 lud der Leiter der Informationsabteilung der südafrikanischen Botschaft den ehemaligen Journalisten Gerd Hennenhofer zu einem

¹⁶ Zu den Geheimprojekten und der „Muldergate“-Affäre vgl. u.a. das sehr subjektive, aber informative Enthüllungsbuch des ehemaligen Staatssekretärs: Rhodie, Eschel: *The Real Information Scandal*, Pretoria 1983. Außerdem Marx, Christoph: „Muldergate“. Außenpolitische Propaganda und interne Machtkämpfe in Südafrika Ende der 1970er Jahre, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 1–2/2018, S. 51–66; Rees, Mervyn/Day, Chris: *Muldergate. The story of the info scandal*, Johannesburg 1980.

¹⁷ Department of Information Report for the Period: 1. Jan 1974–31. Dec 1974, SAHA [South African Historical Archive], AL 2457 A4.1.

¹⁸ Zur Kooperation mit dem südafrikanischen Nuklearprogramm und zur Unterstützung aus dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium vgl. u.a. Lorscheid, Helmut: *Wie Deutschland den Apartheid-Staat nuklear aufrüstete*, in: *Cicero*, 8.1.2014, unter: <https://bit.ly/3ONAOMz>.

Gespräch nach Bonn.¹⁹ Dessen Firma Hennenhofer KG im hessischen Königstein im Taunus organisierte für das südafrikanische Regime bereits seit 1969 die Produktion und den Vertrieb von Propagandafilmen in der Bundesrepublik. Das Informationsministerium unterbreitete ihm nun die Möglichkeit, als PR-Agentur für das Regime tätig zu werden. Eine solche Kooperation war unter anderem in den USA bereits in den 1960er-Jahren erfolgreich etabliert worden. Schon einen Monat später legte Gerd Hennenhofer ein umfassendes Konzept für mögliche PR-Projekte in der Bundesrepublik vor. Sein Ziel war es, den bundesdeutschen Südafrika-Diskurs mit einer massiven Ausweitung der Informationsreisen und mit Informationen „aus erster Hand“ maßgeblich zu beeinflussen und Multiplikator*innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern anzusprechen.²⁰ In den konzeptionellen Überlegungen hob es hervor, dass er, Hennenhofer, als „deutsche Instanz“ Informationen kommunizieren könne, „denen man vielleicht mit mehr Vorbehalt begegnen würde, wenn sie direkt von der südafrikanischen Botschaft kämen“.²¹

Anders als Teile der ersten „Südafrika-Lobby“ hatten die PR-Fachleute aus Königstein im Taunus keinerlei persönliche Verbindungen ins südliche Afrika. „Solidarität“ mit dem Regime spielte keine Rolle in der rein geschäftlichen Beziehung zum Apartheid-Staat. Eine solche PR-Arbeit für einen international geächteten Staat stellte ein Novum dar in der bundesrepublikanischen Politik. Doch auch die fortan von der deutschen Agentur entwickelten Informationsmaßnahmen folgten der etablierten Rhetorik des Informationsministeriums. Insbesondere der Kern der Apartheid-Politik, das Konzept der getrennten Entwicklung, sollte nun in der Bundesrepublik Deutschland offensiver verkauft werden, um zu zeigen, dass es „keine Alternative“ zur Politik der südafrikanischen Regierung gab.²² Die Agentur Hennenhofer knüpfte in der Folgezeit fleißig Kontakte und versuchte, deutsche Abgeordnete auf Informationsreisen ans Kap einzula-

19 Gerd Hennenhofer (1927–1987) war bis 1960 Journalist beim Magazin *Stern* gewesen und war seitdem überwiegend in der Produktion sowie im Vertrieb von Dokumentarfilmen für unterschiedliche Auftraggeber tätig.

20 Die Agentur entwickelte ihre Arbeit auch für die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kirche.

21 Hennenhofer, Gerd: Erweiterung der Public-Relations-Arbeit für die Republik Südafrika in der Bundesrepublik Deutschland. August 1975, S. 3, SfS-Archiv [Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts], I.06.HPR, Nr. 42 I.

22 Ebd.

den. Offiziell agierte man als deutscher Repräsentant einer der neu gegründeten Frontorganisationen, der Auftrag aus Pretoria wurde jedoch offen kommuniziert. Die Propagandapolitik sollte durch Hennenhofer nun jedoch eher die Gestalt einer PR-Maßnahme erhalten, in der es darum ging, Kontakte und Gespräche zu vermitteln, „gegenseitiges Verständnis“ herzustellen und „objektive Informationen“ zu ermöglichen.²³

Aus südafrikanischer Sicht war die Anheuerung Gerd Hennenhofers ein Glücksfall. Als man sich im Sommer 1975 zur Zusammenarbeit mit der Agentur aus Königstein entschied, konnte keiner der Beteiligten ahnen, dass die Südafrika-Debatte in der Bundesrepublik unmittelbar danach einen entscheidenden Impuls erhalten würde. Zum einen rückte die Apartheid durch die brutale Niederschlagung der Proteste von Schüler*innen in Soweto im Juni 1976 ins Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit, zum anderen erhielt die deutsche Debatte neues Gewicht, nachdem sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher einer internationalen Initiative angeschlossen hatte, um im Fall der überfälligen Unabhängigkeit Namibias zu vermitteln. Die ehemalige deutsche Kolonie, von Südafrika nach dem Entzug eines internationalen Mandats aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nun illegal besetzt, hatte in der deutschen Politik zeitweise eine größere Bedeutung als die rassistische Segregationspolitik im Apartheid-Staat.²⁴ Besonders die Frage einer möglichen Schließung des deutschen Konsulats in Windhoek erhitzte 1977 die Gemüter in Teilen der Unionsfraktion. Für die nun auch im Bonn geführte Auseinandersetzung um das südliche Afrika gab es allerdings nur wenige Experten unter deutschen Politikern. Das bereits bestehende Reiseangebot der getarnten südafrikanischen Propaganda traf somit auf eine nun gesteigerte Nachfrage.

In einem ersten Reiseprojekt brachte die Agentur im Sommer 1976 zunächst eine Gruppe von hochrangigen südafrikanischen Politikern zu Ge-

23 In der Selbstdarstellung der Arbeit hieß es: „to contribute to an informed understanding of South Africa’s role and position in world politics and international relations; Foreign Affairs Association: Human Rights and Homelands, Kapstadt 1978.

24 Engel/Schleicher schreiben, dass Namibia „eines der wenigen, wenn nicht zeitweilig das einzige innenpolitisch relevante Themenfeld der Afrikapolitik“ darstellte; vgl. dazu den Abschnitt ‚Friedenspolitik‘ im südlichen Afrika: Die Bundesrepublik zwischen Kontaktgruppe, SWAPO und Interessengemeinschaft 1975–1983, in: Engel, Ulf/Schleicher, Hans-Georg: Die beiden deutschen Staaten in Afrika, Hamburg 1998, S. 263–300, hier S. 285.

sprächen in die Bundesrepublik.²⁵ Ein Jahr später erfolgte dann ein verabredeter Gegenbesuch von sieben Politikern der oppositionellen CDU/CSU-Fraktion.²⁶ Das von den Abgeordneten mit der Reise verbundene Interesse brachte MdB Peter Petersen (CDU) in einem Schreiben an den deutschen Agenturchef zum Ausdruck: „Die Reise mit Ihnen war doch sehr wichtig. Im Moment ist die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung in Bezug auf Südwestafrika voll entbrannt, und dafür haben wir unterwegs wesentliche Argumente bekommen. Südafrika wird uns natürlich noch sehr lange beschäftigen.“²⁷

Mit dieser Einschätzung sollte Petersen recht behalten. Um dafür gewappnet zu sein, suchten die Abgeordneten der Unionsfraktion unmittelbar nach der Reise den weiteren Austausch mit der Agentur und den offiziellen südafrikanischen Stellen. Sie nutzten die Erkenntnisse der Informationsreise, um sich im Bundestag als Experten in Fragen des südlichen Afrikas zu inszenieren. Im Juni 1977 protestierten die Abgeordneten in einem Brief an Außenminister Genscher gegen die Schließung des Konsulats.²⁸ MdB Hans Stercken informierte die gesamte Fraktion in dieser Sache mit einem Bericht unter dem Titel „Recht und Freiheit in Südwest“.²⁹ In einem Antrag zur Entwicklungspolitik und der anschließenden Aussprache im Bundestag attackierten Abgeordnete der Unionsfraktion, unter ihnen Herbert Hupka, Hans Stercken und Peter Petersen, die Bundesregierung.³⁰ Im Herbst 1977 formulierten die Parla-

25 Unter ihnen waren auch der spätere Präsident F.W. de Klerk und der NP-Abgeordnete und ehemalige SAF-Präsident Jan Marais.

26 Endgültiges Programm der Informationsreise in die Republik Südafrika, Transkei und nach Südwestafrika für Herrn Peter Petersen, Sfs-Archiv, I.06.HPR, Nr. 69.

27 Schreiben Peter Petersen an Gerd Hennenhofer, 30.7.1977, Sfs-Archiv, I.06.HPR, Nr. 69.

28 (Geheim) Suid-Afrika en Suidwes-Afrika in die Duitse Parlement, 23.6.1977, DIRCO, I/154/3 Bd. 14.

29 Schreiben Eschel Rhoodie an Brand Fourie, 23.6.1977, ebd.

30 Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 8. Wahlperiode, 52. Sitzung, Plenarprotokoll 08/52; Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Entwicklungspolitik“, Bundestags-Drucksache 8/345, Antwort auf die Große Anfrage, Bundestags-Drucksache 8/879 und Antrag „Konsulat in Windhuk/Südwestafrika“, Bundestags-Drucksache 8/742. Werner Stiers verweist in seiner Untersuchung darauf, dass die Zahl der Anfragen und Initiativen in der 8. Wahlperiode stark anstieg. In einer Befragung der Abgeordneten gaben diese teilweise einen eigenen Aufenthalt im südlichen Afrika als ursächlich für die Beschäftigung mit dem Thema an; vgl. Stiers, Werner: *Perzeption der Entwicklungen im südlichen Afrika in der Bundesrepublik 1960–1979*, Frankfurt a.M. 1983, S. 156–160.

mentarier erstmals gemeinsame Leitlinien ihrer Fraktion für eine Politik gegenüber dem südlichen Afrika.³¹ In die Ausgestaltung des Papiers wurde die südafrikanische Botschaft über die Kontaktperson Peter Petersen unmittelbar einbezogen.³²

Innerhalb kurzer Zeit machten sich weitere Delegationen deutscher Politiker, vor allem aus der Union, vereinzelt auch aus der FDP, auf Kosten des Regimes auf den Weg ins südliche Afrika, teilweise auf Vermittlung von Hennenhofer und der SAF, teilweise auf nun eigene Initiative. Im Herbst 1978 legte nur der ehemalige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier ob der politischen Brisanz großen Wert darauf, dass seine Reise als „unabhängig“ dargestellt werden konnte, und ließ die Flugkosten für sich und seinen Reisebegleiter Bruno Heck von der Konrad-Adenauer-Stiftung bezahlen, die Heck seit 1968 leitete. Während ihres Aufenthalts galten sie jedoch wie alle anderen als „official guests“ und absolvierten ein umfangreiches Programm mit Gesprächsterminen bei hochrangigen südafrikanischen Regierungsverantwortlichen.³³

62

Das südafrikanische Propagandaprojekt in der Bundesrepublik überstand den „Muldergate“-Skandal: Auch die neue Regierung unter P.W. Botha griff auf die Dienste der deutschen Agentur zurück. Zwar sah sich Gerd Hennenhofer aus unterschiedlichen Richtungen dem Vorwurf der Propaganda ausgesetzt, er setzte die Arbeit jedoch unter geändertem Namen als Hennenhofer PR fort.³⁴ Die Agentur war nun direkter Auftragnehmer des Außen- und Informationsministeriums in Pretoria.

Gerd Hennenhofer war maßgeblich daran beteiligt, dass sich die deutsch-südafrikanischen Beziehungen in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren grundlegend änderten und die südafrikanische Regierung nun auf ein beständig wachsendes Kontaktnetzwerk in der deutschen Politik bauen konnte. Bis zum Regierungswechsel in Bonn 1982 begaben sich 56 Abgeordnete aus der Unionsfraktion und elf Parlamentarier der FDP auf Kosten des Regimes auf die sogenannten Informa-

31 Die Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegenüber dem südlichen Afrika, ACSP, NL Jaeger, R34/3.

32 (Geheim)dienstbrief 26/- C.E. Mulder an Staatssekretär E. Rhodie, 29.9.1977, DIRCO, I/154/3 Bd. 15.

33 Memo Department of Information Dr. Gerstenmaier an Geselskap, o.D., NASA [National Archives of South Africa], MNL/INL Bd. 20.

34 Vgl. u.a. 50.000 Gulden im Kopfkissen des Premierministers, in: Der Spiegel 42/1979.



Informationsminister Cornelius Mulder empfängt im Februar 1978 eine CDU-Delegation; v.l.n.r.: Cornelius Mulder, Eugen Gerstenmaier, Bruno Heck, Franz Möller.

tionsreisen nach Südafrika und Namibia, die stets ein höchst einseitiges Programm boten und nur wenigen kritischen Stimmen Platz einräumten.³⁵ Im Anschluss an die Reise traten sie vor allem als Gegner von Wirtschafts-sanktionen und als Verteidiger des vermeintlichen Reformprojekts P.W. Bothas auf, mit dem der südafrikanische Regierungschef den Umbau des Regimes zu einer Neo-Apartheid vorbereitete.³⁶ In einer der seltenen Bundestagsdebatten zu diesem Thema unterstrich Hans Stercken, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und einer der zentralen Organisatoren des neuen deutschen Südafrika-Netzwerks, im Januar 1980: „Ministerpräsident Botha [...] verdient Unterstützung seiner Politik, nicht Distanz und Gleichgültigkeit.“³⁷

Bei ihren Aufenthalten im südlichen Afrika wurden die Parlamentarier von Vertretern deutscher Unternehmen, die über die SAF weiterhin in die Informationsarbeit des Regimes eingebunden waren, in ihrem neuen Bemühen um das südliche Afrika bestärkt.³⁸ Zwar wurde auch Kritik an einzelnen Aspekten der südafrikanischen Politik geäußert, Vorrang hatte aber die Sicherung der deutschen Investitionen und der Schutz des südlichen Afrikas vor sowjetischem Einfluss, der nur durch die Regierung Botha gewährleistet sei. Die deutschen Parlamentarier sahen sich selbst folglich nicht primär als Rechtfertiger der Apartheid-Politik, sondern als Vertreter „deutscher Interessen“.

Innerhalb kurzer Zeit wurde mit den neuen Propagandaprojekten die Grundlage für eine kontinuierliche Kollaboration mit dem Regime in Pretoria gelegt. In den Unterlagen der südafrikanischen Botschaft in Bonn firmiert die Gruppe der Bonner Parlamentarier fortan als „CDU/CSU contact group“.³⁹ Dieser Kreis von knapp einem Dutzend Abgeordneten organisierte die Bearbeitung des Themas „Südafrika“ und sorgte für eine

64

35 Vgl. exemplarisch MdB-Reise nach Südafrika vom 27. Oktober bis zum 3. November 1979, SfS-Archiv, I.06.HPR, Nr. 168.

36 Vgl. dazu Maull, Hanns W.: Neo-Apartheid: Eine Bilanz der Ära Botha, in: ders.: Südafrika. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft vor dem Ende der Apartheid, Opladen 1990, S. 75–128.

37 Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 8. Wahlperiode, 197. Sitzung, 18.11.1980, S. 15694.

38 Über die Strukturen der deutschen SAF-Sektion wurden abendliche Empfänge und Hintergrundgespräche organisiert. Dies war Teil eines jeden Reiseprogramms von deutschen Delegationen. Bemerkenswert ist die hohe personelle Überschneidung zwischen SAF und Offiziellen der deutsch-südafrikanischen Handelskammer.

39 (Geheim) Telex No. K87, 23.5.1980, DIRCO, I/154/3 Vol. 20.

regelmäßige Präsenz des Themas in den Medien.⁴⁰ Die Politiker standen der Botschaft und der Königsteiner Agentur auch für weitere Aktivitäten zur Verfügung. Sie nahmen an Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen teil und waren Gesprächspartner für die Arbeit in anderen gesellschaftlichen Feldern, in denen Hennenhofer PR im Auftrag des Regimes mittlerweile mit vergleichbaren Projekten aktiv war.⁴¹ In dieser aus Sicht der südafrikanischen Propaganda äußerst zufriedenstellenden Entwicklung war das luxuriöse Setting der Reisen ins südliche Afrika, mit hochklassigen Hotels sowie einem attraktiven und „exotischen“ Freizeitprogramm, sicherlich ein wichtiger Faktor der „korrumpierenden Praktiken“ der Botschaft und des Ministeriums in Pretoria, die der als regimekritisch bekannte SPD-Politiker Günter Verheugen „zu den wirkungsvollsten Einfällen der südafrikanischen Propaganda“ zählte.⁴²

Von den neu etablierten Kontakten profitierte man in Pretoria besonders, als 1982 – der nächste glückliche Umstand – nach dem Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt im Bonner Parlament eine schwarz-gelbe Koalition unter Kanzler Helmut Kohl die Regierung übernahm. Die Besuche auf Einladung des Regimes wurden unvermindert fortgesetzt, aber ohne die Mittlerorganisation Hennenhofer PR nun direkt über die südafrikanische Botschaft und das Ministerium organisiert – allerdings sehr viel diskreter als bisher. So sicherten sich die Südafrikaner die nötige Unterstützung für das vermeintliche Reformprojekt und konnten zugleich sicher sein, in der verschärften internationalen Debatte der 1980er-Jahre nicht durch Sanktionsforderungen aus der Bundesrepublik überrascht zu werden. Zwar war das nach wie vor von Hans-Dietrich Genscher geführte Auswärtige Amt in keiner Weise in diese Maßnahmen eingebunden und der Minister suchte zumindest nach einer apartheidkritischen Position und etablierte auch Kontakte zum südafrikanischen ANC und der SWAPO aus Namibia. Die direkten südafrikanischen Beziehungen in wichtige Ministerien und ins Bundeskanzleramt sowie der besonders ausgeprägte Kontakt

⁴⁰ Ein wichtiges Medium war hierfür die Tageszeitung *Die Welt*, die regelmäßig eine Plattform zur Formulierung der Südafrika-Politik der Union bot; vgl. u.a. CSU für neuen Südafrikakurs, in: *Die Welt*, 13.7.1977; Welt-Gespräch. Todenhöfer warnt: Mugabe bedeutet Gefahr für die Rohstoffe, in: *Die Welt*, 7.3.1980; Welt Report Südafrika, in: *Die Welt*, 14.6.1982.

⁴¹ Die Projekte mit Akteuren der EKD sind teilweise dargestellt bei Hermann, Gunther J.: *Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrikakonflikt*, Frankfurt a. M. 2006, S. 203–219.

⁴² Verheugen, Günter: *Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap*, Köln 1986, S. II.

zu Franz Josef Strauß garantierten aber, dass ein südafrikafreundliches Gegengewicht in der bundesdeutschen Politik weiter gehende Schritte stets ausschloss.⁴³ Das zeigte sich auch anlässlich des Besuchs des südafrikanischen Ministerpräsidenten P.W. Botha im Sommer 1984 in Bonn.⁴⁴ Dieser Staatsbesuch muss als Resultat der aus Pretoria beauftragten und bezahlten jahrelangen Bemühungen um die deutsch-südafrikanischen Beziehungen angesehen werden. Dass bei solchen Anlässen und in den anschließenden politischen Debatten eine verbale Verurteilung der „Rassendiskriminierung“ auch aus den Reihen der Union erfolgte, war Teil des Spiels. Im Zusammenwirken mit den ökonomischen Interessen bundesdeutscher Unternehmen sicherte die Propagandaarbeit des Regimes das westdeutsche Veto gegen internationale Sanktionen – bis 1986. Nachdem die internationalen Sanktionsforderungen im selben Jahr noch von der Bundesregierung abgeblockt worden waren, entschied sich Außenminister Genscher im Herbst 1986 schließlich doch noch dafür, sich der europäischen Außenpolitik gegenüber Südafrika anzuschließen. Die Netzwerkakteure aus der Union versuchten noch am Abend vor der Kabinettsitzung, Einfluss auf die Entscheidung zu nehmen. Die ehemaligen Südafrika-Gäste im Kabinett, Werner Dollinger und Jürgen Warnke, sahen sich gezwungen, öffentlich der Behauptung entgegenzutreten, sie hätten in der Kabinettsitzung den europäischen Beschlüssen zu begrenzten Sanktionen gegen Südafrika zugestimmt.⁴⁵ Den letztlichen Fall des Regimes konnte Südafrika durch die internationalen Propagandabemühungen freilich nicht verhindern. Sie waren nur ein Baustein in einer vielschichtigen südafrikanischen Außenpolitik, mit dem allein die politische Entwicklung nicht aufzuhalten war. Zu bedeutsam war vor allem der internationale politische Umbruch durch den Zerfall der Sowjetunion, durch den Südafrika nun die wichtige Rolle des „antikommunistischen Bollwerks“ verlor. In der südafrikanischen Propagandaarbeit kann man eine Entwicklung

43 Wenzel, Claudius: Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland 1982–1992. Politik gegen Apartheid?, Wiesbaden 1994, S. 217–224.

44 Engel wertet „die Tatsache des Besuchs allein [...] als Indiz für die insgesamt positive Einschätzung der ‚Reformpolitik‘ Botha“, vgl. Engel, Ulf: Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999, Münster u.a. 2000, S. 193.

45 Es entwickelte sich eine mehrtägige öffentliche Debatte darüber, wie und ob ein Kabinettsbeschluss vorgelegt wurde und wie die einzelnen Maßnahmen zu verstehen seien; vgl. ebd., S. 196f.

feststellen. Die Anfänge der prosüdafrikanischen Lobbyarbeit trugen Akteure, die über persönliche Beziehungen ins südliche Afrika verfügten und die Arbeit aus einer von ihnen empfundenen „Solidarität“ mit der weißen Minderheit entwickelten. Die Einbeziehung der deutschen Agentur Hennenhofer PR brachte nicht nur eine Professionalisierung der Arbeit in Westdeutschland, sie fiel auch zusammen mit einem wachsenden Interesse der deutschen Politik am südlichen Afrika, das zu neuen Motivationen für ein Engagement in der Südafrika-Frage führte. Für manche Unionsabgeordnete war es eher die Möglichkeit, Kritik an der Regierungskoalition zu üben, als das eigentliche Thema Südafrika, die den Ausgangspunkt für den Einstieg in die südafrikanische Propaganda bildete. In den 1980er-Jahren schließlich war eine „Solidarität“ mit den weißen Südafrikaner*innen in den meisten Fällen den oft angeführten „deutschen Interessen“ eindeutig untergeordnet. Fest steht jedoch, dass die Maßnahmen aus allen drei Strängen einen großen Anteil daran hatten, dass sich deutsche Akteure lange Zeit gegen Sanktionen stemmten und besonders in der ersten Phase der „Reformpolitik“ P.W. Bothas ungewöhnlich stark für eine Abmilderung der Kritik am Apartheid-Staat eintraten.

Andreas Kahrs *lebt und arbeitet als Historiker in Berlin und promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin zur südafrikanischen Propaganda in der Bundesrepublik. Seine weiteren Arbeitsschwerpunkte sind Forschung und Bildungsarbeit in Polen zum Holocaust sowie die Analyse der extremen Rechten in Mittel- und Osteuropa.*

67

S.52: „Kohl empfängt Rassistenchef Botha. Apartheid Nein! Botha raus!“. Das Plakat des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Köln ruft zu einer Demonstration am 5. Juni 1984 in Bonn auf. Quelle: Archiv für alternatives Schrifttum

„Wir standen wegen unserer Politik gegenüber Südafrika am Pranger der Weltöffentlichkeit“

Die Politik der Bundesrepublik gegenüber Südafrika auf UN-Ebene

Interview mit Hans-Joachim Vergau

68

Bevor die Bundesrepublik in den Jahren 1977/78 gemeinsam mit Kanada als nicht-ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat kam, war es wirklich hart. Wir wurden jedes Jahr von der UN-Generalversammlung scharf verurteilt, und zwar mit Namensnennung. Wir standen wegen unserer Politik gegenüber Südafrika am Pranger der Weltöffentlichkeit. In der Generalversammlung haben wir gegen Apartheid gestimmt, aber nicht für Sanktionen. Und bei Resolutionen, die den Passus „armed struggle“ enthielten, haben wir, wenn die Resolution sonst in Ordnung war, oft mit Ja gestimmt und eine Stimmerklärung abgegeben, in der wir gesagt haben, das Ja gilt nicht für diesen einen Passus. Wir haben auch gegen den Vorschlag, Südafrika aus der UNO auszuschließen, gestimmt. Wir fanden, dass sich die südafrikanischen Vertreter anhören müssen, was falsch ist. Man muss mit ihnen sprechen und nicht nur mit Gewalt verhandeln.

Und um nun in der öffentlichen Meinung nicht mehr dauernd in dem negativen Licht gesehen zu werden und nicht immer auf alles mit Nein zu stimmen, mussten wir einen Bereich im südlichen Afrika finden, in dem wir agieren und nicht nur reagieren konnten. So haben sich die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder – USA, Frankreich, Großbritannien als ständige Mitglieder sowie Kanada und Deutschland – zusammengesetzt und mit der Arbeit der „Kontaktgruppe“ begonnen, das war ihr Name. In New York hießen sie the „Gang of Five“. Mit Südafrika konnte man nicht direkt über die Apartheid sprechen. Wenn man die Apartheid infrage stellen wollte, dann flogen in Pretoria und Kapstadt die Türen zu.

Das Ziel der Kontaktgruppe war deshalb, in Namibia zu vermitteln und letztlich auf freie und faire Wahlen hinzuarbeiten. Namibia war damals von Südafrika besetzt und es herrschten dort ebenso Apartheid-Gesetze wie in Südafrika. Und es war Genschers starkes Motiv und auch mein Glauben, dass eine friedliche Lösung in Namibia eine Ansteckungsgefahr für Südafrika haben würde. Unsere Basis war die UN-Sicherheitsratsresolution 385 von 1976, sie wurde also vor unserer Zeit verabschiedet. Darin steht ausdrücklich, dass freie und faire Wahlen in Namibia stattfinden müssen. Das war jedoch nur eine Empfehlung und hatte keinerlei Folgen. Es waren auch keine Sanktionen darin gegen Südafrika genannt. Und unsere Überlegung war, dass der Verhandlungsprozess damit anfangen muss, dass Vorster, der damalige Premierminister, mit uns fünf spricht. Man hatte ja ein Druckmittel, denn die Wirtschaftsbeziehungen der Südafrikaner mit all diesen fünf Ländern, mindestens vier davon, Kanada vielleicht nicht so, waren sehr wichtig. Die Südafrikaner haben ganz wenig nachgegeben. Es gab vier Gesprächsrunden in Südafrika, mit der SWAPO, der namibischen Befreiungsbewegung, hatten wir auch mindestens vier Runden, bis wir so weit waren, dass alle diesem Text zustimmten. Und auf diesem Text baut die UN-Resolution 435 auf. Das hatten wir im September 1978 erreicht. Trotzdem hat die Umsetzung dieser Resolution noch sehr lange gedauert.

69

Hans-Joachim Vergau war von 1976 bis 1980 politischer Referent an der westdeutschen UN-Vertretung in New York und enger Mitarbeiter von Außenminister Hans-Dietrich Genscher in der Namibia-Kontaktgruppe.

Die Suche nach dem richtigen Weg

Die Südafrik-Apolitik der Bundesrepublik Deutschland

Klaus Freiherr von der Ropp

70

„And replace it with what?“ So der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt am 21. Mai 1977 im Gespräch mit dem damaligen US-Vizepräsidenten Walter Mondale, der geäußert hatte, der Westen müsse alles in seiner Macht Stehende tun, um Pretoria zu zwingen, seine Politik der Apartheid aufzugeben. Erst unter dem neu in das Amt des Außenministers gewählten Hans Dietrich Genscher begann die Regierung von Deutschland/West sich einer aktiven Namibia- und Südafrika-Politik zu verschreiben. Bereits lange zuvor hatten vor allem die EKD und verschiedene NRO die Bonner Regierung vergeblich aufgefordert, die südafrikanische Regierung zu drängen, ihre rassistische Innenpolitik (Apartheid) aufzugeben und das unter einem UN-Mandat stehende Namibia in die Unabhängigkeit zu entlassen. Genscher war damals das südliche Afrika ganz und gar unbekannt. Dasselbe galt für die ihn beratenden Beamten seines Ministeriums. Dennoch konzentrierte er sich in den ersten Jahren voll auf diese Region. Denn die übrige Bonner Außenpolitik gestaltete Bundeskanzler Helmut Schmidt, ein ausgewiesener, weltweit anerkannter Außen- und Sicherheitspolitiker, selbst. Er überließ Genscher nur die Politikbereiche, die ihn langweilten, das waren alle afrikanischen Fragen, die Vereinten Nationen sowie der von Schmidt in seiner großen Bedeutung nicht erkannte KSZE-Prozess. Genscher nutzte die ihm eingeräumte Stellung ebenso genial wie skrupellos aus. So gelang es ihm, nicht nur das Ende der sozial-liberalen Koalition (17. September/1. Oktober 1982) als Außenminister zu überleben. Denn anschließend gelang es ihm unter dem außenpolitisch damals desinteressierten Bundeskanzler Helmut Kohl, die Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zum Beginn der Zwei-plus-vier-Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands souverän zu gestalten.

Der Einstieg in eine aktive Rolle von Deutschland/West im südlichen Afrika war die von dem US-amerikanischen UN-Botschafter Andrew Young, dessen gleichfalls afroamerikanischen Stellvertreter Don McHenry und ihm selbst Anfang 1977 konzipierte Namibia-Initiative. Ihr schlossen sich

Großbritannien, Frankreich und Kanada an. Sie alle waren damals ständige bzw. nichtständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Allen Beteiligten war klar, dass ihr in absehbarer Zeit eine in vielem analoge Südafrika-Initiative folgen würde.

Genscher wusste nur zu gut, dass die westdeutschen Parteien sehr unterschiedliche Vorstellungen von einem Post-Apartheid-Südafrika hatten. Die damaligen Oppositionsparteien CDU und CSU versuchten, Apartheid zu überwinden, ohne dass anschließend der ANC und die ihm auf das Engste verbündete South African Communist Party (SACP) in Pretoria die Macht übernehmen würden. Denn der kommunistische Teil der Welt, hier nicht zuletzt Deutschland/Ost, würde andernfalls wie seit Mitte der 1970er-Jahre in Mosambik und Angola dann auch im übrigen südlichen Afrika zu einem wichtigen Akteur werden. Daher bemühten sich die CDU und die ihr zugehörige Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit der Inkatha-Bewegung des eher konservativen Zuluführers Mangosuthu Buthelezi eine Alternative zu der Allianz ANC/SACP aufzubauen. Auch der KAS war bekannt, dass selbst das in Neubrandenburg gedruckte Zentralorgan des in Südafrika verbotenen ANC (*Sechaba*) Buthelezi „a man of the people, an African patriot“ genannt hatte.¹ Anders die Sicht der CSU und ihrer Hanns-Seidel-Stiftung: In Anknüpfung an die bisherige „Rassenpolitik“ Pretorias redeten sie lange Jahre unter Federführung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß der geografischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der „Bantustans“ das Wort. Mit anderen Worten, es galt eine Art „Apartheid mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen. Selbstverständlich ohne Teilhabe von ANC/SACP.

Die SPD und die ihr zugehörige Friedrich-Ebert-Stiftung suchten nach den Aufständen von Soweto und Langa im Juni 1976 verstärkt die Zusammenarbeit mit dem verbotenen ANC/SACP-Lager und dem neu erstandenen Gewerkschaftsdachverband COSATU (Congress of South African Trade Unions). Das war erst recht der Fall, nachdem Genschers einstiger Chefberater Günter Verheugen in der zweiten Jahreshälfte 1982 die FDP Genschers verlassen hatte und der SPD beigetreten war. Er nahm Genschers Plattitüden zum Post-Apartheid-Südafrika mit in das Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn. So fanden die Warnungen des großen Egon Bahr vor einem Scheitern des südafrikanischen Transformationsprozesses in seiner Partei, der SPD, kaum Gehör. Bahr sah für das neue Südafrika

¹ Mbatha, PV. Tulusizwe: Bantustan imposed upon Zululand, in: *Sechaba*, Nr.2/1971 (Volume. 5), S. 10f., hier. S. 10.

angesichts dessen völliger ethnischer Zerrissenheit „ein bislang unbekanntes Modell gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten“.²

Im Bonner Bundestag machte sich einzig der spätere Präsident vom Liberal International, Otto Graf Lambsdorff (FDP), Bahrs Sicht zu eigen. Er besuchte, anders als sein Parteifreund Genscher, Jahr für Jahr Südafrika. Dort suchte und fand er Gespräche mit einem auffallend breiten Spektrum von Politikern und Wirtschaftsführern. Natürlich auch mit Führern von Inkatha und der (verbotenen) ANC/SACP-Allianz, die vor Ort im Untergrund agieren musste. Im Anschluss an Bahr forderte er die bedingungslose Abkehr von Apartheid und zugleich die machtpolitische Absicherung des Existenzrechts der nicht-schwarzen Minderheiten. Damit fand er jedoch auch in seiner Partei kein Gehör. Denn sie blieb bei dem von Genscher und seinen Beratern entwickelten Thesen. Das war vor allem das Postulat nach einer „Demokratisierung“ Südafrikas, ohne auf die Ängste der nicht-schwarzen Minderheiten Rücksicht zu nehmen.

Daran änderte sich auch nichts, nachdem der Verfasser von der unter anderem durch die Friedrich-Naumann-Stiftung (der FDP) mitveranstalteten Konferenz afrikaanser Dissident*innen und führender Vertreter*innen der in Südafrika unverändert verbotenen ANC/SACP-Allianz (Juli 1987 in Dakar) nach Bonn zurückkehrte. Ziel dieser Konferenz war der Wunsch nach einer friedlichen Beilegung des Südafrika-Konflikts. Der Konferenzbericht des Verfassers wanderte ungelesen in irgendwelche Archive.

Dem oft gehörten Argument, dass mit der Machtübernahme durch die ANC/SAPC-Allianz in Pretoria der von der UdSSR angeführte östliche Machtbereich eine bedeutende Stärkung erfahren würde, begegnete der Bundesaußenminister noch stets mit dem Hinweis auf die ungleich größere Wirtschaftskraft der westlichen Welt. Sie werde das Abgleiten Post-Apartheid-Südafrikas in die kommunistische Welt verhindern.

Vom 16. bis 18. Oktober 1978 hielten sich auf Initiative Genschers er selbst, seine Kollegen aus London, Washington und Ottawa sowie der französische Staatssekretär Olivier Stirn in Pretoria auf. Sie wollten mit der dortigen Regierung der weißen Afrikaner Einzelheiten zu deren Rückzug aus Namibia besprechen. Dabei war allen Beteiligten klar, dass dies der Auftakt zu Verhandlungen Pretorias mit den Befreiungsbewegungen über das neue Südafrika sein würde. Ein zwischen dem südafrikanischen

² Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 10.7.1977

Außenminister Pik Botha und Genscher ausgebrochener Streit endete damit, dass Botha Genscher am 17. Oktober 1978 laut auslachte. Statt sich mit Genscher zu solidarisieren, schlossen der britische Außenminister David Owen und dessen US-Kollege Cyrus Vance die Bundesregierung für gut zehn Jahre aus allen Verhandlungen über die Zukunft Namibias und Südafrikas aus. Die Annahme liegt nahe, dass London und Pretoria ihre Politik zuvor abgestimmt haben, da beide Genscher „loswerden“ wollten. Die Briten mussten schon deshalb vorsichtig agieren, da zu jener Zeit noch bis zu einer Million britischer Staatangehöriger in Südafrika lebten. Ferner galt es zu verhindern, dass die sechs fertiggestellten und eine siebte noch in Bau befindliche Kernwaffe vom Typ Hiroshima in die „falschen“ Hände geraten würden.

Mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU 1985 und dem Zusammenbruch der DDR wurden dann die Karten neu gemischt. Zudem stellte sich heraus, dass die Sowjets jetzt für das neue Südafrika nach einer Verfassung, in vielem vergleichbar mit den Bahr-Lambsdorff-Vorstellungen, suchten. So stimmten London und Washington ihre Politik jetzt mit Moskau ab. Sehr wichtig war dessen hoch qualifizierter Botschafter in Pretoria, Jewgeni Petrovich Gusarow. Jetzt gelang die Ende März 1990 abgeschlossene Freigabe Namibias und schon kurze Zeit später in Kempton Park/

73

Johannesburg die Aufnahme von Verhandlungen Pretorias mit den jetzt entbannten Befreiungsbewegungen, zuvörderst der ANC/SACP-Allianz. London und Washington konnten jetzt die Teilnahme auch deutscher Berater nicht mehr verhindern. In den frühen 1990er-Jahren entsandte Deutschland mit großem finanziellen Aufwand zahllose Berater*innen aus allen sechs politischen Stiftungen und anderen NRO, aus dem Deutschen Bundestag, etlichen Landtagen, vielen Bundes- und Landesministerien, der GTZ, der Bundeswehr etc. nach Südafrika. Ihrer aller Arbeit litt darunter, dass sie sich mit der unsinnigen Empfehlung begnügten, den Südafrikaner*innen die Übernahme des deutschen Grundgesetzes mitsamt dessen juristisch-politischem Unterbau empfehlen.

Dr. jur. Klaus Frhr. von der Ropp, geb. 1938, studierte Jura, Geschichte, Englisch und Französisch u.a. in Heidelberg, Paris und Dar-es-Salaam. Rechtsanwalt. Von 1975 bis 2000 Vertreter der Stiftung Wissenschaft und Politik bei Bundestag, Bundesregierung und den politischen Stiftungen in Bonn/Berlin. Zugleich freiberuflicher Berater für Entwicklungen im südlichen Afrika.

FRIEDEN - GEGEN APARTHEID
- APARTHEID - BEWEGUNG

ot die atom
mnenarbeit mit Afrika



Zur internationalen Zusammenarbeit der westdeutschen AAB

Meine Begegnungen und Erfahrungen

Weltweit geltende Sanktionen (kulturelle, politische, militärische und wirtschaftliche) gegen das südafrikanische Apartheid-Regime hat zunächst vor allem die Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) gefordert. Im Mai 1963 hat die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) diese Forderung übernommen und später auch der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf. Internationale Solidaritätsgruppen, die Kolonialismus und Rassendiskriminierung verurteilten, hielten Sanktionen gegen ein rassistisch organisiertes Minderheitsregime für folgerichtig. Nur in Westdeutschland fand sich dafür keine Mehrheit in den Reihen der politischen Parteien, der Gewerkschaftsbewegung oder der christlichen Kirchen.

Dafür gab es eine Reihe von Gründen. Zunächst einmal erkannten die Alliierten dem Weltkriegsverlierer Deutschland bis 1990 keine volle Souveränität und Handlungsfreiheit zu. Zudem hatte Südafrika im Zweiten Weltkrieg und im Korea-Krieg auf der Seite der Alliierten teilgenommen und darüber hinaus die USA und Großbritannien nach Hiroshima zehn Jahre lang exklusiv mit angereichertem Uran versorgt. Außerdem benötigten Staaten wie Großbritannien und Frankreich den Mehrwert aus der kolonialen Ausbeutung ihrer Weltreiche, um die aufgelaufenen Kriegsschulden zu bezahlen. Auch in den USA mit ihrer Geschichte vom Genozid an den Indianern und der tief verwurzelten Kultur einer Sklavenhalter-Gesellschaft in der Plantagenwirtschaft der Südstaaten war

Rassendiskriminierung immer noch gang und gäbe. Wer also den kolonisierten Völkern Rechte der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zubilligen wollte, wurde schnell als Feind westlicher Interessen angesehen. Die Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg bewirkte, dass die Propaganda des Westens aus antikolonialen Freiheitskämpfern bloße Marionetten Moskaus machte. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen betonten gebetsmühlenartig, dass sie gegen jede Form von Gewalt seien. Das war ihre Art, die Befreiungsbewegungen als Terroristen abzustempeln. Ihre Sicht der kolonialen Regime hatte blinde Flecken, sobald es um die ihnen innewohnende strukturelle Gewalt und die physische Unterdrückung jeder politischen Opposition ging.

Unter diesen Rahmenbedingungen hatte die westdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) von vornherein schlechte Karten. Ja, sie hat mit ihren Recherchen zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika hin und wieder für Schlagzeilen in den Medien sorgen können; aber oft drang ihre Stimme nicht an die große Öffentlichkeit. Die Propaganda Südafrikas und ihrer deutschen Freunde hatte mehr Geld, mehr Zustimmung und mehr Mitglieder. Erst nach der brutalen Unterdrückung der Schülerproteste von Soweto Mitte Juni 1976 nahmen westliche Industriegesellschaften langsam, aber zunehmend Partei für die unterdrückte Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas.

76

Genau aus diesem Grunde war es für die AAB sehr wichtig, auf der internationalen Ebene Partner zu finden, die ihre Arbeit unterstützten. Zum Beispiel hat das Befreiungskomitee der OAU ausdrücklich die Erkenntnisse der AAB zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika gelobt und gefördert. Auch die UNO hatte ein Sonderkomitee gegen Apartheid eingerichtet, das die AAB regelmäßig einlud, über die außenpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Beziehungen der BRD zu Südafrika (und dem von ihm besetzten Namibia) zu berichten. So konnte die Stimme der AAB auf internationalen Foren gehört werden. Ab Mitte der 1980er-Jahre hatte sich zudem ein Komitee der Anti-Apartheid-Bewegungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) gebildet, durch das sich die nationalen Organisationen gegenseitig über ihre geplanten Kampagnen informierten, Möglichkeiten der Zusammenarbeit besprachen und gemeinsame Appelle an die EG oder die UNO abstimmten.

Erste eigene Erfahrungen

Meine politische Sozialisierung begann im Sommer 1966 in Namibia (dem ehemaligen deutschen „Südwestafrika“), einer von Südafrika nach dem

Ersten Weltkrieg besetzten und verwalteten Kolonie. Während meines Aufenthaltes im theologischen College von Otjimbingue begann die SWAPO am 26. August ihren bewaffneten Befreiungskampf mit einem Angriff auf die Polizeistation von Omuguluwombashe im nördlichen Ovamboland. Am Vorabend dieses Tages war ich in der afrikanischen Arbeiterstadt von Okahandja, um dort die Vorbereitungen der verschiedenen Gruppen der OvaHerero auf den Maharero-Tag am 26. August zu beobachten. An diesem Tag wird der Bestattung des im Exil gestorbenen Anführers des OvaHerero-Aufstandes von 1904, Samuel Maharero, 1923 in Okahandja gedacht.

Nicht zufällig begann die SWAPO ihren Befreiungskampf an diesem Augustdatum. Am Vorabend dieses Tages wurde ich von einem jungen Gewerkschafter aus Walvis Bay, Ben Amathila, um ein Megafon gebeten. Ich borgte es mir von einem Missionar und gab es ihm. In seiner ersten politischen Rede in der Öffentlichkeit kündigte Amathila den Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes der SWAPO an und warb unter den versammelten OvaHerero um Unterstützung. Amathila musste noch 1966 ins Exil flüchten. Ab 1969 war er SWAPO-Vertreter in Skandinavien und zeitweise auch in der BRD, bevor er nach der Unabhängigkeit Minister wurde. Am 6. September 1966 erstach der mosambikanische Parlamentsdiener Dimitri Tsafendas, Mitglied der Kommunistischen Partei Südafrikas, den südafrikanischen Premier Hendrik F. Verwoerd, den Apartheid-Ideologen der ersten Stunde, weil er ein Fanal des südafrikanischen Befreiungskampfes setzen wollte.

Meine politische Erziehung wurde fortgesetzt, als ich von 1968 bis 1970 als erster ausländischer Postgraduierte an der Universität von Botswana, Lesotho und Swasiland (UBLS) die sozialen Auswirkungen des Wanderarbeitersystems auf die Familien der „schwarzen“ Arbeitskräfte und die Dorfökonomie studierte. Während meines Zweitstudiums der Soziologie und der Entwicklungsökonomie in Heidelberg war ich in einer studentischen Gruppe tätig, welche die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien sowie in Simbabwe, Namibia und Südafrika unterstützte. Gleichzeitig war ich zwischen 1973 und 1976 als Berater einer Studiengruppe der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) tätig, die mit Repräsentanten einiger deutscher Konzerne, die Tochterfirmen in Südafrika hatten, über gewerkschaftliche Rechte, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für deren „schwarze“ Arbeitskräfte verhandelte. „Schwarz“ hat hier die politische Bedeutung von „unterdrückt“ und „diskriminiert“. Im Unterschied zum Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, der

Sanktionen befürwortete, wollte die EKD demonstrieren, dass sie über einen friedlichen Dialog mit aufgeklärten Firmenvertretern mehr als die Genfer erreichen könnte. Aber diese Gruppe hatte keine Vollmacht von der organisierten „schwarzen“ Arbeiterschaft Südafrikas, an ihrer Stelle zu verhandeln. Auch zahlte die EKD den „schwarzen“ Pfarrern in Südafrika geringere Löhne als den „weißen“ – ein seit Längerem bekanntes Problem, das aber vor den Firmengesprächen nicht ernsthaft angegangen und gelöst worden war. Die Gespräche blieben erfolglos. Ich musste sie auswerten. Mein Bericht wurde der Synode, die ihn lesen wollte, vorenthalten.

Von Oktober 1976 bis Februar 1979 arbeitete ich als Herausgeber des *Informationsdienstes Südliches Afrika* in Bonn, in dessen Redaktion auch die AAB mitwirkte.

Delegierter der westdeutschen AAB

Im September 1979 initiierten das Zentrum für afrikanische Studien der Universität von York und die katholische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Bonn eine Konferenz zur Auswertung erster Ergebnisse des im September 1977 von den Außenministern der EG verabschiedeten Verhaltenskodexes für europäische Unternehmen, die in Südafrika tätig waren. Der Kodex forderte, dass alle Beschäftigten sich frei organisieren dürften, dass Unternehmen ihre Bereitschaft erklärten, mit frei gewählten Gewerkschaften kollektive Tarifverhandlungen zu führen, dass unabhängige „schwarze“ Gewerkschaften innerhalb von Unternehmen um Mitglieder werben und Arbeitskräfte ohne Lohnneibußen Gewerkschaftsversammlungen auf dem Werksgelände abhalten dürften. Entgegen den Beteuerungen westdeutscher Firmen, der EG-Kodex werde von ihnen bereits in beispielhafter Form praktiziert, gab es zwischen 1977 und 1979 keine einzige deutsche Firma, die offiziell mit einer „schwarzen“ Gewerkschaft kollektive, bindende Tarifverhandlungen führte. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hielt den Kodex für einen Verstoß gegen südafrikanisches Recht. Auch die Regierung in Pretoria lehnte den Kodex ab. Aber der südafrikanische Kirchenrat forderte im Juli 1977, alle Neuinvestitionen und Bankkredite zu stoppen, solange der EG-Kodex nicht voll angewendet werde. Dazu aber waren die EG-Mitgliedsstaaten nicht bereit. Deshalb blieb der Kodex völlig unverbindlich. Seine praktische Umsetzung war in das Belieben der Firmen gestellt. Vor Ort gab es keine Kontrollinstanzen. Die Kontroversen während der Konferenz überzeugten mich von der

Notwendigkeit, die gewerkschaftlichen Kämpfe in Südafrika stärker in die Öffentlichkeitsarbeit der AAB zu rücken.

Im März 1980 schickte mich die AAB zu einer internationalen Konferenz nach Amsterdam, die sich für ein Ölembargo gegen Südafrika aussprach. Da Südafrika über keine eigenen Öl- oder Erdgasquellen verfügte, war dies die Achillesferse des Apartheid-Regimes. Ein konsequent durchgeführtes Ölembargo hätte zu einem raschen Zusammenbruch des Apartheid-Systems geführt. Die Firmen, die das Ölembargo der OPEC-Staaten konsequent durchbrachen, an ihrer Spitze die Mark Rich AG, gründeten auch den Bargeldmarkt (Spotmarkt) für Rohöl und Raffinerieprodukte, auf dem es um den Handel mit physisch großen Frachten in Direktgeschäften für die baldige Lieferung ging. Dieser Markt spielt eine gewichtige Rolle bei der Preisfindung für Rohöl und Raffinerieprodukte.

Im März und Dezember 1980 wie auch im Mai 1981 diskutierten westdeutsche Friedensforscher wie Ernst-Otto Czempiel, dessen Studien zum Konflikt im südlichen Afrika vom Katholischen Arbeitskreis „Entwicklung und Frieden“ 1976 veröffentlicht worden waren, auf Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung verschiedene internationale Ansätze zu einer friedlichen Konfliktlösung in Südafrika. Dazu gehörten auch kritische Analysen zu der neuen Arbeitsgesetzgebung, die sich aus den Berichten der Riekert- und Wiehahn-Kommissionen ergab. Eingesetzt von der südafrikanischen Regierung hatten beide Kommissionen eine „Modernisierung“ der Apartheid unter Beibehaltung und Verschärfung der Kontrolle über die „schwarzen“ Arbeitskräfte vorgeschlagen. Ihre Empfehlungen wurden beide im Februar 1979 veröffentlicht. In meiner Stellungnahme unterstrich ich die Bemühungen der unabhängigen „schwarzen“ Gewerkschaften, in Arbeitskämpfen die Einheit aller Arbeitskräfte zu erhalten. Die Absicht des Apartheid-Regimes war es, die „schwarze“ Arbeiterschaft zu spalten. Ich wies auf die wachsende Kooperation zwischen zivilen „schwarzen“ Aktionsgruppen und den unabhängigen „schwarzen“ Gewerkschaften hin, die sich beide gegen nicht demokratisch legitimierte Strukturen wehren mussten. Ich äußerte die These, dass von echten Reformen (im Unterschied zu Modernisierungen der Rassengesetze) erst dann geredet werden könne, wenn die Bantustans, das System der Wanderarbeit und die Kontrollen gegen die Zuwanderung von „Schwarzen“ in die „weißen“ städtischen Gebiete, aufgehoben worden seien. Gleichzeitig wehrte ich aberwitzige Vorschläge ab, als Anreiz für weitere Reformen der Apartheid die Zusammenarbeit der Nato mit Südafrika zu versprechen. Solche Reformen konnten ja

auch die bloße Modernisierung der Apartheid zum Ziel haben. Das zu schützen, konnte nicht Ziel der Nato sein.

Britische und US-amerikanische Gruppen hatten vor uns damit begonnen, die internationalen Bankenanleihen für den südafrikanischen Staat oder für Konzerne in staatlicher Kontrolle zu studieren. An diesen Beispielen lernten wir in Bonn, wie man derartige Kredite erfassen konnte. Im März 1981 lud mich das UN-Sonderkomitee gegen Apartheid ein, in New York über westdeutsche Anleihen an Südafrika zu berichten. Einen Monat später wurde in Zürich eine weitere Konferenz dazu organisiert. Auch im November 1982 nahm ich in Genf an einer Konferenz zum Thema Banken- und Exportkredite teil.

Im September 1980 delegierte mich die AAB zur Teilnahme an einer Pariser Solidaritätskonferenz mit dem Befreiungskampf des namibischen Volkes. Dort trug ich eine Analyse der deutschen Siedlergruppe vor, welche die 1977 gegründete Demokratische-Turnhallen-Allianz (DTA) zugunsten einer „internen Lösung“ Südafrikas (ohne die UNO, die fünf Westmächte mit ihrer Resolution 435/1978 und ohne die SWAPO) unterstützte. Im Januar 1981 hatte die UNO Delegierte der SWAPO sowie der DTA nach Genf eingeladen, um die Chancen einer friedlichen Lösung auszuloten. Ich arbeitete dort als Journalist. Die Konferenz scheiterte an der Unbeweglichkeit der DTA. Im Dezember 1982 nahm ich in Washington an einer Konferenz des UN-Rats zu Namibia teil, die die Rolle der transnationalen Konzerne in Namibia untersuchte. Mein Beitrag beschäftigte sich mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der BRD zur deutschen Minderheit im besetzten Namibia. Im September 1984 nahm ich in London an der Konferenz „Namibia 1884 bis 1984: 100 Jahre unter ausländischer Besatzung, 100 Jahre des Kampfes“ teil. In meinem Beitrag wies ich auf die Erfolge von PLAN, dem bewaffneten Flügel der SWAPO, hin und sagte voraus, dass die Befreiung Südafrikas sich an den Kämpfen um Namibias Unabhängigkeit entscheiden werde.

Nach sieben Jahren als Mitarbeiter des mosambikanischen Zentrums für afrikanische Studien an der Universität Eduardo Mondlane (März 1983 bis Juli 1990) arbeitete ich 18 Monate bis Januar 1992 in der Erwachsenenbildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf. Eine meiner Aufgaben war es, die Zusammenarbeit zwischen den Bildungsabteilungen des DGB und der COSATU (der Föderation unabhängiger, nicht rassistischer Gewerkschaften in Südafrika) zu organisieren.

Inzwischen waren die Rahmenbedingungen für die Herstellung von Demokratie und Frieden im südlichen Afrika bedeutend günstiger geworden:

Der Kalte Krieg war seit dem Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik Anfang Oktober 1986 praktisch beendet. Südafrika hatte die Lufthoheit über Angola verloren (auch eine Folge des Waffenembargos, vorangetrieben von Organisationen wie Abdul Mintys weltweiter Kampagne gegen die militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika) und fand sich bei den Kämpfen um die südangolanische Kleinstadt Cuito Cuanavale in einem militärischen Patt wieder. Südafrika konnte seine Armee aus Angola nur abziehen, wenn es Friedensverträge mit Angola und mit Kuba unterzeichnete, sich zum Rückzug aus Namibia verpflichtete und den Weg zu freien Wahlen für ein unabhängiges Namibia öffnete. Dies alles war die Voraussetzung für die Abschaffung (nicht Reform) der Apartheid, für die Demokratisierung Südafrikas und für den Gewinn politischer und sozialer Rechte der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Die ersten Schritte dazu (z.B. Freilassung der politischen Gefangenen) wurden noch 1990 unternommen, dem Jahr der Unabhängigkeit Namibias.

Zwischen Juni und Oktober 1993 arbeitete ich als Friedensmonitor des südafrikanischen Kirchenrats im Distrikt von Port Shepstone an der Pazifikküste südlich von Durban. Dort gab es während meiner Zeit im Schnitt etwa 50 politische Morde pro Monat. Die aufzuklären machte große Schwierigkeiten, unter anderem, weil die Polizeikräfte politisch nicht neutral waren. Dass die ersten demokratischen Wahlen Südafrikas im April 1994 friedlich verlaufen konnten, war auch der Tatsache zu verdanken, dass eine Mehrheit kriegsmüde war und trotz vielfältiger interner Widersprüche und Rückschläge Tausende von Südafrikanern das Konzept von kleinen Friedenschritten vor Ort unterstützten. Die erste demokratische Regierung Südafrikas unterstrich die Bedeutung der Sanktionen gegen den Apartheid-Staat, der internationalen Solidaritätsaktionen und der Militanz der unterdrückten Zivilbevölkerung, die gemeinsam zum Ende des Apartheid-Systems beitrugen.

Gottfried Wellmer studierte an den Universitäten von Göttingen und Heidelberg, später auch an der Universität von Botswana, Lesotho und Swaziland in Roma, Lesotho sowie an der Universität Eduardo Mondlane in Maputo, Mosambik. Meistens tätig als freier Journalist.

S.74: Bundesweite Friedensdemonstration in Bonn am 10. Oktober 1981, bei der die AAB einen eigenen Block bildete. Im Vordergrund die Transparente: „Für Frieden - Gegen Apartheid“ und „Stoppt die atomare Zusammenarbeit mit Südafrika“. Quelle AAB. Fotograf unbekannt (Privatbesitz Ingeborg Wick)

FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA

Nelson
und Winnie Mandela
am Tag ihrer Hochzeit 1958.
30 Jahre verheiratet.
Seit 25 Jahren im Gefängnis.
Am 18. Juli
wird Mandela 70 Jahre alt.



African National Congress
Postfach 19 01 40
D-5300 Bonn 1
Postgiroamt Köln 3128 13-509

**Unterstützen Sie den Kampf
gegen Rassismus und Apartheid!**

SPD

Solidaritäts- bewegung und Heldenverehrung

Zur ambivalenten Bedeutung von Ikonen

Solidaritätsbewegungen und -kampagnen haben mitunter sehr unterschiedliche Formen, Bezugspunkte und Ziele. Sie können sich mit politischen Gefangenen und anderen individuellen Personen solidarisieren und für deren Freilassung mobilisieren (man denke an Angela Davis als prominentes Beispiel und Amnesty International als Organisation). Oder mit gezielten Einzelaktionen und Protestformen auf bestimmte Missstände hinweisen (z.B. durch Organisationen wie Greenpeace) oder Boykottaufrufe befördern („Kauft keine Früchte aus Südafrika!“). Auch durch direkte, eher spontan entstandene Protest- und Aktionsformen versuchen, einzelne drohende Eingriffe abzuwenden (aktuelles Beispiel: „Hambi“). Solidarität wird häufig mit anderen Organisationen und deren Zielsetzungen praktiziert, so auch im Falle der weltweiten Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid mit dem organisierten Widerstand von antikolonialen Befreiungsbewegungen gegen rassistische weiße Minderheitsregime im südlichen Afrika. Doch da, wo es in den jeweiligen Ländern mehr als nur eine Befreiungsbewegung gab, schieden sich oft die Geister. Denn die Akteure in Solidaritätsbewegungen hielten es meist nur mit einer der Organisationen: Die eigene politisch-ideologische Verortung spielte eine entscheidende Rolle bei der Frage wer mit wem. So wurde nicht der uneingeschränkte Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den verschiedenen Organisationen das einigende Ziel, sondern die Bündnistreue zu einer der Organisationen das entscheidende Kriterium. In Südafrika war diese Organisation fast ausnahmslos der African National Congress (ANC) als die älteste der Befreiungsbewegungen.

Wie auch andernorts bot die Solidarisierung mit einer bestimmten Organisation eine Projektionsfläche zur Identifizierung mit herausragenden Persönlichkeiten, die als personifizierte Leitbilder des unterstützten Kampfes wahrgenommen und gefeiert wurden. Das hatte naheliegende Gründe: Ikonen geben einer Organisation ein Gesicht und schaffen selbst auf die Entfernung eine vermeintliche Nähe. Man denke nur an die Faszination, die vom Mythos Che Guevaras ausging. Menschliche Bezugspunkte reduzieren Anonymität und fördern Empathie. So besehen kommt der Rolle solcher Vorbilder eine wirkungsmächtige mobilisierende Bedeutung zu. Doch in der Heroisierung Einzelner liegt auch eine Gefahr. Deren Überhöhung verstellt den Blick für oftmals komplexere Dynamiken und Ambivalenzen innerhalb politischer Bewegungen und verschleiert deren interne Widersprüche oder auch Grenzen.

Die früh einsetzende Heldenverehrung von Nelson Mandela war und ist leicht nachvollziehbar. Seit dessen Einkerkерung auf der Gefängnisinsel Robben Island war er die ideale (und idealisierte) Leitfigur für den gerechten Widerstand gegen ein menschenverachtendes, totalitäres Regime. Als Moralinstanz verdeckte er einige der Realitäten im Untergrund und Exil des ANC. Die Gleichung Mandela = ANC erleichterte es, weniger angenehme Seiten im Befreiungskampf zu vernachlässigen. Wer will sich auch schon mit Machtkämpfen, Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen in der Organisation befassen, wenn die Symbolfigur Mandela ein ungetrübtes Verhältnis zu den potenziellen Befreiern ermöglicht?

Auch die Abgrenzung zu anderen Organisationen und die mehr oder weniger direkte Fokussierung der Unterstützung auf den ANC waren dadurch einfacher. Mandelas Leitbild überstrahlte und überschattete nicht nur andere Zeitgenossen wie etwa den ähnlich heldenhaften Führer des Pan Africanist Congress (PAC) Robert Sobukwe, zu dem er auf Robben Island eine respektvolle Beziehung unter Gleichgesinnten pflegte. Auch die Rolle Steve Bikos und der Black-Consciousness-Bewegung blieb so weitgehend im Abseits, zumal deren bahnbrechende politische Identitätssuche vom ANC misstrauisch beäugt und marginalisiert wurde.¹ Dass

84

¹ Der bis heute als Grundlagenwerk der Black-Consciousness-Bewegung geltende, ursprünglich 1978 erschienene und mittlerweile „hoffähige“ Band gesammelter Schriften von Steve Biko („I write what I like“) erschien bereits ein Jahr später im West-Berliner Oberbaumverlag in deutscher Übersetzung, wurde aber vom Mainstream der Solidaritätsbewegung weitgehend ignoriert; vgl. Biko, Steve: Ich schreibe, was mir paßt, hrsg. von Marianne Schulz-Rubach und Helmut Orbon, Berlin 1979.

Nelson Mandela die Haftzeit als unbeschadeter Held überdauerte, kam dem ANC auf dem Weg zur Übernahme der politischen Macht im Lande zugute. Dass es auch anders hätte kommen können, zeigte Winnie Mandela, die erst ihren Status als „Mutter des Widerstands“ und dann auch den Platz an der Seite ihres nunmehr freigelassenen Mannes verlor und fast schon zur tragischen Figur wurde.²

Der „Madiba-Kult“ nützte in der Übergangszeit auch der Akzeptanz des ANC in Teilen der weißen südafrikanischen Bevölkerung und in den internationalen Beziehungen des demokratischen Staates insbesondere mit westlichen Regierungen. Mandela verkörperte wie niemand sonst das „neue Südafrika“. Er war eine mit Autorität und Glaubwürdigkeit ausgestattete Vertrauensperson, der in einer prekären und noch immer von Gewalt geprägten Lage die Staatsgeschicke anvertraut wurden. Auch die Solidaritätsbewegung konnte dies als Sieg und Triumph der Menschlichkeit über ein Unrechtssystem feiern.

Doch die Identifikation mit einer Heldenfigur lenkte – wie schon zu Zeiten des Befreiungskampfes – von den ungleich komplizierteren Realitäten ab. Im Schatten des schon zu Lebzeiten zur Legende gewordenen Staatsoberhauptes in spe spielte sich ein weniger heldenhafter Aushandlungsprozess um die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ausrichtung nach der Apartheid ab. Der kontrollierte Wandel entpuppte sich als gewandelte Kontrolle, die durch die modifizierte Fortschreibung des Status quo Aussicht auf Bestand haben sollte. Doch die Interessen einer alten und neuen Elite wurden auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit gewahrt, deren Hoffnungen und Erwartungen an eine von ihnen gewählte Regierung mehr enttäuscht als erfüllt wurden.

Viele der in der Solidaritätsbewegung Aktiven sahen mit der Übernahme der politischen Macht durch den ANC das Ziel erreicht. Der Anti-Apartheid-Bewegung kam mit dem offiziellen Ende der Apartheid der Bezugspunkt abhanden. Die „Ein-Punkt-Bewegung“ fand mit dem Südafrika Mandelas ein versöhnliches Ende. Dass hinter dem vermeintlichen Idyll die schon im Befreiungskampf bestehenden Widersprüche – bis hin zu Menschenrechtsverletzungen in den Reihen des ANC – weiter bestanden, entzog sich dem Blickfeld und auch der Verantwortung. Die Solidaritätsbewegung sah ihr Ziel erreicht und verabschiedete sich.

Die Aktivist*innen in der „Soli-Szene“ hätten sich sonst auch der unan-

² Wie groß ihre Verehrung unter Teilen der Bevölkerung dennoch blieb, wurde anlässlich der Reaktionen auf die Nachricht ihres Todes deutlich.

genehmen Frage stellen müssen: Mit wem oder was handeln wir solidarisch? Denn Solidarität mit Werten ist etwas anderes als Solidarität mit Organisationen oder Einzelpersonen. Die gefallene Heldin Aung San Suu Kyi und deren Verrat an Menschenrechten im Falle des billigend in Kauf genommenen Völkermords an den Rohingya ist ein aktuelles Beispiel. Der schon bei Amtsübernahme altersgeschwächte Madiba enttäuschte in dieser Hinsicht nicht. Er legte besonderen Wert auf Menschenrechte und Gerechtigkeit und vertrat diese Haltung auch entschieden in Situationen, wo dies Kritik an afrikanischen Despoten erforderte. Aber er lenkte durch sein Charisma von einigen innenpolitischen strukturellen Problemen des Übergangs ab und trug dank der Bewunderung für ihn zu einer relativ unkritischen Perspektive auf Südafrika während der Anfangsjahre der Demokratie bei.

Der seitherige Umgang mit der Ikone Mandela verdeutlicht die Ambivalenzen einer auf Personen fixierten Solidarität. Am 18. Juli 2018 jährte sich sein Geburtstag (gestorben am 5. Dezember 2013) zum 100. Mal. Bereits seit 2010 wird er an diesem Tag mit dem „International Nelson Mandela Day“ durch Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen geehrt.³ 2014 wurde die Vergabe eines „Nelson Rohlhaha Mandela Prize“ beschlossen.⁴ Im Dezember 2015 wurden die „Nelson Mandela Rules“ verabschiedet, um auf Haftbedingungen von Gefangenen aufmerksam zu machen.⁵ Im Dezember 2017 beschlossen die UN-Mitgliedsstaaten schließlich, einen Tag vor dem Beginn der Generaldebatte der 73. Tagung der Generalversammlung im September 2018 eine als „Nelson-Mandela-Friedensgipfel“ bezeichnete Plenartagung auf hoher Ebene abzuhalten,⁶ die sich zu dessen Ehren mit dem Thema Weltfrieden befasste. Die von der Stiftung seines Namens jährlich veranstaltete Nelson-Mandela-Vorlesung wurde zuletzt

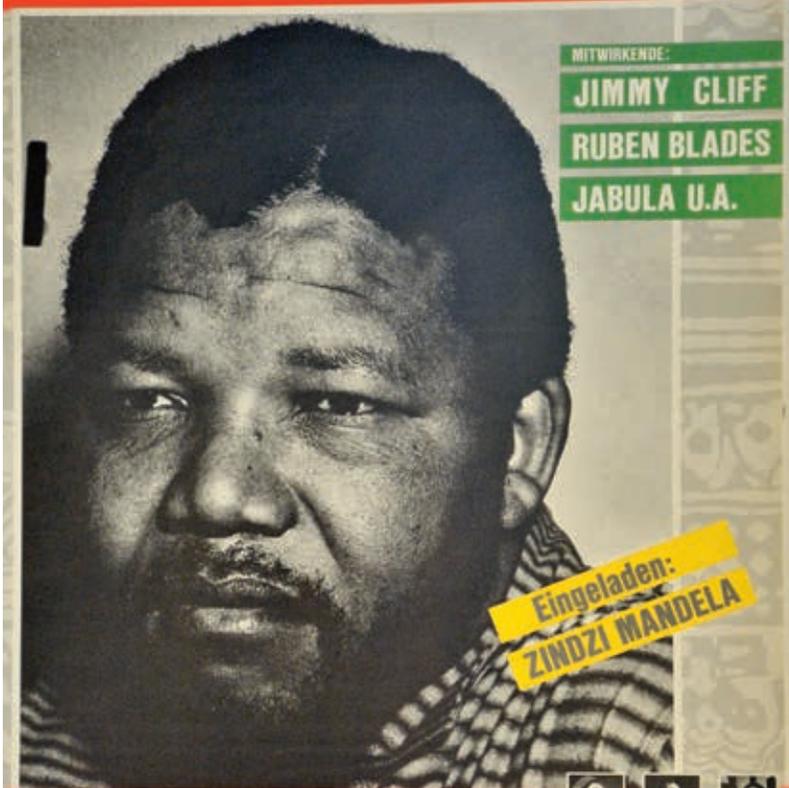
³ United Nations General Assembly: Resolution, 10.II.2009, unter: <https://undocs.org/A/RES/64/13>. In Südafrika war „Madiba Day“ schon zu Mandelas Lebzeiten eine feste Institution und Anlass zahlreicher Aktivitäten mit Wohltätigkeitscharakter oder anderen freiwilligen Diensten an der Gemeinschaft.

⁴ United Nations General Assembly: Resolution, 6.6.2014, unter: <https://undocs.org/A/RES/68/275>.

⁵ United Nations: Nelson Mandela International Day, unter: www.un.org/en/events/mandeladay/.

⁶ United Nations General Assembly: Resolution, 22.I2.2017, unter: <https://undocs.org/A/RES/72/243>.

FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA



MITWIRKENDE:

JIMMY CLIFF

RUBEN BLADES

JABULA U.A.

Eingeladen:

ZINDZI MANDELA



JIMMY CLIFF



RUBEN BLADES



JABULA

GEMEINSAMES
SOLIDARITÄTSKONZERT

VON



FESTIVAL DER JUGEND UND
ANC-JUGEND

2018 von Barack Obama gehalten.⁷ Wie dies zeigt, bietet das „Gütesiegel Mandela“ vielfältige Möglichkeiten zur Propagierung normativer Grundwerte.

Hingegen wird Madibas Erbe in Südafrika vergleichsweise kritischer reflektiert. Als erster demokratisch gewählter Präsident übte er das Amt ab dem 10. Mai 1994 für eine Legislaturperiode aus, bevor er sich in den Ruhestand verabschiedete. In den inzwischen 25 Jahren Demokratie aber hat sich für die Mehrheit der Menschen in Südafrika allzu wenig verändert. Die proklamierte Versöhnungspolitik kam dem Fortbestand von Privilegien einer weißen Minderheit und dem Pakt mit einer neuen schwarzen Elite zugute. Dies hatte seinen Preis in einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Ihr wurde die sozialökonomische Transformation zugunsten der Bevölkerungsmehrheit geopfert. Dies allein Mandela anlasten zu wollen hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es wäre in der Tat eine noch unangemessenere Personifizierung der Reproduktion ungleicher gesellschaftlicher Verhältnisse.⁸

88

Die Ausgangsbedingungen zur Aushandlung des demokratischen Kompromisses waren schließlich davon geprägt, dass der ANC – entgegen der Mystifizierung einer patriotischen Geschichtsschreibung – gar nicht den nötigen Einfluss hatte, um einseitig die Bedingungen festlegen zu können. Es erforderte einen Kuhhandel, um die politische Kontrolle im Südafrika nach der (offiziellen) Apartheid zu sichern. Mittlerweile manifestiert sich ein Teil der enttäuschten Hoffnungen in der tendenziellen Demontage Madibas. Doch eigentlich sollte sich die Frustration gegen eine Befreiungsbewegung an der Macht richten, der es in weiten Teilen ihrer Führungsriege (und dabei eher weniger Mandela selbst) um den Zugang und die Sicherung von Privilegien als Ergebnis eines Paktes unter Eliten ging. Die Ideale Nelson Mandelas hat er selbst wohl am wenigstens verraten.

Ob und inwieweit die loyale Unterstützung des ANC und die Heldenverehrung Mandelas unter Teilen der Solidaritätsbewegung dazu beitrug, dass der Pakt zwischen einer alten und einer neuen Elite vom Bildschirm der früheren Soli-Szene verschwand, sei dahingestellt. Aber es hat schon zuvor fatale Folgen zeitweiliger Amnesie gegeben: etwa

⁷ Die volle Liste der bisherigen Redner*innen findet sich unter www.nelsonmandela.org/content/page/annual-lecture.

⁸ Friedman, Steven: Why it's wrong to blame South Africa's woes on Mandela's compromises, in: The Conversation, 8.5.2018.

im Falle Simbabwe, wo der an Genozid grenzende Terror des Mugabe-Regimes im Matabeleland (unter Federführung seines Nachfolgers Emmerson Mnangagwa) Mitte der 1980er-Jahre stillschweigend ignoriert wurde. Wenigstens blieb den Menschen Südafrikas trotz eines fortgesetzt gewaltsamen Alltags (der auch politisch motivierte Morde umfasst) ein vergleichbares Trauma erspart. Inwiefern weniger Ikonografie und mehr Sensibilität für Werte statt Loyalitäten zu Personen und Organisationen unter weiterhin Solidarität praktizierenden Menschen einen Unterschied machen könnten, kann als abschließende Frage zur Beantwortung durch die Einzelnen stehen bleiben.

Henning Melber kam als jugendlicher Einwanderer nach Namibia, wo er 1974 der SWAPO beitrug. Er studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Nach der Unabhängigkeit Namibias leitete er die Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) in Windhoek (1992–2000), war Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute in Uppsala (2000–2006) und Direktor der dortigen Dag-Hammarskjöld-Stiftung (2006–2012). Er ist Extraordinary Professor an der Universität Pretoria und der Universität des Freistaats in Bloemfontein, Senior Research Fellow am Institute of Commonwealth Studies der Universität London und seit 2017 Präsident der European Association for Development Research and Training Institutes (EADI).

S.82: Privatarchiv Udo Achten

informationsdienst

Z 8253 F

südliches afrika

Nr. 2 März/April 1985

Preis DM 5,-

ISSN 0721-5088



ANC:

Das Jahr des Kaders

Interviews mit:

Patrick Lekota (UDF)

Allan Boesak (UDF)

Neville Alexander (NF)

**Perspektiven des Widerstands
in Südafrika**

Wie hältst du es mit der Freiheitscharta?

Solidarität mit der Befreiungsbewegung zwischen Bekenntern und kritischer Solidarität

„Issa, you are strongly anti-ANC!“ Harter Tobak, der da aus dem Munde des ANC-Vertreters in der Bundesrepublik, Tony Seedat, zu hören war, geäußert in einem Telefonat mit der damaligen Vorsitzenden der „Informationsstelle südliches afrika“ (issa), Christa Brandt. Das war 1988, auf dem Höhepunkt der Anti-Apartheid-Kämpfe in einem Südafrika im Ausnahmezustand und der Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion des von der issa und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift *Informationsdienst Südliches Afrika*. Tony Seedat war von 1981 bis 1989 Repräsentant des ANC in der Bundesrepublik, bevor er ins Hauptquartier des ANC in Lusaka (Sambia) geschickt wurde und dort neue Aufgaben übernahm. So gut seine Beziehungen zur AAB waren, die als „Ein-Punkt-Bewegung“ mit dem erklärten Ziel der Abschaffung der Apartheid den ANC als einzigen legitimen Vertreter der südafrikanischen Befreiungsbewegung ansah, so schwer tat er sich mit der Haltung einer issa, die immer auch das ganze Widerstandsspektrum des Befreiungskampfes im Blickfeld hatte, ohne die führende Rolle des ANC infrage zu stellen.

91

Das gestörte Verhältnis zum ANC-Vertreter

Am 11. Juli 1988 suchten Christa Brandt und der damalige issa-Geschäftsführer Hein Möllers ein klärendes Gespräch mit Tony Seedat in seinem Bonner Büro. Es war kein Dialog, wie den Aufzeichnungen von Christa

Brandt zu dem Gespräch zu entnehmen ist.¹ Tony wiederholte seinen Vorwurf, dass in der Geschäftsstelle der issa ANC-feindliche Kräfte am Wirken seien: Immer dann, wenn der ANC in der Zeitschrift erwähnt werde, würde auch anderen Organisationen breiten Raum eingeräumt, vor allem einem gewissen Neville Alexander – damals für den „stalinistischen“ Kern innerhalb des ANC, der zu dem Zeitpunkt sehr moskautreuen Kommunistischen Partei (South African Communist Party, SACP), der Inbegriff eines „trozkistischen Konterrevolutionärs“. Die Atmosphäre zwischen der issa und dem ANC-Vertreter war vergiftet, wozu auch der unbedachte Eingriff der Infodienst-Redaktion in einen Beitrag von Aziza Seedat, der Frau von Tony, über die Frauenbewegung Südafrikas beigetragen hatte. Die redaktionelle Einfügung einer Frauenbewegung, die der Black-Consciousness-Bewegung angehörte, mag inhaltlich sinnvoll gewesen sein, weil Aziza Seedat sich nur auf die mit dem ANC verbundene Föderation südafrikanischer Frauen (FSAW) bezog, politisch war sie aber unbedacht und leistete dem Ärger des ANC-Vertreters Vorschub. Das Vertrauen zur issa war für ihn aufgebraucht. Für ihn gesellte sich die issa mit ihrer Haltung zu den gesellschaftlich relevanten Gruppen wie SPD und Grüne, Gewerkschaften, Kirchen und Parteistiftungen, die seiner Meinung nach allesamt nach Alternativen zum ANC suchten, um diesen zu zwingen, von seiner Linie abzuweichen oder bestimmte Kräfte (wie Inkatha) zu integrieren, die dem ANC später das Leben schwer machen würden.² Das waren schwere Geschütze des ANC-Vertreters, der es in einer von unerschwinglich antikommunistischer Stimmung beherrschten Bundesrepublik nicht leicht hatte, den ANC gegenüber dem konservativen Bonner Regierungslager als ernst zu nehmenden Partner anzubieten.

Die Fronten gegenüber der Regierung Kohl und der zu dieser Zeit Inkatha-freundlichen Konrad-Adenauer-Stiftung waren zumindest eindeutig. Wie aber umgehen mit kritischen Strömungen innerhalb der Solidaritätsbewegung, die den ANC zwar als wichtigste, aber nicht als einzige Organisation der Befreiungsbewegung betrachteten, ganz zu schweigen von Gruppen wie dem Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK) Münster, die sich in ihren Soli-Aktionen ausschließlich auf Organisationen der Black-Consciousness-Bewegung und vor allem dem ANC-Konkurrenten Pan Africanist Congress (PAC) bezogen?

¹ Brandt, Christa: Gespräch mit Tony Seedat am 11.7.1988 im ANC-Büro, issa-Archiv.

² Ebd.

Eine konfliktbeladene Kooperation: AAB und issa

„Quite honestly, I don't read your magazine“, gab Tony Seedat in dem erwähnten Gespräch mit der issa zu, aber von Zeit zu Zeit werde er auf bestimmte Artikel aufmerksam gemacht³ – aus Kreisen einer dem ANC treu verbundenen AAB, die in einem regelmäßigen Austausch mit der ANC-Vertretung stand. Nach der Gründung der AAB waren issa und AAB eine Redaktionspartnerschaft für den bereits 1972 gegründeten *Informationsdienst Südliches Afrika* eingegangen, eine Partnerschaft, die sich von Beginn an, vor allem aber ab Mitte der 1980er-Jahre bis zum Ende der Apartheid 1994 als schwierige und oftmals konfliktbeladene „Ehe“ erwies. Immer wieder rang die Redaktion um eine Balance zwischen zwei bisweilen schwer zu vereinbarenden Bedürfnissen: hier die Erwartungen der AAB, nicht nur über ihre vielfältigen Protestaktionen und Mahnwachen gegen die Apartheid zu berichten, sondern auch ANC und SWAPO (South-West Africa People's Organisation) als jeweils „einzige legitime Vertreter des südafrikanischen bzw. namibischen Volkes“ gebührend zu huldigen, und dort der Anspruch der issa, als Teil der Gegenöffentlichkeit kritische und detaillierte Informationen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen im südlichen Afrika bereitzustellen und dabei auch für ein möglichst großes Spektrum von Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der Solidaritätsbewegung ein Sprachrohr zu sein. Einig war man sich in dem Ziel der Aufdeckung und Bekämpfung der wirtschaftlichen, militärischen und nuklearen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem Apartheid-Regime. Doch mit Blick auf die Befreiungskämpfe insbesondere in Südafrika, Namibia und Simbabwe bedeutete die Parteinahme für die Befreiungsbewegungen für die issa bewusst keine Parteilichkeit für bestimmte Organisationen, wie es bei der AAB der Fall war.

„Kritische Solidarität“ ist ein anspruchsvoller, ehrenhafter Begriff, dessen konkrete Umsetzung aber immer wieder auf den politischen Prüfstand kam: Insofern war die Frage, ob der Abdruck von Beiträgen von Splittergruppen der Befreiungsbewegung dem Aufklärungs- und Bildungsanspruch diene oder aber denen Futter lieferte, die an einer Aufspaltung der Bewegung interessiert waren, stets virulent. Ein Sachverhalt, der auch innerhalb des issa-Vorstands kontrovers betrachtet wurde. Bereits im ersten Jahr der gemeinsamen Herausgeberschaft mit der AAB

3 Ebd.

1976 erschien in der Zeitschrift ein Beitrag von Tennyson X. Makiwane, der nach seinem Ausschluss aus dem ANC im Oktober 1975 Generalsekretär der Dissidentengruppe ANC-AN (African Nationalists) geworden war. Kritisiert wurde, dass der als Leitartikel abgedruckte Beitrag den „Eindruck erwecken musste, als identifizierten sich die Herausgeber des Info-Dienstes mit dieser Gruppe, ihrem politischen Anspruch und ihrer Kritik am ANC“.⁴ Dazu stellte der issa-Vorstand klar, „dass der ANC eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Apartheid spielt und bei der Neugestaltung des befreiten Südafrika spielen wird“.⁵ Es sei nicht Aufgabe der issa, „Gruppierungen zu propagieren, die – objektiv – von den politischen Kräften, die an einer Spaltung und Aufsplitterung der südafrikanischen Befreiungsbewegung interessiert sind, benutzt werden können“. Doch schon der darauf folgende Satz zeigte den schmalen Grat auf zwischen politischer Rücksichtnahme auf den ANC als Hauptakteur des Befreiungskampfes und der Unabhängigkeit solidarischer Berichterstattung: „Die issa will eine Informationspolitik betreiben, die die (wohl immer stärker zutage tretenden) inneren Widersprüche, die Diskussion über Strategie und Taktik des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika nicht negiert, sondern dokumentiert, analysiert und diskutiert.“⁶

94 Dissidenten wie Makiwane, der in seinem Londoner Exil einer afrikanistischen Strömung innerhalb des ANC angehörte, die sich gegen den wachsenden Einfluss der moskautreuen SACP wehrte und aus der heraus bereits 1959 der Pan Africanist Congress entstanden war, wurden vom ANC als „antikommunistisch“, „anti-ANC“, „sektiererisch“ und als „Agenten des Imperialismus“ gebrandmarkt. Dass Makiwane später, im Jahr 1980, als „Kollaborateur“ im Auftrag des ANC in Umtata, der Hauptstadt des früheren „Homelands“ Transkei, „exekutiert“ wurde, weil er sich nach seiner Rückkehr aus dem Exil der „Homeland“-Regierung der Transkei unter Kaiser Matanzima als diplomatischer Berater angedient hatte, gehört zur Tragik eines Befreiungskampfes, der mit einem zunehmend brutaler vorgehenden Repressionsapparat der Apartheid fertigwerden musste, eine Tragik, die später von der Wahrheits- und Versöhnungskommission, der Truth and Reconciliation Commission (TRC), zumindest in Ansätzen aufgearbeitet wurde.⁷

⁴ Issa-Geschäftsbericht 1976/77, issa-Archiv Bonn 1977.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. dazu u.a. Trehwela, Paul: The murder of Tennyson Makiwane, in: politicsweb, 29.9.2008, unter: <https://bit.ly/2PsEqqS>.

Vieles von dem, was hinter den Kulissen des realen Befreiungskampfes geschah, blieb der Solidaritätsbewegung hierzulande naturgemäß verborgen. Unsere Berichterstattung war auf Informationen der unterstützten und befreundeten Organisationen im Exil angewiesen, konnte sich im Falle Südafrikas aber auch aus Medienberichten einer trotz Apartheid unabhängigen Presse wie der 1985 gegründeten Wochenzeitung *Weekly Mail* bedienen. Insofern rückten die Ereignisse des letzten Jahrzehnts der Apartheid mit der Verhängung der Ausnahmezustands 1985, mit dem das Apartheid-Regime auf den wachsenden Widerstand in den Townships reagierte, näher an die Aufmerksamkeit der Soli-Bewegung. Mit der Gründung des National Forum (NF) und kurze Zeit später der United Democratic Front (UDF) gab es 1983 Dachorganisationen zivilgesellschaftlicher Gruppen in Südafrika, die sich entweder, wie die UDF, überwiegend an der Freiheitscharta des ANC orientierten oder aber, wie das NF, ein Sammelbecken von Black-Consciousness-Organisationen und unabhängigen sozialistischen Strömungen waren.

Dass im *Informationsdienst Südliches Afrika* neben dem ungleich größeren UDF-Bündnis auch über das National Forum berichtet wurde, schmeckte einigen AAB-Mitgliedern gar nicht. Manche schienen geradezu mit dem Zentimetermaß genau ausmessen zu wollen, wie viel Platz den Organisationen jeweils gewidmet wurde. Dahinter schien sich eine paranoide Angst vor der Ausstrahlungskraft eines Neville Alexander zu verbergen, der führenden Persönlichkeit hinter dem National Forum, der sich damals für eine Einheitsfront des gesamten Widerstands über das Lager der Anhänger der Freiheitscharta, den sogenannten Charteristen, hinaus stark machte. Alexander, der sich als Stipendiat der Humboldt-Stiftung in den 1950er-Jahren auch mit der deutschen Geschichte vertraut gemacht hatte, stand politisch in der Tradition sozialistischer und trotzkistischer Strömungen im Western Cape, der Westkap-Provinz Südafrikas. Ich habe in meiner langen issa-Laufbahn selten einen so warmherzigen und zugleich in äußerst komplexen Zusammenhängen klar denkenden Intellektuellen getroffen wie Neville Alexander. Es war für Hein Möllers und mich keine Frage, dass wir seinen Deutschland-Besuch 1984/85 nutzten, um ein ausführliches Interview mit ihm zu machen. Es erschien in der März/April-Ausgabe des Info-Dienstes mit dem Schwerpunkt „Perspektiven des Widerstands in Südafrika“. Was dann folgte, war eine Grotteske, die absurder kaum sein konnte: Die Ausgabe kam gerade frisch vom Drucker, pünktlich zur AAB-Mitgliederversammlung 1985. Vor den versammelten Mitgliedern wurde das Cover des Widerstandsheftes hochgehalten und

Empörung darüber ausgedrückt, wie die issa es denn wagen könnte, den Namen Neville Alexander in gleicher Schriftgröße wie die Namen der UDF-Vertreter Patrick Lekota und Allan Boesak und die Zeile „ANC: Das Jahr des Kaders“ auf die Titelseite zu setzen.

Diese Ausgabe löste heftige Kontroversen aus. Einige gratulierten, dass wir endlich mit einem Tabu gebrochen hätten, das die westdeutsche Solidaritätsbewegung bisher weithin geprägt habe: die Aufrechterhaltung der Fiktion, dass die schwarze Widerstandsbewegung eine Einheit darstelle und nicht zum ANC oder der UDF Gehörende „Spalter“ oder „Verräter“ seien. Auch Klaus Linsenmeier von medico international sah eine „befreiende Kontroverse“, die die Solidarität mit der Befreiungsbewegung eher gestärkt als geschwächt habe. Aus dem AAB-Lager kam dagegen erneut der Vorwurf, man habe das „National Forum featuren“ wollen,⁸ indem es mit der UDF gleichgestellt worden sei.

Überidentifikation leistete Sektierertum Vorschub

Im Grunde genommen spaltete die Frage „Wie halte ich es mit der Freiheitscharta?“ die westdeutsche Südafrika-Solidaritätsbewegung – eine Spaltung, die sich trotz groß propagierter „breiter Anti-Apartheid-Bündnisse“ bei den Großdemos in Bonn 1985 und 1986 nie wirklich auflöste. Sie spiegelte auch die Spaltung eines Teils der Linken in das Lager der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit ihrer Nähe zur DDR einerseits und verschiedener maoistischer K-Gruppen andererseits wider, die sich im Organisationskomitee des BUKO (Bundeskongress entwicklungs-politischer Aktionsgruppen) wiederfanden. Zu Letzteren gehörte auch die Gruppe um den „Arbeitskreis Afrika“ Münster. Je mehr die AAB auf dem Alleinvertretungsanspruch von ANC und SWAPO beharrte, desto hartnäckiger verstand sich AKAFRIK Münster als westdeutsches Sprachrohr für den PAC und den SWAPO-Konkurrenten SWANU (South-West African National Union). In beiden Fällen führte die Überidentifikation mit der jeweils erwähnten Befreiungsorganisation, wenn nicht zu einer Funktionalisierung für die eigenen Interessen, so doch zumindest zu einer Ignoranz gegenüber dem Adressaten der Solidarität der konkurrierenden Soli-Gruppe.⁹

⁸ Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4, Juni 1985.

⁹ Vgl. dazu Kößler, Reinhart/Melber, Henning: Faszination der Vielfalt und ihre politischen Folgen. Zum Umgang der Solidaritätsgruppen mit Befreiungsbewegungen, in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2, März 1986.

Die AAB rühmte sich damals, mit dem breiten Bündnis „Aktionskomitee gegen Apartheid“ mehrere tausend Menschen zu der Demo „Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykottiert Apartheid!“ am 29. November 1986 nach Bonn mobilisiert zu haben. Die Liste der Unterzeichner*innen des Aufrufs liest sich beeindruckend. Doch die Chuzpe, den BUKO, in dem sich damals viele linke Gruppen außerhalb des SPD- und DKP-nahen Spektrums vereinten, in das Bündnis einzuladen, gleichzeitig aber darauf zu beharren, die „international anerkannte Führung von ANC und SWAPO“ im Aufruf explizit zu nennen, den ebenfalls als Befreiungsbewegung anerkannten PAC aber außen vor zu lassen, ließ dem BUKO keine Wahl, als sich vom Aufruf zu distanzieren. Die Chance war vertan, auch Soli-Gruppen in das Bündnis gegen Apartheid zu integrieren, die mit dem Bekenntnis zur Freiheitscharta des ANC ihre Bauchschmerzen hatten. Diese Gruppen haben dann ihren eigenen Boykott-Aufruf verfasst und nicht für die Demonstration am 29.II. mobilisiert.¹⁰

Sich von solchem Sektierertum fernzuhalten und sich von beiden Lagern nicht vereinnahmen zu lassen, dabei ein eigenes, unabhängiges Solidaritätsprofil zu pflegen, war für die issa nicht immer leicht. Als die Grünen im Bundestag im September 1985 ein Hearing über die Beziehungen der Bundesrepublik zu Namibia und den Perspektiven der Unabhängigkeit veranstalteten, gehörte die issa zur Vorbereitungsgruppe. Im Vorfeld des Hearings lud AKAFRIK Münster, auf offiziellem Briefkopf der Grünen, Vekuii Riruako als Redner ein und präsentierte ihn als einen sich gerade in der BRD aufhaltenden Anwalt. Tatsächlich war er aber auch Generalsekretär der SWANU. Das wollte die SWAPO nicht dulden. Riruako wurde wieder eingeladen und akzeptierte, dass kein SWANU-Vertreter auf dem Hearing auftreten würde. In der Vorbereitungsgruppe herrschte Erleichterung.

Doch kaum war die Kuh vom Eis, tauchte ein neues Problem auf: Neville Alexander, der gerade auf Deutschland-Besuch war, hatte sich für das Hearing als Teilnehmer angemeldet. Als Tony Seedat davon erfuhr, drohte er, die ganze Veranstaltung platzen zu lassen. Die undankbare Rolle, Neville von einem Besuch der Veranstaltung abzuraten, blieb dem frus-

¹⁰ Vgl. Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykottiert Apartheid!, Aufruf der AAB u.a. zur zentralen Demonstration am 29.II. 1986 in Bonn; Apartheid tötet – boykottiert Südafrika, Aufruf des Arbeitskreises Afrika Münster u.a., o.J.; Buko-Koordinierungsausschuss: Stellungnahme zur geplanten bundesweiten Südafrika-Demonstration am 29.II.86; AKAFRIK: Stellungnahme zur Südafrika-Demo in Bonn, o.J., alle im issa-archiv.

trierten issa-Geschäftsführer überlassen. Neville Alexander aber zeigte Verständnis, weil er dem Hearing keinen Stein in den Weg legen wollte. Auf der Bonner Großdemonstration gegen Apartheid, die im September 1985 im Anschluss an das Namibia-Hearing stattfand, hatte es die AAB unwissentlich mit einem ganz anderen Gegner zu tun: Statt die Vertreterinnen einer Black-Consciousness-Frauenbewegung, die auf Rundreise in Deutschland waren, auf der Demo reden zu lassen, lud die AAB einen jugendlichen Gastredner aus Südafrika ein und handelte sich dabei ungewollt einen Spion des Apartheid-Regimes ein. Es gehörte zu den Strategien Pretorias in den 1980er-Jahren, junge Personen in den ANC zu infiltrieren. Ausgerechnet Pastor Beyers Naude, der renommierte Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, arrangierte damals das Flugticket für Robert Dube, der bereits 1982, als er noch auf der Highschool war, von Sicherheitsagenten des Regimes für ein geringes Taschengeld als Informant angeheuert worden war und nach eigenen Aussagen, die er später machte, für Lieutenant Willem Coetzee, einen Sicherheitsagenten der südafrikanischen Polizei, Berichte anfertigte. Mit der Kopie einer Rede des damaligen ANC-Präsidenten Oliver Tambo und etlichen Anti-Apartheid-Dokumenten ist Dube nach Südafrika zurückgekehrt und verfasste für Coetzee einen 184 Seiten umfassenden Bericht von seiner Reise.¹¹

98

Gewalt ruft naturgemäß Gegengewalt hervor, wenn friedliche Mittel versagen. Insofern waren die Anschläge von Umkhonto we Sizwe, des bewaffneten Arms des ANC, eine logische Konsequenz des Befreiungskampfes. Die „Militarisierung“ der Befreiungsbewegung (wenn auch nie auf gleicher Stufe wie der schwer bewaffnete Gegner, das Apartheid-Regime) ließ erahnen, dass es mit innerparteilicher Demokratie in den einzelnen Widerstandsorganisationen nicht weit her sein konnte. Von Folter an eigenen Dissidenten, wie insbesondere im Falle der SWAPO in ihren Lagern, ganz zu schweigen. Während die AAB um solch unbequemen Themen einen weiten Bogen machte und sich schließlich auflöste, als die „Mission“ Kampf gegen Apartheid mit den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika im April 1994 erfüllt war, sah sich die issa zunehmend damit konfrontiert, Antworten auf die Fragen zu finden, wie „Befreiungsbewegungen an der Macht“ nach der Unabhängigkeit mit den auf sie projizierten Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung umgehen. Aber das ist ein anderes Kapitel ...

¹¹ Vgl. Rule, Sheila: Anti-Apartheid infiltrators detail their recruitment in South Africa, in: New York Times, 6.5.1987, unter: <https://nyti.ms/2Uo2cmW>.

Lothar Berger hat an der Universität Mainz unter anderem Ethnologie, Afrikanistik und Soziologie studiert. Seit 1983 ist er für die Informationsstelle südliches afrika (issa) tätig. Im Juli 2015 übernahm er von dem ausgeschiedenen langjährigen Geschäftsführer Hein Möllers die Leitung der Redaktion von afrika süd, dem früheren Informationsdienst Südliches Afrika.

S.90: Informationsdienst Südliches Afrika, März/April 1985, Archiv issa Bonn.

Motive und Mobilisierung

DECEMBER 1990



SECHABA

official organ of the african
national congress south africa

A TWENTY-THREE YEAR CHAPTER CLOSES

1967-1990, Sechaba printed in the GDR



President O R Tambo cuts the ribbon on the occasion of the opening of the ANC Mission in the German Democratic Republic on November 20 1978. Behind him is Kurt Seibt, the then President of the Solidarity Committee of the GDR.

Sonderschichten für Nelson Mandela

Erinnerungen an die Solidarität mit dem ANC

Die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf war zusammen mit der Solidarität mit Vietnam und mit Chile ein Phänomen, das Millionen DDR-Bürger*innen über Jahrzehnte beschäftigte und unzählige Aktivitäten hervorbrachte. Das Leben und der Kampf von Ho-Chi-Minh, Patrice Lumumba, Nelson Mandela, Che Guevara, Luis Corvalán und anderen Persönlichkeiten der sogenannten Dritten Welt wurden mit Sympathie und Anteilnahme verfolgt. Mit dem Wesen und den Erscheinungen von Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus, Unterdrückung, Rassenhass und Apartheid war man in der DDR von Kindesbeinen an vertraut. Viele in der DDR hatten zudem die faschistische Diktatur, Krieg und Rassenwahn selbst erfahren. Ihnen war bewusst, dass sie davon befreit worden waren, weil sich Menschen anderer Staaten aufgeopfert hatten. Doch imperialistische Kriege, koloniale Ausbeutung und Unterdrückung, rassistische Ausgrenzung, Leid und Elend gab es noch immer in der Welt. Die atomare Bedrohung, der Kalte Krieg, politische und ökonomische Sanktionen seitens der BRD forderten regelrecht zu Bekenntnissen heraus. Es war eine Zeit, die mit der heutigen nicht zu vergleichen ist. Nach der Wende wurde die Solidaritätsbewegung oft in Zweifel gezogen. Sie sei von „oben verordnet“ gewesen, es habe zu wenig Mitbestimmung gegeben. Diese Kritik ist nur bedingt richtig. Nicht zu bestreiten ist, dass in der zentralistischen DDR mit ihrer Planwirtschaft, einer nicht konvertierbaren Währung und geschlossenen Grenzen die Themen gesetzt und die Orientierung vorgegeben wurden. Es gab Hemmnisse und Widersprüchliches in der Realisierung mancher Idee und bei der Durchsetzung mancher Beschlüsse. Entscheidend war jedoch, wie es „unten“ ankam und aufgenommen worden ist. In meiner 17-jährigen Tätigkeit im Solidaritätskomitee der DDR (SK) habe ich oft festgestellt, dass das „Oben“ und

„Unten“ auch ein Wechselverhältnis war. Wer zum Beispiel miterlebt hat, wie Tausende Arbeitskollektive immer wieder Selbstverpflichtungen zugunsten der Solidarität abgegeben haben und welcher solidarischer Geist an den Schulen vorhanden war, die sogenannte Ehrennamen trugen, wie die Nelson-Mandela-Schule in Ilmenau und die Victor-Jara-Berufsschule in Zeitz, der kann verstehen, warum die Solidaritätsbewegung so große Resonanz gefunden hat. Es war vor allem das Ergebnis von Informations- und Bildungsarbeit, die die Medien, der Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendverband sowie viele andere Akteure betrieben haben.

Es war weniger der Druck eifriger Gewerkschaftsfunktionäre, der zu regelmäßigen Solidaritätsspenden führte. Es war vielmehr eine Gemengelage aus internationalistischen und klassenkämpferischen Einstellungen, moralischen und humanistischen Werten, des Gemeinschaftsgefühls und der Nächstenliebe, die die Menschen in ganz unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbereichen zu persönlichem Engagement und zusätzlichen Leistungen bewegte: die Ärzt*innen im Eisenberger Rudolf-Elle-Krankenhaus oder auch im Krankenhaus Berlin-Buch auf der Jacob-Morenga-Station, die Befreiungskämpfer*innen behandelten, die Lehrer*innen der Gewerkschaftsschule „Fritz Heckert“ in Bernau, die südafrikanische Studierende viele Jahre ausgebildet haben, Journalist*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und andere, die sich mit dem Kampf des ANC befasst und sich engagiert haben.

104

Für nicht wenige Menschen war die Solidarität zudem die Möglichkeit, ein kleines Stück der Außenpolitik ihres Landes mitzutragen, auf die sie sonst keinen Einfluss hatten. Auch wenn die DDR mit ihrem Engagement durchaus eigene außenpolitische Interessen wie die internationale Anerkennung verband: Es war ohne Zweifel eine beachtliche Leistung, ein wichtiger Beitrag zur Beseitigung von Kolonialismus und Apartheid, für Frieden und Selbstbestimmung der Völker, den die „kleine“ DDR, der Staat und die Bevölkerung, über Jahrzehnte für die internationale Solidarität erbracht hat. Diese Leistung wäre noch höher zu bewerten, wenn derselbe Staat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr Freizügigkeit und Selbstbestimmung hätte walten lassen.

Es ist der Zeit und einigen günstigen Umständen geschuldet, dass ich mich schon früh für Emanzipationsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika interessierte. Ich studierte in den 1960er-Jahren Geschichtswissenschaft und Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Es waren Jahre, in denen sich die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Europa und in der Welt wieder verschärfte.

Da war es naheliegend, dass ich mich für Zeitgeschichte und weltverändernde Prozesse in der trikontinentalen Welt begeisterte. Für mich war es faszinierend mitzuerleben, wie sich die Welt binnen Kurzen zum Positiven für die Völker wandelte, zu sehen, wie die großen Kolonialreiche Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande zerfielen und ein Land nach dem anderen seine nationale Unabhängigkeit erlangte.

Zugleich war es enttäuschend, dass dieser „wind of change“ im Süden Afrikas auf heftigste Gegenwehr traf. Es hatte sich im südlichen Afrika ein „weißer Block“ gebildet, der von internationalen Konzernen und westlichen Staaten unterstützt, aber von der internationalen Völkergemeinschaft vielfach verurteilt wurde.

Mein Glück war es, an einer Universität zu studieren, die sich in jener Zeit zu einem Zentrum der Afrika- und Nahostwissenschaften entwickelte. Der Anstoß dazu kam unter anderem von dem Universalhistoriker Prof. Dr. Walter Markov. Er gilt als Nestor der Geschichtswissenschaft, der modernen Regional- und somit auch der Afrikawissenschaften in der DDR. Über ihn sagte der bekannte Germanist Hans Maier: „Er war einer der ersten, der die Welt nicht von Europa aus gesehen hat, d. h. den eurozentristischen Blick überwunden hat.“ Folgerichtig war er auch einer der ersten Historiker, der kurz nach der Unabhängigkeit Nigerias 1962/63 einer Einladung an die Universität in Nsukka folgte, wo er lehrte und beim Aufbau eines historischen Instituts half.

Von ihm zu lernen war für mich eine einmalige Gelegenheit. Ich folgte gern seinem Rat und so kam ich auch zu dem Thema meiner Diplomarbeit. Darin untersuchte ich die Expansion imperialistischer Mächte in Südafrika, die 1895/96 zur Transvaal-Krise in den deutsch-englischen Beziehungen geführt hatte. Sie war der erste ernsthafte Zwischenfall in den Beziehungen beider Länder vor dem Ersten Weltkrieg.

In diesem Kontext waren mir die Erzählungen meines Kommilitonen Francis Meli hilfreich, der aus Südafrika hatte fliehen müssen. Durch sie war es leichter, Einblicke in die absurde Rassenpolitik des Verwoerd-Regimes zu erhalten, die unter anderem zum Massaker von Sharpeville geführt hatte. Die gewaltsamen Ereignisse und der blutige Putsch der Militärs, die am 11. September 1973 – dem Nine-Eleven Chiles – die Volksregierung Salvador Allendes stürzten, waren für mich der Anlass, einer Berufung des SK zu folgen. Ich wurde dank meiner Spezialkenntnisse über die Geschichte und Politik Lateinamerikas Leiter des neu gegründeten „Solidaritätszentrums für das chilenische Volk“, das wenig später dem SK angegliedert wurde. Im Solidaritätskomitee traf ich auf erfahrene

Kollegen wie Henry Eggebrecht und Heinz H. Schmidt, Antifaschisten mit jahrelanger Exilerfahrung, die die Solidarität mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen seit Anfang der 1960er-Jahre aufgebaut hatten. Von ihnen Formen und Methoden der Zusammenarbeit sowohl mit ausländischen Partnern als auch mit inländischen Institutionen und Organisationen zu lernen war sehr aufschlussreich. Ich verstand das Solidaritätskomitee und seine Funktion mit der Zeit immer besser. Es fungierte zwischen der Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der SED, einigen Ministerien, den gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftsbetrieben und anderen zivilen Institutionen, darunter auch Teile der Evangelischen Kirche, sowie der Bevölkerung als ein Scharnier in Angelegenheiten der internationalen Hilfe und Solidarität. Es war für die einen der verlängerte Arm der SED, für andere eine Art Drehtür für Kontakte, Informationen, Initiativen und Hilfsleistungen verschiedener Art. Für Dritte wiederum war es ein Verlag, in dem zahlreiche Publikationen erschienen, und eine große Spendensammelbüchse, da es das „Zentrale Solidaritätskonto 444“ verwaltete. Das SK war formal selbstständig, genoss im Hause des Nationalrats der Nationalen Front große Unterstützung und konnte dessen Infrastruktur kostengünstig mitnutzen. Obwohl das Komitee nur 35 bis 40 Mitarbeiter*innen hatte, konnte es doch aufgrund seiner strukturellen Verankerung große Wirkung im In- und Ausland erzielen.

106

Recht bald erkannte ich die umfängliche Bedeutung der Solidarität mit den Völkern Afrikas. 1974 folgte die DDR einem Beschluss der UNO, eine „Internationale Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung“ ins Leben zu rufen. Es wurde ein Komitee unter der Leitung des Präsidenten des Obersten Gerichts, Dr. Dr. Heinrich Toeplitz, gebildet, dem unter anderem Persönlichkeiten wie Herbert Fischer, einem Teilnehmer an der indischen Unabhängigkeitsbewegung, angehörten. Gemeinsam mit dem SK initiierte es viele Kundgebungen und koordinierte solidarische Aktivitäten von publizistischen, kulturellen, schulischen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Das DDR-Komitee für die Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung unterstützte die Forderungen des ANC nach Freilassung der politischen Gefangenen, nach verbindlichen Wirtschaftssanktionen und nach einem Waffenembargo gegen das Apartheid-Regime Südafrikas.

In den nächsten Jahren wurden diese Aktivitäten weiter verstärkt. Jährlich fand im Mai eine Solidaritätswoche zugunsten der Völker Afrikas statt. Das Spendenaufkommen erhöhte sich zunehmend. Die Hilfslieferungen

ANC eröffnete Vertretung in der Hauptstadt der DDR

Präsident Oliver Tambo würdigte Solidarität unserer Republik



Kurt Seibt, Präsident des Solidaritätskomitees der DDR, bei der Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens von Anthony Le Clerc Mongalo
Foto: ZB Mittelstadt

Am 20. November 1978 eröffneten der Präsident des ANC, Oliver Tambo, und der Generalsekretär des Solidaritätskomitees der DDR, Kurt Seibt, die ANC-Vertretung in Ost-Berlin. Der erste offizielle ANC-Repräsentant in der DDR war Anthony Le Clerc Mongalo. Das Büro war beim Solidaritätskomitee akkreditiert.

für den ANC wurden umfangreicher. Angesichts der veränderten Lage (der erlangten Unabhängigkeit Angolas und Mosambiks sowie des zunehmenden Terrors des Apartheid-Regimes in Südafrika und in einigen Frontstaaten) proklamierte die UNO für 1978/79 ein „Internationales Anti-Apartheid-Jahr“. In der DDR wurde daraufhin eine hochrangige Regierungskommission gebildet, der das ZK der SED, das SK und viele gesellschaftliche Organisationen angehörten. Sie koordinierte eine Vielzahl von Maßnahmen zur Unterstützung Angolas, Mosambiks, der Befreiungsbewegungen ANC in Südafrika, der SWAPO in Namibia und der ZAPU in Simbabwe. Im Laufe der Jahre 1978 und 1979 wurden umfangreiche Aktivitäten im Rahmen des Anti-Apartheid-Jahres realisiert: So unternahm Erich Honecker eine Reise nach Angola, Sambia und Mosambik, während der er sich mit den Führern der unabhängig gewordenen Staaten und den Präsidenten südafrikanischer Befreiungsbewegungen traf. Auch intensivierte die DDR ihre Mitarbeit im Anti-Apartheid-Ausschuss der UNO. Es fanden Hunderte Soli-Meetings und -Basare statt. In volkseigenen Betrieben fuhren die Belegschaften Sonderschichten. Mit Schiffen und Sondermaschinen der Interflug wurden allein in diesem Zeitraum lebenswichtige Hilfsgüter wie zum Beispiel Nahrungs- und Arzneimittel, Vitaminpräparate, Kindernahrung, Zelte, Decken, Bekleidung, Schulmaterial, Medizintechnik und anderes mehr im Wert von über 40 Millionen Mark versandt. Ein großer Teil ging nach Angola und Mosambik, wo der rassistische Terror des Apartheid-Regimes den Wiederaufbau in den jungen Staaten torpedierte, ein anderer war für die Flüchtlingslager des ANC in Tansania und der SWAPO in Angola bestimmt.

An eine sehr wichtige Veranstaltung erinnere ich mich besonders gern, weil sie etwas ganz Neues und Ungewöhnliches darstellte. Es war die Eröffnung der offiziellen Vertretung des ANC im November 1978 in Ost-Berlin. In Anwesenheit des ANC-Vorsitzenden Oliver Tambo überreichte der Repräsentant des ANC Anthony Le Clerc Mongalo dem Vorsitzenden des Solidaritätskomitees Kurt Seibt (nicht der Regierung) sein Akkreditierungsschreiben. Über die Tragweite dieses wichtigen Aktes schrieb später in einem Vorwort zur „Geschichte des ANC“ der damalige Generalsekretär des ANC und spätere Außenminister der Republik Südafrika, Alfred Nzo: „Die weitsichtige Initiative, als erstes nicht afrikanisches Land dem ANC im Jahr 1978 einen halbdiplomatischen Status zuzuerkennen, hat zweifellos die bahnbrechende Entwicklung der Anerkennung des ANC nicht nur durch andere sozialistische Staaten und die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, sondern sogar durch westliche Regierungen, von

denen einige erklärte Verbündete des faschistischen Regimes in Südafrika sind, ausgelöst.“¹

Das Solidaritätskomitee zahlte mithilfe der Spenden aus der Bevölkerung auch die gesamte Infrastruktur des ANC-Büros, inklusive der Gehälter dreier ANC-Mitarbeiter*innen. Zur konkreten Unterstützung der politischen Arbeit des ANC zählte zudem die über 20-jährige Finanzierung des Drucks der *Sechaba*, dem offiziellen Organ des ANC, und dessen weltweite Versendung. In diesem Zusammenhang traf ich meinen ehemaligen Kommilitonen Francis Meli wieder. Er war inzwischen mit einer gemeinsamen Studienkollegin verheiratet und arbeitete in der Redaktion der *Sechaba* in London. Die Zusammenarbeit mit den Vertreter*innen des ANC, aber auch denen der namibischen SWAPO und der ZAPU Simbabwe war stets freundschaftlicher Natur. Uns einten die Ziele: das Ende der Apartheid und der Erfolg der Befreiungskämpfe. So feierten wir auch oft gemeinsam die jeweiligen Gedenktage der Befreiungsbewegungen, wie den 16. Juni zur Erinnerung an das Massaker in Soweto oder den Afrikatag am 25. Mai.

Die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf schloss viele gesellschaftliche Ebenen ein: So hatten Journalist*innen und Künstler*innen durch ihre mitreißenden Veranstaltungen einen großen Anteil an dem solidarischen Engagement der Bevölkerung. Neben den ausländischen Gästen und Student*innen waren es vorwiegend sie, die Licht, Ton und Farbe in die Solidaritätsbewegung brachten und die Herzen vieler Menschen erreichten. Insbesondere erinnere ich mich an jährliche Veranstaltungen wie „Rock für den Frieden“, an das „Festival des politischen Liedes“, an die Rundfunkkonzerte in der Vorweihnachtszeit unter dem Motto: „Dem Frieden die Freiheit“ – alle mit namhaften Künstler*innen und Ensembles besetzt. Nicht zu vergessen die vielen Gruppen, die in der Singe-Bewegung in fast allen Städten auftraten. Mit ihrem internationalen Liedgut ragten das Ensemble „Solidarität“ der Karl-Marx-Universität heraus sowie mit afrikanischen Liedern das aus ANC-Student*innen bestehende Ensemble „Amandla“. Bewegend waren auch stets die Auftritte des Kinder- und Jugendensembles SDAKO unter der Leitung der bekannten Tanzpädagogin und Antifaschistin Anni Sauer. Die jungen Künstler*innen, darunter auch die Kinder meiner Kollegin, sangen Lieder aus

1 „Die Geschichte des African National Congress (ANC) 1912–1987“, herausgegeben vom Solidaritätskomitee und der Vertretung des ANC in der DDR, erschien 1988 in der Schriftenreihe des Solidaritätskomitees „Für antiimperialistische Solidarität“, Nr. 47.

vielen Ländern in zehn verschiedenen Sprachen. Das Ensemble wird bis heute weitergeführt.

Eigene Aktionen starteten verschiedene Sektionen des Kulturbundes und der künstlerischen Fachverbände. So hat etwa der Schriftstellerverband der DDR auf seinem X. Kongress 1987 unter Federführung der Autorin Rosemarie Schuder alle Mitglieder zu Lesungen und Geldspenden für ein Kinderzentrum im ANC-Flüchtlingslager Dakawa (Tansania) aufgerufen. Rund 100.000 Mark kamen dabei zusammen, von denen Zement zum Häuserbau, Einrichtungsgegenstände, Schulmaterialien, Sportartikel und Medikamente gekauft und versandt wurden. Vor Ort halfen mit großer Einsatzbereitschaft DDR-Fachkräfte beim Aufbau des Zentrums und beim Schulbetrieb. Viele Autor*innen beteiligten sich zudem an dem jährlichen Solidaritätsbasar der Journalist*innen auf dem Berliner Alexanderplatz, der bei der Bevölkerung regelmäßig auf große Resonanz stieß. Vertreter*innen der von der DDR unterstützten Befreiungsbewegungen wie dem ANC bauten dort ebenfalls ihre Stände auf – für beide Seiten eine Möglichkeit, direkt in Kontakt und ins Gespräch zu kommen.

Auch an den Theatern des Landes gab es zahlreiche Initiativen. Das Ballett der Komischen Oper in Berlin veranstaltete jedes Jahr eine Aufführung, deren Erlös auf das Solidaritätskonto überwiesen wurde, ebenso das Volkstheater Rostock, das Berliner Ensemble und andere. Die Staatsoper in Berlin brachte 1973 die Oper von Ernst Hermann Meyer „Reiter der Nacht“ zur Uraufführung, die das Apartheid-Regime in Südafrika thematisierte. Viel Wirkung erzielten Fotograf*innen, Maler*innen und Grafiker*innen mit ihren Werken in Ausstellungen, mit Plakaten, Karikaturen und Postkarten zum Thema „Apartheid No“ und „Freiheit für Nelson Mandela“. Sie waren unter anderem das Ergebnis von Wettbewerben an den Kunsthochschulen in Berlin-Weißensee und Oberschöneweide.

Als nach 28 Jahren unendlichen Leids Nelson Mandela endlich freikam, war die Begeisterung nicht nur in den Arbeitskollektiven, die seinen Namen trugen, groß. Viele hatten sich in unterschiedlicher Form an der Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes engagiert. Als sich die Nachricht von der Freilassung Nelson Mandelas verbreitete, war eine Welle der Freude und Genugtuung zu spüren.

Peter Stobinski studierte von 1961 bis 1966 Geschichte und Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig, seit 1973 Tätigkeit im Solidaritätskomitee der DDR, seit 1986 dessen stellvertretender Generalsekretär, seit 1990 stellvertretender Geschäftsführer des Solidaritätsdienstes international e. V. (SODI), von 1992 bis 2003 dessen Geschäftsführer, seit 2000 Mitglied des Rates der Stiftung Nord-Süd-Brücken, von 1999 bis 2011 Vorsitzender des Rates. Rentner, lebt in Hohen Neuendorf bei Berlin

S.102: Ab 1967 wurde die *Sechaba*, das offizielle Organ des ANC, mit Geldern des Solidaritätskomitees in der DDR layoutet, gedruckt und letztlich in 60 Länder der Erde vertrieben. Das Cover und das Editorial der Ausgabe im Dezember 1990, die DDR war zu diesem Zeitpunkt schon der Bundesrepublik beigetreten und die *Sechaba* wurde in London gedruckt, widmete die Redaktion in London der Solidarität der DDR. Das Cover zeigt die Eröffnung des ANC-Büros in Ost-Berlin durch den ANC-Präsidenten Oliver R. Tambo und den Generalsekretär des Solidaritätskomitees der DDR, Kurt Seibt. Quelle: Privatbesitz Karin Singh.

„Einmal haben wir eine ganze Schiffsladung Zement verschickt“

Zur Verwirklichung der materiellen Solidarität

Interview mit Gerda Glienke

Wir waren insgesamt vier Mitarbeiter*innen für materielle Solidarität. Eine Kollegin war ausschließlich für den Bereich Vietnam, Laos und Kambodscha zuständig. Wir anderen drei waren für den afrikanisch-arabischen Raum verantwortlich, das waren die MPLA, der ANC, SWAPO, die FRELIMO, die ZAPU und der Libanon. Wenn ich nach Dienstschluss in der U-Bahn saß, habe ich schon überlegt, was ich morgen wo wie hinschicke. Und die Prozedur war recht umfangreich und kostete ja Zeit. Im Nacken saß immer der Termin. Der Termin war eigentlich immer gestern.

112 Die Anfragen des ANC wurden an den Nationalrat gerichtet. Und von dort, über Hermann Axen, kam bei unserem Sekretär auf den Tisch, was der ANC benötigte: Medikamente, Zelte, Schlafdecken, Trockennahrung, technische Geräte und auch Sanitätskraftwagen, aber keine Waffen. Dann habe ich erst einmal eruiert, woher ich was bekomme. Das medizintechnische Kontor in Mitte versorgte uns mit medizinischen Geräten, mit Glassachen, mit Verbandssachen. Von den Textilbetrieben haben wir die Zelte und Rucksäcke beschafft. Außerdem war Carl Zeiss Jena ein sehr interessanter und ein sehr wichtiger Partner für Fotoapparate und Nachtbläser. Die waren nötig, es war ja eine Befreiungsbewegung. Die Bestellung an die Betriebe ging alles auf schriftlichem Weg und mit Zusage. Und dann bekam ich meine 500 Zelte oder die Sanitätskraftwagen. Mittels eines Warenbegleitscheins wurde dann der Export realisiert. Es gab ein Kontor in Pankow. Da bin ich des Öfteren hingefahren, um zu sehen, wie die Verpackung verlief. Dann wusste ich, dass es am nächsten Tag verschickt werden würde. Einmal haben wir eine ganze Schiffsladung Zement verschickt. Da bin ich selbst nach Rostock und habe mir angeschaut, ob das auch wirklich unten im Schiff verschwindet. Ich denke, der Zement war für den Häuserbau, für Fundamente und so. Das war die Arbeit, die man gern machte. Man war einfach daran gewöhnt zu helfen.

Gerda Glienke arbeitete ab 1973 im Solidaritätskomitee der DDR.

„Wir haben dann in unserer Schule Solidaritätsbasare gemacht ...“

Interview mit Petra Türkmen

Ich bin im Sinne der Solidarität erzogen worden. Ich bin so aufgewachsen, und für mich war das selbstverständlich, unterdrückten Völkern, unterdrückten Leuten zu helfen. Meine Mutter ist während des Krieges ein paarmal ausgebombt worden, und deshalb war es für sie damals wichtig, Solidarität von anderen zu erfahren, sei es durch Möbelspenden, Kleiderspenden usw., und so wurde das Thema Solidarität bei uns in die Familie getragen.

In Bezug auf die Solidarität mit dem ANC kann ich mich erinnern, dass es diese Postkartenaktion gab. Wir haben dann in unserer Schule Solidaritätsbasare gemacht, auf denen wir Postkarten geschrieben und gesammelt haben. Es gab Aktionen wie Altpapiersammeln, Flaschensammeln, Gläser-sammeln und das Geld wurde gespendet. Wir haben das damals immer bei unserer FDJ-Kreisleitung abgegeben, und die hat das dann weitergeleitet. Außerdem wurden zu bestimmten Anlässen Briefmarken gedruckt, die dann im Sonderverkauf waren. Und von meinem Bruder und meinem Vater, die beide in der Kupfersilberhütte des Mansfeld-Kombinats gearbeitet haben, weiß ich, dass dort Soli-Schichten gefahren wurden. Das heißt, Kollegen sind an einem ihrer freien Tage – Samstag, Sonntag oder auch während der Woche am Montag, Dienstag – arbeiten gekommen und das, was sie dann mehr produziert haben, wurde verkauft und das Geld wurde gespendet. Für mich war Solidarität etwas Selbstverständliches. Ich kannte das nicht anders und ich fand das gut. Ich persönlich konnte noch nie etwas mit Ungerechtigkeiten anfangen. Deshalb habe ich auch versucht, meinen eigenen Kindern diesen Gedanken weiterzugeben.

Petra Türkmen hat in der DDR als Lehrerin für Deutsch und Kunst in den Klassen I bis IO unterrichtet.

NELSON MANDELA



*Wir blicken vertrauensvoll in die
Zukunft.*

*Vereint Euch! Kämpft weiter!
Zwischen dem Amboss vereinter Massen-
aktion und dem Hammer des b*



Gute Gesichter

Nachdenken über DDR-Kinder und ihre Solidarität mit Unterdrückten

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“ So lautete in meiner Kindheit in Ostberlin eine gängige Losung. In meinen Ohren klang der Satz damals irgendwie komisch. Solidarität – das waren für mich die „Kampfdemonstrationen“ genannten Aufmärsche im Stadtzentrum. Am 1. Mai, am Gedenktag für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg oder zum Republikgeburtstag im Oktober: Fahnen und Transparente mit Solidaritätslosungen, ich auf den Schultern meines Vaters. Zärtlichkeit – das war Kuseln mit Mama. Und Völker – keine Ahnung, wer damit gemeint sein mochte.

Erst später habe ich erfahren, dass der Satz von der zärtlichen Solidarität Che Guevara zugeschrieben wird. Che war ein schwarzer Schemen, der als Siebdruckmotiv stumm von den T-Shirts der Erwachsenen blickte. Gleichwohl hatte ich schon damals, als Kind, einen Begriff von Solidarität, ohne ihn näher erklären zu können. Die DDR war ein Land, das unter anderem aus der großen Idee heraus gegründet worden war, dass Menschen einander nicht mehr bekriegen. Auf dass der Frieden erhalten bleibt und der Faschismus nie wieder all sein Leid und seine Verheerungen über die Menschen bringen kann. Grundbedingung dafür war, solidarisch zu sein. Gegen die, die keinen Frieden wollten, und für jene, die unter Kriegen zu leiden hatten.

Die Idee war wunderbar, sie war human. Ich glaubte an sie. Aber aus heutiger Sicht muss festgestellt werden, dass die DDR-Volksbildung (ein Wort, bei dem mich heute noch Beklemmung befällt) zwar solidarisches Denken propagiert hat, dass jedes Kind wusste, wie wichtig die Solidarität, die antiimperialistische zumal, ist. Aber wie so vieles in diesem kleinen Land wurde selbst diese großherzige Geste, das Empathische misstrauisch eingefordert und überwacht. So konnte geschehen, was ich bis heute bedauere und dem Land meiner Kindheit durchaus übel nehme: Der Solidaritätsbegriff wurde zur leeren Worthülse, zu einer in Soli-Groschen abzuleistenden Pflicht.

Gut möglich, dass die Wandlung dieses doch einzigartigen humanistischen Gefühls zu einer jederzeit abzuspulenden Phrase mit zum Untergang der

DDR beigetragen hat. Und dass die damals eingeforderte Empathie gerade im Osten bis heute ihre braunen Früchte trägt. Im Kindergarten, später in der Schule war solidarisch zu sein für ein „Kind des Sozialismus“ wie mich keine kleine Sache. Wir sollten solidarisch untereinander sein – und zugleich auch mit anderen Ländern in ihrem „antiimperialistischen Kampf“. Keine Ahnung, was das nun wieder bedeuten sollte.

Einen ersten Begriff davon bekam ich dann aber doch, weil meine Eltern uns Kinder aus dem Zimmer schickten, wenn abends in der „Aktuellen Kamera“ über den Vietnam-Krieg berichtet wurde. Meine Mutter, Jahrgang 1936, hatte in ihrer eigenen Kindheit die Bombenangriffe auf Dresden knapp überlebt. So wie die vietnamesischen Kinder, die auf grobkörnigen Schwarzweißbildern in ihren unterirdischen Bunkern hockten, hatte sie im Dresdner Hechtviertel im Luftschutzkeller gezittert. Sie wollte nicht, dass wir diese Bilder sahen, und schob mich und meine beiden Geschwister aus dem Wohnzimmer. Frisch gebadet und in unsere sauberen Schlafanzüge gekleidet, lugten wir also heimlich durch den Türspalt. Was wir sahen, war grauenhaft: panisch rennende Menschen, Kampfbomber am Himmel, brennende Palmen, Reisfelder, dann wieder vietnamesische Kinder, die überraschenderweise in dunklen Höhlen saßen und ... lernten.

116 Meine Mutter bemerkte uns und ich lernte meine erste Lektion in Solidarität. Diese vietnamesischen Kinder dort, erklärte sie uns, die lebten in einem lebensgefährlichen Krieg. Und sie ließen sich dennoch nicht abhalten, für den Frieden und den Wiederaufbau ihres Landes zu lernen. Für sie wurden all die Schreibhefte und Stifte gesammelt – ihnen galt unsere Solidarität. Von ihnen handelten die spannenden Geschichten in meiner Kinderzeitschrift *Bummi*.

Ich erinnere mich gut, wie ich diese Kinder ins Herz schloss. Viele Jahre waren für mich Menschen aus Vietnam das personifizierte Leid bei maximaler Tapferkeit und anmutiger Schönheit. Ich liebte ihre Gesichter, die schwarzen Haare der Vietnamesinnen, ihre spitzen Reispapierhüte. Und am 1. Mai 1975 weinte ich fast vor Erleichterung, als bei der Demo dieses Lied des Oktoberklubs durch die Karl-Marx-Allee schallte: „Alle auf die Straße / rot ist der Mai. / Alle auf die Straße / Saigon ist frei.“ Ich war zehn Jahre alt und hatte das starke Gefühl, dass Solidarität tatsächlich etwas bewirken kann. Dass meine gesammelten Stifte und Hefte, meine Hoffnungen und ja, meine Liebe unmittelbar dazu beigetragen haben mochten, dass die vietnamesischen Kinder jetzt aus ihren Schulräumen unter der Erde herauskrabbeln könnten und die Sonne genießen wie ich. Das war ein kindlicher Glaube, fürwahr. Und doch war er da noch aufrichtig.



Die Nelson-Mandela-Oberschule in Ilmenau trug seit 1983 den Namen des Befreiungskämpfers. Es gab enge Kontakte zu den ANC-Repräsentant*innen in Berlin und zu den Feierlichkeiten am Jahrestag war regelmäßig die ANC-Kulturgruppe zu Gast. Auf dem Bild überreichen Schüler*innen den Mitgliedern der Kulturgruppe Blumen nach einem Auftritt.

Wie brüchig diese Solidarität tatsächlich war, lernte ich nur wenige Jahre später. Aus elfengeleichen Befreiungskämpferinnen waren in den 1970er- und 1980er-Jahren sogenannte Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter geworden. Im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg, wo ich als junge Frau wohnte, arbeiteten viele von ihnen im Kombinat Treffmodelle, einem Bekleidungshersteller. Wenn sich nach Feierabend die Ladentüren im Viertel öffneten und eine Gruppe Vietnames*innen sich in die Schlange beim Fleisch, beim Gemüse oder Fisch anstellte, war da manchmal ein Murren. Wenn die kleingewachsenen Männer und Frauen mit ihren riesigen verschnürten Paketen mit den Ostdeutschen in der Postschlange standen – darin Nähmaschinen, Klappfahräder, Musikanlagen, die sie nach Vietnam schickten –, war da Unduldsamkeit. Heute weiß ich: Es war Fremdenfeindlichkeit. Aus bemitleidenswerten kleinen Freiheitskämpfer*innen waren Mitbewerber*innen in einer ohnehin knappen Volkswirtschaft geworden. Solidarität war von der Abstraktion zur Konkretion geworden. Und die hatte uns entsolidarisiert.

Anders war das mit dem Anti-Apartheid-Kampf der Südafrikaner*innen. Für mich hatte Südafrika ein gutes Gesicht. Es gehörte Nelson Mandela. Solange ich denken konnte, war dieser Mann Gefangener der Weißen. Solange ich denken konnte, galt ihm meine mitfühlende Solidarität. Für ein Kind, unberührt von Realpolitik, von der Kolonialgeschichte oder den Anliegen des ANC, war es puppeneinfach, sich auf die Seite Nelson Mandelas und seiner Kameraden zu schlagen. Die Übermacht der Weißen war so eklatant, die Rassentrennung eine jedem menschlichen Anstand zuwiderlaufende politische Praxis. Es brauchte gar nicht zwingend das Massaker an schwarzen Schülerinnen und Schülern in Soweto 1976, um tief drinnen zu begreifen: Hier geschieht schweres Unrecht.

Für ein Kind wie mich war Nelson Mandela ein netter Onkel, der von weißen Schergen auf einer Insel vor Kapstadt gefangen gehalten wurde. Als ich 1965 auf die Welt kam, war Nelson Mandela bereits der Gefangene von Robben Island, und er blieb es meine gesamte Kindheit, Jugend und mein frühes Erwachsenenleben lang. In der Schule schrieben wir Postkarten an ihn, Solidaritätspostkarten waren das, die gesammelt und nach Südafrika gesandt wurden. Sie waren als Vordrucke in den Kinderzeitschriften wie *Bummi* und *Frösi* abgedruckt, wir mussten sie nur ausschneiden, aufkleben, unseren Namen darauf schreiben und abschicken.

An Nelson Mandela nach Südafrika, aber auch an Luis Corvalan oder Angela Davis ging diese Post. Auf die Karten für Corvalan, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chiles, waren nach meiner Erinnerung

Nelken gedruckt. Auf die für Angela Davis in den USA Rosen. Und Nelson Mandela? Ich weiß es nicht mehr. In meiner Erinnerung sehe ich ein rundes freundliches Gesicht hinter stilisiertem Stacheldraht.

Nelson Mandela war für das Ostberliner Kind eine stumme Figur, die unendliches Leid und große Einsamkeit zu ertragen hatte. In meiner Fantasie wurde er Tag und Nacht bewacht von bewaffneten weißen Männern mit ihren gefährlich bellenden Hunden. Er hatte eine so tapfere Frau mit dem Märchennamen Winnie, die geduldig auf ihren Mann wartete und ihm, wenn sie ihn – selten genug – im Gefängnis besuchen durfte, Postkarten wie die meine mitbrachte. Das in etwa war das Narrativ. Und das blieb es für Generationen von DDR-Kindern.

Noch 1986, da war ich schon erwachsen und was Politik anging komplett zynisch, forderte die Kinderzeitschrift *Bummi* die DDR-Kinder auf, tüchtig weiter Geburtstagskarten für Nelson Mandela zu malen. „Sie werden seine Augen und seinem Herzen Stärke geben!“ feuerte die *Bummi*-Redaktion ihre kindlichen Leser an. „Je mehr wir schicken, desto größer ist der Ärger der Gefängnisbewacher. Sie werden Angst bekommen vor euch, die ihr so viele seid. Sie haben Angst, dass sie Nelson Mandela freilassen müssen, der sein schwarzes Volk anführt.“

Drei Monate später meldete *Bummi*, dass im südafrikanischen Pollsmoor-Gefängnis 80.000 „leuchtende Postkartenkindergrüße“ eingetroffen seien. Man habe auch Mandelas Frau Winnie einige geschickt. „Sie wird bestimmt genauso viel Freude daran haben wie ihr Mann. An seinem Geburtstag werden sie auch über euch, die Kinder der DDR, und ihre verständnisvollen, wunderbaren Eltern und Erzieherinnen sprechen.“

Nach allem, was man heute weiß, haben wohl tatsächlich Grüße aus Ostdeutschland den Helden von Robben Island erreicht. Und das kann und darf einen nach all den Jahren immer noch rühren und erfreuen. Dennoch bleibt da ein ungueter Beigeschmack. Die DDR war Ende der 1980er-Jahre mittlerweile zu jenem Land geworden, das sich selbst nicht mehr traute – und am allerwenigsten seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern. Die Wirtschaft war im Niedergang, die meisten Menschen hatten resigniert die Idee des menschlichen Sozialismus verworfen. Ein Aufruf an die Kinder des Landes, reinen Herzens Karten zu malen, wirkt von heute aus betrachtet wie die Idee, besser mit dem Finger auf andere zu zeigen, statt ehrlich die eigenen Schwierigkeiten in den Blick zu nehmen.

Als zur politischen Zeitenwende 1990 in meinem Leben alle Türen aufgingen, öffneten sich auch für den stummen Helden meiner Kindheit die Gefängnistore. Südafrikas Frederik de Klerk hatte Nelson Mandelas

Freilassung angeordnet. Und noch unglaublicher: Er hatte im Februar 1990 das ANC-Verbot aufgehoben. Fast noch mehr als der Umstand, dass ich plötzlich von meiner Wohnungstür hinüber nach Westberlin hinüber spazieren konnte, fast noch mehr überraschte mich diese Wendung der Geschichte. Wenn das möglich war – nämlich, dass Nelson Mandela freikommt –, dann war wirklich alles möglich. Und genauso war es ja dann auch.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass es tatsächlich etwas gebracht hat. Luis Corvalan kam frei und wurde 93 Jahre alt. Angela Davis lebt bis heute als Autorin und Bürgerrechtsaktivistin. Und Nelson Mandela bekam 1993 sogar den Friedensnobelpreis verliehen. Dass Linke sich zu allen Zeiten um ihre Vordenker*innen, Vorkämpfer*innen kümmerten und sich mit ihnen öffentlich solidarisierten, ist so geblieben. Auf ganz wundervolle Weise ist mir das noch einmal bewusst geworden, als es um meinen Kollegen Deniz Yücel ging. Der Journalist war 2017 von der Erdoğan-Regierung in Untersuchungshaft genommen worden wegen seiner Berichterstattung, die von einem verunsicherten Regime als „Terrorpropaganda“ diffamiert wurde.

In all den Monaten der Haft ließ die Solidarität für den *Welt*-Journalisten nicht nach. Auch wenn wir, seine Kolleginnen und Kollegen, kaum etwas von ihm hörten – wir blieben dran. Es gab Lesungen und Partys und Autokorsos, es gab sogar – wie seinerzeit für die Helden meiner DDR-Kindheit – eine Briefaktion. Daran, an die Postkarten für Nelson Mandela und all die anderen, die nicht vergessen werden durften, musste ich denken, als Deniz Yücel im Februar 2018 aus dem türkischen Gefängnis Silivri freikam. Beim Anblick dieses Fotos, wie er überwältigt vor Glück seine Frau Dilek Mayatürk umarmt, einen Strauß Petersilie in der Hand – an diesem 16. Februar 2018 schoss mir plötzlich wieder dieser alte Slogan durch den Kopf. „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“ Und ich spürte stark wie lange nicht mehr, was genau damit tatsächlich gemeint ist.

Anja Maier, geboren 1965, ist Parlamentsredakteurin der taz. Sie wuchs in Ostberlin auf, lernte Schriftsetzerin, studierte Werbeökonomie und kam 1990 zur Tageszeitung taz. Sie ist Autorin mehrerer Bücher und Koautorin einiger Anthologien.

S.114: 1987 verabschiedete die Nelson-Mandela-Oberschule in Ilmenau einen Appell für die Freilassung von Nelson Mandela, dessen Namen sie trägt. Fotograf: Helmut Schaar, Quelle: Bundesarchiv Bild 183-1987-0805-026

„Bücherbasar auf dem Alexanderplatz“

Über die Solidaritätsarbeit der Journalist*innen

Interview mit Jürgen Leskien

Es gab den Bücherbasar auf dem Alexanderplatz, den Soli-Basar. Dort saßen wir mit unseren Büchern, haben sie signiert und aus dem Verkauf floss ein Teil des Geldes in den Solidaritätsfonds des Verbandes. Wir haben auch Projekte direkt finanziert, zum Beispiel im ANC-Camp in Dakawa, Tansania, das ist aus den Solidaritätsmitteln des Schriftstellerverbands mitfinanziert worden.

Jürgen Leskien ist Dramaturg und Autor zahlreicher Bücher über das südliche Afrika.

„... mit dieser Präsenz“

Über den Solidaritätsbasar auf dem Alexanderplatz

Interview mit Karin Singh

Es gab viele Solidaritätsaktionen zur Zeit der DDR. Jedes Jahr im Sommer war der Journalistenbasar auf dem Alexanderplatz – ein Highlight, nicht nur für Berlin. Die Leute kamen aus der Umgebung, Freunde kamen aus Dresden, von überall her. Es ging um die Solidarität, aber man bekam auch ein Stückchen von der anderen Welt mit. Man konnte Sachen käuflich erwerben und das Geld floss in die Solidaritätskasse. Also, abgesehen von den Beiträgen, die jede*r DDR-Bürger*in für den FDGB gezahlt hat, zusammen mit den Solidaritätsmarken. Es kamen Schriftsteller*innen, die Autogramme gegeben haben, Bücher wurden verkauft. Da war wirklich etwas los.

Auf dem Solidaritätsbasar auf dem Alexanderplatz gab es viele Stände. Da waren unter anderem auch die Befreiungsorganisationen vom südlichen Afrika vertreten, nicht nur der ANC, auch die SWAPO usw. Schriftsteller*innen hatten ihre Stände, Organisationen, Parteien – alle waren vertreten und haben dazu beigetragen, dass man seine Solidarität beweisen konnte mit diesem Auftritt, mit dieser Präsenz.

123

Karin Singh ist Übersetzerin und lebt in Berlin. Von 1981 bis zu seinem Tod am 11. Februar 2014 war Karin mit Eric Singh verheiratet. Von seinen 26 Jahren im Exil verbrachte er viele Jahre in der DDR.

RASSIST
VORSTER RAUS
aus der BRD

DEUT
M
DEUTS
WAFF

D
RE
E



Sand ins Getriebe gestreut

Boykottaktionen der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung

Rahmenbedingungen

Mit der Gründung der Blockfreienbewegung 1955 und der Welle der Entkolonialisierung in Afrika in den 1960er-Jahren wurde die politische Dominanz der westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zurückgedrängt. Aufgrund veränderter Stimmenverhältnisse konnte nun auch die UNO offensiver gegen jenen Staat vorgehen, der als einziger weltweit Rassismus gesetzlich verankert hatte und der dennoch von seinen westlichen Verbündeten massiv unterstützt wurde. Erstmals rief die UN-Vollversammlung 1962 zu Sanktionen gegen Südafrika auf. Auf Parallelen zum NS-Regime wies die UN-Vollversammlung 1973 in einer Konvention hin, die Apartheid als „Verbrechen gegen die Menschheit“ verurteilte. Und schließlich verhängte der UN-Sicherheitsrat im November 1977 sogar ein bindendes Rüstungsembargo gegen den Apartheid-Staat.

Als in den 1980er-Jahren der Widerstand gegen die Apartheid, aber auch die Repression in Südafrika stark zunahm und sich gleichzeitig der Ost-West-Konflikt abschwächte, wuchs die internationale Sanktionsbewegung auch jenseits der UNO und des Ostblocks an. Ihr schlossen sich immer mehr westliche Regierungen, Unternehmen, Banken, Kirchen, Künstler*innen, Sportler*innen und Gewerkschaften an. Eine beispiellose internationale Protestwelle trug dazu bei, dass 1994 erstmals demokratische Wahlen in Südafrika stattfanden.

Es war aufregend für uns in der Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik und West-Berlin (AAB), Teil dieser weltweiten Bewegung zu sein. Auch für mich persönlich war es bis hin zu der Erfahrung, die Wahl 1994 als internationale Wahlbeobachterin zu begleiten, beglückend und bereichernd, an diesem historischen Erfolg mitgewirkt zu haben.

Entstanden war die AAB 1974 auf Initiative von Pfarrer*innen und kirchlichen Mitarbeiter*innen, die in Südafrika und Namibia Alltagserfahrungen mit Rassismus gemacht hatten. Schon bald schlossen sich ihr internationalistisch geprägte ehemalige Aktivist*innen der 68er-Bewegung an. Als Teil der Außerparlamentarischen Opposition (APO) war die AAB jedoch politisch breiter als das linke Spektrum, das generell mit der APO assoziiert wird. Unsere Mitglieder waren kirchlich, humanistisch, liberal, feministisch, gewerkschaftlich, sozialdemokratisch, sozialistisch und kommunistisch geprägt. Bei aller Vielfalt der politischen Strömungen – alle Mitglieder der AAB waren sich einig in dem Ziel, dass die bundesdeutsche Unterstützung für die Apartheid beendet werden müsse. Die Auffassung, dass es dazu notwendig sei, auch die Verhältnisse im eigenen Land zu ändern, zeichnete die AAB im Vergleich zu anderen entwicklungspolitischen Organisationen besonders aus.

Verlässliche Stütze der Apartheid – die Bundesrepublik

Einige Industriestaaten, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, hielten Pretoria bis zuletzt die Stange und sperrten sich gegen Wirtschaftssanktionen. Wie konnte das sein? Welche Gründe gab es hierfür?

126 Nach einer Phase freundschaftlicher Beziehungen der CDU-geführten Regierungen Adenauer und Erhard zum Apartheid-Regime¹ wurde die Südafrika-Politik ab Ende der 1960er-Jahre neu ausgerichtet. Unter dem sozialdemokratischen Außenminister und späteren Bundeskanzler Willy Brandt begann eine Ära verbaler Kritik der Apartheid-Politik bei fortgesetzter wirtschaftlicher Verflechtung. Diese, so wurde behauptet, bedeute keine Unterstützung der Apartheid bzw. könne gar politischen Wandel („Wandel durch Handel“) bewirken.² Diese Position kennzeichnete die bundesdeutsche Südafrika-Politik bis zu den Wahlen 1994. Sie verschleierte, dass ausländische Unternehmen nicht nur Nutznießer, sondern auch aktive Unterstützer des Apartheid-Systems waren. Denn sie profitierten nicht nur von extrem niedrigen Löhnen schwarzer Arbeiter*innen und von der Repression schwarzer Gewerkschaften, sondern ließen sich auch in strategische Konzepte zur Verteidigung und Absicherung des Apartheid-Systems einbinden.³

1 Verheugen, Günter: Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap, Köln 1986, S. 72.

2 Ebd., S. 74f.

3 Sjollem, Baldwin: Isolating Apartheid. Western collaboration with South Africa: policy decisions by the World Council of Churches and church responses, hrsg. vom Programme to Combat Racism, World Council of Churches, Genf 1982, S. 17f.

Darüber hinaus scheute die Bundesregierung auch vor einer expliziten Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika nicht zurück: So konnten die annähernd 7.000 im Handel mit Südafrika tätigen bundesdeutschen Firmen⁴ auf Garantien der im Auftrag der Bundesregierung handelnden Hermes Kreditversicherung zurückgreifen. Rund 400 bundesdeutsche Unternehmen, die 1984 in Südafrika tätig waren, durften die Vorzüge des Abkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung genießen, das die Bundesregierung mit Südafrika 1975 rückwirkend für die Zeit ab 1965 abgeschlossen hatte.⁵ Für ihre Investitionen, die sich 1984 samt Re-Investitionen auf ein Volumen von etwa zwölf Milliarden DM beliefen, erhielten Firmen staatliche Auslandsinvestitionskredite.

Bundesdeutsche Großbanken wie Dresdner Bank, Deutsche Bank und Commerzbank waren seit Mitte der 1970er-Jahre führend im Südafrika-Geschäft tätig. Im internationalen Vergleich war bundesdeutsches Kapital der weltweit wichtigste Finanzier der Apartheid.⁶ Und als einziges Land der Welt hielt die Bundesrepublik an einem Kulturabkommen mit dem Apartheid-Regime fest, das wissenschaftliche und militärische Kontakte förderte und deutsche Schulen in Südafrika und Namibia finanzierte.

Ein besonders düsteres Kapitel der bundesdeutschen Kollaboration mit Apartheid-Südafrika ist die illegale militärisch-nukleare Zusammenarbeit, die durch zahlreiche Dokumente – allen voran ANC- und AAB-Veröffentlichungen – belegt ist.⁷ Dass Südafrika eine Atombombenkapazität entwickeln konnte, ist wesentlich auf die bundesdeutsche Unterstützung bei der Urananreicherung zurückzuführen. Das in der staatlichen Gesellschaft für Kernforschung entwickelte Trenndüsenverfahren wurde unter Federführung der staatlich kontrollierten Firma Steag an Südafrika weitergegeben. An solchen Lieferungen beteiligt waren Firmen wie Siemens, Gutehoffnungshütte und Varian MAT. Als Staatspräsident de Klerk 1993

⁴ Verheugen: Apartheid, S. 90.

⁵ Ebd., S. 12.

⁶ Morgenrath, Birgit/Wellmer, Gottfried: Deutsches Kapital am Kap. Kollaboration mit dem Apartheidregime, Hamburg 2003, S. 114, 148.

⁷ African National Congress: Nukleare Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Südafrika, Lusaka/Bonn 1975; African National Congress: Militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika wird fortgesetzt, Lusaka/Bonn 1977; Anti-Apartheid-Bewegung: Erwidern. Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland-Südafrika, Bonn 1979.

bekannt gab, dass Südafrika über sechs Atombomben verfüge, behauptete er, diese seien nach einem eigenen Verfahren entwickelt worden. Tatsächlich handelte es sich bei dieser Technologie jedoch um eine Variante des bundesdeutschen Trenndüsenverfahrens.⁸ Der Vernichtung der Atombomben stimmte das Apartheid-Regime mit Blick auf eine zukünftige ANC-geführte Regierung zu.

Auch auf konventionell-militärischem Gebiet war die Bundesrepublik im Südafrika-Geschäft stark engagiert. Zu den Rüstungsexporten gehörten zum Beispiel: Tausende mit Militärkomponenten wie Dachschießluken und Sturmgewehrhalterungen versehene Unimog-Lastwagen der Firma Daimler-Benz an die südafrikanische Armee und Polizei;⁹ eine Munitionsabfüllanlage der Firma Rheinmetall, in der 155-Millimeter-Granaten hergestellt wurden;¹⁰ Militärhubschrauber der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm an die südafrikanische Polizei¹¹ und U-Boot-Blaupausen und Baukomponenten der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG und des Ingenieurkontors Lübeck.¹²

Welche Interessen verfolgten bundesdeutsche Regierungen und Unternehmen bei der atomaren Aufrüstung des Apartheid-Staats? Neben dem Wunsch, im internationalen Wettstreit von Anbietern strategisch relevanter Urananreicherungstechnologie mitzuhalten, dürfte für die Bundesregierung auch der Zugang zu angereichertem Uran ohne Auflagen des Atomwaffensperrvertrags und ohne Einmischung der USA eine Rolle gespielt haben.¹³ Das Risiko, dabei aufzufliegen, war gering, denn als Nicht-Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags sicherte Südafrika seinen Verbündeten Verschwiegenheit zu. Ohnehin konnte sich der Apartheid-Staat als selbsternannte Bastion einer antikommunistisch verstandenen Freiheit der Sympathie seiner westlichen Verbündeten bis zum Ende der Blockkonfrontation 1989/90 sicher sein.

Günter Verheugen, ehemaliger FDP-Generalsekretär und Südafrika-Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in den 1980er-Jahren, kam 1986

⁸ Moore, J.D.L.: *South Africa and Nuclear Collaboration. South Africa's Nuclear Capabilities and Intentions in the Context of Non-Proliferation Policies*, New York City 1987, S. 88.

⁹ Medico international: *Apartheid-Opfer vs. Daimler*, 2010, unter: <https://bit.ly/2MM5l9x>, S. 3.

¹⁰ Ebd., S. 3f.

¹¹ AAB: *Erwiderung*, S. 27.

¹² Van Vuuren, Hennie: *Apartheid Guns and Money. A tale of profit*, Auckland Park 2017, S. 416–419.

¹³ Moore: *South Africa and Nuclear Collaboration*, S. 89.



Am 11 und 12. November 1978 fand in Bonn der „Kongress gegen die atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika“ statt. Organisiert wurde dieser Kongress von der AAB zusammen mit zwölf weiteren bundesdeutschen Organisationen. Etwa 500 Personen, darunter Vertreter*innen der UNO und der Organisation of African Unity (OAU), nahmen an dem Kongress teil. Das Foto zeigt ein Panel des Kongresses mit dem Kongress-Banner im Hintergrund. Auf dem Podium waren unter anderem vertreten: Cox Sikumba/United National Independence Party of Zambia, Frene Ginwala/ANC, Hashim I. Mbitha/OAU Liberation Committee, Gopi Nath Davadi/UN Special Committee Against Apartheid, Erika Runge/Präsidentin des Kongresses.

angesichts der engen Kollaboration mit dem Apartheid-Regime und der bundesdeutschen Blockaden gegen Sanktionen zu dem Schluss: „Weltweit bildet die Bundesrepublik das Schlusslicht in den Bemühungen zur Überwindung der Apartheid.“¹⁴ Dem ist nichts hinzuzufügen.

AAB-Bündnispartner*innen im Inland

In der AAB bekämpften wir die bundesdeutsche Kollaboration mit dem Apartheid-Staat mit zahlreichen Boykottkampagnen, angefangen vom Früchteboykott, über die Kampagne gegen die militärische Zusammenarbeit, den Bankenboykott, unsere Proteste gegen Daimler, eine Kampagne gegen das Kulturabkommen und gegen Sportkontakte bis hin zu Aktionen gegen ein U-Boot-Geschäft Ende der 1980er-Jahre. Aufgrund dieser Ausrichtung blies uns insbesondere in den 1970er-Jahren ein steifer Wind ins Gesicht, stieß doch Kritik an der Südafrika-Politik der Wirtschaft und der sozial-liberalen Regierung – der ersten nach dem Zweiten Weltkrieg – in weiten Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis, ja Ablehnung. Da die sozial-liberale Koalitionsregierung in den 1970er-Jahren und ihr nahestehende Kräfte in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Medien eine bundesdeutsche Kollaboration mit dem Apartheid-Regime meist abstritten und Boykottaktionen ablehnten, war die bündnispolitische Herausforderung für die AAB in jener Zeit komplex und mühsam, umso mehr als im Zuge der Berufsverbotepolitik Kritik an der herrschenden Politik schnell mit kommunistischer Unterwanderung und Umsturzgefahr gleichgesetzt und sanktioniert wurde.

Auch die AAB war Zielscheibe solcher Politik, etwa wenn Forschungsminister Matthöfer sie dafür kritisierte, mit dem ANC zusammenzuarbeiten, dessen 1975 erschienene Atom-Publikation er als „kommunistische Verleumdung“ diskreditierte.¹⁵ Dennoch gelang es uns in jener Zeit immer wieder, mit einzelnen Bundestagsabgeordneten und den Jugendorganisationen der Regierungsparteien SPD und FDP zusammenzuarbeiten. Nach und nach erklärten sich auch einige gewerkschaftliche Repräsentanten, etwa aus der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherun-

¹⁴ Verheugen, Günter: Zusammenfassung. Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap, Zusatzdokument anlässlich der Buchvorstellung der Publikation: Verheugen, Günter: Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap, Köln, II.9.1986.

¹⁵ Zit. nach: Bacia, Jürgen/Leidig, Dorothée: Kauft keine Früchte aus Südafrika. Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt a.M. 2008, S. 64.

gen, dazu bereit, als Redner auf AAB-Demonstrationen aufzutreten. Die breite Ablehnungsfront gegen Sanktionen begann in der Bundesrepublik erst zu bröckeln, als die SPD ihre Südafrika-Politik Mitte der 1980er-Jahre revidierte und Sanktionen forderte, wenngleich dies ohne größere praktische Folgen blieb.

Die Rüstungsboykottaktionen der AAB

Die im In- und Ausland am meisten beachtete und spektakulärste AAB-Kampagne richtete sich gegen die illegale militärisch-nukleare Aufrüstung des Apartheid-Regimes durch die Bundesrepublik. Sie umfasste akribische Recherchen, eine intensive Informationsarbeit und Mobilisierung der bundesdeutschen und internationalen Öffentlichkeit sowie juristische Maßnahmen.

Ein kleines Team von AAB-Mitgliedern, allen voran unser Militärexperte Wolff Geisler, recherchierte schwer zugängliche Fakten mit Hartnäckigkeit, Fantasie und Unerschrockenheit. So wurden etwa unter Angabe falscher Namen und Funktionen Vertreter von Firmen und Institutionen kontaktiert, um diesen Einzelheiten von Militärgeschäften zu entlocken. Zudem ergab sich nach dem Umzug der südafrikanischen Botschaft von Köln nach Bonn 1975 der Glücksfall, dass dem ANC Geheimakten über die atomare Kollaboration bundesdeutscher Regierungs- und Wirtschaftsvertreter mit Südafrika zugespielt wurden. Fortan arbeiteten wir mit dem ANC bei der Veröffentlichung der Dokumente, der weiteren Recherche und internationalen Mobilisierung auf diesem Gebiet eng zusammen. Hingegen blieb der Einfluss der zweiten international anerkannten Befreiungsbewegung, Pan Africanist Congress (PAC), in der AAB begrenzt, obwohl anfangs ein PAC-Mitglied im Vorstand vertreten war.

Im Rückblick hat die AAB – eine Organisation, die zu Spitzenzeiten nicht mehr als 1.400 Mitglieder hatte und nur über ein schmales Budget verfügte – mit der Rüstungsboykottkampagne beachtliche politische Erfolge erzielt. Dies dokumentieren zahlreiche Publikationen und Presseberichte, Resolutionen und Embargobeschlüsse von Organisationen im In- und Ausland, Konferenzen und Veranstaltungen, Auftritte auf Aktionärsversammlungen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Mahnwachen. Strafanzeigen der AAB gegen Rüstungsexportfirmen wurden jedoch – abgesehen von Rheinmetall – allesamt abgewiesen. In keinem Fall gelang es uns, Militärlieferungen nach Südafrika zu stoppen. Dies bremste uns jedoch keineswegs, es nicht weiter zu versuchen und mit der Enthüllung

brisanter Fakten fortzufahren. Denn wir sahen darin einen notwendigen Beitrag unserer Anti-Rassismus-Arbeit. Anfeindungen von Regierungsvertretern, etwa von Staatsminister von Dohnanyi, der die Vorwürfe der AAB als „böartige und unbegründete Verleumdung“ bezeichnete,¹⁶ überzeugten uns eher davon, dass wir ins Schwarze getroffen hatten, als dass wir uns geschwächt sahen. Schließlich hatten wir die Erfahrung gemacht, dass wir mit scharfer offizieller Kritik an unseren Enthüllungen in der internationalen Öffentlichkeit eher Neugier an den Fakten wecken konnten. Eine solche Motivation prägte das Engagement unserer Mitglieder und Sympathisant*innen in bundesweit rund 60 lokalen Gruppen. Nachdem bekannt geworden war, dass im Oktober 1974 der ranghöchste bundesdeutsche Vertreter bei der Nato, Generalleutnant Günther Rall, unter dem Decknamen „Ball“ und wohl mit Wissen von Verteidigungsminister Leber die südafrikanische Urananreicherungsanlage Pelindaba besucht hatte, musste er von seinem Posten in Brüssel zurücktreten.¹⁷ Der Fall sorgte im In- und Ausland für Schlagzeilen.

Ein AAB-Mitglied machte sich die enorme Mühe, in seiner Freizeit nachts und an Wochenenden unsere Pressemitteilungen ins Englische zu übertragen und an einen großen internationalen Verteiler zu verschicken. Die beiden ANC-Publikationen von 1975 und 1977 sowie englischsprachige Pressemitteilungen der AAB führten zu zahlreichen namentlichen Verurteilungen der Bundesrepublik in internationalen Gremien, zum Beispiel durch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) auf ihren Gipfeltreffen 1976 auf Mauritius und 1977 in Gabun, durch das UN-Sonderkomitee gegen Apartheid 1978 in New York und die Blockfreienbewegung 1979 auf ihrem Gipfeltreffen in Havanna. Öffentlichkeitsarbeit sowie der internationale Aufschrei der Empörung über das Massaker an südafrikanischen Schüler*innen 1976 in Soweto trugen dazu bei, dass der UN-Sicherheitsrat im September 1977 ein bindendes Rüstungsembargo gegen Südafrika verhängte.

In einem Klima offizieller Dementis, hitziger Debatten und großer Medienberichte im In- und Ausland organisierte die AAB mit zwölf weiteren

¹⁶ Zit. nach: ebd., S. 73.

¹⁷ Ebd., S. 67. Der damalige südafrikanische Botschafter in Bonn gab mehrfach an, General Rall habe mit Wissen des Verteidigungsministers Leber die südafrikanische Urananreicherungsanlage besucht. Erst nach Abstreiten des Ministers zog der Botschafter diese Angaben später als „Missverständnis“ zurück (siehe African National Congress: Militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika wird fortgesetzt, Lusaka/Bonn 1977, S. 7f.).



Gegen die Feier zum südafrikanischen Republik-Tag am 1. Juni 1981 in Bonn organisierte die AAB eine Protestaktion, mit der sie an die Hinrichtung des Freiheitskämpfers Solomon Mahlangu erinnerte und ein Ende der bundesdeutschen Kollaboration mit dem Apartheid-Regime forderte. Der polizeilichen Aufforderung, ihr Plakat wegen „Beleidigung“ eines fremden Staates abzunehmen, kam die AAB-Geschäftsführerin Ingeborg Wick nicht nach, woraufhin es zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen sie kam. Das Plakat wurde ihr entrissen, sie wurde über die Straße geschleift und in ein Polizeiauto gezerrt. In einem gerichtlichen Verfahren wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ kam es schließlich zu einem Vergleich, in dem Ingeborg Wick einer Zahlung von 300 DM aufgrund einer „Ordnungswidrigkeit“ zustimmte.

Organisationen im November 1978 in Bonn einen hochrangig besetzten Kongress gegen die atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika. An ihm nahmen 500 Personen teil, unter ihnen 50 ausländische Gäste. Vertreter*innen der UNO, der OAE, des Weltkirchenrats, von Befreiungsbewegungen und afrikanischen Regierungen, von Anti-Apartheid-Bewegungen und der Presse verurteilten die nukleare Kollaboration mit Pretoria. Um die Vorwürfe zu widerlegen, hatte das Bundespresse- und Informationsamt wenige Tage zuvor die Broschüre „Zur Sache. Widerlegung der Vorwürfe einer angeblichen nuklearen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika“ veröffentlicht. Da die Widerlegung brüchig war, legten wir nach und veröffentlichten im Dezember 1979 die Publikation „Erwiderung. Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland–Südafrika“, die wir in deutscher und englischer Sprache an Interessierte im In- und Ausland verschickten. Auch juristisch gingen wir gegen die militärisch-nukleare Kollaboration vor. Im März 1979 reichten wir beim Verwaltungsgericht Köln eine Widerufsklage gegen die Bundesregierung ein. In ihrer Broschüre „Zur Sache“ hatte diese behauptet, die AAB beschuldige „wider besseres Wissen“ die Bundesregierung der nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika und führe deshalb eine Verleumdungskampagne gegen sie.¹⁸ Nun begann eine juristische Auseinandersetzung, die durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht ging und sich über acht Jahre hinzog. Mit den Fakten setzte sich jedoch keines der Gerichte auseinander.

Das Kölner Verwaltungsgericht wies im August 1981 die AAB-Klage ab und argumentierte, der Vorwurf der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit sei ein „Werturteil und keine Tatsachenbehauptung“ – und angesichts eines solchen Werturteils bedürfe es keiner Aufklärung der „der Wertung zugrunde liegenden Tatsachenbehauptungen“.¹⁹ Über ihren Rechtsanwalt, den SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik, legte die AAB Berufung ein, sodass sich das Oberverwaltungsgericht Münster mit dem Fall beschäftigen musste. Auch dieses Gericht wies die Klage im Oktober 1982 als unbegründet ab. Es führte aus, bei der Aus-

¹⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Zur Sache. Widerlegung der Vorwürfe einer angeblichen nuklearen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika, Bonn 1978, S. 13.

¹⁹ Anti-Apartheid-Bewegung: Pressemitteilung vom 5.II.1981, in: archiv für alternatives schrifttum in NRW, AAB.265/II/F., S. 1.

einandersetzung handele es sich um einen „politischen Meinungsstreit“, bei dem die Bundesregierung das Recht auf einen „Gegenschlag“ habe.²⁰ Nachdem eine Revision und eine Nichtbefassungsbeschwerde der AAB vor dem Bundesverwaltungsgericht keinen Erfolg hatten, riefen wir das Bundesverfassungsgericht an. Doch auch dieses Gericht lehnte die Beschwerde ab, da sie „keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat“ – erneut war der zugrunde liegende Sachverhalt nicht geprüft worden; in ihrer Pressemitteilung vom 30. Oktober 1987 stellte die AAB empört fest, dass die Prüfungsverweigerung einer erdrückenden Beweislast „die bundesdeutsche Justiz in ein apartheidfreundliches Licht“ stelle.²¹ Trotz der juristischen Niederlage werteten wir diese Auseinandersetzung als politischen Erfolg. Von Instanz zu Instanz hatten wir die Gerichtsentscheidungen zu Stellungnahmen genutzt, die wir mit aktuellen Rechercheergebnissen angereichert und im In- und Ausland breit gestreut hatten. Auch mehr als zwei Dutzend Strafanzeigen wegen illegaler Rüstungsexporte, die die AAB gegen bundesdeutsche Firmen wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Siemens und Blohm + Voss erstattete, wurden – mit einer Ausnahme – nicht weiter verfolgt. Meist hatten die Staatsanwaltschaften nicht selbst ermittelt oder sogar Stellungnahmen der Firmen als Beweis für ihre Unschuld akzeptiert.²² Im Fall Rheinmetall jedoch ermittelte die bundesdeutsche Justiz, eröffnete ein Gerichtsverfahren und verurteilte Verantwortliche. 1983 klagte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf vier Manager von Rheinmetall an, vorsätzlich und ungenehmigt Kriegswaffen auf Umwegen über Paraguay nach Südafrika exportiert und dabei das UN-Rüstungsembargo von 1977 verletzt zu haben.²³ Schließlich wurden die Angeklagten im Mai 1986 zu Gefängnisstrafen zwischen 15 Monaten und zwei Jahren verurteilt – allerdings nur auf Bewährung.²⁴ Ein solcher Erfolg war unseren Strafanträgen gegen die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG im Jahr 1986 und gegen die Politiker Martin Bange-

20 Anti-Apartheid-Bewegung: Pressemitteilung vom 22.2.1983, in: archiv für alternatives schrifttum in NRW, AAB.265/II/F., S. 2.

21 Anti-Apartheid-Bewegung: Pressemitteilung vom 30.10.1987, in: archiv für alternatives schrifttum in NRW, AAB.265/II/F., S. 1.

22 Bacia/Leidig: Kauft keine Früchte, S. 79–86.

23 Staatsanwaltschaft Düsseldorf: Anklageschrift gegen vier Manager von Rheinmetall, 1.8.1983, in: archiv für alternatives schrifttum in NRW, AAB.279/A., S. 1f.

24 Landgericht Düsseldorf: Urteil gegen vier Manager von Rheinmetall, 27.5.1986, in: archiv für alternatives schrifttum in NRW, AAB.279/A.

mann und Gerhard Stoltenberg 1987 wegen des U-Boot-Geschäfts mit Südafrika jedoch nicht beschieden.²⁵ Auch der zu diesem Fall eingerichtete Bundestags-Untersuchungsausschuss endete im Jahr 1990 nahezu ohne Ergebnis, nachdem die Regierungsparteien und die Bundesregierung die Aufklärungsarbeit nach Kräften behindert hatten. Allerdings ging die Regierungsstrategie nicht vollständig auf: Eine Resolution der UN-Vollversammlung vom 21. November 1989 kritisierte die beteiligten Firmen und forderte die Bundesrepublik zur Ahndung der Vorgänge auf.

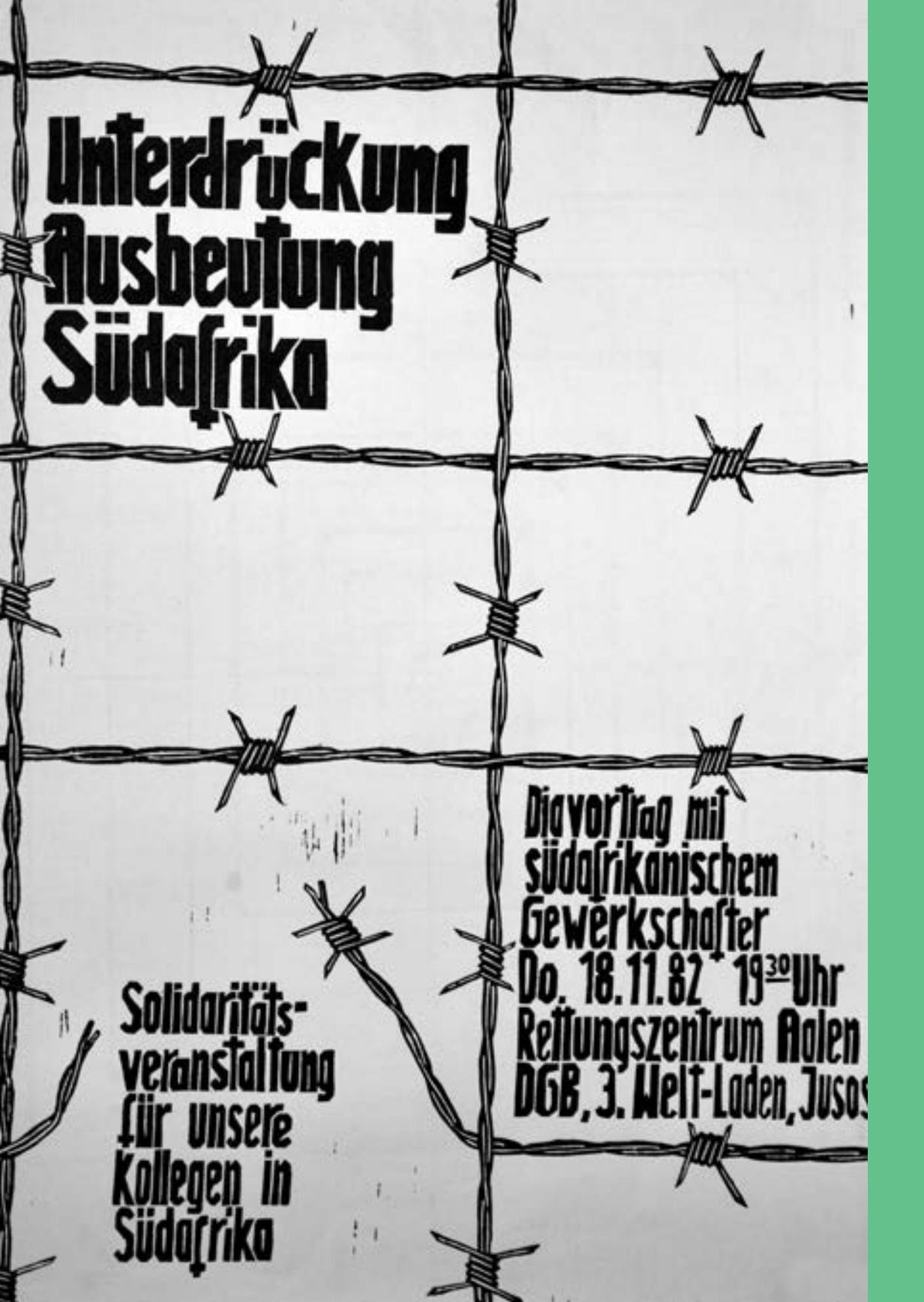
Bilanz und Perspektiven

Mit dem Ende des gesetzlich verankerten Rassismus in Südafrika war 1994 das Hauptziel der AAB erreicht. Zusammen mit unseren Verbündeten feierten wir einen großen historischen Erfolg, hatten doch auch wir zur Abschaffung dieses weltweit einzigartigen Unrechtssystems beigetragen. Gleichzeitig war uns bewusst, dass das schwere Erbe der Apartheid noch auf lange Zeit spürbar sein würde. Nach 1994 fassten die AAB-Mitglieder deshalb den Beschluss, die Arbeit unter neuen Vorzeichen fortzusetzen. So wollten wir in Zukunft dafür eintreten, dass Verantwortliche für die langjährige bundesdeutsche Kollaboration mit dem Apartheid-Staat zur Rechenschaft gezogen würden. Die 2001 gegründete Koordination Südliches Afrika, in der die AAB aufging und der sich zahlreiche weitere Organisationen anschlossen, setzte sich für eine Entschädigung der Apartheid-Opfer und für eine Streichung illegitimer Schulden aus der Apartheid-Zeit ein.

Solidarität für diese Ziele ist ungleich schwerer zu organisieren, ist doch das Alleinstellungsmerkmal der Anti-Apartheid-Arbeit obsolet und das neoliberale Wirtschaftsprojekt weltweit verankert. Sand muss also in ein neues Getriebe gestreut werden.

Ingeborg Wick studierte Romanistik, Anglistik und Volkswirtschaftslehre in Bonn und Heidelberg. Von 1974 bis 1990 war sie Geschäftsführerin der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung. Am SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene arbeitete sie in den Jahren 1991 bis 2011 als Wissenschaftlerin zu Themen wie „Frauen und Globalisierung“, „Frauenarbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie“, „Informelle und prekäre Beschäftigung“, „Globale Unternehmensverantwortung“ und „Frauenarbeit im Reinigungsgewerbe“. Auch im Ruhestand ist sie weiterhin zu SÜDWIND-Themen und zu Fragen des südlichen Afrika sowie der Arbeitswelten in China und Deutschland politisch aktiv.

S.124: Im Juni 1976, wenige Tage nach dem Massaker der südafrikanischen Polizei an Hunderten Schüler*innen in Soweto, stattete der südafrikanische Premierminister Vorster der Bundesrepublik einen Besuch ab, bei dem er von Bundeskanzler Schmidt empfangen wurde. Das Foto zeigt eine Anti-Apartheid-Demo in Bonn mit dem Plakat „Vorster raus aus der BRD“. Fotograf: Eric Singh, Quelle: Privatbesitz Ingeborg Wick – AAB.



Unterdrückung Ausbeutung Südafrika

**Solidaritäts-
veranstaltung
für unsere
Kollegen in
Südafrika**

**Diavortrag mit
südafrikanischem
Gewerkschafter
Do. 18.11.82 19³⁰Uhr
Rettungszentrum Aalen
DGB, 3. Welt-Laden, Jusos**

„Wir haben auch etwas gelernt“

Gewerkschaftliche Solidarität mit Südafrika

Südafrika-Solidarität hat bei vielen den Blick auf das Eigene verändert. Nicht nur, weil man „so tolle Menschen trifft“, wie es eine Betriebsrätin aus Kassel ausdrückte,¹ die so viel mehr Mut aufbringen mussten für gewerkschaftliche Arbeit als man selbst. Nicht nur, weil es dort stärker an die Existenz ging oder weil Erfolge gegen einen härteren Gegner mehr bedeuteten. Sondern auch, weil im Südafrika der Apartheid Demokratie zu den Zielen gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen gehörte, nicht zu ihren scheinbar selbstverständlichen Voraussetzungen.

139

Schwierige Bündnisse

Gewerkschaften in Südafrika haben gegen Hungerlöhne und schlechte Arbeitsbedingungen gekämpft und auch für gleiche politische Rechte. Das gilt jedenfalls für die, die mehrheitlich schwarze Arbeiterinnen und Arbeiter organisierten. Ihre Mitglieder lebten ja in den nach vier „Rassen“ getrennten Wohngebieten für Weiße, sogenannte Farbige, Inder oder Schwarze. Wenn diese in Homelands lagen, waren sie staatlicher Repression noch stärker ausgesetzt als im „weißen“ Gebiet. Gewerkschaften haben mit ihrer Handlungs- und Verhandlungsmacht, auch mit landesweiten Streiks das Wahlrecht für alle mit erstritten. Und sie haben zur Etablierung demokratischer Prozesse, mit denen die Mehrheit bis vor 25 Jahren keinerlei Erfahrungen hatte, einen erheblichen Beitrag geleistet. Mandat und Mitgliederbindung, „workers control“, wurden bei ihnen schon eingeübt. Viele Aktive gingen 1994 in die Politik.

¹ Thomsen, Sigrid: „Man trifft so tolle Menschen“, in: Worin unsere Stärke besteht. Weltweite Kooperation in Zeiten der Globalisierung, hrsg. vom DGB-Bildungswerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Düsseldorf 2006, S. 38f.

Das war für die Gewerkschaften ein Verlust, für die Demokratie ein Gewinn. Von der Überzeugung her waren die meisten der unter Apartheid oppositionellen unabhängigen Gewerkschaften „nicht-rassistisch“; sie standen auch weißen Mitgliedern offen. Weil die Mehrheit ihrer Mitglieder aber nicht weiß war, heißen sie im Folgenden der Einfachheit halber „schwarze Gewerkschaften“. Auf sie waren die internationalen Gewerkschaften zunächst nicht vorbereitet. Wem ihre Solidarität galt, hing von der Mitgliedschaft in den internationalen Gewerkschaftsverbänden ab, und zwar in den westlichen: Wer dem mit dem Ostblock verbundenen Weltgewerkschaftsbund angehörte, kam nicht infrage.

Daraus entstanden im Südafrika der Apartheid schwierige Bündnisse. Dort hatte die Rassentrennung ja auch auf die Gewerkschaften übergegriffen: Bis zum Ende der 1960er-Jahre repräsentierten die in den internationalen Verbänden vertretenen Gewerkschaften vor allem Weiße. Gewerkschaften Schwarzer waren zwar nicht ausdrücklich verboten, konnten sich aber nach dem Verbot der politischen Befreiungsorganisationen 1960 auch nicht betätigen. Diejenigen, die sich als Industrie-
gewerkschaften organisierten, neigten dazu, sich staatlich registrieren zu lassen, wie es eine neue Gesetzgebung ab 1979/80 vorsah; damit hatten sie Zugang zu Tarifverhandlungen. Sie bauten zunächst auf Fabrikebene Stärke auf. Das galt zum Beispiel für die damals in der Metall- und Automobilindustrie tätigen Gewerkschaften Metal and Allied Workers Union (MAWU) und National Automobile and Allied Workers Union (NAAWU), die sich 1987 mit zwei weiteren Gewerkschaften zur National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) zusammengeschlossen haben. Die allgemeinen Gewerkschaften dagegen – wie die General Workers Union (GWU) oder die South African Allied Workers Union (SAAWU) – organisierten mehrheitlich Wanderarbeiter mit kurzfristigen Verträgen. Sie stellten sich von vornherein politisch gegen das System und machten keinen Unterschied zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf. Einige von ihnen schlossen sich der 1983 gegründeten und der Kongressbewegung (und damit auch dem verbotenen ANC) nahestehenden United Democratic Front (UDF) an.

Unter dem Ausnahmezustand ab Juli 1985, der alle oppositionellen Organisationen gleichermaßen traf, schlossen sich auch die Gewerkschaften stärker zusammen. Ende 1985 gründeten beide „Fraktionen“ der neuen unabhängigen Gewerkschaften gemeinsam den Congress of South African Trade Unions (COSATU) und versöhnten damit die eher gewerkschaftliche mit der eher politischen Orientierung. Damit hatten sowohl

der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG, heute: Internationaler Gewerkschaftsbund) als auch der Deutsche Gewerkschaftsbund einen neuen Partner, der schwarze Arbeiterinnen und Arbeiter in Südafrika wirklich repräsentierte.

Die internationalen Gewerkschaftsverbände haben sich in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre auf die veränderten Verhältnisse eingestellt und auch die politischen Forderungen aus Südafrika übernommen. Der IBFG hatte sich Ende der 1960er-Jahre vom südafrikanischen Dachverband Trade Union Council of South Africa (TUCSA) getrennt, nachdem dieser seine schwarzen Mitglieder zum wiederholten Mal ausgeschlossen hatte. Im April 1985 sprach sich der IBFG in einer Erklärung des Vorstands für die Ausweitung des Waffenembargos, die Aufhebung von Investitionsgarantien und die Verhinderung von Neuinvestitionen in Südafrika aus. Auch die Internationale Graphische Föderation, zu der die IG Druck und Papier gehörte, schloss die südafrikanische Druckergewerkschaft aus, weil sie ihre Mitglieder nach Rassen unterteilte und danach die Stimmrechte abstufte.

Der Weltkongress des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB, heute Teil von IndustriAll) stellte in seiner EntschlieÙung vom Juni 1985 fest, dass „der Ausschluss zweier rassistischer Gewerkschaften aus dem IMB die Organisation bei Weitem nicht geschwächt hat, sondern vielmehr die Belegung des südafrikanischen IMB-Ausschusses und den Beitritt dreier zusätzlicher Gewerkschaften zur Folge hatte“. Auch er schloss sich der internationalen Forderung nach Sanktionen gegen den Apartheid-Staat an: „Alle Formen von Druckausübung einschließlich wirtschaftlicher Art, wie Rückzug von Investitionen aus Gesellschaften, die sich weigern, Gewerkschaftsrechte anzuerkennen, oder sich dem Abbau der Apartheid entziehen, müssen aktiv unterstützt werden im Rahmen der von den unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika gesteckten Ziele.“²

Politische Aktionen

BegrüÙt wurden solche Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftsverbände in der Bundesrepublik von Gewerkschaften, die sich politisch bereits gegen Apartheid engagierten und dabei frei waren von unmittelbaren Bindungen in Südafrika. Die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport

² Internationaler Metallgewerkschaftsbund: EntschlieÙungen des 26. IMB-Kongresses, Tokio, 9.-14.6.1985, Genf 1985.

und Verkehr (ÖTV), beide später Gründungsmitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, verlangten 1985 mit einer Postkartenaktion an Südafrikas Staatspräsidenten die Beendigung der Apartheid. Ihre Vorstandsmitglieder sprachen sich für Sanktionen aus. An der Basis demonstrierte der Arbeitskreis „Gewerkschafter gegen Apartheid“ jedes Jahr mit Mahnwachen für den Ausschluss Südafrikas von der Internationalen Tourismusbörse in Berlin. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), heute Teil der IG Bauen-Agrar-Umwelt, verabschiedete 1985 eine Resolution für den Stopp aller Investitionen und den Boykott südafrikanischer Waren.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sammelte Spenden für die Familien verfolgter Gewerkschaftsmitglieder und unterstützte den Aufruf zum Warenboykott der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL). Burchard Bösche, damals Vorstandssekretär der NGG: „Zu unserem Organisationsbereich gehörten die Nahrungsmittelindustrie, aber auch die Gastronomie und die Hausangestellten. Geld musste bar transportiert und übergeben werden, damit der Staat es nicht mitbekam. Wir haben die Kolleginnen und Kollegen persönlich aufgesucht, manchmal in den Townships, und wurden dabei auch mal von Sicherheitspolizisten festgehalten. Die hielten uns für Journalisten. Wem man trauen konnte, war unter den Bedingungen in Südafrika schwer zu ergründen.“³

142

Wo es Unternehmen mit Tochterfirmen in Südafrika gab, taten sich die Gewerkschaften mit der Sanktionsforderung schwerer; sie hätte ja letztlich den Rückzug von Investitionen und möglicherweise Arbeitsplatzverluste bedeutet. Stattdessen engagierten sich deutsche Gewerkschaftsmitglieder direkt für ihre Kolleginnen und Kollegen in Südafrika. In der Chemieindustrie gab es schon 1982 eine Anfrage der südafrikanischen Chemical Workers Industrial Union an die damalige IG Chemie und ihren internationalen Dachverband: Der Waschmittelhersteller Henkel hatte während eines Arbeitskonflikts in Durban über die Anerkennung der schwarzen Gewerkschaft 230 Beschäftigte entlassen und die Arbeitszeit auf 45 Stunden pro Woche erhöht. Die südafrikanischen Gewerkschaften riefen zum Boykott der Henkel-Produkte auf, um den Streik zu unterstützen. Das Motto der Kampagne nahm einen Werbeslogan für Waschmittel auf: „Schlagt den weißen Riesen.“ Nachdem die Gewerkschaften das

³ Burchard Bösche im Interview mit Sigrid Thomsen am 5.3.2019.

Foto-Ausstellung:

ARBEITER IN SÜDAFRIKA



Eure Spende unterstützt den Kampf gegen Rassismus und Apartheid!

ANC (African National Congress) · Postfach 19 61 40 · D-5300 Bonn · Postgrosamt Köln 3 128 13-509

international aufgegriffen hatten, gab es in Durban eine Einigung. Die Entlassenen wurden wieder eingestellt.⁴

Direkte Beziehungen

In der Automobilindustrie knüpften die Beschäftigten der großen Konzerne mit südafrikanischen Töchtern eigene Beziehungen vor Ort. „Wir wollten uns mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beschäftigen, die gleiche Produkte herstellten wie wir“, erinnert sich Stephan Krull, der am Volkswagen-Standort Wolfsburg 1982 den Arbeitskreis Intersoli der IG Metall mitbegründet hat. „Über deren Standorte wurde im Konzernbetriebsrat ja mitentschieden.“

Seminare wurden organisiert, oft in Zusammenarbeit mit kirchlichen Tagungsstätten. In Hermannsburg, Bad Boll oder Mannheim trafen sich Kolleginnen und Kollegen von Volkswagen, Daimler Benz und BMW am Wochenende und informierten sich über die Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Apartheid-Regime. Kirchliche Einrichtungen mit guten Kontakten halfen beim Organisieren von Reisen, öffneten Türen vor Ort. „Während des Ausnahmezustands haben wir Geld mitgenommen für verfolgte Gewerkschaftsmitglieder und für die Bildungsarbeit“, erzählt Krull. „Aber es ging uns auch um die Bildung in Deutschland. Wir haben bei Betriebsversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen über Südafrika informiert und das Management zum Eingreifen aufgefordert, wenn unsere Kollegen zum Beispiel Probleme mit der Sicherheitspolizei bekamen. Das war wirksam.“⁵

Wirksam war nach Überzeugung der IG Metall auch ein Verhaltenskodex mit 14 Regeln für deutsche Unternehmen mit Tochterunternehmen in Südafrika. Franz Steinkühler, vor 30 Jahren Vorsitzender der IG Metall, folgte mit dieser Initiative der Überzeugung, dass „konstruktives Engagement“ in Südafrika mehr zum Wandel beitragen würde als der Abzug von Investitionen. In Absprache mit den südafrikanischen Gewerkschaften legten die 14 Punkte im Einzelnen fest, welche Mindeststandards gelten sollten: Die Unternehmen sollten weder die Notstandsgesetze noch die Apartheid selbst ausnutzen, Gewerkschaften und Vertrauensleuten Zugang gewähren, das Streikrecht und den Einsatz von Streikposten auf dem Be-

⁴ Schwarze Arbeiter trotzen dem „Weißen Riesen“, in: Gewerkschaftspost 6/1982, Zeitung der IG Chemie Papier Keramik, in: ötv/AG Entwicklungspolitik – Internationale Gewerkschaftsarbeit, Berlin April 1983, S. 13.

⁵ Stephan Krull im Interview mit Sigrid Thomsen am 27.3.2019.

triebsgelände anerkennen, Firmenwohnungen nicht willkürlich kündigen und über die Einhaltung des Kodex einmal im Jahr berichten.⁶

„Die IG Metall wollte erreichen, dass Arbeiter in Südafrika die gleichen Rechte haben wie ihre deutschen Kollegen“, sagte Franz Steinkühler anlässlich des 30. Jahrestags der Festschreibung von Mindeststandards im Oktober 2018 in einem Interview. „Die deutschen Firmen äußerten sich zunächst sehr zurückhaltend. Nach und nach konnten wir sie aber überzeugen, die Mindeststandards zu akzeptieren.“ BMW und Mercedes hätten als Erste unterschrieben. Dabei sei zuvor die Entlassung von 3.000 Beschäftigten während eines Lohnstreiks im Mercedes-Werk in East London durch die Presse gegangen. „Erst durch den Druck der IG Metall und des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes wurden sie wieder eingestellt“, so Steinkühler.⁷ Einen „Mosaikstein im Kampf gegen die Apartheid“ nennt Mathemba Mcoteli, Betriebsratsvorsitzender bei VW in Südafrika, das I4-Punkte-Programm in einem weiteren Interview mit der IG Metall, „weil es Unternehmen auf fairere Spielregeln festlegte. Ganze Belegschaften in Deutschland wurden aktiv und setzten sich für Kollegen in Südafrika ein, die wegen Streikbeteiligung im Gefängnis saßen oder ihren Job verloren hatten.“⁸

Direkte Beziehungen zu den Gewerkschaften im Bergbau unterhielt in den 1980er-Jahren auch die IG Bergbau und Energie, heute Teil der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. „Auslöser war ein Besuch von Cyril Ramaphosa, heute Südafrikas Präsident, Anfang der 80er-Jahre in Köln“, erinnert sich Manfred Warda, der bis 2007 für die internationalen Beziehungen der deutschen Gewerkschaft verantwortlich und bis 2012 Generalsekretär der Internationalen Föderation der Chemie- und Bergbaugewerkschaften ICEM war. „Er hatte 1982 begonnen, schwarze Bergarbeiter zu organisieren.“ Die National Union of Mineworkers (NUM), binnen Kurzem auf 100.000 Mitglieder gewachsen, wurde 1984 in den

⁶ Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen, in: Kittner, Michael/Körner-Dammann, Marita/Schunk, Albert: Arbeit unter dem Apartheid-Regime: Praktische Probleme und rechtliche Rahmenbedingungen der Arbeitsbeziehungen in Südafrika, Frankfurt a.M. 1988, S. 175–185.

⁷ „Es musste etwas geschehen“, Franz Steinkühler im Interview mit Martina Helmerich, veröffentlicht im Extranet der IG Metall am 16.10.2018, unter: <https://bit.ly/2MNEdwd>.

⁸ „Durch die internationale Solidarität eng verbunden“, Mathemba Mcoteli im Interview mit Martina Helmerich, Extranet der IG-Metall am 18.11.2018, unter: <https://bit.ly/2PwKOZv>.

Internationalen Bergarbeiterverband aufgenommen. „Wir wollten uns am Kampf gegen Apartheid beteiligen, zu dem die NUM im Land einen wichtigen Beitrag leistete“, erklärt Warda. „Wir haben Geld gegeben, bei Streiks zum Beispiel, aber auch für die Ausbildung von betrieblichen Vertrauensleuten. Ramaphosa wollte eine breite Basis von Funktionären aufbauen, damit die Organisation nicht zu sehr von Führungspersonen abhinge. Er hat dabei immer klar gemacht: Wir akzeptieren eure Hilfe mit dem Ziel, irgendwann auch selbst finanziell unabhängig zu sein.“

Unterstützung und Sachverstand stellte die IG Bergbau insbesondere nach tödlichen Unfällen in den katastrophal unsicheren Minen Südafrikas zur Verfügung. Zu einem Importverbot für südafrikanische Kohle rief die Gewerkschaft nicht direkt auf, auch wenn sie die Boykottforderung der Anti-Apartheid-Bewegung grundsätzlich unterstützte, so Warda: „Wir haben im Rahmen unserer Kampagne ‚Solidarität gegen Apartheid‘ deutlich gemacht, dass mit der Einfuhr der Kohle aus Südafrika brutale Arbeitsbedingungen und eine Vernachlässigung aller Gebote der Arbeitssicherheit akzeptiert werden. Doch im Rahmen unseres Kampfes für die in Deutschland geförderte Kohle wollten wir den Eindruck vermeiden, so auf billige Weise internationale Konkurrenz ausschalten zu wollen.“⁹

146

Weltweite Initiativen

Konkurrenz, zum Beispiel um Standorte, wird heute nicht nur in Gewerkschaftsverbänden, sondern auch von Betriebsräten auf internationaler Ebene verhandelt. Beim Volkswagen-Konzern gibt es seit 21 Jahren einen Weltbetriebsrat, in dem auch Südafrika vertreten ist. Was dort besprochen wird, ist weniger öffentlich, als es die Themen der Intersoli-Gruppe einst waren – allerdings meist wohl auch weniger skandalträchtig als Apartheid. Südafrikas Gewerkschaften gehören in den internationalen Verbänden selbst zu denen, die Schwächere unterstützen. Was sie vor 30 Jahren von den deutschen Konzernen verlangten, ist heute Teil weltweiter Initiativen zur Unternehmensverantwortung. Die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, die Anerkennung der Vereinigungsfreiheit und annehmbare Arbeitsbedingungen in der gesamten Wertschöpfungskette bestimmen mit über das Ansehen weltweit tätiger Unternehmen. Internationale Rahmenvereinbarungen über faires Verhalten in der gesamten Lieferkette hat die globale Gewerkschaft

⁹ Manfred Warda im Interview mit Sigrid Thomsen am 13.3.2019.

IndustriAll bereits mit zahlreichen multinationalen Konzernen vereinbart. Was darin steht, ähnelt den 14 Punkten der IG Metall von einst.

Die bilaterale gewerkschaftliche Solidarität mit Südafrika wurde nach 1994 breiter angelegt und häufig auf soziale Projekte in den Townships ausgedehnt. Für die IG Metall hat Christiane Benner noch als Jugendsekretärin in den 1990er-Jahren Reisen nach Südafrika organisiert: „Wir haben ein Jugendzentrum in einem Township aufgebaut und die Anhörungen der Kommission für Wahrheit und Versöhnung verfolgt“, erzählt die Zweite Vorsitzende der IG Metall. „Junge Menschen für Geschichte und Politik zu begeistern macht Sinn. Gerade im Zusammenhang mit Rassismus geht es ja auch um unsere eigene Geschichte.“¹⁰

Als einseitige Hilfe, sagt Manfred Warda, werde Solidarität heute nicht mehr gebraucht. Eigentlich war sie auch nie so. „Wir haben ja auch was gelernt“, erinnert sich Stephan Krull, „zum Beispiel über Demokratie in den Gewerkschaften selbst.“

Sigrid Thomsen hat als freie Journalistin seit 1983 über Gewerkschaften in Südafrika geschrieben. Von 1997 bis 2002 hat sie das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung für das südliche Afrika in Johannesburg geleitet. Seit 2002 gehört sie einer Bürogemeinschaft von Freischaffenden in Hamburg an. Sie arbeitet für Gewerkschaftszeitungen und unterrichtet im Auftrag der Deutschen Welle Akademie Journalistinnen und Journalisten in Kenia.

147

S.138: Privatbesitz Udo Achten

¹⁰ Christiane Benner im Kurz-Interview mit Sigrid Thomsen am 2.4.2019.



African National Congress 1912 — 1987

The African National Congress, formed in 1912, embodies the aspirations of the South African people in their fight for freedom. The ANC is a people's organisation, and the 75 years of its existence have been characterised by sustained mass resistance despite intense repression. On the occasion of its 75th anniversary, the ANC appeals to peace- and freedom-loving people throughout the world to join with them in their struggle for liberation. The defeat of apartheid tyranny will be a victory against racism wherever it is found.

ANC, PO Box 31791, Lusaka, Zambia



Karitatives Engagement vs. politische Verantwortung

Die evangelische Kirche der DDR und die Entwicklungsländer

Bei aller Monopolisierung der Politik gegenüber den Entwicklungsländern als „antiimperialistische Solidarität“ durch staatsoffizielle Stellen bemühte sich die evangelische Kirche der DDR um eigenständige Akzente in diesem Politikfeld. Mit dem Hilfswerk „Brot für die Welt“ und dem Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie existierten eigene für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern zuständige Einrichtungen.

„Brot für die Welt“ wurde 1957 im Zuge der Etablierung des Politikfeldes Entwicklungspolitik noch zonenübergreifend gegründet. Nach dem Mauerbau entstand eine von den ostdeutschen Landeskirchen getragene DDR-Sektion des Hilfswerkes. Der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie wurde 1970 ein Jahr nach der Formierung des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) der DDR ins Leben gerufen. Dessen oberstes Gremium, die Konferenz der Kirchenleitungen, ernannte seine Mitglieder. Geschäftsführer war ab 1988 der Leipziger Theologe und Pfarrer Giselher Hickel. Als weitere wortführende Persönlichkeiten sind Elisabeth Adler, von 1967 bis 1988 Leiterin der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, ihr späterer Nachfolger Walther Bindemann und

Wolf-Dieter Graewe, Assistent für tropischen Gartenbau an der Humboldt-Universität zu Berlin, zu nennen.¹

Der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie und „Brot für die Welt“ der DDR unterhielten eigenständige Kontakte zu entwicklungspolitisch relevanten Einrichtungen im Ausland. Trotz der mit dem Mauerbau faktischen und ab 1969 mit der Gründung des BEK auch organisatorisch vollzogenen Trennung von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) rissen die Kontakte zur Schwesterkirche im Westen nie ab. Dies zeigte sich nicht zuletzt in der finanziellen Unterstützung des ostdeutschen BEK durch die westdeutsche EKD. Der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie pflegte regelmäßigen Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) sowie dem beigeordneten Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der EKD der Bundesrepublik. Kontakte gab es auch zwischen der Ost- und der Westsektion von „Brot für die Welt“.²

Intensive internationale Beziehungen bestanden zudem zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Der ÖRK war nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden und sollte ähnlich den Vereinten Nationen im weltlichen Bereich weltweit als Instrument des Friedens und der Partnerschaft zwischen den christlichen Kirchen dienen. Vor allem der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie war für die Pflege dieser Kontakte zuständig. Im ÖRK waren neben den Kirchen Ost- und Westeuropas auch die der Entwicklungsländer vertreten. So konnte dieser Facharbeitskreis Kontakte zu Institutionen in den Entwicklungsländern wie etwa dem Centro Ecumenico

-
- 1 Graewe, Wolf-Dieter: Vom konziliaren Prozess zum DDR-Entwicklungshilfeministerium. Schritte der demokratischen Institutionalisierung der DDR-Auslandshilfe, in: Weiter, Matthias (Hrsg.): Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik, Berlin 2000, S. 13f.; Interview mit Wolf-Dieter Graewe, 3.7.2004; weiterführend zu Brot für die Welt: Kemnitzer, Konstanze Evangelia: Der ferne Nächste. Zum Selbstverständnis der Aktion „Brot für die Welt“, Stuttgart 2008; Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Deutschland/Arbeitsgemeinschaft Brot für die Welt (Hrsg.): Brot für die Welt: Fünf Jahrzehnte kirchliche Entwicklungszusammenarbeit. Wirkungen – Erfahrungen – Lernprozesse, Frankfurt a.M. 2008.
 - 2 Krusche, Günter: Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus des ÖRK und die evangelischen Kirchen in der DDR, in: Beziehungen zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und seinen osteuropäischen Mitgliedskirchen – Herausforderungen, Chancen, Defizite. Tagungsband zum 7. Berliner Staat-Kirche-Kolloquium 25.-27. Mai 1998, S. 114f.

Antonio Valdivieso in Nicaragua herstellen.³ Darüber hinaus existierten Beziehungen, die in die Zeit der Mission zurückreichen, so zu kirchlichen Einrichtungen in Indien und Tansania.⁴

Das praktische Engagement der evangelischen Kirche der DDR für die Entwicklungsländer bestand vor allem im Sammeln von Spenden, die zur Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an das Solidaritätskomitee weitergegeben wurden. Für die kirchlichen Spendenaufrufe war das Hilfswerk „Brot für die Welt“ zuständig. Die Durchführung eigenverantwortlicher Vorhaben, verbunden mit der Entsendung von Kirchenleuten, wurde von staatlicher Seite bis Mitte der 1980er-Jahre völlig unterbunden. Ab 1985 konnten vereinzelt kirchliche Projekte in Ländern, die auch für die staatsoffizielle Solidarität infrage kamen, verwirklicht werden.⁵

Zu nennen sind etwa die Unterstützung einer kirchlichen Ausbildungsstätte in Indien und ein Projekt der medizinischen Versorgung in Zusammenarbeit mit der Herrnhuter Brüdergemeine in Tansania.⁶ Der Gedanke, dass christliche Nächstenliebe die Linderung von Armut gebiete, war das

3 Althausen, Johannes: Kirchliche Beziehungen aus der DDR nach Afrika dargestellt an den Verbindungen der Berliner Mission zum südlichen Afrika, in: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona und Hans-Georg (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Münster/Hamburg 1993, S. 67, 75.

4 Zeller, Joachim: Das Deutsche Reich: Der Nachzügler, in: Aldrich, Robert (Hrsg.): Ein Platz an der Sonne. Die Geschichte der Kolonialreiche, Stuttgart 2008, S. 238–253; Roeber, Klaus: Kirchliche Beziehungen zwischen Indien und Deutschland und ihr Einfluss auf das Denken und Handeln der evangelischen Kirchen in der DDR, in: Heidrich, Joachim (Hrsg.): DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten, Hamburg 1998, S. 173; weiterführend zur protestantischen Missionsgeschichte: Müller, Karl/Ustorf, Werner (Hrsg.): Einleitung in die Missionsgeschichte. Tradition, Situation und Dynamik des Christentums, Stuttgart u.a. 1995; Flachsmeier, Horst R.: Geschichte der evangelischen Weltmission, Gießen 1963.

5 Althausen: Beziehungen, S. 72, 76; Schulze, Friederike: Das Naluyanda Integrated Project – ein Missions- und Solidaritätsprojekt, in: Heyden/Schleicher (Hrsg.): DDR, S. 209.

6 Roeber, Klaus: Kirchliche Beziehungen zwischen Indien und Deutschland und ihr Einfluss auf das Denken und Handeln der evangelischen Kirchen in der DDR, in: Heidrich, Joachim (Hrsg.): DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten, Hamburg 1998, S. 195; Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987, S. 222; Schulze: Project, S. 209; Jacob, Elfriede und Willibald: Lerngemeinschaft in Aktion. Was Christen aus der DDR in Indien lernen konnten, in: Heidrich (Hrsg.): Indien, S. 208–225.

Hauptmotiv all dieser Maßnahmen. Ursachen und Lösungsmöglichkeiten von Unterentwicklung wurden jedoch kaum diskutiert. Dieses rein karitative Engagement für die Entwicklungsländer war in weiten Teilen von Amtskirche und Kirchenvolk des BEK der DDR – ebenso wie der EKD der Bundesrepublik – noch in den 1980er-Jahren dominierend.⁷

Daneben institutionalisierte sich mit dem Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie beim BEK der DDR ab 1970 jedoch auch eine Strömung, die über die unmittelbare materielle Unterstützung der Entwicklungsländer hinaus für eine verstärkte Beschäftigung mit den Gründen von Unterentwicklung eintrat. Die Mitglieder des Facharbeitskreises benannten eine Mitschuld und Verantwortung der entwickelten Welt einschließlich ihrer Kirchengemeinschaften für die Armut der Entwicklungsländer. Sie riefen zu politischer Einmischung für gerechtere Weltwirtschaftsstrukturen und zu einer Selbstbescheidung zugunsten der wirtschaftlich schwachen Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika auf.⁸

Maßgeblich hierfür war die Rezeption der sogenannten Theologie der Befreiung. Diese entwickelte sich seit Anfang der 1960er-Jahre in christlichen Basisgemeinden ärmerer Bevölkerungsschichten vor allem Lateinamerikas und fand auch Entsprechungen in Afrika und Asien. Bekannte Vertreter sind beispielsweise der 1980 ermordete Erzbischof El Salvadors Oscar Romero und der nicaraguanische Priester Ernesto Cardenal. Die Theologie der Befreiung thematisierte eine Verantwortung der Kirchen der entwickelten Welt für die Situation der Entwicklungsländer: Deren missionarische Tätigkeit sei aufs Engste mit der Kolonisation und damit auch der Ausbeutung und Unterdrückung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verbunden. Von den Kirchen der Industrieländer wurde deshalb ein Bekenntnis zu dieser Schuld gefordert. Da Jesus auf der Seite der Armen und Schwachen stehe, sei es die Pflicht der Kirche, schon auf dieser Welt aktiv für benachteiligte Bevölkerungsteile einzutreten. Die Kirche müsse sich für eine Befreiung der Entwicklungsländer aus der

⁷ Fröhlich, Birgit: Gedanken zur Entwicklungszusammenarbeit der DDR mit Afrika, in: van der Heyden/Schleicher (Hrsg.): DDR, S. 149f.; Wolff, Gottfried: Kirchliche Hilfesendungen für Lesotho oder eine Odyssee durch die Instanzen, in: van der Heyden, Ulrich/Schleicher, Ilona und Hans-Georg (Hrsg.): Engagiert für Afrika. Die DDR und Afrika II, Münster/Hamburg 1994, S. 122–128.

⁸ Schulze: Project, S. 211f.; Vollmundig, Halbherzig und mit Restsüße (sic) – der 2%-Appell des Weltrates der Kirchen. Ein Jubiläumsbeitrag, in: INKOTA-Brief V–VI/1988, S. 15, INKOTA-Regionalstelle Dresden.

wirtschaftlichen Abhängigkeit der Industrieländer einsetzen.⁹ Damit war die Theologie der Befreiung eng mit dependenztheoretischen Argumentationsmustern verknüpft. Diese sind tendenziell dem links-sozialistischen Kontext zuzuordnen und benannten als Ursachen von Unterentwicklung die Kolonialgeschichte sowie die als ungerecht empfundenen Weltwirtschaftsstrukturen.¹⁰

Als wichtiges Symbol für die Übernahme politischer Verantwortung für die Entwicklungsländer galt dem Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie der 1968 vom ÖRK initiierte und 1983 mit mehr Nachdruck formulierte „Zwei-Prozent-Appell“. Dieser forderte die Kirchen dazu auf, einen festen Anteil von zwei Prozent ihres Haushaltes zugunsten der Verbesserung der Situation der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen, anstatt lediglich auf freiwilliger Basis Spenden zu sammeln. Auf Initiative des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie sprach sich auch die Konferenz der Kirchenleitungen des BEK für diesen Aufruf aus. Zu einer tatsächlichen Umsetzung in den Landeskirchen und Gemeinden kam es aber nur vereinzelt. Die evangelische Kirchenprovinz Sachsen, die auf Initiative eines Personenkreises um Propst Christoph Hinz seit 1983 dahingehende Bemühungen unternahm, stellte eher eine Ausnahme dar.¹¹

Ein weiteres Bekenntnis zur Verantwortung für die Dritte Welt sah der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie im „Anti-Rassismus-Programm“ des ÖRK. In diesem positionierten sich verschiedene kirchliche Initiativen gegen den Rassismus im südlichen Afrika. Brisanz erhielt das Programm

153

⁹ Bendel, Petra: Theologie der Befreiung, in: Nohlen, Dieter: (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 790f.; weiterführend zur Theologie der Befreiung: Goldstein, Horst (Hrsg.): Die Befreiungstheologie als Herausforderung. Anstöße – Anfragen – Anklagen der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung an Kirche und Gesellschaft hierzulande, 3. Aufl., Düsseldorf 1985; Buhl, Thomas (Hrsg.): Option für die Armen. Theologie der Befreiung und kirchliche Basisgemeinden in Lateinamerika, Leipzig 1990; Appl, Karl-Friedrich: Aus der Unterdrückung zu einem menschenwürdigen Leben. Der historische Unterbau der Theologie der Befreiung, 2. Aufl., München 1996.

¹⁰ Lachmann, Werner: Entwicklungspolitik, Bd. I: Grundlagen, München Wien 2004, S. 234–238; Boeckh, Andreas: Dependencia-Theorien, in: Nohlen (Hrsg.): Lexikon, S. 18f.; weiterführend zur Dependenztheorie: Prebisch, Raúl: Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, Berlin 1968; Frank, André Gunder: Lateinamerika: Entwicklung der Unterentwicklung, Berlin 1975; Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1987.

¹¹ Vollmundig, S. 16.

dadurch, dass es die Unterstützung von Organisationen wie dem ANC, die mit Waffengewalt gegen den Rassismus kämpften, einschloss. Die Konferenz der Kirchenleitungen folgte einer Empfehlung des Facharbeitskreises, als sie 1971 ihre Unterstützung erklärte und bis in die 1980er-Jahre hinein über „Brot für die Welt“ zu Sonderkollekten aufrief. In vielen Landeskirchen und Gemeinden blieb das „Anti-Rassismus-Programm“ des ÖRK freilich umstritten.¹²

Auch in der westdeutschen evangelischen Kirche gab es neben dem karitativen Ansatz von „Brot für die Welt“ institutionalisierte Kreise, die sich mit den strukturellen Ursachen von Unterentwicklung auseinandersetzten. In diesem Zusammenhang entstand außer der 1968 gegründeten AGKED 1978 der Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP).¹³ Insgesamt stand die westdeutsche EKD jedoch Strömungen wie der Theologie der Befreiung und der Dependenztheorie sowie insbesondere dem Kampf gegen Apartheid in Form der Unterstützung des ANC wesentlich distanzierter gegenüber als der ostdeutsche BEK. Konservative kirchliche Kreise witterten in diesen Denk- und Politikansätzen marxistisch-kommunistische Verschwörung.¹⁴ Anders als die Konferenz der Kirchenleitungen des BEK der DDR lehnten die Leitungsgremien der EKD der Bundesrepublik die Unterstützung auch bewaffneter Befreiungsbewegungen durch einen Sonderfonds des „Anti-Rassismus-Programms“ des ÖRK ab. Dessen Unterstützung durch den BEK führte zu ernststen Verstimmungen zwischen den evangelischen Kirchen Ost und West.¹⁵

Die evangelische Kirche der DDR stand links-sozialistischem Gedankengut weit näher als die evangelische Kirche der Bundesrepublik. Beide Teilkirchen waren von ihrem staatlichen Umfeld geprägt. Trotzdem existierte mit der evangelischen Kirche innerhalb der staatsoffiziellen Politik sowohl

12 Krusche: Programm, S. 104f.; Althausen: Beziehungen, S. 71; Schulze: Project, S. 210.

13 Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung, Wiesbaden 1998, S. 137f.

14 Löwy, Michael: Marxismus und Religion. Die Herausforderung der Theologie der Befreiung, Frankfurt a.M. 1990, S. 82; Kasper, Walter: Die Theologie der Befreiung aus europäischer Perspektive, in: Metz, Johann Baptist (Hrsg.): Die Theologie der Befreiung: Hoffnung oder Gefahr für die Kirche?, 2. Aufl., Düsseldorf 1988, S. 90; Goldstein, Horst: „Selig ihr Armen“. Theologie der Befreiung in Lateinamerika ... und in Europa?, Darmstadt 1989, S. 183f.

15 Spanger/Brock: Staaten, S. 221; Althausen: Beziehungen, S. 74; Krusche: Programm, S. 96.

gegenüber den Entwicklungsländern als auch nach innen ein offiziell geduldeter Freiraum. Der BEK hatte mit der Staats- und Parteiführung Ende der 1970er-Jahre zu einem Arrangement gefunden, das staatsstabilisierende Loyalität verlangte und im Gegenzug der kirchlichen Arbeit ein gewisses Maß an Freiheit zuerkannte. Die evangelische Kirche sollte sich auf geistlich-religiöse Belange beschränken, sich aus weltlich-politischen Angelegenheiten hingegen heraushalten.¹⁶ Gleichzeitig ging die evangelische Kirche jedoch selbst von einem „verbesserlichen Sozialismus“ aus und begriff sich als „Lerngemeinschaft“.¹⁷ Wenngleich manche Forscher*innen – allen voran Gerhard Besier – der evangelischen Kirche inakzeptable Staatsnähe unterstellen und ihre Entwicklung als einen „Weg in die Anpassung“ beschreiben,¹⁸ ist es deshalb sicher treffender, mit Detlef Pollack von einer „Gratwanderung zwischen Verweigerung und Anpassung“ zu sprechen.¹⁹

Anders als die katholische Kirche, die sich weitestgehend in politischer Abstinenz übte,²⁰ blieb die evangelische stets ein potenzieller Unruheherd. Zwar war sie einerseits darauf bedacht, die unter ihrem Dach stattfindende Arbeit in einem Rahmen zu halten, der die relativ friedliche Koexistenz mit staatlichen Stellen nicht zerstörte, andererseits war nur in ihrem Umfeld ein gewisses Maß an Meinungsvielfalt möglich. Die Entstehung nichtstaatlicher entwicklungspolitischer Initiativen – darunter

16 Dähn, Horst: Die Kirchen in der SBZ/DDR (1945–1989), in: Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 206.

17 Döring, Hans-Joachim: Entwicklungspolitik und Solidarität in der DDR, dargestellt an Beispielen der staatlichen Zusammenarbeit mit Mosambik und Äthiopien und der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit unabhängiger Gruppen, Berlin 2008, S. 41–49.

18 Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993.

19 Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft: Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart u.a. 1994, S. 259; vgl. auch Mau, Rudolf: Eingebunden in den Realsozialismus? Die evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen 1994, S. 174–186; Dähn, Horst: Der Weg der evangelischen Kirche in der DDR – Betrachtung einer schwierigen Gratwanderung, in: ders. (Hrsg.): Die Rolle der Kirchen in der DDR – eine erste Bilanz, München 1993, S. 7–20.

20 Haese, Ute: Katholische Kirche in der DDR. Geschichte einer politischen Abstinenz, Düsseldorf 1998, S. 232–246; Schäfer, Bernd: Staat und Katholische Kirche in der DDR, Köln u.a. 1998, S. 40–56.

INKOTA²¹ Berlin, die Initiativegruppe Hoffnung Nicaragua Leipzig oder der Arbeitskreis Entwicklungshilfe Dresden –, die der staatsoffiziellen „antiimperialistischen Solidarität“ durchaus kritisch gegenüberstanden, war nur hier möglich.²²

Maria Magdalena Verburg promovierte als Stipendiatin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Fach Zeitgeschichte zum Thema „Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90“. Ihre Dissertation wurde in der Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Instituts veröffentlicht. Weitere Publikationen erschienen unter anderem im Deutschland Archiv.

S.148: Archiv der Gossner Mission; Signatur: Gossner_GL_I576

21 Kürzel für Information Koordination Tagungen

22 Weiterführend zu den Dritte-Welt-Gruppen der DDR: Verburg, Maria Magdalena: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012, S. 41–94.



Teil einer weltweiten Solidaritäts- bewegung

Die evangelischen Kirchen in der DDR und der Befreiungskampf in Südafrika

1986 war ich als Mitarbeiterin der Gossner Mission in der DDR einige Monate in Sambia, um in Kooperation mit dem Christenrat von Sambia ein Dorfentwicklungsprojekt vorzubereiten. Zu meinen Aufgaben gehörten auch die Kontakte zum ANC-Hauptquartier in einer der Nebenstraßen im Zentrum Lusakas. Das Hauptquartier war gut bewacht von unauffällig herumstehenden jungen Männern, die aufpassten, dass keine Bomben mitgebracht wurden. Wenn ich mich ihnen als DDR-Bürgerin vorgestellt habe, konnte ich dennoch ohne weitere Kontrolle passieren.

*Eines Tages hörte ich eine weibliche Stimme aus einem der Gebäude heraus in schönstem Deutsch schimpfen: „So ein Sauhaufen ... So eine Schlampe ...“ Die weiteren Begriffe erspare ich mir. Neugierig ging ich zu der wütenden Frau, fragte nach dem Anlass ihres Zorns und stellte mich vor: DDR, Gossner Mission. Und schon waren wir im Gespräch über ihre Deutschkenntnisse, die Unpünktlichkeit ihrer ANC-Genoss*innen, ihr Studium und ihre Erfahrungen in der DDR. Die Gossner Mission kannte sie.*

Im Juli 1991 bin ich zum ersten Mal in Südafrika gewesen. Bert Seraje, Stipendiat der Gossner Mission, hatte die Kontakte organisiert, unter anderem konnte ich an einer ANC-Veranstaltung in Durban mit Allan Boesak und Chris Hani teilnehmen. Als ich vorgestellt wurde, fragte Chris Hani:

„What happened with your marvelous country?“ Und: Hat die Solidarität die DDR wirtschaftlich so sehr geschwächt, dass sie kollabiert ist? Ich war berührt, zugestimmt habe ich nicht.

Das „Anti-Rassismus-Programm“ in den evangelischen Kirchen der DDR

Der Anstoß für die Solidarisierung der evangelischen Kirchen in der DDR in den 1970er- und 1980er-Jahren mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika kam aus der Ökumene, durch das „Anti-Rassismus-Programm“ des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK).

In der Ökumene wurde seit ihren Anfängen im Jahr 1948 Rassismus als mit dem Evangelium nicht vereinbar angeprangert. Jede Vollversammlung des ÖRK hat seitdem Rassismus und rassistische Gewalt als Sünde gebrandmarkt und deren Überwindung gefordert. Die Vollversammlung 1968 in Uppsala beschloss schließlich ein „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ (Program to combat racism PCR, dt. Anti-Rassismus-Programm ARP), das 1969 in Canterbury und 1970 in Arnoldshain konkretisiert wurde und die Kirchen aufforderte, „über Wohltätigkeit, Zuwendungen und die üblichen Programme hinaus zu sachgerechtem und opferbereitem Handeln zu finden, um damit menschenwürdige und gerechte Beziehungen der Menschen untereinander zu schaffen und einen radikalen Neuaufbau der Gesellschaft voranzutreiben“.¹ Ein Sonderfonds in Höhe von 500.000 US-Dollar wurde eingerichtet, die Mittel sollten Organisationen zugutekommen, die gegen Rassismus und für wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit kämpfen.²

In zeitlicher Nähe zum Beginn des ARP, im Juni 1969, wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) gegründet und unabhängig von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen.

In der DDR ging ein erster Spendenaufruf von der Ökumenischen Jugendarbeit aus. Das Exekutivkomitee des Ökumenischen Jugendrates in Europa (EYCE) beschloss im Mai 1970 in Hirschluch (bei Storkow) einen „Ökumenischen Friedensfonds“ zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Angola und Mosambik, den der Ökumenische Jugenddienst (ÖJD) mit

¹ Zit. nach: Adler, Elisabeth: Ein erster Anfang, Bilanz der ersten 5 Jahre des Programms zur Bekämpfung des Rassismus, Berlin 1975, S. 137f. Dort findet sich auch eine Aufstellung der eingegangenen und verteilten Gelder.

² Vgl. ebd., S. 29ff., 141, 148ff.

seinem Leiter Wolf-Dietrich Gutsch sofort für die DDR umsetzte. Die ersten Gelder in Höhe von mehr als 3.000 Mark kamen von den Landesjugendtagen der Berlin-Brandenburgischen Kirche im Frühsommer 1970.³ Die „Information“ des ÖJD, ein monatlich in einer Auflage von 1.000 Exemplaren versandtes Arbeitsmaterial, lieferte Analysen und Situationsberichte. Im März 1971 fand ein gemeinsames Seminar von ÖJD und Evangelischer Studentengemeinde (ESG) statt. Teilnehmende waren Elisabeth Adler, Leiterin der evangelischen Akademie Berlin, Baldwin Sjollema, Leiter des PCR im Ökumenischen Rat der Kirchen, Heinz Schmidt, Leiter des Afroasiatischen Solidaritätskomitees (AASK) – dem späteren Solidaritätskomitee – sowie Vertreter*innen afrikanischer Befreiungsbewegungen und kirchliche Jugendmitarbeiter*innen. Gemeinsam betonten sie die politische Bedeutung des „Anti-Rassismus-Programms“ einschließlich des Sonderfonds. Bereits im Januar 1971 hatte Bischof Albrecht Schönherr, der Vorsitzende der Kirchenleitung des BEK, mitgeteilt, der Bund werde das ARP unterstützen.⁴ In einem Brief an den Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen, Eugene C. Blake, vom Januar des Jahres heißt es: „Die Formel [...] für die Vergabe dieser Gelder – zwar ohne Kontrolle, doch nicht für Gewaltanwendung – sollte in jedem Fall verbindlich sein, denn wir sind mit Uppsala [...] der Auffassung, dass der Versöhnung auf dem Verhandlungswege [...] auf der Grundlage der Gerechtigkeit, immer der Vorzug vor der gewaltsamen Aktion zu geben ist.“ Schönherr kündigte eine besondere Spendenaktion im Rahmen der Aktion „Brot für die Welt“ an. „Diese Spenden sollen für Projekte im Ausbildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen bestimmt sein. Um unseren Gemeinden zur Bewusstseins- und Urteilsbildung [...] zu helfen, beabsichtigen wir, Informations- und Studienprogramme durchzuführen.“⁵

Für die praktische Umsetzung des „Anti-Rassismus-Programms“ in der DDR war der Facharbeitskreis III für Ökumenische Diakonie innerhalb der Ökumenekommission des BEK zuständig.⁶ Multiplikatorenkonferenzen,

³ Vgl. Hickel, Giselher: Rezeption des PCR in den Kirchen der DDR, unveröffentl. Manuskript, Tagung des BMW vom 10.9. 2016.

⁴ Vgl. Krusche, Günter: „Alle Menschen sind frei und gleich“. Die Kirche an der Seite der Unterdrückten, Ökumenische Aktions- und Reflexionsprozesse der Kirchen in der DDR, Bd. 2, Rothenburg o.d.T. 1998, S. 99.

⁵ Zit. nach: ebd., S. 99f.

⁶ Mitglieder waren Vertreter*innen kirchlicher Werke und der Landeskirchen sowie Expert*innen.

Handreichungen und Gottesdienstmodelle bildeten die Basis für informiertes und bewusstes Spenden zugunsten des ARP. Die letzte von 18 Nummern der „Information zum ARP“ erschien 1990 mit der frohen Botschaft „Mandela ist frei“ und einem Grußwort der Bundessynode an den South African Church Council (SACC).⁷

In den Landes- und Freikirchen, im Ökumenisch-Missionarischen Zentrum/Berliner Mission, in der Leipziger Mission, bei Konferenzen und in vielen Gemeinden wurde intensiv und kontrovers über das „Anti-Rassismus-Programm“ diskutiert. Wichtige Themen waren dabei unter anderem die Rolle und die Ziele der Befreiungsbewegungen, der Unterschied zwischen struktureller, unterdrückender und befreiender Gewalt sowie die Verstrickung westdeutscher Industrie und Politik in das südafrikanische Apartheid-System.⁸

Ablehnung kam aus theologisch konservativen Kreisen, für die das ARP zu politisch war und theologische und politische Positionen „vermischte“. Befürchtungen wurden laut, das ARP setze anstatt auf Versöhnung auf Klassenkampf und sei „staatsnah“. Bis zum Ende der DDR wurde darüber gestritten, inwieweit die Probleme im eigenen Land angesichts der weltweiten Ungerechtigkeit kleingeredet oder übersehen werden. Auch der aus der Arbeiterbewegung kommende Begriff Solidarität⁹ war in manchen Kirchenkreisen suspekt. In der deutschen theologischen Tradition gehörten Nächstenliebe und Caritas als Hilfe für die Opfer zur ethischen Norm, Widerstand der Opfer und Befreiung aus ungerechten Verhältnissen galten als obsolet und marxistisch.¹⁰ Das „Anti-Rassismus-Programm“ als Menschenrechtsprogramm bildete für die, die das ARP mit Skepsis betrachteten, die Brücke zur in der DDR ungeliebten Diskussion über die individuellen Menschenrechte.¹¹

Da die Mark der DDR nicht konvertierbar war, mussten die Spenden in

7 Vgl. Hickel: Rezeption.

8 Zum Komplex politische und Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik bzw. der DDR und dem Befreiungskampf im südlichen Afrika vgl. Schleicher, Hans-Georg: „Wie hältst Du es mit Südafrika?“, in: Lessing, Hanns u.a. (Hrsg.): Umstrittene Beziehungen – Protestantismus zwischen dem südlichen Afrika und Deutschland von den 1930er Jahren bis in die Apartheidzeit, Wiesbaden 2015; dort auch weitere Artikel zum Thema.

9 Vgl. „Thesen zur Solidarität“, erarbeitet von der Multiplikatorkonferenz am 11./12.10.1971, in: Krusche: „Alle Menschen ...“, S. 104f.

10 Vgl. ebd., S. 43ff.

11 Vgl. die Interviews mit Adler und Schönherr in: ebd., S. 157ff. bzw. 191ff.

Waren umgesetzt und mithilfe des Solidaritätskomitees den Empfänger*innen zugeleitet werden. Manche Kirchenmitglieder misstrauten dem Solidaritätskomitee und befürchteten, dass Waffen gekauft würden, für andere stärkte die Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee ihr Selbstbewusstsein als mündige christliche Bürger*innen der DDR. Sie spendeten als bewusste Christ*innen für die internationale Solidarität, gelegentlich hat eine Gewerkschaftsgruppe ihren Soli-Beitrag über kirchliche Kanäle geleitet. In den ersten fünf Jahren kamen über 1,5 Millionen Mark zusammen. Von den ersten Spendengeldern für das ARP wurden Schulbücher der FRELIMO gedruckt.

Das „Anti-Rassismus-Programm“ war in vielerlei Hinsicht ein Augenöffner: Theologische Aussagen wurden neu auf ihre gesellschaftliche Relevanz hin beurteilt und interpretiert. Die Außen- und Wirtschaftspolitik der DDR fand daraufhin größere Zustimmung. Die eigene Lebensweise wurde im Zusammenhang weltweiter Gerechtigkeit reflektiert. Das ARP zeigte zudem die Spaltung innerhalb der Kirchen. Die rassistischen Regime im südlichen Afrika verstanden sich als christlich, Apartheid-Kirchen versuchten ihre Positionen biblisch zu legitimieren. Die EKD meinte, Rücksicht auf westdeutsche Unternehmen und Banken nehmen zu müssen, die Geschäfte mit dem Apartheid-System machten, und distanzierte sich in Teilen vom „Anti-Rassismus-Programm“. Dagegen wiederum ergriffen westdeutsche kirchliche Initiativen Partei für das ARP und forderten den Boykott von Daimler, Siemens und die Kündigung von Konten zum Beispiel des Evangelischen Kirchentages bei der Deutschen Bank.

163

Haltung und Arbeit der Gossner Mission in der DDR

Die Gossner Mission in der DDR erklärte im Herbst 1977 – nach der Ermordung Steve Bikos und erneuter verschärfter rassistischer Gesetzgebung in Südafrika – die Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika zu einem ihrer Arbeitsvorhaben: „Solidarisches Engagement [...] macht die Beschäftigung mit dem Konflikt in dem Geschehen im südlichen Afrika sowie eine parteiliche Stellungnahme erforderlich. Dazu wird eine Arbeitsgruppe Südliches Afrika gebildet.“¹² Als Teil der weltweiten Solidaritätsbewegung ging es der Gossner Mission darum, einerseits über die Geschichte und Aktualität weißer rassistischer Unterdrückung

¹² Hektografierte Vorlage für das Kuratorium, 15.12. 1977.

im südlichen Afrika und ihre internationale Verflechtung sowie andererseits über den Befreiungskampf und die Ziele der Befreiungsbewegungen zu informieren. Dies geschah durch Konferenzen, Arbeitsmaterialien und Gemeindebesuche.

Die Rolle von Theologie und Kirche im Befreiungskampf sollte reflektiert und eine solidarische Lebensweise als Christ*innen im Sozialismus eingeübt werden. Zudem wurde konkrete Hilfe organisiert und Geld gesammelt für Kinderschuhe für ein Flüchtlingscamp in Sambia, später wurden in Absprache mit dem Solidaritätskomitee unter anderem Lehrmaterial und Ausrüstungsgegenstände für das Salomon-Mahlango Freedom College des ANC (SOMAFCO) zur Verfügung gestellt.

Im Arbeitskreis „Solidaritätsdienst Südliches Afrika“ der Gossner Mission fanden sich Pfarrer*innen und Nichttheolog*innen zusammen, die meisten waren Multiplikator*innen in ihren Heimatgemeinden. In diesem Arbeitskreis erarbeiteten wir Informationsmaterial, stellten Diaserien zusammen und organisierten Ausstellungen. Das Material dafür kam vom ÖRK, vom ANC (News Briefings, die Zeitung *Sechaba*), vom Anti-Apartheid Movement (AAM) in London bzw. der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) der Bundesrepublik und anderen Anti-Rassismus-Initiativen. Das hektografierte Infoblatt „südafrika aktuell“, für das Mitglieder unseres Arbeitskreises englischsprachige Texte ins Deutsche übersetzt haben, informierte über die Situation in Südafrika und Namibia. Verlautbarungen des Südafrikanischen Kirchenrates oder des Instituts für Kontextuelle Theologie (Institute for Contextual Theology, ICT) wie das Kairos-Dokument vom September 1985 mit der Unterscheidung zwischen Staatstheologie, Kirchentheologie und prophetischer Theologie forderten uns immer wieder auf, unsere theologischen Ansätze in unserem Kontext und im Kontext weltweiter Ungerechtigkeit neu zu reflektieren.

Die Kontakte zum ANC, sowohl mit dem Hauptquartier in Sambia als auch in der DDR, waren für uns von großer Bedeutung. Gäste aus Südafrika, die über den ÖRK oder die EKD in der Bundesrepublik zu Besuch waren, kamen oft (verbotenerweise, deshalb ohne DDR-Stempel im Reisepass) nach Ostberlin und in die DDR und nutzten den Besuch auch für Kontakte zum hiesigen ANC-Büro. Nicht selten besuchten sie auch die Gossner Mission und berichteten von der Situation vor Ort.

Der ANC unterhielt seit 1978 offizielle Beziehungen zur DDR und war beim Solidaritätskomitee akkreditiert. Die Kontakte der Gossner Mission zu dessen Büro in Berlin wurden anfangs vom Solidaritätskomitee vermittelt, offizielle ANC-Vertreter*innen konnten so an den Solidaritätskonferenzen

der Gossner Mission, die seit 1982 jährlich in Berlin stattfanden, teilnehmen. Wichtige Zeugen für die Situation in Südafrika waren Pfarrer wie Reinhard Brückner und Gottfried Kraatz, die von westdeutschen Missionswerken nach Südafrika entsandt worden waren, dort Partei für ihre schwarzen Gemeindemitglieder ergriffen hatten, verhaftet und ausgewiesen worden waren.

Bei Wochenendtagungen, in Orts- oder Studentengemeinden (z.B. in Jena, Kapellendorf, Viernau, Suhl, Halle-Neustadt, Meuro, Eisenhüttenstadt, Berlin, Stralsund) oder im Haus Rehoboth der Gossner Mission trafen sich junge Südafrikaner*innen, die in der DDR studierten oder eine Ausbildung absolvierten, mit Freund*innen aus der DDR. Gemeinsam diskutierten wir über Gott und die Welt, Südafrika, die DDR, Rassismus und Sozialismus, kochten und tanzten.

Die christlichen Wurzeln des ANC und die klare Haltung des SACC sowie anderer christlicher Institutionen in Südafrika gegen das Apartheid-Regime einerseits und die das Regime tragenden rassistischen oder „neutralen“ Kirchen andererseits bestärkten die Solidarität der „Christen im Sozialismus“ mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika. Mit der Church Front des ANC – einer Abteilung, deren Aktionsfeld die Kirchen sowie deren Rolle im Befreiungskampf war – verabredete die Gossner Mission 1984 ein Stipendienprogramm. Ein Vertreter der Church Front sollte mit diesem Stipendium die Arbeit der Gossner Mission, das Alltagsleben einer Gemeinde und somit gelebte „Kirche im Sozialismus“ kennenlernen und die Solidaritätsarbeit der Gossner Mission unterstützen. Vom September 1985 bis zum Februar 1987 lebte Ben Molathe, Erzieher im ANC-Camp SOMAFKO, in der Martin-Niemöller-Gemeinde in Jena. Als ANC-Mitglied berichtete er in Gemeinden und Gruppen über den südafrikanischen Befreiungskampf. Sein Aufenthalt in der DDR war indes nicht frei von Enttäuschungen. Den Freiraum für offene Diskussionen in den Kirchen beurteilte er kritisch: Es könne nicht darum gehen, Kritik an der DDR in der Kirche abzuladen, sondern sie müsse in die Gesellschaft eingebracht werden. Bei der Auswertung seines Programms schlug der ANC vor, einem nächsten Stipendiaten ein volles Theologiestudium zu ermöglichen.

Der zweite Stipendiat, Bert Seraje, kam im Herbst 1988 gemeinsam mit anderen ANC-Studierenden in die DDR. Ich hatte ihn bereits bei einem meiner Aufenthalte in Lusaka (Sambia) kennengelernt. Er musste zunächst wie alle anderen einen Vorbereitungs- und Sprachkurs am Herder-Institut in Leipzig absolvieren, bevor er an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Theologiestudium beginnen konnte. Das Stipendium zahlte das

Solidaritätskomitee. Latente und offene Rassismus-Erfahrungen blieben ihm nicht erspart. Seine politische Heimat fand er bei anderen ANC-Studierenden und in der Anti-Apartheid-Initiative (AAI), die sich zur Wendezeit in der DDR gegründet hatte. Nach dem Ende der DDR 1990 und den Veränderungen in Südafrika und Namibia hat Bert das Theologiestudium aus Gewissensgründen aufgegeben und sich beruflich neu orientiert.

Die Solidaritätsarbeit der Gossner Mission ging nach dem Ende der DDR vorerst weiter, allerdings lag unser Schwerpunkt schon seit 1986 auf dem Aufbau eines kleinen Dorfentwicklungsprojekts in Sambia. Ich selbst bin seit 1986 für dieses Projekt immer wieder nach Sambia gereist. Dort hielt ich Kontakte zum ANC-Hauptquartier in Lusaka, dort habe ich auch Bert kennengelernt, noch bevor er Stipendiat bei uns wurde. Unsere Mitarbeiter*innen im Naluyanda Integrated Project hatten überdies Kontakte zur ANC-Farm im Norden Lusakas – einem Landwirtschafts- und Ausbildungsbetrieb des ANC in Sambia. Die Solidarität und die Unterstützung waren wechselseitig. So wurden mithilfe des ANC beispielsweise Werkzeuge und Arbeitsmaterialien für unser Projekt aus der DDR zollfrei nach Sambia eingeführt.

166 Nach der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 und dem Ende der Apartheid-Ära in Südafrika waren wir für unsere südafrikanischen Partner nicht mehr als „Kirche im Sozialismus“ interessant. Zudem mussten wir nach der Vereinigung der beiden Gossner Missionen in Ost und West 1992 die Prioritäten neu bestimmen. Eine Geberorganisation wollten und konnten wir nicht werden. Die letzten Spenden für Südafrika gingen nach dem Umtausch in DM an ein Gemeinschaftsprojekt in Johannesburg.

In Berlin hatte sich im Herbst 1989 als Pendant zur Westberliner AAB die AAI gegründet, der auch die Gossner Mission angehörte. Gemeinsam setzten wir uns als Anti-Apartheid-Koordination Berlin dafür ein, dass die Forderungen zur Beendigung der Apartheid in dem Strudel der politischen Veränderungen in Deutschland nicht untergingen. Mit Betroffenheit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass einer unserer Freunde von der Church Front des ANC, Michael Lapsley, im April 1990 durch eine Briefbombe so schwer verletzt wurde, dass er beide Hände und ein Auge verlor.¹³ Gemeinsam feiern konnten wir hingegen die Wahl Nelson Mandelas zum Präsidenten Südafrikas.

Kurz vor seiner Auflösung im September 1993 hat der Arbeitskreis „Soli-

13 Michael Lapsley gründete und leitete nach 1994 ein Traumazentrum in Kapstadt, das heute als Institute for Healing of Memories weltweit Versöhnungsarbeit leistet.

daritätsdienst Südliches Afrika“ sein Vermächtnis in einem Papier mit dem Titel „Unsere Mission im Sozialismus – unsere Mission im Kapitalismus“ formuliert: „Die große Vision einer gerechten Gesellschaft geben wir nicht auf. [...] Das Versagen des Sozialismus hat den Kapitalismus nicht besser gemacht. Im Gegenteil. Angesichts seiner Krise nimmt er Formen an, die wir aus der ‚Dritten Welt‘ zwar kannten, aber für Europa überholt hielten. Darüber hinaus ist deutlich, dass die Produktions- und Lebensweise des Nordens nicht globalisierbar ist. Deshalb müssen wir weiter nach alternativen Lebens- und Produktionsweisen suchen.“ ¹⁴

Friederike Schulze, Pfarrerin. Nach dem Theologiestudium an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena (1962 – 1967) ab 1969 Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Schülerpfarrerin (im Landesjugendpfarramt Potsdam), Gemeindepfarrerin (in Oranienburg) und von 1986 bis 1996 Mitarbeiterin der Gossner Mission für den Bereich „Solidaritätsdienste Südliches Afrika“. Nach 1996 Pfarrerin für Neubauarbeit (im Berliner Süden) und Beauftragte für die Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Seit 2004 im Ruhestand.

S.158: Pfarrer Ekkard Schülzgen, von 1979-1986 Leiter der Gossner Mission, begrüßt auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld Ben Molathe, Mitarbeiter des ANC, zu seinem Studienaufenthalt in der DDR. Ben Molathe war während seiner Stipendiatenzeit Gast der Kirchengemeinde im Martin-Niemöller-Gemeindehaus in Jena-Lobeda. Sein Fazit nach dem Stipendiaufenthalt: Die Kritik an der DDR dürfe nicht in der Kirche abgeladen sondern sie müsse in die Gesellschaft eingebracht werden. Bildquelle: Standpunkt. Evangelische Monatszeitschrift, Jahrgang 14/ Heft 12, Dez. 1986.

¹⁴ Gossner Mission – unsere Mission im Sozialismus, unsere Mission im Kapitalismus, Berlin, 6.9.1993, hektogr.

„... dann spenden Sie kein Geld dafür“ Ökumenische Jugendarbeit in der DDR

Interview mit Giselher Hickel

Ich war in der ökumenischen Jugendarbeit der DDR tätig. Es gab einen Ökumenischen Jugendrat in Europa, in dem die Jugendabteilungen der Kirchen in Europa zusammengearbeitet haben. Das Exekutivkomitee des Ökumenischen Jugendrats in Europa hat im Mai 1970, also ein halbes Jahr vor Arnoldshain, hier in der DDR getagt und den Beschluss gefasst, einen Friedensfonds ins Leben zu rufen, um Gemeinden, Jugendgruppen europaweit die Chance zu geben, sich auch finanziell für Befreiungsbewegungen zu engagieren.

Ich bin bis 1972 in der sächsischen Landeskirche tätig gewesen. Die Ökumene, die Öffnung über den sehr engen Horizont der eigenen Kirchlichkeit hinaus, war immer sehr wichtig. Wir waren mit dem, was wir für die ökumenische Bewegung und für das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ an Unterstützung eingebracht haben, durchaus in keiner Außenseiterposition. Ich erinnere mich, dass wir 1970, als das Programm beschlossen wurde und die Arnoldshainer Beschlüsse kamen, zum Beispiel in der Gemeinde, in der ich Pfarrer gewesen bin, spezielle Gottesdienste mit der Jungen Gemeinde organisiert haben, in denen wir das thematisiert haben. Und ich erinnere mich, dass wir ein Faltblatt produziert haben, in dem wir Informationen über die Befreiungsbewegungen kurz zusammengefasst und den Inhalt des „Programms zur Bekämpfung des Rassismus“ dargestellt haben. Und ich erinnere mich, dass wir daruntergeschrieben haben: „Wenn Sie Zweifel daran haben, dass das ein gutes Programm ist, dann spenden Sie kein Geld dafür.“ Das war uns wichtig, dass wir Leute nicht überreden wollten, sondern es ging uns darum, deutlich zu machen, dass es einer bewussten Entscheidung, auch einer politischen Entscheidung, bedarf. Das war nicht leicht innerhalb der kirchlichen Jugendarbeit und innerhalb der kirchlichen Arbeit insgesamt.

Ich weiß, dass manche Jugendgruppen, die sich dann engagiert haben, auch Probleme bekommen haben mit ihren Gemeinde-Kirchenräten und dass Diskussionen stattgefunden haben. Aber genau das war es, was wir wollten. Also auch dort, wo es Widerspruch gab, weil die Menschen

gesagt haben, dass das über das hinausgeht, was traditionell kirchliche Arbeit ist – nämlich Hilfe für Notleidende, und dass sie sich daran nicht beteiligen können. Das waren Entscheidungen, die wir akzeptiert haben vor dem Hintergrund, dass die Leute begriffen haben, worum es geht. Dass es uns gelungen ist, sozusagen deutlich zu machen, dass es ein Schritt über das hinaus ist, was traditionelle kirchliche Arbeit bedeutet.

Giselher Hickel war Pfarrer in der DDR, Mitarbeiter im Landesjugendpfarramt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, war danach beim Ökumenischen Jugendrat in Europa und in der ökumenischen Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR tätig.

VOLKSBANK

Kampagne:
Tag gegen Apartheid



Namibia und Südafrika!

JHR Könnt nicht
GOTT dienen
und dem
MAMMON

Matin. 6.30

HYTHMEN

BEAT!
APARTHEID

mit ORCHESTRA MARRABENTA
STARS OF JINGARANGHOS
SALAMATI AGRESTI
ETIOLA CHIWESHE & THE
EASTWINDS

20.6. OSTPARK AM RINGHOF

GEGENRHYTHMEN

BEAT!
APARTHEID

mit ORCHESTRA MARRABENTA
STARS OF JINGARANGHOS
SALAMATI AGRESTI
ETIOLA CHIWESHE & THE
EASTWINDS

20.6. OSTPARK AM RINGHOF

Wie politisch soll Kirche sein?

Die westdeutschen Kirchen und das süd-afrikanische Apartheid-Regime bis 1989

Als 1948 die Nasionale Party an die Macht kam und nach und nach die Apartheid-Gesetzgebung einführte, existierten die Verbindungen des deutschen Protestantismus ins südliche Afrika bereits mehr als 100 Jahre. Seit dem frühen 19. Jahrhundert entsandten deutsche Missionsgesellschaften wie die Rheinische Missionsgesellschaft (RMG, ab 1829) und die Berliner Mission (ab 1834) Missionare nach Südafrika, ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden deutschsprachige Gemeinden.¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Kontakte weiter gepflegt. Sowohl die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als auch die Missionsgesellschaften entsandten Pfarrer und Missionare, die im südlichen Afrika, vor allem im heutigen Namibia, der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika, Missionsarbeit leisteten und deutschsprachige Gemeinden betreuten. Durch Berichte, Visitationen und aus dem südlichen Afrika zurückgekehrte Pfarrer und Missionare war die Thematik der Apartheid durchaus bekannt. Wenn es von deutscher Seite zu kritischen Rückfragen kam, wurden diese von den deutschsprachigen und weißen Partnern im südlichen Afrika meist harsch zurückgewiesen.² Die Ansprechpartner des Außenamts der EKD wie auch der Missionsgesellschaften waren in erster

¹ Hinz, Rudolf: Auseinandersetzung um den Umgang mit der Apartheid. Kirchen und Missionswerke deutschen Ursprungs im südlichen Afrika bis zum Ende der 1960er Jahre, in: Lessing, Hanns/Dederling, Tilman u.a. (Hrsg.): Umstrittene Beziehungen. Protestantismus zwischen dem südlichen Afrika und Deutschland von den 1930er Jahren bis in die Apartheidzeit, Wiesbaden 2015, S. 287–311.

² So beispielsweise, nachdem sich Gustav Menzel, der Afrikareferent der RMG, 1951 im *Deutschen Pfarrerblatt* kritisch zur Situation in Südwestafrika geäußert hatte; vgl. ebd., S. 296.

Linie deutschsprachige weiße Siedlergemeinden. Entsprechend geprägt waren die Rückmeldungen.

Zwar wurde bereits in den 1950er-Jahren auch von durchaus prominenter Stelle Kritik an der Apartheid geäußert,³ doch blieb die Auseinandersetzung mit ihr im westdeutschen Protestantismus eine Frage für ökumenisch interessierte Expert*innen und Missionsgesellschaften.

Das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“

Dies änderte sich 1970. Bereits bei seiner Vollversammlung in Uppsala 1968 setzte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) – also der globale Zusammenschluss evangelischer und orthodoxer Kirchen – das Thema Rassismus ganz oben auf seine Agenda. Noch unter dem Eindruck der Ermordung Martin Luther Kings, der bei der Vollversammlung reden sollte, beschloss der Weltkirchenrat, die Bekämpfung des Rassismus zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen. Neu war dabei auch, dass es nicht nur darum gehen sollte, die durch Rassismus verursachten Leiden zu lindern, sondern aktiv dagegen vorzugehen. Neben verschiedenen Studien und Austauschprogrammen wurde ein Sonderfonds eingerichtet, um Organisationen in ihrem Kampf gegen Rassismus finanziell zu unterstützen. Bei einer Sitzung im hessischen Arnoldshain beschloss der Exekutivausschuss des ÖRK Anfang September 1970, dass die Mittel dieses Sonderfonds auch solchen Organisationen zur Verfügung gestellt werden sollten, die Gewalt als letztes Mittel nicht ausschlossen. Etwa die Hälfte der zu verteilenden 200.000 US-Dollar⁴ wurden dabei an Organisationen vergeben, die sich gegen die Apartheid wandten, darunter der African National Congress (ANC) und die South-West Africa People's Organisation (SWAPO). Zwar sollten nur humanitäre Projekte unterstützt werden, aber der ÖRK verzichtete darauf, die Verwendung der Mittel zu überprüfen.⁵

Die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Entscheidung des ÖRK vehement abgelehnt. Zwei Wochen nach der Sitzung in Arnoldshain übte der Ratsvorsitzende der EKD Hermann Dietzfelbinger

³ Vgl. z.B. Gollwitzer, Helmut: Geleitwort zur deutschen Ausgabe, in: Huddleston, Trevor: *Weine, Du geliebtes Land Südafrika*, München 1960, S. 5–7.

⁴ Die 200.000 US-Dollar wurden aus eigenen Mitteln der ÖRK bereitgestellt, weitere Gelder durch die Mitgliedskirchen.

⁵ Vgl. Beckmann, Klaus-Martin (Hrsg.): *Anti-Rassismus-Programm der Ökumene. Dokumentation einer Auseinandersetzung*, Witten u. a. 1971, S. 53–59.

in einem Brief an den Generalsekretär des ÖRK harsche Kritik an dem Beschluss. Dieser habe „eine außergewöhnliche Unruhe ausgelöst“ und drohe, das Gegenteil des Gewünschten zu bewirken. Es sei bei manchen Organisationen unklar, „ob die Zweckbestimmung dieses Dienstes noch erkannt wird, nämlich gewaltlose Maßnahmen zu fördern“.⁶ Da Dietzfelbinger seinen Brief gleichzeitig der Presse zugänglich machte, wurde das Thema schnell in der Öffentlichkeit rezipiert – auch angesichts des Anfang der 1970er-Jahre herrschenden Gewaltdiskurses. Bei einem Gespräch wollten Vertreter des Rates der EKD und des ÖRK im Dezember 1970 in München die Kritikpunkte diskutieren. Es konnte aber nicht einmal eine gemeinsame Erklärung formuliert werden.

Zwar beruhigte sich das Verhältnis zwischen der EKD und dem ÖRK im Laufe der Zeit wieder, doch das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ war immer wieder Stein des Anstoßes für Konflikte. 1972 beschloss der Weltkirchenrat, auch wirtschaftliche Mittel im Kampf gegen die Apartheid einzusetzen. Aktien von Unternehmen, die im südlichen Afrika tätig waren, sollten nicht mehr gehalten und bei Banken, die direkt im Südafrika-Geschäft tätig waren, sollte kein Vermögen mehr angelegt werden. Gleichzeitig begrüßte der ÖRK gewissermaßen als Kompromiss „multiple Strategien [...] mit dem Ziel, rassistische Gerechtigkeit im südlichen Afrika durch Reformen zu verwirklichen“.⁷ Die EKD führte im Rahmen dieser „multiplen Strategien“ Gespräche mit deutschen Firmen, die in Südafrika investiert hatten, um die Situation der unterdrückten Mehrheitsbevölkerung im südlichen Afrika zu verbessern, ohne gegen die Apartheid-Gesetze zu verstoßen.⁸

Wenn auch die EKD dem „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ und vor allem dem Sonderfonds sehr kritisch gegenüberstand, galt dies nicht für den gesamten westdeutschen Protestantismus. So beschloss schon 1970 eine der Gliedkirchen der EKD, nämlich die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Haushaltsmittel an den Sonderfonds zu überweisen.⁹

⁶ Ebd., S. 60f.

⁷ Ökumenischer Rat der Kirchen – Zentralaussschuss (Hrsg.): Protokoll und Berichte der 25. Tagung, Utrecht, Niederlande, 13.–23. August 1972, Genf 1972, S. 30.

⁸ Vgl. Hermann, Gunther J.: Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrikakonflikt, Frankfurt a.M. 2006, S. 131–146.

⁹ Vgl. Tripp, Sebastian: Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus und die „Glokalisierung“ der Kirchen, in: Kunter, Katharina/Schilling, Annegreth (Hrsg.): Globalisierung der Kirchen. Der Ökumenische Rat der Kirchen und die Entdeckung der Dritten Welt,

In der Evangelischen Kirche im Rheinland wollten einige Kirchenkreise und Gemeinden Haushaltsmittel an den Sonderfonds geben, was Ende der 1970er- und in den 1980er-Jahren zu einer theologischen und kirchenrechtlichen Krise in dieser Landeskirche führte.

Der Sonderfonds wurde zum „Schibolet, an dem man die Rechten und die Linken in der Kirche unterscheiden konnte“.¹⁰ Während für die Kirchenleitung der EKD und konservative Gruppen innerhalb des Protestantismus das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ ein rotes Tuch war, wurde die Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid für andere Gruppen zu einem Bestandteil der evangelischen Identität. Im Folgenden sollen zwei dieser Gruppen, die für die westdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung eine besondere Rolle spielten, kurz vorgestellt werden: Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) und der von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (EFD) organisierte Boykott südafrikanischer Früchte.

Christliche Anti-Apartheid-Gruppen

1972 konstituierte sich in Mainz ein Arbeitskreis ehemaliger Missionare und Pfarrer, die während ihres Aufenthalts im südlichen Afrika die Bedingungen der Apartheid kennengelernt hatten und sich jetzt unter anderem gegen die Unterstützung weißer Gemeinden durch das Kirchliche Außenamt wandten. Einige der Mitglieder des MAKSA waren zuvor aus Südafrika ausgewiesen worden. Aus diesem Arbeitskreis kam die Initiative zur 1974 erfolgten Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung in Deutschland e. V. (AAB). Markus Braun, einer der Sprecher des MAKSA, wurde in den Gründungsvorstand gewählt.¹¹ Bis heute nimmt der MAKSA kritisch Stellung zu kirchenpolitischen Themen, die das Verhältnis zwischen der EKD und Südafrika betreffen.

Eine weitere Initiative aus dem Protestantismus, die für die Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Westdeutschland große Bedeutung hatte, war die Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (EFD), einem Dachverband von etwa 40 evangelischen Frauenwerken und -vereinen. Seit 1976 pflegte die EFD freundschaft-

Göttingen 2014, S. 297–311.

10 Blendinger, Hermann: Aufbruch der Kirche in die Moderne. Die Evangelische Kirche in Bayern 1945–1990, Stuttgart 2000, S. 155.

11 Vgl. Bacia, Jürgen/Leidig, Dorothee: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“. Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt a.M. 2008, S. 19–31.

liche Beziehungen zur südafrikanischen Black Women's Federation (BWF). Als die BWF 1977 gemeinsam mit anderen Gruppen der Black-Consciousness-Bewegung verboten wurde, beschloss die EFD, in Deutschland auf die Ziele ihrer Partnerorganisation aufmerksam zu machen, und rief zu diesem Zweck zum Boykott südafrikanischer Produkte auf.¹²

Der Rat der EKD lehnte die Boykottaktion der Evangelischen Frauenarbeit vehement ab. Im Juli 1978 bat er die Leitung der EFD „dringend, von der Aktion Abstand zu nehmen“.¹³ Als im selben Jahr der Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik dem Antrag der EFD auf Unterstützung der Aktion mit 60.000 DM stattgab, legte der Rat der EKD zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Veto gegen eine Entscheidung des Ausschusses ein. Trotz des Widerstands der Leitung der EKD wurde die Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ zur bedeutendsten und langlebigsten Anti-Apartheid-Kampagne in der Bundesrepublik. Zwischen 1979 und 1992 wurde jedes Jahr während der Saison für Trauben und Orangen aus Südafrika eine „Boykottwoche“ organisiert. Aktionen wie Straßentheater oder Unterschriftensammlungen sollten auf die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Südafrika und die Folgen der Apartheid für die südafrikanische Mehrheitsbevölkerung aufmerksam machen. Bald weitete sich der Boykott auf südafrikanische Krügerrand-Goldmünzen aus und auf Finanzinstitute wie die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Dresdner Bank, die stark im Südafrika-Geschäft engagiert waren. 1986/87 beschloss nach langer und heftiger Auseinandersetzung auch der Deutsche Evangelische Kirchentag, seine Geschäftskonten bei diesen Banken zu kündigen.

War die Anti-Apartheid-Bewegung in Westdeutschland bis Ende der 1970er-Jahre vor allem in Groß- und Universitätsstädten aktiv und von linken Gruppen geprägt, so konnte die Evangelische Frauenarbeit aufgrund ihrer Netzwerke auch im ländlichen Raum und in bürgerlichen Milieus gegen die Apartheid mobilisieren. Viele der (Haus-)Frauen, die als „Boykottfrauen“ gegen die Apartheid aktiv waren, wurden durch dieses Engagement politisiert. Für jüngere Menschen bot das Südafrika-Engagement kirchlicher Gruppen einen neuen Zugang zur Kirche.

¹² Vgl. hierzu ausführlicher Tripp, Sebastian: Fromm und politisch. Christliche Anti-Apartheid-Gruppen und die Transformation des westdeutschen Protestantismus, 1970–1990, Göttingen 2015, S. 107–185.

¹³ Niederschrift über die 71. Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am 21.7.1978 in Berlin, S. 6, in: Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 2/8430.

Die Boykottaktion fand freilich in Kooperation mit anderen kirchlichen wie nichtkirchlichen Gruppen statt. So beteiligten sich neben Gewerkschaften und Gruppen, die den neuen sozialen Bewegungen zuzuordnen sind, auch katholische Basisgruppen und Verbände daran. Beispielsweise organisierte im Vorfeld des Frankfurter Kirchentages 1987, der stark von der Apartheid-Thematik geprägt war, die dortige katholische Basisgemeinde gemeinsam mit der katholischen Friedensorganisation Pax Christi, der Evangelischen Studentengemeinde und den Frankfurter „Boykottfrauen“ einen „Ökumenischen Kreuzweg“.

In der katholischen Kirche in Deutschland wurde die Frage nach dem richtigen Umgang mit Südafrika jedoch bei Weitem nicht so kontrovers diskutiert wie im Protestantismus. Zwei Gründe sind hierfür anzuführen: Zum einen waren die Verbindungen des deutschen Katholizismus nach Südafrika lange nicht so eng wie die des deutschen Protestantismus. Zum anderen hatte der Papst bereits 1974 vor dem UN-Sonderausschuss gegen Apartheid eindeutig gegen das rassistische Regime Südafrikas Stellung bezogen.¹⁴ Lediglich einmal wurde Südafrika zu einem größeren Politikum innerhalb des westdeutschen Katholizismus, nämlich als 1983 das Hilfswerk Misereor mit dem Schwerpunkt seiner Spendenaktion die Aufmerksamkeit auf Südafrika lenkte.¹⁵ Wie im Protestantismus führte die Beschäftigung mit Südafrika zu einer Politisierung der Debatten.¹⁶ Es fällt jedoch auf, dass Veröffentlichungen gegen die Fastenaktion des Hilfswerks aus den gleichen Kreisen kamen wie die organisierten Proteste gegen die Boykottaktion der Evangelischen Frauenarbeit.¹⁷

14 Paul VI.: *Ad Membra Consilii Nationum Coniunctarum versantis in quaestione „Apartheid“*, in: *Acta Apostolicae Sedis LXXVI* 1974, S. 342–346.

15 Herkenrath, Norbert/Schoop, Wolfgang/Zwiefelhofer, Hans (Hrsg.): *Misereor im Widerstreit der Meinungen. Analysen und Stellungnahmen zum Informationsschwerpunkt Südafrika*, Frankfurt a.M./München 1984.

16 So stellte der Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks bereits im März 1983 fest, dass „stärker als sonst auch die politische Dimension der kirchlichen Entwicklungsarbeit bewußt gemacht“ werde; Prälat Norbert Herkenrath an Jürgen Schroer, I.3.1983, in: *Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland*, OI OB 017/3065.

17 So z. B. Clausen, Claus Peter/Wiebalck, Gunnar (Hrsg.): *Die unchristliche Kampagne von Misereor gegen Südafrika*, Lippstadt 1985.

Fazit

Kirchennahe Gruppen, insbesondere evangelische Gruppen, prägten die Anti-Apartheid-Solidarität in der Bundesrepublik nachhaltig. Vor allem die Reichweite der Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland ist nicht zu unterschätzen.

Gleichzeitig war das Engagement gegen die Apartheid innerhalb der evangelischen Kirche durchaus umstritten. Während es für die einen ein wichtiger Bestandteil des Ausdrucks der eigenen Religiosität und Frömmigkeit war, sahen andere eine unzulässige Vermischung von Religion und Politik, wenn sich Kirche und kirchliche Gruppen gegen die Apartheid engagierten. Dabei spielte auch die Frage nach dem Erbe des Kirchenkampfs der 1930er-Jahre eine Rolle, als über die „Deutschen Christen“ nationalsozialistische – also politische – Ideen Einfluss in der Kirche gewonnen hatten. Dagegen wurde argumentiert, dass die Kirche aus dem Unrecht der 1930er- und 1940er-Jahre die Lehre ziehen müsse, Unrecht zu benennen und „dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“, wie es Dietrich Bonhoeffer ausdrückte.¹⁸

Die Debatten um die Apartheid waren im westdeutschen Protestantismus dementsprechend mehr als ein Streit darüber, wie mit Südafrika umzugehen sei. Vielmehr ging es auch stets um die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Evangelischen Kirche.

177

Sebastian Tripp. *Historiker und Archivar. 2014 promovierte er an der Ruhr-Universität Bochum mit einer Arbeit über die Anti-Apartheid-Solidarität im westdeutschen Protestantismus.*

S.170: Demonstration im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Frankfurt/Main, 1987. Foto: Ingeborg Wick, Quelle: Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

¹⁸ Bonhoeffer, Dietrich: Die Kirche vor der Judenfrage, in: Berlin 1932–1933, hrsg. von Carsten Nicolaisen und Ernst-Albert Schafftenroth, München 1997, S. 349–358, hier S. 353f.

„... somit waren wir Teil des Problems in Südafrika“

Zur Rolle der EKD und MAKSA

Interview mit Markus Braun

Meine Frau und ich wollten nicht in Deutschland bleiben. Eine Tätigkeit im Ausland war über die Berliner Mission möglich, die damals in Ostberlin angesiedelt war. Aber der Kontakt dorthin war kein Problem für uns. Ich wurde ordiniert und Pfarrer der Berliner Kirche. Gleichzeitig sandte mich die Berliner Missionsgesellschaft im Jahr 1967 nach Südafrika.

Schon vor Antritt meiner Reise bekam ich ein Fax von einem guten Bekannten, der mir die Parole „nicht anpassen“ mit auf den Weg gab. Und das war für mich ein wichtiger Leitspruch. Zunächst wurden wir nach Welkom in den Oranje-Freistaat gesandt. Eine ziemlich abgelegene Gegend. Immer wieder stießen wir an die Grenzen, die uns die Apartheid-Gesetze auferlegten. Ich wurde einem alten Missionar zugeteilt, der ein Apartheid-Freund war. Meine etwa 20 Mitmissionare waren zu einem Drittel ebenfalls Apartheid-Freunde. In der Nähe der Stadt Welkom war wie bei jeder südafrikanischen Stadt eine große minderwertige Siedlung für Schwarze, in der auch Mitglieder lutherischer Gemeinden wohnten. Eines der ersten Ereignisse nach unserer Ankunft hatte zugleich Folgen für uns: In Südafrika sollte der 450. Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers, der Beginn der Reformation, begangen werden. Und es sollten Versammlungen durchgeführt werden. Meine Frau erfuhr, dass die schwarze lutherische Gemeinde daran interessiert war ebenso wie die weiße deutsche Gemeinde. Bei einem Gottesdienst der kleinen deutschen Gemeinde, es waren höchstens 30 Leute, predigte der Pfarrer über den reichen Mann und den armen Lazarus. Da stand meine tapfere Frau auf und fragte, ob man nicht das Jubiläum gemeinsam mit der schwarzen Gemeinde begehen könne, um einen Unterschied zur gängigen Politik zu machen. Diese Geschichte kannte am nächsten Tag schon der Officer des Immigration Office. Und so rief mich der Officer an und sagte „Passen Sie auf, da ist schon was gegen Sie vorgebracht worden. Sie müssen sich anders verhalten!“ Ich weiß nicht, ob er es gutwillig meinte oder als

Drohung, jedenfalls waren wir gewarnt. Für uns war das ein Zeichen dafür, wie stark kirchliches Verhalten in einer so kleinen Gemeinde politisch gewirkt hat. Von da an standen wir unter Verdacht.

Später bekam ich einen Forschungsauftrag vom Lutherischen Weltbund in Genf, das war dann die Gelegenheit, mit meiner Familie nach Johannesburg zu gehen. Gleich nach unserer Ankunft kamen zwei nette Leute von der Geheimpolizei und stellten sich vor. Sie wollten deutlich machen, dass sie wissen, wo ich bin. Mein Arbeitsgebiet war Soweto. Dort sollte ich für den Weltbund die Situation erforschen. In Johannesburg ergab sich ein Ereignis, das auch in der Presse der Bundesrepublik Resonanz fand. Der ANC war zu dieser Zeit im Untergrund, von dem hat man nicht mehr viel gehört. Aber es etablierte sich die Black-Consciousness- und die Black-Theology-Bewegung. Sie war verbunden mit der Black-Power-Bewegung in Amerika. Und ein paar Aktivisten der Black-Theology-Bewegung haben sich unseren Platz als Treffpunkt ausgesucht, wo sie sich drei Tage lang verständigen konnten. Auf dem Gelände unserer Unterkunft waren Hütten, die wir ihnen zur Verfügung gestellt haben. In der dritten Nacht kam die Polizei und hat die meisten mitgenommen. Unter den Festgenommenen war auch ein Bischof, Bischof Zulu. Er war Präsident des Ökumenischen Rates, also eine ganz bekannte Person. Deswegen wurde von dem Fall sogar in der *New York Times* berichtet. Gegen mich wurde Anklage erhoben, „housing of 16 Bantus without a permit“ – Unterbringung 16 Schwarzer ohne Erlaubnis. Schwarze mussten immer ein Ausweispapier mit sich herumtragen, dagegen hatten sie verstoßen.

Im Jahr 1971 mussten wir das Land verlassen. In der Bundesrepublik war meine Geschichte bereits bekannt. In Mainz hat die Gossner Mission mir ein Stipendium für Rückkehrer verschafft und meine Familie aufgenommen und so sind wir dorthin gegangen.

Gemeinsam mit anderen Pfarrern und ihren Frauen, die ebenfalls in Südafrika gewesen waren, haben wir damals MAKSA, den Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, gegründet. Wir sahen die Notwendigkeit, nicht nur in Südafrika etwas zu tun, sondern auch in Deutschland. Denn das, was in Südafrika geschah, wurde ja in vieler Hinsicht von Deutschland aus bewirkt. Und somit waren wir Teil des Problems in Südafrika. Wir wollten andere dazu bewegen, sich ebenfalls diese Fragen zu stellen und hier auf die Politik einzuwirken, die genauso rassistisch ist wie das, was in Südafrika geschah. Wir haben öffentliche Appelle formuliert und offene Briefe geschrieben. So haben wir die Kündigung des Kulturabkommens gefordert, das einseitig die Weißen und die Deutschen begünstigt hat, und wir

wollten, dass die Wirtschaftsbeziehungen, vor allem auch die militärischen Beziehungen, beendet werden.

Insbesondere haben wir die kirchliche Seite und die Rolle der EKD infrage gestellt. Dabei sind wir geblieben, bei dieser konkreten Frage, die sonst niemand gestellt hat. Wir haben gesagt, dass diese Unterstützung, die Auslandsarbeit insgesamt, im Grunde ein rassistisches Projekt ist. 1972 haben wir als MAKSA eine Erklärung an die EKD gerichtet und sie gebeten, die Unterstützung der rassistischen Gemeinden in Kirchen im südlichen Afrika zu beenden.

Später hat die EKD begonnen, den südafrikanischen Kirchenrat mit umfangreichen finanziellen Hilfen zu unterstützen. Die südafrikanischen Kirchen und somit der Südafrikanische Kirchenrat sind jedoch erst allmählich zu einer eindeutigeren Haltung gegen Apartheid gekommen. Das war eine lange Entwicklung.

Uns, MAKSA, wurde zunehmend klar, dass es mit unseren Appellen und offenen Briefen nicht getan sein kann und dass wir strukturelle Formen finden müssen, um die vielen Fragen, die da auf uns zugekommen sind, verfolgen zu können. Und uns war bewusst, dass es häufig nicht-kirchliche Leute besser können als wir. Und das hat dann schließlich dazu geführt, dass die Gründung der Anti-Apartheid-Bewegung zustande gekommen ist.

„Dann geht doch gleich rüber“

Engagement bei den „Frauen für Südafrika – gegen Apartheid“ in West-Berlin

Interview mit Nini Kraatz

In West-Berlin hießen wir nicht Boykottfrauen. Das wollten die Berlinerinnen nicht. Sie wollten keine Früchtefrauen sein. Wir hießen „Frauen für Südafrika – gegen Apartheid“. Wir wollten mehr – wir wollten aufklären. Natürlich war der Früchteboykott ein wichtiges Mittel, um aufzuklären und um Aktionen zu machen, und es war ein reelles Mittel. Die Sanktionen haben ja Wirkung gehabt. Aber ich fand es eine gute Entscheidung von der Gruppe, mehr zu wollen: aufzuklären und zu berichten.

Jede Woche fand eine Mahnwache mit jeweils verschiedenen Themen an der Gedächtniskirche statt. Wir haben an politische Gefangene in Südafrika erinnert oder allgemein gegen Apartheid protestiert. In West-Berlin gab es einen Geschäftsmann, der konsularisch für Südafrika zuständig war. Und der war dort gegenüber der Gedächtniskirche ansässig. Deswegen haben wir uns mit unserem Protest für diesen Ort entschieden.

Die Reaktionen der Bevölkerung waren sehr gemischt. Es gab viele, die auf der Seite der weißen Südafrikaner*innen standen. Ich habe mich dort manches Mal heftig gestritten. Eine häufige Antwort war: „Dann geht doch gleich rüber in die DDR, da seid ihr willkommen.“ Ein immer wiederkehrendes Argument unserer Kritiker*innen war, dass wir den bewaffneten Kampf unterstützen würden. Darum ging es oft. Wir haben den bewaffneten Kampf nie unterstützt, aber wir haben uns auch von den Menschen nicht distanziert, die keinen anderen Ausweg sahen.

Die jährliche Internationale Tourismusbörse (ITB) war einer unserer Schwerpunkte. Dort war Südafrika mit einem Stand vertreten und wir haben mit allen möglichen Mitteln versucht, dessen Ausschluss von der Tourismusbörse zu erreichen. Aber das blieb bis zuletzt erfolglos. Sogar Walter Momper, der spätere Bürgermeister Berlins, stand einmal mit uns in der Menschenkette vor dem Messegelände. Bei den Menschenketten waren wir stets Hunderte - viele verschiedene Gruppen haben daran teilgenommen: Kirchengruppen, Gewerkschaften, die Südafrika-Gruppen sowieso.

Wir sind auch stets direkt an den Stand gegangen. Im Jahr 1988 haben wir als Trauerfrauen mit schwarzen Tüchern dort gestanden. Bei dieser Aktion hat uns die Polizei abgeführt. Wir wurden von der Polizei aufgefordert, zu gehen, und wir haben gesagt: „Nein, solange Südafrika hier hinter uns Reklame macht für das schöne weiße Südafrika, stehen wir davor und zeigen, was da noch passiert.“ Hinterher haben wir - 15 Frauen - eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhalten, weil wir nicht gegangen sind. Die Aktion haben wir dann schön ausgeschlachtet, auch vor Gericht. Das Urteil ist in einem Vergleich gemündet. Wir mussten 200 Mark an eine soziale Einrichtung zahlen. Das war es uns wert.

Mein Mann Gottfried Kraatz und ich erhielten gleich nach unserer Rückkehr aus Südafrika im März 1986 Einladungen in die DDR vom Ökumenisch-Missionarischen Zentrum, dem Nachfolger des Berliner Missionswerks in Ostberlin. Wir sollten über unsere Erfahrungen in Südafrika berichten. Wir hatten auch Kontakte zur Gossner Mission in der DDR, beispielsweise zu einer Gemeinde in Stralsund, und nahmen dort an einem Gottesdienst und Diskussionsabend teil. Es gab Interesse an dem, was wir in Südafrika erlebt hatten und an unserer Solidaritätsarbeit. Auch wurden wir zu einer Feier anlässlich des 75-jährigen Bestehens des ANC in die DDR eingeladen. Dabei gab es für uns keine Probleme, die Einladungen wahrzunehmen.

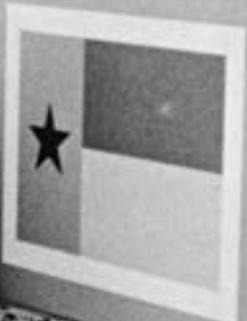
183

Nach der Wende haben wir viel mit der Gossner Mission gemacht. Es war eine sehr gute Zusammenarbeit. Wir haben dann zum Teil unsere Seminare bei der Gossner Mission durchgeführt. Mit der Anti-Apartheid-Initiative, die sich zur Wendezeit aus aktiven DDR-Bürger*innen und Südafrikaner*innen gegründet hat, hatten wir ganz schnell Kontakt und haben gemeinsame Aktionen beispielsweise für die ITB geplant und durchgeführt. Insgesamt haben wir viele Informationsveranstaltungen im Osten und im Westen gemacht, und das war auf beiden Seiten immer ohne Probleme für alle.

Nini Kraatz ging im Jahr 1981 mit ihrem Mann, dem Pfarrer Gottfried Kraatz, und den Kindern nach Kapstadt. Nach der Ausweisung der Familie aus Südafrika 1986 hat sie an der Anti-Apartheid-Arbeit in Westberlin und in der Bundesrepublik teilgenommen.

Kunst, Konsum und Kultur

Guinea-Bissau
kämpft



Kampagnen gegen die Apartheid in Ost- und West- deutschland¹

Plakate als Medium der Solidarität

187

Für Eric Singh (1932–2014)

Auf einem Plakat aus dem Jahr 1994 ist Nelson Mandela zu sehen, der seine Faust hebt und lacht, nachdem er nach 27 Jahren Haft wieder in die Freiheit entlassen wurde. Das Plakat mit der Aufschrift „Südafrika wählt“ beziehungsweise auf Englisch „South Africa votes“ wirbt für Mandela als zukünftigen Präsidenten von Südafrika und enthält einen Spendenaufruf. Veröffentlicht wurde das Plakat von der Verbindungsstelle des Afrikanischen Nationalkongresses (African National Congress, ANC) in Bonn – eine Stadt, die alsbald von Berlin als Hauptstadt des gerade erst wiedervereinigten Deutschlands abgelöst werden sollte. Die Bilder von Man-

¹ Der Text erschien erstmals als Hartmann, Heike/Lewerenz, Susann: Campaigning Against Apartheid, in: *Radical History Review* 119 (2014), S. 191–204. Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung von MARHO: The Radical Historians Organization, Inc. und Duke University Press (www.dukeupress.edu). Die vorliegende Version wurde gegenüber dem Original gekürzt.

delas Freilassung im Jahr 1990 sind wahrscheinlich die eindrucksvollste visuelle Erinnerung an das Ende der Apartheid. Dieses Plakat zählt zu den letzten deutschen Exemplaren, auf denen Mandelas Porträt als Symbol für Solidarität im Kampf gegen die Apartheid diente.²

Plakate haben in der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung eine wichtige Rolle gespielt. Sie waren eine Form des Protests und stellten ein wesentliches Instrument für die Bekundung und Mobilisierung internationaler Solidarität mit der südafrikanischen Befreiungsbewegung dar. Durch die Abbildung von Täter*innen und Kollaborateur*innen, Opfern und Widerstandskämpfer*innen vermittelten die Motive das Bild der Apartheid als ein System der Ungerechtigkeit. Indem sie Fotos von politischen Gefangenen und Opfern staatlicher Gewalt verbreiteten, trugen die Plakate zur Entstehung ikonischer Bilder bei. Die Verbreitung dieser Bilder löste nicht nur moralische Empörung aus, sondern war auch ein Aufruf zur politischen Unterstützung. Die Plakate dienten dazu, Spenden zu sammeln, Forderungen nach wirtschaftlichen Sanktionen laut werden zu lassen und Solidaritätsveranstaltungen anzukündigen. Mit ihnen wurden Ausbeutung und die Zusammenarbeit mit westlichen Ländern angeprangert und die Legitimität des Kampfes gegen die Apartheid zusätzlich untermauert.³

Plakate mit Solidaritätsaufrufen entstanden in beiden deutschen Nachkriegsstaaten, da sich Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs an der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung beteiligten. Doch obwohl Ost und West in vielen Bereichen die gleichen Interessen und Ziele vertraten, unterschied sich ihr Kampf radikal in Bezug auf

² Eine Kopie des Posters befindet sich im Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

³ Dieser Artikel basiert auf der Ausstellung „Solidaritäten über Grenzen: Anti-Apartheid-Kampagnen in der BRD und DDR“, die 2012 in Berlin gezeigt wurde und durch das August Bebel Institut in Berlin und die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert wurde. Wir danken dem Archiv für alternatives Schrifttum und dem Solidaritätsdienst-international e.V. für die Bereitstellung von Material und Christian Mull für die Bildbearbeitung. Zu der Bedeutung von Posters in der Anti-Apartheid-Bewegung vgl. Kerschgens, Dorothea: Eine demokratische und freie Gesellschaft: Die Plakate der Anti-Apartheid-Bewegung, in: HKS 13 (Hrsg.): Vorwärts bis zum nieder mit: 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Berlin 2001, S. 170–183; South African History Archive: Images of Defiance: South African Resistance Posters of the 1980s, Johannesburg 1991; Miescher, Giorgio/Henrichsen, Dag (Hrsg.): African Posters: A Catalogue of the Poster Collection in the Basler Afrika-Bibliographien, Basel 2004; Ausstellungskatalog: Plakate im Kampf: Bilder und Öffentlichkeit der Befreiungsgeschichte Namibias, Basel 2006.

die verwendeten Protagonist*innen und Motive. Die Geschichte der deutschen Solidarität mit der südafrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung ist tief in den Ideologien des Kalten Krieges und dem damit verbundenen Konflikt zwischen den beiden postfaschistischen deutschen Staaten verwurzelt und eng mit ihrem jeweiligen nationalen Narrativ und innenpolitischem Umfeld verbunden.⁴

Wie unterschiedlich die ost- und die westdeutsche Solidarität mit der Anti-Apartheid-Bewegung und den beteiligten Akteur*innen ihren Ausdruck fand, wird sowohl an der Gestaltung der Plakate deutlich als auch daran, in welchem Kontext die Betrachter*innen diese zu Gesicht bekamen. Westdeutsche Anti-Apartheid-Aktivist*innen bewegten sich im Rahmen gegenkultureller Konventionen. Ohne offizielle Genehmigung hingen sie handgezeichnete Grafiken an öffentlichen Orten auf, die einen starken Kontrast zu den allgegenwärtigen Werbeplakaten bildeten. Auch Sandwich-Boards kamen auf Demonstrationen häufig zum Einsatz.⁵ In Ostdeutschland wurde die Mehrheit der Plakate hingegen vom staatlich kontrollierten Solidaritätskomitee der DDR produziert und systematisch von Massenorganisationen verteilt und auf Veranstaltungen wie Workshops oder in Wohnblöcken aufgehängt, um die Menschen zur Diskussion anzuregen. Im Rahmen von künstlerischen Wettbewerben und Museumsausstellungen wurden Plakate sogar zu einer Kunstform erhoben.⁶

Die Kampagnen in der BRD und der DDR waren Teil des globalen Netzwerks von Solidaritätsorganisationen und Nichtregierungs- oder zwischenstaatlichen Organisationen wie die Vereinten Nationen oder der Weltkirchenrat. Die Aktionen wurden außerdem mit Repräsentant*innen

⁴ Für englischsprachige Überblicke vgl. Wellmer, Gottfried: A History of the Anti-apartheid Movement in the Federal Republic of Germany, in: South African Democracy Education Trust (SADET) (Hrsg.): International Solidarity, Bd. 3: The Road to Democracy in South Africa, Pretoria 2008, Teil I, S. 677–691; Köbler, Reinhart/Melber, Henning: The West German Solidarity Movement with the Liberation Struggles in Southern Africa: A (Self-)Critical Retrospective, in Engel, Ulf/Kappel, Robert (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited: Interests, Images, and Incrementalism, 2. Aufl., Münster 2006, S. 101–125; Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg: Special Flights to Southern Africa, Harare 1998; Schleicher, Hans-Georg: The German Democratic Republic and the South African Liberation Struggle, in: SADET (Hrsg.): International Solidarity, Pretoria 2008, Teil 2, S. 1069–1154.

⁵ Kerschgens: Eine demokratische und freie Gesellschaft.

⁶ Peter Stobinski (früheres Mitglied des Solidaritätskomitee) im Interview mit Susann Lewerenz, 26.4.2012; Klotz, Katharina: „Schluß damit!": Frieden, Solidarität und Antiimperialismus im Plakat der DDR, in: DHM-Magazin 24 (1999) 9, S. 36.

der südafrikanischen Befreiungsbewegung koordiniert, die im Exil sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland lebten. Bedingt durch politische und personelle Überschneidungen im ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) seitens der Exilierten konzentrierte sich die politische und materielle Unterstützung der DDR auf den ANC.⁷ Das politische Spektrum südafrikanischer Aktivist*innen in der BRD war größer, und die Solidaritätsbewegung, die durch die Kämpfe der neuen Linken beeinflusst war, führte kontroverse Diskussionen darüber, welches politische Lager der südafrikanischen Befreiungsbewegung unterstützt werden sollte.⁸

Die Zusammenarbeit zwischen den ost- und westdeutschen Solidaritätsbewegungen hielt sich in Grenzen und wurde oft von Mitgliedern der südafrikanischen Befreiungsbewegung im Exil oder Kirchenaktivist*innen vermittelt.⁹

Die Jahre 1989 und 1990 stellten einen Wendepunkt sowohl in der südafrikanischen als auch in der deutschen Geschichte dar. Angesichts des nahenden Endes des Apartheid-Regimes verlor die deutsche Anti-Apartheid-Bewegung an Fahrt. Mit dem Ende der DDR wurde auch das Solidaritätskomitee der DDR aufgelöst und als Nichtregierungsorganisation Solidaritätsdienst International e.V. (SODI) neu gegründet.¹⁰

Trotz der vergänglichen Natur von Solidaritätsplakaten haben viele Motive überlebt. Verschiedene Archive haben einzelne Ausgaben gesammelt. Das Kampagnenmaterial des Solidaritätskomitees der DDR befindet sich im Büro von SODI im Osten Berlins. Dem Archiv für alternatives Schrifttum in Duisburg wurden die Unterlagen der westdeutschen AAB vermacht. Wir haben verschiedene Plakate aus den Archiven zusammengestellt, um sie nebeneinander auszustellen. Um sie als visuelle Zeugnisse der Vergangenheit betrachten zu können, ist zunächst zu rekonstruieren, zu welchem Anlass sie veröffentlicht wurden und an welche historischen Ereignisse und Personen sie erinnern. Auch die transnationale Geschichte ihrer Erstellung und Verbreitung ist hierbei zu berücksichti-

⁷ Vgl. z.B. Schleicher: *Liberation Struggle*, S. 1083–1087.

⁸ Vgl. z.B. Bacia/Leidig: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“, S. 170–184; Köbler/Melber: *West German Solidarity Movement*, S. 114.

⁹ Eric Singh (früherer Sechaba-Mitarbeiter) im Interview mit den Autorinnen, 28.3.2012; Gottfried und Nini Kraatz (ehemalige westdeutsche Anti-Apartheid-Aktivistinnen) im Interview mit den Autorinnen, 8. März 2012.

¹⁰ Vgl. z.B. Schleicher: *Liberation Struggle*, S. 1151.

gen. Anti-Apartheid-Kampagnen bedienten sich der vorherrschenden Bilder von Repression und Befreiung und verfolgten spezifische visuelle Strategien, um im „Theater der Überzeugung“ – wie Susan Sontag den öffentlichen Raum bezeichnete – Aufmerksamkeit zu erregen.¹¹ Anhand der Gegenüberstellung ost- und westdeutscher Plakate aus den 1970er- und 1980er-Jahren soll in diesem Essay auf ihren historischen Kontext eingegangen und die geschichtlichen Verflechtungen des geteilten Deutschlands nach dem Faschismus, des Kalten Krieges, der Entkolonialisierungs-Ära und der Herausbildung der globalen Anti-Apartheid-Bewegung aufgezeigt werden.

S.186: „Apartheid no“ ist das Motto einer Fotoausstellung des DDR-Solidaritätskomitees, die in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Parteien und Massenorganisationen sowie Angehöriger der afrikanischen Befreiungsbewegungen, die zur Zeit in der DDR leben und arbeiten, in Berlin eröffnet wurde. Diese Ausstellung ist der bevorstehenden Woche der Solidarität mit den um nationalen Befreiung kämpfenden Völkern Afrikas und der Tagung des Anti-Apartheid-Ausschusses der UNO gewidmet. Quelle: Bundesarchiv, Fotograf: Hubert Link, Bild I83-N0517-0024

¹¹ Sontag, Susan: Posters: Advertisement, Art, Political Artifact, Commodity, in: Stermer, Dugald (Hrsg.): The Art of Revolution, London 1970, S. vii–xxiii.

Gegen/contre/against Apartheid

Die Plakate verurteilen den staatlichen Rassismus des Apartheid-Regimes oft mit visuellen Metaphern. Der renommierte westdeutsche Künstler Klaus Staeck stellt Südafrika auf diesem Plakat als Gefängnis eines entkolonialisierten Kontinents dar; die mehrsprachige Bildunterschrift richtet sich an Mitglieder der globalen Solidaritätsbewegung. Anti-Apartheid-Kampagnen bedienten sich bestimmter Bilder, die durch ihre Vervielfältigung, Übersetzung und Verbreitung in der ganzen Welt zu Symbolen für Unterdrückung und Befreiung wurden. Neben gefesselten Händen, erhobenen Waffen und Flaggen sowie dem Begriff Apartheid war die Silhouette des afrikanischen Kontinents eines dieser Symbole. Kunstwerk von Klaus Staeck, BRD, 1983. VG Bild-Kunst, Bonn 2013.

Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

APARTHEID

Swastika-Kreuz
des Südens



Apartheid – Swastika/Kreuz des Südens

Das Pressefoto des Studenten Hector Pieteron, der bei dem Studentenaufstand in Soweto von einer Polizeikugel getötet wurde, ist zum Symbol für die Brutalität des Apartheid-Systems geworden.¹² Auf diesem ostdeutschen Plakat wird das Foto aus seinem historischen Kontext gehoben und Südafrika mit dem Nazi-Regime verglichen, um die Unmenschlichkeit der Apartheid zu demonstrieren. Vergleiche mit den Verbrechen der Nazis waren bei Protesten gegen Rassismus und staatliche Repression nach 1945 keine Seltenheit – nicht nur in Deutschland. In Deutschland stellten solche Verweise jedoch immer auch einen Teil des gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses zur eigenen postfaschistischen nationalen Identität dar. Aus der Plakatmappe „Vorwärts, und nicht vergessen: Die Solidarität“, herausgegeben vom Solidaritätskomitee der DDR, 1978. Foto von Sam Nzima, Grafikdesign Günther Hiller. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt von SODI.

¹² Vgl. Kerkham Simbao, Ruth: The Thirtieth Anniversary of the Soweto Uprisings: Reading the Shadow in Sam Nzima's Iconic Photograph of Hector Pieteron, in: African Arts 40 (2007) 2, S. 52–69.

Anti-Apartheid-Bewegung in Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln und Wuppertal
Kontaktanschrift: Pfr. Dr. Markus Braun, 433 Mülheim, Althofstraße 4-6

**ESST KEINE
OUTSPAN-
APFELSINEN**

APARTHEID



**PRESST KEINE
SÜD-AFRIKANER AUS**

Esst keine Outspan-Apfelsinen, presst keine Süd-Afrikaner aus

Ein Aktionskomitee aus den Niederlanden entwickelte dieses schmerzende brutale Motiv. Seit 1972 mobilisierte es die Öffentlichkeit gegen den Import von Orangen des Unternehmens Outspan und gegen die Arbeitsbedingungen auf südafrikanischen Obstplantagen. Nach hitzigen Diskussionen entschied sich die westdeutsche AAB dafür, das Plakat zu verwenden, da es einen klaren Kontrast zu Outspans Werbebildern in deutschen Supermärkten bot, auf denen weiße südafrikanische Mädchen zu sehen waren.¹³ Das Plakat kam in verschiedenen europäischen Städten zum Einsatz, unter anderem in Frankreich, Belgien und Großbritannien.¹⁴ Nachdem verschiedene Medien in den Niederlanden einer Wiedergabe des Motivs verweigerten, war das Plakat Gegenstand eines Gerichtsverfahrens, bei dem Aktivist*innen für ihre Meinungsfreiheit kämpften. AAB, Bonn 1974. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

¹³ Vgl. Bacia/Leidig: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“, S. 48–52.

¹⁴ Vgl. die Sammlungen des International Institute of Social History, Amsterdam, verfügbar unter: socialhistory.org/en/collections.



Atomgeschäft Bundesrepublik – Südafrika

In dieser Collage ist der Handschlag zwischen dem westdeutschen Kanzler Helmut Schmidt und John Vorster unter einem Atompilz zu sehen. Ein Jahr bevor der südafrikanische Premierminister 1976 zu einem Staatsbesuch nach Bonn kam, veröffentlichte der ANC Geheimakten. Die Broschüre „Die nukleare Verschwörung“ dokumentierte, wie westdeutsche Firmen und staatliche Institutionen an einer geplanten Urananreicherungsanlage in Südafrika zusammenarbeiteten, und entwarf das Szenario einer südafrikanischen Atombombe.¹⁵ Die Marken und Vertraulichkeitssiegel beziehen sich auf Unternehmen und Institutionen, die im Fokus der langjährigen Untersuchungen der AAB standen, die zu mehreren Gerichtsverfahren führte. Das Solidaritätskomitee der DDR hatte in den 1960er-Jahren erstmals Vorwürfe einer nuklearen Zusammenarbeit erhoben. AAB, Bonn 1976–78. Grafikdesign: Rainer Komers. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Archiv der sozialen Bewegungen, Hamburg.

¹⁵ ANC: The Nuclear Conspiracy: FRG Collaborates to Strengthen Apartheid, Lusaka 1975; Edwards, Paul N./Hecht, Gabrielle: History and the Technopolitics of Identity: The Case of Apartheid South Africa, in: Journal of Southern African Studies 36 (2010) 3, S. 635f.; Bacía/Leidig: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“, S. 62.

Solidarität ist Klassenpflicht



Solidarität ist Klassenpflicht

Dieses ostdeutsche Plakat sollte die Bevölkerung des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ daran erinnern, dass Solidarität eine „Klassenpflicht“ ist. Gleichzeitig verbildlicht es den „Aufbau des Sozialismus“ in Afrika. Außerdem diene das Motiv dazu, die Anwendung von Waffengewalt im Befreiungskampf zu legitimieren. Tatsächlich unterstützte die DDR den bewaffneten Flügel des ANC im Rahmen von Militärausbildungen, durch Ausrüstung und die medizinische Behandlung verletzter Kämpfer*innen des Umkhonto we Sizwe (MK) in ostdeutschen Krankenhäusern.¹⁶ In westdeutschen – vor allem in christlichen – Solidaritätsgruppen war die Unterstützung bewaffneter Gruppen im Kampf gegen die Apartheid umstritten.¹⁷ Daher sind kämpferische Motive in ihren Bildmaterialien seltener zu finden. Solidaritätskomitee der DDR, 1979. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt von SODI.

¹⁶ Vgl. z.B. Schleicher: *Liberation Struggle*, S. II27–II32.

¹⁷ Vgl. z.B. „Die Wahrheit über Apartheid verbreiten“, Interview mit Eric Singh von Ilona Schleicher, in: Schleicher, Ilona/Bohne, Andreas: *Solidarität gegen Apartheid – für ein freies Südafrika: Reflektieren und Reflexionen über DDR-Solidarität mit dem ANC*, Berlin 2012, S. 57.



The Freedom Charter of South Africa

*We, the people of South Africa, declare for all our country and the world to know: ☒☒☒ that South Africa belongs to all who live in it, black and white, and that no government can justly claim authority unless it is based on the will of all the people; ☒☒☒ that our people have been robbed of their birthright to land, liberty and peace by a form of government founded on injustice and inequality; ☒☒☒ that our country will never be prosperous or free until all our people live in brotherhood, enjoying equal rights and opportunities; ☒☒☒ that only a democratic state, based on the will of all the people, can secure to all their birthright without distinction of colour, race, sex or belief; ☒☒☒ And therefore, we the people of South Africa, black and white together - equals, countrymen and brothers - adopt this Freedom Charter. And we pledge ourselves to strive together, sparing neither strength nor courage, until the democratic changes set out here have been won. ☒☒☒ *The people shall govern!* ☒ *All national groups shall have equal rights!* ☒ *The people shall share in the country's wealth!* ☒ *The land shall be shared among those who work it!* ☒ *All shall be equal before the law!* ☒ *All shall enjoy equal human rights!* ☒ *There shall be work and security!* ☒ *The doors of learning and of culture shall be opened!* ☒ *There shall be houses, security and comfort!* ☒ *There shall be peace and friendship!* ☒☒☒ „These freedoms we will fight for, side by side, throughout our lives, until we have won our liberty.”*

Support the Freedom Charter of South Africa!

Published by Solidarity Committee of the German Democratic Republic in co-operation with United Nations Centre against Apartheid

Die Freiheitscharta von Südafrika

Solidaritätsgruppen verbanden die Freiheitscharta aus dem Jahr 1955 häufig mit dem ANC. Auf diesem ostdeutschen Plakat wird die Charta sogar mit dem Logo des militärischen Arms des ANC, des MK, geschmückt. Nachdem die beiden deutschen Staaten 1973 in die UNO aufgenommen worden waren, beteiligte sich die DDR an zahlreichen UN-Gremien und -Initiativen, die sich gegen die Apartheid in Südafrika einsetzten.¹⁸ Dieses Plakat wurde vom Solidaritätskomitee der DDR in Zusammenarbeit mit dem United Nations Centre Against Apartheid (UN-Zentrum gegen Apartheid) in mehreren Sprachen veröffentlicht. Solidaritätskomitee der DDR in Zusammenarbeit mit dem United Nations Centre Against Apartheid, DDR, undatiert. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt von SODI.

¹⁸ Vgl. Schleicher: Liberation Struggle, S. 1134–1137.

KEIN KONTO FÜR APARTHEID!
DIE DRESDNER BANK GIBT KREDITE AN SÜD-
AFRIKAS REGIERUNG



MIT DEM GRÜNEN BAND DER SYMPATHIE
WERDEN MENSCHEN IN SÜDAFRIKA
GEKNECHTET ENTWÜRDIGT
MUNDTOT GEMACHT.

Kein Konto für Apartheid

Mitte der 1980er-Jahre erntete die Dresdner Bank Kritik dafür, dass sie zu den Kreditgebern gehörte, die das wirtschaftliche Überleben des südafrikanischen Regimes sicherten. Dieses Plakat spielt auf das Firmenlogo der Bank und deren Werbeslogan „Mit dem grünen Band der Sympathie“ an. Das Symbol wurde hier so verfälscht, dass es Handschellen bildet, und stellt damit einen Kontrast zwischen Werbeplakaten und den Plakaten der Gegenkultur an öffentlichen Plätzen dar. Es wurde von einer Arbeitsgruppe von Kirchenmitgliedern und Aktivist*innen veröffentlicht, die eine wachsende Zahl an Menschen repräsentierten, die sich in den 1980er-Jahren an der Anti-Apartheid-Bewegung beteiligten. Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, BRD 1984. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

FÜR WIRTSCHAFTSSANKTIONEN GEGEN SÜDAFRIKA



**SANKTIONEN SCHADEN
SCHWARZEN ARBEITERN
NICHT MEHR ALS APARTHEID**

INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN

Sanktionen schaden schwarzen Arbeitern nicht mehr als Apartheid

Dieses vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) 1988 veröffentlichte Plakat setzt dem immer wiederkehrenden Argument gegen Wirtschaftssanktionen ein Argument entgegen, wobei es die Forderung nach Sanktionen durch eine drastische Darstellung physischer Gewalt und Repression unterstreicht. Bis zum Ende des Apartheid-Regimes sah Westdeutschland von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika ab, weswegen die Forderung nach Sanktionen ein zentrales Element westdeutscher Anti-Apartheid-Kampagnen vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre war.¹⁹ Auf Drängen der SACP und des ANC hatte die DDR bereits 1963 ein offizielles Embargo gegen Südafrika verhängt – und das trotz des Widerstands von Wirtschaftspolitik*innen. Das Embargo wurde allerdings nie vollständig umgesetzt: Auch nach 1963 gab es über Drittländer in einem bestimmten Ausmaß noch Handel zwischen der DDR und Südafrika.²⁰ IBFG, BRD 1988. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

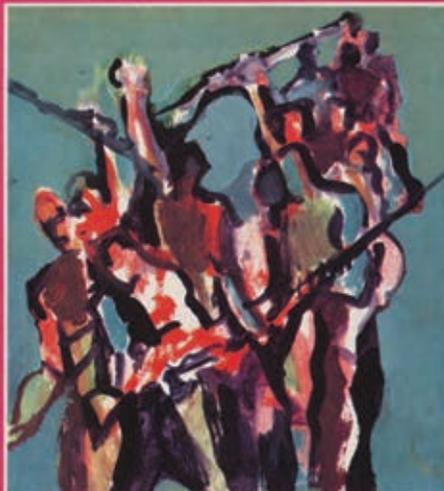
¹⁹ Vgl. z.B. Wellmer: *History*, S. 680, 689f.; Bacia/Leidig: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“, S. 114.

²⁰ Schleicher, Ilona: Prinzipien, Zwänge, Kalter Krieg: Die DDR und Sanktionen gegen Südafrika zu Beginn der 60er Jahre, in: van der Heyden, Ulrich/ Schleicher, Hans-Georg (Hrsg.): *Die DDR und Afrika: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken*, Münster 1993, S. 45– 62. Ebenso Heese, Hans: *Trotz Sanktionen – DDR-Fahrzeuge rollen in Südafrika*, in: van der Heyden/Schleicher: *Engagiert für Afrika*, S. 73–81.

READ

SECHABA

the official organ of the african
national congress-south africa



Send For A Free Copy From:
49 Rathbone Street, London W1A-4NL

Lest die Sechaba, das offizielle Organ des African National Congress – Südafrika

Dieses ostdeutsche Plakat wirbt für die Zeitschrift *Sechaba* des ANC, die ab 1967 in der DDR gedruckt und von dort an verschiedene Länder weltweit verschickt wurde.²¹ Mit Unterstützung des Solidaritätskomitees konnte der ANC der vom südafrikanischen Regime verbreiteten Propaganda etwas entgegensetzen. Eric Singh zufolge, der aus Südafrika ins Exil geflohen war und zum Redaktionsteam von *Sechaba* gehörte, gab es unzählige Probleme, die gelöst werden mussten: Sprachschwierigkeiten deutscher Schriftsetzer*innen, der andauernde Papiermangel und die Notwendigkeit, das Drucken der *Sechaba* hinter dem Eisernen Vorhang geheim zu halten.²² Der Transportweg des Manuskripts vom ANC-Büro in London über Warschau bis in die DDR war umständlich. Ab 1975 half ein Mitglied aus der Westberliner Anti-Apartheid-Bewegung dabei, die Transportzeit zu verkürzen, indem er die Manuskripte über die Grenze zwischen West- und Ostberlin schmuggelte.²³ *Sechaba*, DDR, undatiert. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt von SODI.

21 Schleicher, Ilona/Schleicher, Hans-Georg: Die DDR im südlichen Afrika: Solidarität und Kalter Krieg, Hamburg 1997, S. 55–74; Singh, Eric: „Sechaba“ — Zeitschrift des ANC Printed in GDR, in: van der Heyden/Schleicher: Engagiert für Afrika, S. 129–140.

22 „Die Wahrheit über Apartheid verbreiten“, S. 52–59; Singh im Interview. Zu dem letzten Aspekt vgl. Schleicher, Ilona: „Sechaba“ — Stimme des ANC, in Schleicher/Bohne: Solidarität, S. 49f.

23 Vgl. Schleicher: „Sechaba“, S. 50f.



Es gibt
Zeichen,
die werden
zum
Symbol

**IN SÜDAFRIKA:
FÜR UNTERDRÜCKUNG**

210

KUNDGEBUNG

Mittwoch, 2. Juli, 17 Uhr

Schloßplatz in Stuttgart

Philip Potter ehemaliger Generalsekretär
des Weltkirchenrats

Walter Schwenninger Die Grünen

ein Gewerkschaftsvertreter

© U.F. Arnold, Hg., Stuttgart 1978, Nr. 20/1978, 4

Es gibt Zeichen, die werden zum Symbol

Auf diesem Plakat wird eine Demonstration in Stuttgart angekündigt, dem Sitz von Daimler-Benz. 1981 machte das Unternehmen Schlagzeilen, weil es Fahrzeuge vom Typ Unimog an Südafrika lieferte. Dies führte zu Protesten, da die Lastwagen häufig bei der Unterdrückung von Anti-Apartheid-Aktivist*innen zum Einsatz kamen. Daimler-Benz gab an, dass es nicht dafür verantwortlich sei, wenn Unimogs zu gepanzerten Einsatzfahrzeugen umgerüstet würden. Indem es Dual-Use-Güter als Zivilfahrzeuge deklarierte, konnte das Unternehmen das UN-Embargo umgehen, das 1977 für die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern nach Südafrika verhängt worden war. Auf dem Plakat ist die allseits bekannte Kühlerstern von Mercedes dargestellt, allerdings dient der Stern hier als Symbol für Unterdrückung. Angela Mai, Stuttgart 1988. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

Freiheit



für Vorkämpfer der südafrikanischen
Befreiungsbewegung (ANC)
Nelson Mandela

Herausgeber: K.Schmitt Aktionsgruppe Freiheit für Nelson Mandela, D-7124 Bongheim, Dgast. 2
Spendenkonto: PSC/A-Stuttgart Nr. 37233 303 Kennwort Mandela

Freiheit für Nelson Mandela

Mandelas Leben wurde als ein Kampf beschrieben, sowohl gegen die Apartheid als auch gegen die Unsichtbarkeit. 1964 wurde Mandela zu lebenslanger Haft verurteilt. Das südafrikanische Regime verbot die Verbreitung von Porträts von Mandela und schirmte ihn vor den Kameras ab, im Bestreben, die Erinnerung an den berühmten Gefangenen auf diese Weise auszulöschen. Diese Sanktionen führten jedoch nur dazu, dass sein Porträt erst recht zum Symbol für den Kampf gegen die Apartheid avancierte, da Solidaritätskampagnen gezwungen waren, auf einen sehr begrenzten Fundus an Fotos zurückzugreifen.²⁴ Eli Weinberg fügte diesem Bestand dieses berühmte Foto hinzu, das Anfang der 1960er-Jahre entstanden war, als Mandela im Untergrund agierte. Das Solidaritätskomitee der DDR stiftete diese Plakatausgabe der westdeutschen Initiative „Freiheit für Nelson Mandela“.²⁵ Die Aktionsgruppe war vor dem Hintergrund einer internationalen Kampagne im Jahr 1973 gegründet worden, als das ANC-Büro in London und der UN-Sonderausschuss gegen Apartheid das Thema der politischen Gefangenen zehn Jahre nach Beginn des Rivonia-Prozesses²⁶ auf die Tagesordnung setzten.²⁷ Karl Schmidt, Aktionsgruppe „Freiheit für Nelson Mandela“, Bönningheim 1973. Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt von SODI.

213

²⁴ Vgl. O’Toole, Sean: Free Nelson Mandela, in: *Artthrob*, 80 (2004), unter: www.artthrob.co.za/04apr/reviews/otoole.html; Nixon, Rob: Mandela, Messianism, and the Media, in: *Transition*, 51 (1991), S. 45.

²⁵ Singh, südafrikanischer Exilant in der DDR und Mitarbeiter des ANC-Organs *Sechaba*, übergab das Poster; Singh im Interview.

²⁶ Der Rivonia-Prozess fand 1963/64 gegen Mitglieder des ANC, der SACP und andere Widerstandskämpfer statt, die zuvor in Rivonia bei Johannesburg festgenommen worden waren (Anmerkung der Herausgeber).

²⁷ Vgl. Klein, Genevieve: The British Anti-apartheid Movement and Political Prisoner Campaigns, 1973–1980, in: *Journal of Southern African Studies*, 35 (2009) 2, S. 460f.



Quelle: August-Bebel-Institut

Solidaritätsplakate in der Ausstellung „Solidaritäten über Grenzen“ im August-Bebel-Institut.

Dr. Susann Lewerenz, Historikerin, ist Mitarbeiterin im Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die (post-)koloniale deutsche Geschichte mit Fokus auf Geschichte von People of Color sowie Geschichte von Rassismus und Exotismus in der visuellen Kultur in Deutschland (1920–1960).

Heike Hartmann ist Kuratorin und Kulturwissenschaftlerin. Sie arbeitet zu den Schwerpunkten Geschichte der Fotografie, Kolonialgeschichte sowie Wissenschaftsgeschichte und wirkte an verschiedenen Ausstellungen mit, unter anderem hat sie die Ausstellung „Deutscher Kolonialismus. Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“ (2016/17) kuratiert. Sie war an weiteren Ausstellungen beteiligt, darunter „Bilder verkehren. Postkarten in der visuellen Kultur des deutschen Kolonialismus“ (2005), „Solidaritäten über Grenzen. Anti-Apartheid-Kampagnen in der BRD und DDR“ (2011) und ist Mitherausgeberin von „Menschen – Orte – Zeiten. Fotografie am Deutschen Historischen Museum“ (2009).



Zum gegenseitigen Vorteil

Auftritte von Miriam Makeba in der DDR

„In our struggle, songs are not simply entertainment for us. They are the way we communicate. The press, radio and TV are all censored by the Government. We cannot believe what they say. So we make up songs to tell us about events. Let something happen and the next day a song will be written about it.“¹

Miriam Makeba, 1988

Musik als Stilmittel, als Mobilisierungskraft und als politischer Protest gegen Apartheid war weitverbreitet.² Oftmals waren es jedoch Popsongs westlicher Musiker*innen, die populär wurden, „Biko“ von Peter Gabriel etwa oder „Free Nelson Mandela“ von The Specials AKA. Sowohl die Musiker*innen des globalen Nordens als auch die des Black Atlantic (z.B. Peter Tosh mit „Apartheid“) oder außerhalb Südafrikas (z.B. Alpha Blondy mit „Apartheid is Nazism“) kamen nicht aus der Anti-Apartheid-Bewegung selbst, sondern aus ihrem Umfeld.³ Die Künstler*innen hegten zwar Sympathien für den Anti-Apartheid-Kampf, waren jedoch nicht zwangsläufig

1 Zit. nach: Gray, Anne-Marie: Liberations Songs Sung by Black South African during the 20th Century, in: International Journal of Music Education, 33 (1999) 30, S. 30–37; Zitat: S. 35.

2 Vgl. Schumann, Anne: The Beat that Beat Apartheid: The Role of Music in the Resistance against Apartheid in South Africa, in: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 14/2008, S. 17–39; Le Roux-Kemp, Andra: Struggle Music: South African Politics in Song, in: Law and Humanities, 8 (2014) 2, S. 247–268; Kahrs, Andreas: Musik gegen Apartheid. „Biko“, „Sun City“, „Gimme Hope Jo’anna“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 13 (2016), S. 337–347; vgl. auch den Beitrag von Detlef Siegfried in diesem Band.

3 Kahrs: Musik gegen Apartheid, S. 338.

Teil desselben. Anders verhält es sich bei südafrikanischen Musiker*innen wie Hugh Masekela, Abdullah Ibrahim und besonders Miriam Makeba. Viele Jahre im Exil lebend, bei zahllosen Auftritten in Afrika, Europa und Amerika sowohl Pop- als auch politische Lieder professionell singend, gehörte Miriam Makeba als aktiv handelnde politische Akteur*in zur südafrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung und inspirierte zugleich westliche Kampagnen und Anti-Apartheid-Bewegungen.⁴

Eine kurze biografische Skizze

Miriam Makeba wurde 1932 im Prospect-Township nahe Johannesburg geboren. Nach ersten musikalischen Aktivitäten im Schulchor schloss sie sich in den 1950er-Jahren der Musikgruppe Manhattan Brothers an und gründete später die Band The Skylarks. 1959 spielte sie in dem Film „Come back, Africa“ mit, der mit Kritik am Apartheid-Regime nicht sparte. Als Konsequenz wurde ihr die Wiedereinreise nach Südafrika verweigert: Es war der Beginn eines 30-jährigen Exils. Erst 1990, nach der Freilassung Nelson Mandelas, konnte sie in ihre Heimat zurückkehren.

Unterstützt von Harry Belafonte, konnte sie in den USA ihre musikalischen Erfolge fortsetzen, die mit der Veröffentlichung des Songs „Pata Pata“ 1956 in Südafrika begonnen hatten. Sowohl ihr musikalisches als auch ihr politisches Engagement gegen den rassistischen Apartheid-Staat nahm in den folgenden Jahren zu. Gleichzeitig häuften sich auch in den USA Anfeindungen, Konzertabsagen und Kündigungen von Plattenverträgen, nachdem sie 1968 den Black-Panther-Aktivisten Stokely Carmichael geheiratet hatte. Daraufhin zogen beide nach Guinea, wo sie Präsident Sékou Touré großzügig unterstützte und sie zusätzlich mit einem Diplomatenpass ausstattete. Dieser gab ihr die Möglichkeit, das Apartheid-Regime kontinuierlich auf der internationalen Bühne zu kritisieren. 1985, nach der Trennung von Carmichael und dem Tod der Tochter Bongis – auch sie trat einmal in der DDR auf –, zog sie nach Brüssel. Bis zu ihrem Tod 2008 gab sie weltweit Konzerte und nahm auch am Konzert im Londoner Wembley-Stadion 1988 aus Anlass des 70. Geburtstages von Nelson Mandela teil.⁵

218

⁴ Kahrs (ebd., S. 340) hat für die westdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung festgestellt, dass popkulturelle Einflüsse auf die politischen Diskurse bisher nur marginal thematisiert worden sind. Das gilt für die ostdeutsche Solidarität noch mehr: Es gibt nämlich keine Studie zu diesem Thema.

⁵ Dorsch, Hauke/Simmert, Tom: Südafrikas Musik zwischen Popularität und Politisierung,

Bei Miriam Makeba ging es nicht nur um Musik, sondern genauso – wenn nicht noch stärker – um die politische und künstlerische Person. Bei ihr wurde nicht Popmusik zum „Vehikel politischer Kampagnen“⁶, sondern Makeba war der politische Inhalt in personam, sie war musikalischer Teil der Anti-Apartheid-Bewegung und -Kampagnen.

Auftritte in der DDR

Mehrmals gastierte Miriam Makeba in der DDR,⁷ zum ersten Mal während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin,⁸ wo sie auf dem Alexanderplatz und einen Tag später im Friedrichstadtpalast auftrat.⁹ Ihr Konzert am 4. August auf dem Alexanderplatz begeisterte das Publikum und die DDR-Presse.¹⁰ Sie selbst schrieb darüber in ihrer ersten Autobiografie:

„Ostberlin veranstaltete die ersten Weltjugendfestspiele, die alle vier Jahre abgehalten werden sollten. Ich sollte im Freien auftreten, auf dem Alexanderplatz. Am Tage meines Auftritts regnete es in Strömen. [...] Auf dem Platz drängten sich die Menschen. Es regnete weiter, aber niemand rührte sich von der Stelle. Ich hoffte, sie würden nach Hause gehen, aber sie blieben. So musste ich auf die Bühne. Schon nach wenigen Minuten war ich völlig durchnässt, und das Wasser tropfte von den Perlen an den Enden meiner Zöpfe. [...] Aber wenn ich singe, gebe ich immer mein Bestes, und das tat ich auch jetzt. Mein Auftritt dauerte eine Stunde. Kurz vor Schluss spannte man eine Zeltplane über mir auf, aber das nützte nichts mehr. Als ich von der Bühne abtrat, klatschte

219

in: Leggewie, Claus/Meyer, Erik (Hrsg.): Global Pop. Das Buch zur Weltmusik, Bonn 2017, S. 323–331, hier S. 325f.

- 6** Kahrs: Musik gegen Apartheid, S. 340.
- 7** Tonaufnahmen von Konzertmitschnitten, Gesprächen und Features sind im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) vorhanden.
- 8** Neues Deutschland (ND) vom 19.1.1974, S. 4. Auf der Langspielplatte „Folklore international“ – als eine von mehreren LPs mit Originalaufnahmen von den X. Weltfestspielen – sind neben Aufnahmen von Miriam Makeba und Initi Illimani auch Lieder aus der Sowjetunion, aus Ungarn, Bulgarien und Kuba zu finden.
- 9** ND vom 5.8.1973, S. 6; Mollenschott, Elvira: Die Makeba singt Afrika, in: ND vom 6.8.1973, S. 5.
- 10** Bratfisch, Rainer: Miriam Makeba, in: Melodie & Rhythmus (M&R) 9/1987, S. 4.

das Publikum begeistert Beifall. Die Veranstalter waren mir dankbar, dass ich trotz des schlechten Wetters durchgehalten hatte, und sagten, sie hofften, ich würde von nun an immer zu den Weltjugendfestspielen kommen. Ich trocknete mich ab und sagte lachend, ich würde es versuchen. In dem Jahr wurde ich nicht überall so freundlich empfangen.“¹¹

Ein Jahr später stand sie erneut in Berlin auf der Bühne: auf dem 4. Festival des politischen Liedes im Februar 1974 in der Volksbühne.¹² 1975 wurde Miriam Makeba zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Künste ernannt.¹³ Danach folgte eine elfjährige Auftrittspause in der DDR, bevor sie zum 15. Festival des politischen Liedes im Februar 1985 im Friedrichstadtpalast¹⁴ und in der Werner-Seelenbinder-Halle sang.¹⁵ Aus Anlass der 750-Jahr-Feier Berlins kehrte sie noch einmal nach Ost-Berlin zurück und trat im Juni 1987 an drei aufeinanderfolgenden Tagen im Palast der Republik auf.¹⁶ Die Konzerte mit jeweils rund 20 Stücken wurden aufgenommen und in der folgenden Woche sowohl im DDR-Radio gesendet als auch im DDR-Fernsehen ausgestrahlt.

220 Während ihrer Auftritte in der DDR trug Makeba sozialkritische und politische Songs vor, die den herrschenden Rassismus, Kolonialismus und Apartheid kritisieren. Das gehörte zu ihrem Selbstverständnis: „Politische Lieder sind für mich eine unverzichtbare Sache.“¹⁷ Dazu zählte der „Soweto-Blues“, komponiert von Hugh Masekela, der vom Aufstand der Schüler*innen im Johannesburger Township Soweto im Jahr 1976 handelt, die sich gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache wehrten. Dazu gehörte auch das ebenfalls von Hugh Masekela geschriebene Lied „African Convention“ sowie die in IsiXhosa gesungenen Stücke „Amampondo“, „N’gongo“ oder „Hapo Zamani“. In Letzterem heißt es:

11 Makeba, Miriam/Hall, James: *Homeland Blues: Ein farbiges Leben*, München 1988, S. 259f.

12 Rebling, Eberhard: Hören wir die Lieder der Zeit, in: ND vom 9.2.1974, S. 9; ND vom 16.2.1974, S. 2.

13 ND vom 25.3.1975, S. 4.

14 Görtz, Günter: Sänger von fünf Kontinenten kommen zum Fest der roten Lieder, in: ND vom 25.1.1985, S. 4; ND vom 15.2.1985, S. 1; DRA, Archivnummer 1950268.

15 DRA, Archivnummer 1950276.

16 ND vom 14.5.1987, S. 4.

17 Krüger, Martina: Leidenschaftliche Stimme der afrikanischen Völker, in: ND vom 16./17.2.1985, S. 4.

„Nindibona ndilinxila nje kungenxa yamabhulu
(I am a drunk because of the Afrikaner white man)
Nindibona ndingenakhaya nje kungenxa yabelungu
(I am homeless because of the whites)
Nindibona ndizula nje kungenxa yabelungu
(I am a hobo because of the whites)
Baleka bhulu (Run white man)
Sizobuya (We'll come back)
Sizobuy' ekhaya (We'll come back home)

Daneben coverte Miriam Makeba kritische Lieder und interpretierte sie neu, so „For what it's worth“ von der Folk- & Countryband Buffalo Springfield, dessen eindrucksvolle Anfangszeilen lauten:

„There's something happening here
What it is ain't exactly clear
There's a man with a gun over there
Telling me I got to beware.“

In ihrem Repertoire finden sich auch Lieder, die nicht von Südafrika handeln, die jedoch immer einen Bezug zu Freiheitskämpfen haben, so etwa der Song „Moçambique“, geschrieben von ihrer Tochter Bongki Makeba, oder der in Portugiesisch gesungene Titel „Dju di galiña“, komponiert von José Carlos Schwarz aus Guinea-Bissau, der während des Unabhängigkeitskampfes dreieinhalb Jahre auf der vor der Küste Guineas gelegenen Ilha das Galinhas inhaftiert war und in diesem Lied seine Erfahrungen verarbeitet.¹⁸

Was Makeba jedoch seltener vortrug, das waren sogenannte „struggle songs“, die sich inhaltlich nicht nur durch „Widerstand“ und „Überzeugung“ auszeichnen, sondern der kollektiven Mobilisierung dienen, Emotionen hervorrufen und einen bildenden, informierenden, ideologischen, inspirierenden und politischen Charakter haben. „Struggle songs“ sind mit Massenbewegungen wie dem African National Congress (ANC), dem Pan Africanist Congress (PAC) oder Protesten auf der Straße verbunden und verfolgen eine direktere und radikalere politische Agenda.¹⁹ Ein Beispiel

¹⁸ Mendy, Peter Karibe/Lobban Jr., Richard Andrew: Historical Dictionary of the Republic of Guinea-Bissau, 4. Aufl., Lanham u.a. 2013, S. 198.

¹⁹ Le Roux-Kemp: Struggle Music, S. 250-254.

ist der von Vuyisile Mini komponierte Song „Ndodemnyama we Verwoerd“ („Beware Verwoerd“),²⁰ den Miriam Makeba aufnahm und auch live spielte – nie jedoch in der DDR. Ein Grund könnte sicherlich sein, dass der Titel zu viel Wissen voraussetzte, das bei einem Publikum außerhalb Südafrikas nicht vorhanden gewesen wäre. Was sie aber sang, war – zumindest auf einem der drei Konzerte im Juni 1987 – das bekannte „Nkosi Sikel’ iAfrika“, ein „struggle song“, der seit 1925 die Hymne des ANC war und heute Teil der südafrikanischen Nationalhymne ist. Und sie beendete das Konzert am 15. Juni mit dem Ruf „Amandla!“ (die Macht) und der Antwort „Awethu!“ (für uns). Die kraftvolle Antwort kam jedoch nicht vom weißen Publikum, sondern von den Background-Sängerinnen.

Resonanz

In vielen Printmedien der DDR fanden sich Meldungen über Makebas Auftritte, in den politischen Tageszeitungen wie *Neue Zeit*, *Neues Deutschland*, *Berliner Zeitung*, *Nationalzeitung*, *Der Morgen* und *Junge Welt*, aber auch in Medien wie *Melodie & Rhythmus*, *Unterhaltungskunst*, *FF Dabei* und der *Neuen Berliner Illustrierten*. Umfang und Aussagegehalt der Artikel variieren. Ein früher Text aus der *Wochenpost* aus dem Jahr 1973²¹ etwa skizziert ausführlich Makebas Leben und ihre politische Bedeutung; die meisten Texte aus den 1980er-Jahren und über ihre Auftritte 1987 dagegen ähneln sich stark. Da zudem verschiedene Beiträge im DDR-Fernsehen und Interviews mit ihr im DDR-Rundfunk gesendet wurden, war Miriam Makeba als Sängerin und Aktivistin dem DDR-Publikum ziemlich bekannt.

In der DDR-Berichterstattung über sie geht es oftmals um einzelne Lieder, ihre Melodik und Texte (z.B. „Malaika“, „Pata Pata“ oder der „Click Song“),²² später dann auch verstärkt um deren politische Bedeutung, Symbolik und Kontext (z.B. für den „Soweto Blues“).²³ Dennoch dominiert in den Artikeln meist die politische Person und Künstlerin.

Makebas Auftritte in der DDR werden als „positiv“ und „kraftvoll“ beschrieben,²⁴ die Kritiken reproduzieren aber – wie dies bei „Global Pop“ oder „Weltmusik“ oftmals geschieht – exotische Klischees: Miriam Make-

²⁰ Zu dem Song auch ebd., S. 255f.; Schumann: *The Beat that Beat Apartheid*, S. 23.

²¹ Hönig, Bernhard: *Miriam Makeba*, in: *Wochenpost* 37/1973.

²² Krüger: *Leidenschaftliche Stimme*; Schmidt, Gudrun: *Gute Freunde zu haben – das gibt Kraft*, in: *ND* vom 16./17.5.1987, S. 6.

²³ Krüger: *Leidenschaftliche Stimme*; Schmidt: *Gute Freunde*; Bratfisch: *Miriam Makeba*.

²⁴ Z.B. Schmidt: *Gute Freunde*.



Miriam Makeba and the Shikiza-group, Festival des politischen Liedes, Februar 1985, Berlin, Fotograf Eric Singh.

ba, ein „überschäumendes afrikanisches Temperament auf der Bühne des Friedrichstadtpalastes“²⁵ oder „rhythmische Bewegung und exotische Klangfarben holten Land, Leute, Sitten und Gebräuche des fernen Kontinents in den Saal“.²⁶ In einem Artikel hieß es: „Riesenbeifall brach los, als sie – ein südafrikanisches Hochzeitslied ankündigend – schnalzende, klickende Laute ins Mikrofon gab. Das seien keine künstlich erzeugten rhythmischen Geräusche, wie mancher vielleicht vermute, sondern das seien Laute aus der Sprache ihres Volkes, der wirklichen Südafrikaner.“²⁷ Der Verweis auf die „wirklichen Südafrikaner“ ist in dem Zusammenhang interessant, auch weil Makeba in den Berichten nicht immer als Südafrikanerin vorgestellt wurde, sondern als „die großartige Sängerin aus Guinea“²⁸ oder als die „Afrikanerin Miriam Makeba“.²⁹

Schwer zu sagen, ob das DDR-Publikum die Bedeutung der einzelnen Lieder verstand und sie in den Kontext – über eine allgemeine Kritik an Apartheid und Kolonialismus hinausgehend – einordnen konnte. Für einen Teil der Zuhörer*innen wird das durchaus gegolten haben, für andere im Publikum sicherlich nicht. Sich dessen wohl bewusst, erklärte Miriam Makeba auf ihren Konzerten immer die Lieder und deren Bedeutung. In jedem Fall hatten die Auftritte von Miriam Makeba in der DDR Vorteile und Symbolkraft für beide Seiten. Makeba traf auf ein begeistertes, ihr zugewandtes Publikum³⁰ und für die DDR bedeuteten die Auftritte eine (auch, aber nicht nur selbst zugeschriebene) Aufwertung und waren Bestandteil der Solidarität gegen Apartheid, was dem Selbstverständnis der DDR entsprach.

224

*„Miriam Makeba dankte bewegt – allen Besuchern dieser Matinee, vor allem aber der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik, den Gastgebern, ‚für ein wunder-, wundervolles Festival‘, wie sie ausrief. ‚Das war unser erster Besuch in der DDR. Wir wären sehr froh, bald wieder einmal hier zu sein.“*³¹

²⁵ Krüger: Leidenschaftliche Stimme.

²⁶ Huhn, Jürgen: Im Banne der Königin des afrikanischen Liedes, in: ND vom 18.5.1987, S. 4.

²⁷ Mollenschott, Elvira: Die Makeba sind Afrika, in: ND vom 6.8.1973, S. 5.

²⁸ ND vom 16.2.1974, S. 2; auch ND vom 9./10.2.1985, S. 1.

²⁹ Berliner Zeitung vom 19.5.1987.

³⁰ Krüger: Leidenschaftliche Stimme.

³¹ Mollenschott: Makeba.

Ein Jahr später, anlässlich ihres Auftritts beim 4. Festival des politischen Liedes, hieß es, dass sie „trotz anderer Angebote aus den USA dem politischen Lied treu geblieben ist“.³² Ungeachtet solcher Abgrenzungen gegenüber dem kapitalistischen Westen wurde immer wieder auf ihre Auftritte in London oder in den USA sowie ihre Zusammenarbeit mit Künstler*innen wie Paul Simon, Jane Fonda und Harry Belafonte verwiesen.³³ Das ermöglichte der DDR, sich mit anderen Ländern im Kampf gegen die Apartheid auf die gleiche Stufe zu stellen, ohne sich irgendwelchen kommerziellen Interessen zu unterwerfen. Ähnliches galt für das Konzert in Berlin-Weißensee im Juni 1988, bei dem The Wailers und Bryan Adams auftraten,³⁴ oder für musikalische Initiativen wie „Jazz gegen Apartheid“ in Erfurt.³⁵

Allerdings dürfen Makebas Auftritte in der DDR nicht nur im Zusammenhang mit der Anti-Apartheid-Solidarität betrachtet werden, sondern sind in dem größeren Kontext des Kampfes gegen (Neo-)Kolonialismus³⁶ bzw. der gesamten internationalen Solidaritätsarbeit zu sehen, zu der auch die Unterstützung der chilenischen Opposition gegen die Militärdiktatur Pinochets oder der Kampf gegen den Rassismus in den USA (Paul Robeson) gehörte. Dabei ist auffällig, dass im Zusammenhang mit Miriam Makeba kaum von Arbeiterklasse oder Klassenbrüdern³⁷ die Rede war, sondern Begriffe wie Freiheit, Befreiung und Unabhängigkeit verwendet wurden,³⁸ ohne dabei die soziale Bedeutung auszublenden, so etwa in

32 ND vom 16.2.1974, S. 2.

33 U.H.: Miriam Makeba, in: Unterhaltungskunst 7/1987; Meldung in der Aktuellen Kamera zum Konzert mit Paul Simon in Harare oder des Konzertes in London.

34 Bratfisch: Miriam Makeba.

35 M&R 12/1988, S. 6.

36 „Dem Kampf afrikanischer Völker für Freiheit und Unabhängigkeit widmet Miriam Makeba ihre Lieder, eine große Sängerin“ (Kynaß, Hans-Joachim: Rote Lieder sind überall, in: ND vom 17.2.1974, S. 4); „Vom Leben und Kampf der afrikanischen Völker zu singen“ (ND vom 5.8.1973, S. 6); „Sie singt, was die zur Freiheit erwachten Völker dieses Kontinents fühlen und erstreben. Alles ist in ihren Liedern lebendig: Trauer und Zorn, Freude und Lust“ (Mollenschott: Die Makeba); „In ihren Liedern sang sie von der Kraft der Menschen des afrikanischen Kontinents im Ringen um politische und ökonomische Unabhängigkeit und gab der Siegeszuversicht des südafrikanischen Volkes im Kampf gegen die Apartheid-Politik Ausdruck“ (ND vom 15.2.1985, S. 1); Unabhängigkeit der kämpfenden Völker Afrikas (Krüger: Leidenschaftliche Stimme; Bratfisch: Miriam Makeba).

37 Krüger: Leidenschaftliche Stimme.

38 Kynaß: Rote Lieder; Görtz: Sänger von fünf Kontinenten; ND vom 15.2.1985, S. 1.

einem DDR-Rundfunkbeitrag von ihrem Besuch im VEB Kombinat Narva, den sie sich gewünscht habe, um in Kontakt zu Arbeiter*innen zu kommen. Miriam Makeba wurde in der DDR nicht allein als Sängerin, sondern stets auch als politische Aktivistin wahrgenommen. In der DDR-Dokumentation „Das Kreuz des Südens. Flaggen und Schicksale in Afrika“³⁹ beispielsweise geht es in erster Linie um die angolansische und mosambikanische Unabhängigkeitsbewegung, erst in zweiter um Simbabwe, Namibia und Südafrika. Makeba wird dabei als südafrikanische Aktivistin vorgestellt und interviewt, nicht als politische ANC-Exilantin.

Indirekt war Miriam Makeba auch in anderer Hinsicht präsent. Als im Februar und März 1985 verschiedene osteuropäische Künstler*innen durch Angola, Mosambik, Simbabwe und Äthiopien reisten, interpretierte die DDR-Sängerin Regina Thoss auf ihren Konzerten sowohl „Pata Pata“ als auch „Free Nelson Mandela“.⁴⁰ Und während des Kulturprogramms auf den 13. Weltjugendspielen in Pjöngjang 1989 sangen mehrere DDR-Künstler*innen „Free Nelson Mandela“, die „einst von Miriam Makeba in die Welt getragenen musikalischen Forderung nach der Befreiung des südafrikanischen Patrioten“, wie es im *Neuen Deutschland* hieß.⁴¹

Miriam Makeba hat sich kaum über ihre Auftritte in der DDR geäußert. Immer verstand sie sich als Botschafterin eines antkolonialen Bewusstseins.⁴² In ihrer 1985 erschienenen Autobiografie erwähnt sie nur den regnerischen Auftritt während der Weltfestspiele und die freundliche Aufnahme des Publikums trotz Regens – was auch viele DDR-Zeitungen und -Zeitschriften hervorhoben. Miriam Makeba hat in kurzen Grußworten im *Neuen Deutschland* oder der *Jungen Welt* der DDR für ihre Unterstützung des Befreiungskampfes und für die ihr auch persönlich entgegengebrachte Empathie gedankt. Aus Anlass des Auftritts zur 750-Jahr-Feier Berlins schrieb sie in das Gästebuch der DDR-Künstleragentur:

„I say how much of an honour and pleasure it is for me to have been invited to the 750th birthday of your wonderful city. It is an inspiration to me and our people in South Africa, for whom I think of the problems and pain your people went

³⁹ DRA, Archivnummer 004012.

⁴⁰ Krüger: Leidenschaftliche Stimme.

⁴¹ ND vom 3.7.1989, S. 4.

⁴² „Ich weiß der Tag wird kommen“. Interview mit Miriam Makeba, in: *Junge Welt* vom 15.5.1987.

*through during the war, it is marvelous to me how much progress you have made in the development of your city and the beautiful minds of your people especially the youth. Thank you for the support you gave to our people and to all the struggling people of the world.“*⁴³

Die politische Relevanz und Wirkung ihrer Auftritte und Veröffentlichungen – auch in Verbindung mit politischen Statements wie etwa vor den Vereinten Nationen – war stärker als die von westlichen Musiker*innen, die sich im Anti-Apartheid-Kampf engagierten. Zwar konnten Letztere möglicherweise eine größere Breitenwirkung erzielen, wenn politische Inhalte in Hitparaden vordrangen, aber Künstler*innen wie Miriam Makeba waren über alle Grenzen hinweg verbindende Ikonen transnationaler Solidarität, ja man könnte sagen, dass Miriam Makeba als exilierte Südafrikanerin in Guinea-Bissau, die viele Jahre mit dem Black-Panther-Aktivisten Stokely Carmichael verheiratet war und in der DDR genauso auftrat wie in London,⁴⁴ diese Solidarität geradezu verkörperte. Ihre Auftritte in Ost-Berlin werteten die DDR (zumindest in den Augen ihrer Bürger*innen) auf und festigten zugleich Miriam Makebas Status als Symbol weltumspannender Solidarität.

227

Andreas Bohne *Autorenbiografie siehe S.13.*

S.216: Miriam Makeba hielt am 9. März 1964 eine Rede vor dem Sonderausschuss für die Politik der Apartheid der Regierung der Republik Südafrika. Quelle: CC / UN Photo https://www.flickr.com/photos/un_photo/3311466173/in/album-72157614394196933/.

⁴³ Zit. nach: Falk, Hermann: Zu Gast in der Welt – die Welt zu Gast. Die Künstleragentur der DDR, Fakten und Anekdoten zum internationalen Künstleraustausch, Berlin 2015, S. 152 sowie Übersetzung Seite 337.

⁴⁴ Verweis auf Wembley in: M&R 8/1988, S. 2f.; ND vom 9.6.1988, S. 4; ND vom 17.6.1988.



Detlef Siegfried

Anti- Apartheid-Pop

Kontroversen um das Mandela-Konzert 1988

Welch ein Erfolg! Ein ausverkauftes Wembley-Stadion, Fernsehübertragung in 67 Länder, 600 Millionen Fernsehzuschauer*innen weltweit. Mit „Freedom at 70“, dem Konzert zum 70. Geburtstag Nelson Mandelas am 11. Juni 1988 hatte das britische Anti-Apartheid Movement (AAM) einen Erfolg ohne gleichen erzielt, indem es eine politische Forderung – Freilassung Mandelas – zum Gegenstand eines globalen Medienereignisses gemacht hatte, das Menschen in aller Welt elektrisierte. Eineinhalb Jahre später wurde die Forderung erfüllt, sodass beim Nachfolgekonzert am 16. April 1990 Nelson Mandela selbst erstmals das Wort an eine ähnlich große Menge richten konnte. Auf diese Weise konnten sich viele Menschen als an der großen Politik Beteiligte fühlen – alle hatten sie Mandelas Freilassung ein bisschen mitbewirkt, und sei es nur als Fernsehzuschauer*innen.

Die Erfolgsgeschichte verdeckte Probleme, die sich innerhalb der Anti-Apartheid-Bewegungen, aber auch in der Boykottpolitik ergeben hatten. Kurz zuvor war die Taktik des totalen Kulturboykotts, wie sie AAM und ANC vertreten hatten, gescheitert. Ihr zufolge sollten internationale Künstler*innen, die in Südafrika auftraten, ebenso boykottiert werden wie südafrikanische Künstler*innen, die außerhalb des Landes tourten. Während der ANC nun einen selektiven Kulturboykott favorisierte, der Ausnahmen für jene Künstler*innen zuließ, die sich für die demokratische Bewegung innerhalb Südafrikas engagierten, hielt das AAM am Totalboykott fest. Paul Simons Erfolgsalbum „Graceland“, wegen Tonaufnahmen in Südafrika als Verstoß gegen den Kulturboykott kritisiert, und die nachfolgende Welttournee Simons mit Miriam Makeba und Hugh Masekela hatten die Grenzen der Boykottpolitik aufgezeigt – ebenso wie das Teilnahmeverbot für den weißen südafrikanischen Anti-Apartheid-Aktivist

Johnny Clegg in Wembley.¹ Hinzu kamen die desintegrativen Folgen der Professionalisierung und des gewandelten Politikverständnisses innerhalb des britischen Anti-Apartheid Movement, die zunehmende Diskrepanz in Größe, Geschwindigkeit und politischem Ansatz zwischen den verschiedenen Anti-Apartheid-Bewegungen in Europa.

Das Verhältnis zu traditionellen Protestmethoden

Im Laufe der 1970er- und 1980er-Jahre wurden zahlreiche Möglichkeiten einer Verknüpfung von Pop und Politik durchgespielt. Die beiden Mandela-Festivals von 1988 und 1990 standen für eine „neuartige Synthese [...] zwischen Massenkulturindustrie und politisch-moralischer Kommunikation“.² Dabei ist entscheidend, dass Pop hier kaum noch als Gegenkultur figurierte, sondern als kulturelle Präferenz einer großen Masse. Auch kann der politische Ansatz nicht ohne Weiteres als „links“ bezeichnet werden, sondern er diffundierte über seine menschenrechtliche Ausrichtung sehr weit in die politische Mitte.

Dabei stellte die „Freedom at 70“-Campaign für das AAM keinen absoluten Bruch mit ihren bisherigen Kampagnen dar. Schon 1983 hatte Popmusik in ihren Aktivitäten eine prominenteren Rolle als Mittel zur Mobilisierung größerer Massen gespielt. Im Juni dieses Jahres hatte das AAM in London ein Konzert veranstaltet, bei dem noch vornehmlich südafrikanische Jazz-Musiker*innen aufgetreten waren, während sich fünf Jahre später die Crème de la Crème der internationalen Popmusik zusammenfand und dadurch einen weit größeren Aufmerksamkeitseffekt erzielte. Gleichwohl war auch das Konzert von 1983 ein Erfolg, der dem AAM vor Augen führte, dass sich hier ein fruchtbares Feld für die weitere Arbeit auftat – und zwar nicht nur ex negativo im Sinne des Kulturboykotts, sondern als politisches Mobilisierungsinstrument. Ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Hinsicht war die Gründung von Artists Against Apartheid im April 1986 in London.

Die „Freedom at 70“-Kampagne beschränkte sich nicht auf das Konzert in Wembley, sondern kombinierte alte und neuere Protestformen. Sie bestand aus drei Komponenten: dem Konzert als Kampagnenauftakt, einem

230

1 Vgl. Siegfried, Detlef: Aporien des Kulturboykotts. Anti-Apartheid-Bewegung, ANC und der Konflikt um Paul Simons Album „Graceland“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 13 (2016), H. 2, S. 254–279.

2 Baringhorst, Sigrid: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität, Wiesbaden 1998, S. 50.

Protestmarsch von Glasgow nach London sowie einer Kundgebung im Londoner Hyde Park. Während Marsch und Kundgebung bewährte Protestformen waren, die Basis-Aktivist*innen vielfältige Betätigungsmöglichkeiten boten und – durch die zahlreichen Stopps des Marsches – Mobilisierungsmöglichkeiten an vielen Orten des Landes, griff das Konzert ein zwar schon bekanntes, aber noch relativ neues Element auf, das durch die Dimension Wembley und die Ausweitung in Gestalt der weltweiten Fernsehübertragung auf eine ganz neue Ebene gehoben wurde.

Der Wandel des Politikverständnisses

Für die Durchführung des Festivals hatte das AAM Tony Hollingsworth gewonnen, der sich als Organisator von Festivals an der Schnittstelle von linker Politik und Popkultur einen Namen gemacht hatte. Hollingsworth versuchte mehr und mehr, die politische Konnotation des Konzerts zurückzunehmen. Denn nur dies garantierte den Verkauf der Übertragungsrechte für das Konzert an internationale Fernsehstationen und damit ein globales TV-Ereignis. Darüber kam es zum Konflikt mit dem AAM, das Bedingungen stellte: Der Fokus solle sich nicht allein auf Mandela richten, sondern auf alle politischen Gefangenen in Südafrika; das Festival solle sich gegen die Apartheid als System richten, und dies solle schon an seinem Titel ersichtlich sein; schließlich sollten Sanktionen gegen Südafrika gefordert werden.³ Hollingsworth argumentierte, die Fernsehanstalten würden ein politisches Ereignis nicht kaufen, wohl aber ein Geburtstagskonzert für die Person Mandela, in dessen Zentrum die Musik stand. Popmusik als Instrument politischer Kampagnen musste, so Hollingsworth' Überzeugung, eine positive Ausstrahlung entwickeln. Am Ende kapitulierte das AAM vor den Erfordernissen der Massenkultur.

Schon 1986 war AA Enterprises gegründet worden, zuständig für das Marketing von Anti-Apartheid-Merchandise – ein wichtiger Schritt in der Adaption avancierter Kommunikationsmittel in der Konsumgesellschaft der 1980er-Jahre.⁴ Auf diesem Feld, dem Marketing, wird klarer als irgendwo sonst, wie stark sich das politische Konzept bestimmter Kreise im AAM von traditionellen Vorstellungen von Politik entfernt hatte. Am Verkauf von Ansteckern oder T-Shirts in Buchläden oder Boutiquen wurde dieses Konzept

³ Elman, Peter: Tony Hollingsworth – Nelson Mandela 70th Birthday Tribute, unter: <https://bit.ly/2ZCbSIY>.

⁴ Harris, Roger/Ling, Margaret: Nelson Mandela – 70th Birthday Commemorative Merchandise, 2.2.1988, Bodleian Library, Oxford (BLO), MSS AAM 1929.

deutlich: „There are many who shop that would not go anywhere near a political meeting – yet – who can first be approached through merchandise. This is the Marxism today approach to politics, and it is sensible as long as it remains but one approach behind a coherent programme.“⁵ „Marxism today approach“ – damit ist ein von Stuart Hall geprägtes politisches Konzept gemeint: Die Menschen betreiben in ihrem Alltag eine Art Mikropolitik, die sich weit unterhalb der traditionell als „politisch“ betrachteten Ebene der Parteien und Parlamente abspielt und sich in ihren kulturellen Präferenzen materialisiert, zum Beispiel im Kauf oder Nichtkauf bestimmter Produkte oder Dienstleistungen, die einen symbolischen Wert haben können. Hall war in den 1970er- und 1980er-Jahren der theoretischen Zeitschrift der britischen Kommunistischen Partei, *Marxism Today*, eng verbunden, die mit einer ursprünglich reformkommunistischen Ausrichtung zu einem führenden linkspluralistischen Organ in Großbritannien wurde. In einer nachträglichen Reflexion über die Anti-Apartheid-Bewegung hob Hall exakt diesen Punkt hervor und erklärte, ihr sei es darum gegangen, ganz normale Leute für ihre Sache zu mobilisieren: „This was one of the AAMs most important achievements and it was a very delicate political job.“⁶ Auch bei der „Freedom at 70“-Campaign galt es, eine Ebene zu finden, die einer breiten Masse den Zugang zum Problem der Apartheid öffnete.

232

Entscheidend für den Erfolg der Kampagne war die Fokussierung auf die Person Mandela, also die Personalisierung der Apartheid-Problematik. Indem das Konzert als Geburtstagsparty deklariert wurde, drehte sich alles um ein eigentlich unpolitisches Ereignis, dem sich viele Menschen anschließen konnten. Gleichzeitig erzeugte die breite Zugänglichkeit eine innere Spannung: Es ging darum, so viele Menschen wie möglich anzuziehen und gleichzeitig die politische Botschaft des Ereignisses nicht zu verwässern. Wie diese Spannung produktiv gemacht werden konnte – um diese Frage drehten sich zahlreiche kontroverse Diskussionen. So löste die Professionalisierung Irritationen aus – zum einen, weil sie mit dem verbreiteten Do-It-Yourself-Selbstverständnis des AAM kollidierte, zum anderen, weil der politische Ansatz der Bewegung sich hinter den Erwägungen der Professionals aufzulösen drohte. An der Basis wurden Bedenken gegen die Ausweitung des politischen Konzepts zum Mainstream hin laut. Eine AAM-Aktivistin fragte sarkastisch: „Is this the way to invite sympathy

⁵ [AAM:] Mandela Merchandise – some thoughts and guidelines, [Anfang 1988.] BLO, MSS AAM 1929.

⁶ Hall, Stuart: The AAM and the race-ing of Britain (1999), <https://bit.ly/2PxFjIA>.

for the true politics and issues of the South African people through the self-congratulatory songs and mouths of a people whose words and music could have been equally attributed to any other situation or event?”⁷

Kommerzialisierungskritik und Berührungsgängste gegenüber der Popkultur

In der Bundesrepublik nahm man den Konflikt zwischen ANC und AAM bezüglich des Kulturboykotts zur Kenntnis, hielt sich aber aus dem Streit heraus und verzichtete auch weitgehend darauf, selbst Konzerte zu veranstalten. Wohl gab es seit Mitte der 1980er-Jahre auch zahlreiche Musikveranstaltungen mit einer Stoßrichtung gegen die Apartheid – allein 1986 das Mainzer Open-Ohr-Festival, das Festival der Jugend von SDAJ und MSB Spartakus, das 12. Tübinger Folkfestival und ein Frauenfestival in Hamburg; im Jahr darauf veranstaltete die Gewerkschaftsjugend in zwölf Städten ein „Beat! Apartheid“-Festival –, aber die deutsche Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) trat kaum selbst als Veranstalterin auf, sicherlich auch wegen ihrer organisatorischen Schwäche.⁸ Wohl hatte Geschäftsführerin Ingeborg Wick versucht, Udo Lindenberg als politisch allseits präsenten Deutschrocker für einen Auftritt bei der großen Anti-Apartheid-Demonstration am 29. November 1986 in Bonn zu gewinnen. Doch räumte sie gleichzeitig ein, kein Honorar zahlen und noch nicht einmal die Reisekosten in Gänze tragen zu können, sodass aus der Sache nichts wurde.⁹

Während also in Großbritannien mit Artists Against Apartheid Popmusiker*innen selbst Musik politisch einsetzten, versuchte man in der Bundesrepublik mit unzulänglichen Mitteln bestenfalls, die Zugkraft politischer Veranstaltungen durch Pop aufzupeppen. Selbstkritisch bemerkte Wick, die deutsche AAB sei nie zur Massenbewegung geworden, weil ihre Arbeit „nicht breit genug gegen den menschenrechtsverachtenden Charakter der Apartheid angelegt war und immer gleich eine Frontstellung gegen die Bonner Regierungspolitik mitbefördern wollte“.¹⁰ Im Unterschied zum flexib-

⁷ Rebecca Kemp an AAM, 12.6.1988, BLO, MSS AAM 1929.

⁸ Anti-Apartheid-Nachrichten, 0/1986, 4 u. 5/1986, 4; Informationsdienst Südliches Afrika 7/1988, S. 17f.

⁹ Anti-Apartheid-Bewegung (Ingeborg Wick) an Udo Lindenberg, 7.II.1986, Archiv für alternatives Schrifttum (AfaS), AAB 244, Teil 2.

¹⁰ Wick, Ingeborg: Bilanz und Perspektiven. Gedanken zur Anti-Apartheid-Bewegung, in: Informationsdienst Südliches Afrika 3/1991, S. 37–39, hier S. 37.

leren AAM trug die Arbeit der AAB „ein stark konventionelles Gepräge: Seminare, Kongresse, Tagungen, juristische Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit mit den Medien u.a.“ Dadurch habe die AAB das Bild einer „seriösen, intellektuell arbeitenden Organisation“ vermittelt. Einen Massenappeal konnte man auf diese Weise kaum entwickeln.

In der Bundesrepublik hatte es seit den frühen 1970er-Jahren in der Popmusik durchaus eine beträchtliche Politisierung gegeben, die sich teilweise auch als Engagement gegen die Apartheid äußerte. So spendete die Band Alphaville, die sich schon an Bob Geldofs Benefiz-Konzert „Live Aid“ und an den Protesten gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf beteiligt hatte, 1987 die Einnahmen aus der Versteigerung ihrer Goldenen Schallplatte „Forever Young“ dem ANC. Andererseits bestimmte im avancierten westdeutschen Pop-Journalismus, anders als beim bodenständigeren *New Musical Express* in Großbritannien, Intellektualisierung in einer elitären Variante den politischen Diskurs. So konnte es kommen, dass die Mandela-Konzerte im politischsten und differenziertesten Blatt der Pop-Presse überhaupt keine Rolle spielten. Denn *Spex*, das führende Organ der deutschen Pop-Theoretiker*innen, war zwar politisch und dezidiert links, hegte aber gleichzeitig Ressentiments gegenüber Massenbewegungen wie der Friedensbewegung, dem alternativen Milieu und allen damit verbundenen musikalischen Ausdrucksformen. Diese galten als entpolitisiert und peinlich, denn die dort veranstalteten Konzerte wurden von älteren Musikern bestimmt, die neueren Stile, insbesondere Punk, blieben oftmals außen vor – in England wäre das „ein Witz“, so die *tageszeitung*.¹¹ *Musik Express/Sounds* rechtfertigte die ausgebliebene Berichterstattung über das AAM-Konzert in Wembley 1988 damit, das Konzert habe zu einem für die Produktionsabläufe ungünstigen Zeitpunkt stattgefunden.¹²

Zu Recht verwies der Journalist Rolf Paasch, *taz*-Korrespondent in London, auf einen strukturellen Gegensatz zwischen beiden Ländern: „Während in der Bundesrepublik eher pessimistische, puristische Einstellungen über den Einsatz einer trivialisierenden Pop(ulär)-Kultur für politische Zwecke vorherrschen, haben die Briten mit Entertainment für einen guten Zweck wenig Probleme.“¹³ So konnte es zu dem interessanten Effekt

¹¹ die *tageszeitung* vom 24.5.1986.

¹² *Musik Express/Sounds*, August 1988, S. 63.

¹³ die *tageszeitung* vom 13.6.1988.

kommen, dass in der deutschen Musikpresse nur das apolitische Teenagerblatt *Bravo* von dem ersten Wembley-Konzert Kenntnis nahm, zustimmend über es berichtete und die Forderung nach Freilassung des „Freiheitskämpfers“ Mandela popularisierte.¹⁴ Die *Bravo*-Berichterstattung demonstriert, dass die Reichweite des Konzerts auch außerhalb Großbritanniens weit über den Kreis der üblichen Verdächtigen hinausging. So war die Rechnung der Veranstalter*innen auch in der Bundesrepublik aufgegangen – paradoxerweise gegen den Attentismus eines Großteils der politischen Szene und des Pop-Journalismus.

Bestätigt wurde dieses Bild dadurch, dass es 1988 auch in der Bundesrepublik zahlreiche politische Aktionen anlässlich von Nelson Mandelas Geburtstag gab, allerdings nur wenige Konzerte oder Feste. Hingegen zog die Live-Übertragung in den Dritten Programmen am 11. Juni Jugendliche in Massen vor die Bildschirme. Politisiert wurde die Ausstrahlung durch die Tatsache, dass der Bayerische Rundfunk nur eine gekürzte und politisch zensierte Fassung ausstrahlte, begleitet von mahnenden Worten: Man solle bedenken, dass der ANC, für den hier geworben werde, bewaffnete Gewalt unterstütze.¹⁵ Wohl wissend um die nationalen Unterschiede hat die AAB das Wembley-Festival von 1988 schließlich nachträglich doch noch gefeiert – als Zeichen für die „Massenverankerung der Anti-Apartheid-Thematik und des AAM in Großbritannien“, auch als „Ansporn“ für die eigene Arbeit.¹⁶ Wembley verdeutliche, „that the arts in all its various forms can be a catalyst, generating an enormous wave of solidarity and support for the international AA-work and the cause of the people in South Africa and Namibia“.¹⁷

Der theoretischen Einsicht folgten jedoch keine praktischen Konsequenzen, wie die Resonanz auf die Freilassung Mandelas 1990 in der AAB zeigte. Wohl nahm eine Delegation, angeführt von Ingeborg Wick, am Nachfolgekonzert in Wembley teil, um diesen politischen Erfolg zu feiern,¹⁸

¹⁴ *Bravo* vom 23.6.1986, S. 8f.

¹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.6.1988.

¹⁶ *Anti-Apartheid-Nachrichten*, Juli 1988, S. 1.

¹⁷ Paper delivered by the anti-apartheid-movement of the Federal Republic of Germany and West-Berlin on occasion of the Symposium on „Culture Against Apartheid“ by the UN Special Committee Against Apartheid, Athens, 2.–4.9. 1988, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (IISG), COLLO266/426.

¹⁸ International Reception Committee FRG and Westberlin, Delegation to London 15./16.4.1990, AfaS, AAB 140, Teil 2.

doch im AAB-Mitteilungsblatt spielte das Konzert von 1990 keine Rolle mehr – hier dominierte wieder die harte Politik.

Demgegenüber organisierten kommerzielle Veranstalter in West-Berlin zwei Konzerte – „Berlin Celebrates Mandela“ am 7. und „Mandela Night Part II“ am 8. April 1990 –, was die Berliner Anti-Apartheid-Koordination als „Missbrauch von Nelson Mandelas Namen für rein kommerzielle Zwecke“ verurteilte.¹⁹ Einige Wochen später, am 25. Mai 1990, gab es ein weiteres Konzert, „Rockmacht für ein freies Südafrika“, veranstaltet von der Katholischen und Evangelischen Jugend – in keinem dieser drei Fälle war die Anti-Apartheid-Bewegung beteiligt.²⁰ Als schließlich Nelson Mandela im Juni 1990 die Bundesrepublik besuchte, machte er nicht bei der Anti-Apartheid-Bewegung Station, die sehnsüchtig auf diesen Moment hingearbeitet hatte, sondern bei der SPD, die ihm mit Willy Brandt und einem Musikprogramm einen rauschenden Empfang bereitete. Herbert Grönemeyer sang, Wolfgang Niedecken hielt eine Rede, Bläck Fööss spielten, begleitet von einer südafrikanischen Theatertruppe, „Homeless“ von Ladysmith Black Mambazo – und „Nkosi Sikelel’ iAfrika“ intonierte auch Mandela mit erhobener Faust.²¹ Es scheint, als habe in der Bundesrepublik die Verknüpfung von Pop und Politik im Anti-Apartheid-Kampf nur eine relativ kurze Zeit eine begrenzte Rolle gespielt, um sich schnell wieder in den gewohnten Bahnen zu bewegen: Politik den Politicos, Pop dem Kommerz.

236

Fazit

Versteht man mit Håkan Thörn die Anti-Apartheid-Bewegung als „imagined community of solidarity activists“, in den 1980er-Jahren getragen von jüngeren Menschen, die in den neuen sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre sozialisiert worden waren, dann liegt es auf der Hand, genauer nach der Bedeutung von Popkultur für diesen letzten Abschnitt des Anti-Apartheid-Kampfes zu fragen – und damit nach dem Einfluss größerer gesellschaftlicher Wandlungsprozesse.²² Denn für jüngere Aktivist*innen spielten kulturelle und symbolische Aktivitäten und Me-

¹⁹ Anti-Apartheid-Koordination, Presseerklärung, 4.4.1990, University of Western Cape (UWC), Mayibuye Archive, MCH 220-I.

²⁰ Flyer in UWC, Mayibuye Archive, MCH 203.

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.6.1990; die tageszeitung vom 30.6.1990; Paroli Nr. 2/1990, S. 10f.

²² Thörn, Håkan: Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society, Basingstoke 2006, S. 69, das Folgende S. 196.

dien eine große Rolle, für ihren „shared sense of community“ war Musik wichtiger als je zuvor. Während Anti-Apartheid-Aktivismus in früheren Dekaden gekennzeichnet war durch ernsthafte und asketische Proteste, oftmals begleitet von Folk- und Jazzmusik, wurde er in den 1980er-Jahren Teil eines politisch reflektierten Alltags in einer „Erlebnisgesellschaft“ (Gerhard Schulze), verbunden auch mit kommerzieller Popmusik.

Der Erfolg der Mandela-Konzerte verdeckt die zahlreichen Brüche und Widersprüche, die mit der Instrumentalisierung der Popmusik durch die in sich fragmentierte und heterogene Anti-Apartheid-Bewegung verbunden waren. In Großbritannien mobilisierte sie durch die Bereitschaft des AAM, sich auf das Wagnis Pop einzulassen, eine große Masse junger Leute, in der Bundesrepublik, deren linke Szene kommerziellem Pop nach wie vor skeptisch gegenüberstand, schaffte es die deutsche Anti-Apartheid-Bewegung nie, die politisch durchaus sensibilisierten Popmusiker*innen zum Engagement für ihr Thema zu bewegen. So konnte ein wirklicher Konflikt um den gewagten Schritt ins Vorpolitische gar nicht erst entstehen.

Detlef Siegfried ist Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Universität Kopenhagen. Er arbeitet zur Geschichte der Massenkultur, zur Konsumgeschichte und zur Geschichte der postindustriellen Gesellschaft. Veröffentlichungen unter anderem: *„Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre“*, Göttingen 2017; *„Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart“*, München 2009 (mit Axel Schildt); *„Apartheid und Anti-Apartheid – Südafrika und Westeuropa“*: *Zeit-historische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 13 (2016), H. 2 (mit Knud Andresen).

Krisen, Kritik und Kontinuitäten

Boykottiert Apartheid.

Kauft keine

FRÜCHTE AUS SÜDAFRIKA!



ANTI-APARTHEID-INITIATIVE in der DDR

Kontakt: Dritte-Welt-Zentrum, Winsstr. 53, Berlin - 1055

An der Basis

Engagement in der Anti-Apartheid-Initiative

Wenige Wochen zuvor noch hatte ich in der Diplomatischen Beobachtermission der DDR in Windhoek den Übergang zur Unabhängigkeit Namibias verfolgt. Als ich Anfang 1990 nun wieder zu Hause in Berlin war, fand ich ein Land vor, das nach dem hoffnungsvollen Aufbruch im Herbst 1989 mehr und mehr in sich zusammenfiel. Neben existenziellen persönlichen Sorgen bewegten mich damals nicht weniger auch Fragen nach der Richtung der rasanten gesellschaftlichen Veränderungen. Würde es beispielsweise gelingen, den Sinn für internationale Solidarität wachzuhalten? Diese hatte schließlich zur Befreiung Namibias vom Apartheid-Staat Südafrika keinen geringen Beitrag geleistet. Und auch im Land am Kap tat sich einiges: Mandela war frei, die Befreiungsbewegung ANC und ihre Bündnispartner waren wieder legal. Aber die Überwindung des Apartheid-Systems – so viel war klar – würde weiterhin große Anstrengungen kosten. Wie aber konnte ich mich für die Fortsetzung der Solidarität am besten einsetzen? Das Solidaritätskomitee der DDR befand sich zu diesem Zeitpunkt erst am Anfang eines schwierigen Transformationsprozesses hin zu einer selbstbestimmten, demokratisch verfassten Nichtregierungsorganisation. Die Solidarität mit dem ANC stand zwar weiterhin ganz oben auf der Agenda, in dieser turbulenten Zeit war die Arbeit des Komitees jedoch arg eingeschränkt. Als sein Rechtsnachfolger entstand im Juli 1990 schließlich der Solidaritätsdienst International e.V. (SODI). SODI knüpfte an eine lange Tradition ostdeutscher Solidarität mit Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas an.

Auf Menschen, die sich – allerdings in einem mir bisher fremden Rahmen – ebenfalls schon lange für die Befreiung des afrikanischen Südens engagiert hatten, traf ich eher zufällig. Auf einer Mosambik-Veranstaltung im Februar 1990 kam ich mit der Theologiestudentin Iris Wujanz und der Pastorin Almuth Berger, Ausländerbeauftragte in der Regierung Modrow, ins Gespräch. Sie hatten meiner Wortmeldung in der kontroversen

Diskussion entnommen, dass ich gerade aus Namibia zurückgekehrt war. Ob ich wohl behilflich sein könnte, eine Betreuerin aus einem Kinderheim im mecklenburgischen Bellin nach Berlin einzuladen, wollte die Studentin wissen. In Bellin hatten namibische Flüchtlingskinder Obhut gefunden. Aus Anlass der bevorstehenden Unabhängigkeit Namibias war im Infoladen „Baobab“, Prenzlauer Berg, eine Veranstaltung geplant. Unabhängige Solidaritätsgruppen, die vorher unter dem Dach der evangelischen Kirche aktiv gewesen waren, hatten „Baobab“ kurz nach dem Fall der Mauer gegründet. Dort hatte sich ein „Arbeitskreis südliches Afrika“ etabliert. Nach meiner Anfrage traf das Solidaritätskomitee – es finanzierte das Kinderheim – selbstverständlich und ohne viel Aufhebens die notwendigen Absprachen mit Verantwortlichen in Bellin.

Das gelungene Treffen zur namibischen Unabhängigkeit im März 1990 war Auftakt zu einer Zusammenarbeit mit jungen Leuten, die im Herbst 1989 für eine Deutsche Demokratische Republik, die diesen Namen wirklich verdiente, auf die Straße gegangen waren. Wie würden sie mir begegnen? Ich hatte schließlich als Historikerin am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, das aus dem ehemaligen SED-Institut für Marxismus-Leninismus hervorgegangen war, und als ehemalige Mitarbeiterin an diplomatischen Vertretungen der DDR – mein Mann war Botschafter – dem zu Recht heftig kritisierten bisherigen politischen Establishment angehört. Aufkommende Befürchtungen, auf Misstrauen und Distanz zu stoßen, erwiesen sich jedoch als unbegründet. Als Gleichgesinnte in puncto Anti-Apartheid-Solidarität akzeptiert, konnte ich mich an der für mich ungewohnten Basisarbeit beteiligen. Diese Zeit möchte ich nicht missen. Sie war voller neuer Einsichten und Erfahrungen, die meine Orientierung während des damaligen gesellschaftlichen Umbruchs mitprägten: Mein Freundeskreis wurde breiter, er dehnte sich auch auf die westdeutsche und europäische Solidaritätsbewegung aus. Ich lernte selbstbestimmte Solidaritätsarbeit ohne überbordenden zentralistischen Organisationsaufwand und Bevormundung von oben kennen. Eigeninitiative und erfrischende Spontaneität bestimmten unser Tun. Ich genoss die Toleranz und Offenheit in der Diskussion auch schwieriger Probleme und den Umgang miteinander auf Augenhöhe. Vom ANC delegierte Studierende, so der Theologiestudent Bert Seraje, trugen maßgeblich dazu bei, die Vorgänge in ihrem Land auch aus südafrikanischer Perspektive zu verstehen. So folgte ich im Mai 1990 der Einladung nach Potsdam zur Gründung der Anti-Apartheid-Initiative (AAI) der DDR sehr gern. Mitarbeiter der ANC-Vertretung in Ost-Berlin und des Solidaritätskomitees waren als



Kundgebung vor dem Brandenburger Tor anlässlich der Freilassung Nelson Mandelas: Am 11. Februar 1990 wurde Nelson Mandela nach 27-jähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen. Während man in der DDR den ersten freien Wahlen entgegenschah, begann nun auch in Südafrika der Wandel.

Gäste zugegen. Der einführende Vortrag von Pastor Giselher Hickel hinterließ bei mir einen tiefen Eindruck. Seine differenzierte Analyse der widersprüchlichen Entwicklung in der DDR seit dem Herbst 1989 und der nicht weniger komplizierten Situation in Südafrika sowie der Chancen und Probleme nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der sich anbahnenden Überwindung des Apartheid-Regimes durch eine Verhandlungslösung ließ nur eine Schlussfolgerung zu: Damit sich die Waagschale zugunsten der Menschen hier wie dort neigen würde, war Solidarität geboten – nicht weniger dringlich als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Für uns hieß das konkret, zur Aufrechterhaltung des internationalen Sanktionsdrucks auf Südafrika beizutragen. Die AAI forderte von der gerade gewählten Regierung de Maizière, die Boykottierung des Apartheid-Staats Südafrika durch die DDR fortzusetzen und durch gesetzgeberische Maßnahmen zu sichern. Vor allem war Aufklärung unter der ostdeutschen Bevölkerung über internationale Sanktionen zu leisten, denen sich die DDR im Unterschied zur Bundesrepublik frühzeitig angeschlossen hatte. Der Verkauf von Obst aus Südafrika war in der DDR demzufolge gesetzeswidrig. Dies zu erklären war angesichts des bisherigen Mangels an Südfrüchten kein leichtes Unterfangen. Wir wollten auch etwas dagegen tun, dass Ostdeutsche an der Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken teilhaben würden. Das Verteilen von Flugblättern vor den sich rasch etablierenden Filialen von Dresdner, Deutscher und Commerzbank glich einem Kampf gegen Windmühlenflügel. Aber wir mussten diesen Profiteuren der Apartheid einfach Widerstand entgegensetzen, mochten unsere Möglichkeiten auch noch so beschränkt sein.

244 Dabei nutzten wir auch jahrelange Erfahrungen westdeutscher und Westberliner Anti-Apartheid-Aktivisten. Im November 1990, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war vollzogen, trafen sich auf Einladung der Anti-Apartheid-Bewegung (West) und der Anti-Apartheid-Initiative (Ost) Solidaritätsgruppen aus beiden Himmelsrichtungen zu einer Konsultation. Die meisten kannte ich bis dahin noch nicht. Aus dem Osten nahmen unter anderem Pastorin Friederike Schulze vom Arbeitskreis Südliches Afrika bei der Gossner Mission, einer wichtigen Stütze der AAI, sowie Vertreter von SODI und von INKOTA teil. Verschiedene biografische und politische Prägungen sowie die im Westen vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen zu den Protagonisten der Befreiungsbewegung in Südafrika sollten, so der Konsens der Anwesenden, im Interesse der Solidarität einem konstruktiven Miteinander nicht länger im Wege stehen. Dies empfand ich als ermutigend und auf Berliner Ebene erlebte ich eine gleichbe-

rechtigte Zusammenarbeit unterschiedlicher Südafrika-Gruppen in der Anti-Apartheid-Koordination (AAK) in der Praxis.

Schon bei ihrer Gründung hatte sich die AAI vorgenommen, die Südafrika-Solidarität mit dem Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im eigenen Land zu verbinden. Diesem Anliegen war im März 1991 ein Seminar über Rassismus gewidmet, in dem wir auch dessen Ursachen und Erscheinungsformen im Osten und im Westen Deutschlands diskutierten. Für mich war es bedrückend zu erfahren, dass es Rassismus und Ausländerhass im Osten bereits früher gegeben hatte, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie nach dem Kollaps der DDR. Kurz zuvor noch hätte ich diesen Befund entschieden zurückgewiesen.

Nach einem Jahr intensiver Arbeit stellten wir unsere Aktivitäten 1991 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Essen mit einem Infostand unter der Überschrift „Südafrika schreit nach Frieden“ vor. Uns bewegte damals vor allem das von verdeckten Kräften des Sicherheitsapparats des untergehenden Apartheid-Regimes dirigierte Blutvergießen in den Townships, das in den Medien gern als „Gewalt von Schwarzen gegen Schwarze“ deklariert wurde. Wir wollten einen Beitrag zur Aufklärung über die wahren Hintergründe dieser Gewalt leisten.

Der Wandel in Südafrika ließ sich nicht aufhalten. Erstmals seit 1960 fand im Juli 1991 eine Nationale Konferenz des ANC auf südafrikanischem Boden statt. Die AAI hatte dazu eine Einladung erhalten, die Medizinstudentin Grit R... würde uns in Durban vertreten. Um ihr dort die Aufnahme von Kontakten zu erleichtern, schrieb ich einen persönlichen Brief an unsere gute alte Freundin Gertrude Shope. Ich hatte Gertrude Mitte der 1970er-Jahre in Sambia kennengelernt, sie war dort Repräsentantin des ANC. Nun, nach all den Veränderungen hier wie in Südafrika, schrieb ich ihr: „Die DDR existiert nicht mehr. [...] Wir [mein Mann und ich; I.S.] sehen das vereinigte Deutschland als Herausforderung und versuchen, zu der historischen Entwicklung eine konstruktive Haltung zu finden. Aber das ist nicht einfach. Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen: Das Gesellschaftskonzept, dem wir mit großem Idealismus folgten, hat versagt. Die Antwort auf die Frage nach dem Warum braucht sorgfältiges Nachdenken. Liebe Gertrude, wie Du siehst, geht die Solidarität weiter. Grit R... von der Anti-Apartheid-Initiative, die diesen Brief überbringt, vertritt eine neue Generation, die zu Recht auf dem demokratischen Charakter von Solidaritätsarbeit besteht. Der Mangel an demokratischer Beteiligung insbesondere für junge Menschen an der DDR-Solidarität war eines der Defizite in unserer Gesellschaft. Es schmerzt, dies einzugestehen, aber es ist wahr. Es ist schwierig, die Arbeit



246

Nelson Mandela und viele politische Gefangene des südafrikanischen Widerstandes sind frei – doch die Apartheid ist noch nicht beendet. Aktivist*innen mobilisieren weiterhin für einen wirtschaftlichen Boykott, um den Druck auf das Apartheid-System aufrechtzuerhalten. Hier mit der nun legalen schwarz-grün-gelben ANC-Fahne am Tag der Freilassung Nelson Mandelas in Ost-Berlin.

unter völlig veränderten Bedingungen zu organisieren, und die Menschen, die sich engagieren, brauchen ab und zu eine Ermutigung. Deshalb haben wir uns über die Einladung zu der Konferenz sehr gefreut.“

Ich selbst hatte für die AAI bereits Anfang 1991 an einem Treffen europäischer Anti-Apartheid-Bewegungen in Brüssel teilgenommen. Die „Alteingesessenen“, so mein Eindruck, freuten sich, dass es unsere Gruppe gab. Außer in der Sowjetunion war in den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern mit dem Wegbrechen der alten zentralistischen Strukturen die Anti-Apartheid-Solidarität zum Erliegen gekommen, ein Neuanfang nicht in Sicht. In Brüssel und später während eines Seminars in Salzburg ging es neben der Verabredung von Aktionen zur Beibehaltung internationalen Sanktionsdrucks auf das Apartheid-Regime verstärkt auch um Perspektiven der Solidaritätsarbeit in dem sich verändernden Südafrika. Es war nicht immer leicht, die Spannung zwischen den beiden unterschiedlichen Handlungsrichtungen zu bewältigen.

Erstmals nach Südafrika reiste ich für die AAI schließlich zur internationalen Solidaritätskonferenz des ANC „Von der Apartheid zu Frieden, Demokratie und Entwicklung“, die im Februar 1993 in Johannesburg stattfand. Friederike Schulze nahm für die Gossner Mission teil, Carl Ordnung als Vorsitzender von SODI. Wir fuhren als Team mit dem guten Gefühl, dass wir es geschafft hatten, die Solidarität gegen Apartheid unter völlig veränderten nationalen und internationalen Bedingungen auch im Osten Deutschlands fortzuführen. Und so konnte ich Gertrude Shope, Zeph Makgetla, Jackie Sedibe und anderen alten Freundinnen und Freunden, die ich zu meiner großen Freude nach langer Zeit auf der Konferenz wiedersah, guten Gewissens in die Augen schauen. Unser Miteinander in Vergangenheit und Gegenwart sowie die neuen Erfahrungen in der AAI flossen in den kommenden Jahren in meine Forschungs- und Publikationstätigkeit, in eine kritische Würdigung der Solidarität der DDR mit Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika ein.

Ilona Schleicher studierte Geschichte an der Martin-Luther-Universität in Halle, Diplomhistorikerin. 1971 bis 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus/Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Auslandstätigkeit in Sambia, Simbabwe, Namibia und in New York. Nach 1990 Forschung und Publikation zur Solidarität der DDR im südlichen Afrika. 1996 bis 2000 Mitglied des Vorstandes von SODI, 2000 bis 2010 SODI-Mitarbeiterin (Öffentlichkeitsarbeit, Projektmanagement in Vietnam, Laos und Kambodscha).

„Keiner hat mehr gespendet, als wir unter der Treuhand standen“

Über die Wendezeit

Interview mit Klaus-Dieter Peters

Das Solidaritätskomitee hatte zu DDR-Zeiten Tausende Studierende aus Entwicklungsländern unterstützt. Nach der Wende war die Hilfe für alle zeitweise fast blockiert. Jene, für die es zwischenstaatliche Abkommen der DDR gab, zum Beispiel mit Mosambik oder Angola, wurden vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) übernommen.

Für alle Studierende, die nicht auf Basis eines zwischenstaatlichen Abkommens in der DDR waren (z.B. von der SWAPO von Namibia, dem ANC von Südafrika, der PLO aus Palästina) haben wir durchsetzen können, dass sie bleiben und durch SODI weiter gefördert wurden.

248 Die Spenden vom Solikomitee waren durch die Treuhand für SODI zwar blockiert, aber für die Studierenden konnten Listen bei der Treuhand eingereicht werden. Das wurde durch SODI organisiert und die Studierenden haben dann ihr Geld bekommen. Das waren zu Beginn 300 Ostmark als Stipendium. Später ist das verändert worden. Das Stipendium hat sich erhöht, weil mehr Geld insbesondere für Wohnungsmiete notwendig war. Unter den Geförderten waren auch Auszubildende an Fachschulen und in der Berufsausbildung. Nach der Wende mussten wir volles Lehrlingsgeld und die Kosten für die Berufsausbildung übernehmen. Das war nicht einfach. Keiner hat mehr gespendet, als wir unter der Treuhand standen. Viele finanzielle Mittel mussten für den Lohn der Lehrlinge bereitgestellt werden. Insgesamt waren 1991/92 dann etwa 290 Studierende und Auszubildende, davon viele aus Namibia, Palästina, aber auch aus Südafrika und anderen afrikanischen Staaten, bei SODI.

Jedes Jahr wurden es immer weniger Studierende. 1994, als in Südafrika die Wahlen stattgefunden haben, sind die Studierenden vom ANC im Prinzip fast alle zurückgegangen. Die meisten waren dann auch fertig mit ihrer Ausbildung oder dem Studium. Insgesamt haben fast alle ihre Ausbildung abgeschlossen. Drei oder vier haben vorher abgebrochen. Die letzten Freunde haben uns 1997 verlassen.

Das Solidaritätskomitee der DDR hatte die Kosten für die SWAPO-Vertretung und für die ANC-Vertretung in Ost-Berlin getragen. Beide Büros wurden nach der Wende geschlossen, da die Mittel nicht mehr zur Verfügung standen. Kurzfristig mussten die Gebäude und die Wohnungen der Vertretungsmitarbeitenden besenrein an die Eigentümer übergeben werden. Ich war damit beauftragt worden und ich habe das mit den Vertretern vom ANC und SWAPO zeitnah realisiert.

Den Vertreter des ANC, der immerhin im Range eines Botschafters war, habe ich nach Abschluss der Vertretungsschließung zum Flughafen nach Tegel gebracht. Als wir uns verabschiedeten, hatten wir beide ein gutes Gefühl. Schließlich war ja unser Ziel erreicht: die Befreiung Südafrikas von der Apartheid. Da waren wir damals stolz drauf.

Nach einer sechsmonatigen Konsolidierungszeit wurde SODI aus der Treuhand entlassen. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken wurde gegründet. Ein Teil des Vermögens vom Solikomitee ging in diese Stiftung, deren Stifter SODI ist.

Klaus-Dieter Peters war Mitarbeiter des Solidaritätskomitees während der Wendezeit und ist heute stellvertretender Vorstandsvorsitzender von SODI e.V.

APARTHEID UNTER DRUCK:

NELSON MANDELA

IST FREI!

APART-
HEID

EXISTIERT JEDOCH
WEITER...



WIR FORDERN:

GLEICHES STIMMRECHT
FÜR ALLE MENSCHEN
IN SÜDAFRIKA !

FREILASSUNG ALLER
POLITISCHEN GEFANGENEN !

BOYKOTTIERT APARTHEID
BIS ZU IHRER VOLLSTÄNDIGEN
ABSCHAFFUNG !

Anti-Apartheid-Bewegung, Lokalgruppe Münster

Akafrik Münster

ESG Münster

Friedensinitiative Münster

Kritische Solidarität

nach 1994

Eine Bewegung erschafft sich neu

„Der Mythos der Solidarität bedarf immer wieder harter Arbeit, damit er Wirklichkeit werde.“

Reinhart Kößler/Henning Melber: Globale Solidarität

Was ist eigentlich Solidarität und was daran ist kritisch?

„Solidarität stammt aus dem Lateinischen (solidus: echt, fest) und bezeichnet eine, zumeist in einem ethisch-politischen Zusammenhang benannte Haltung der Verbundenheit mit – und Unterstützung von – Ideen, Aktivitäten und Zielen anderer. Sie drückt ferner den Zusammenhalt zwischen gleichgesinnten oder gleichgestellten Individuen und Gruppen und den Einsatz für gemeinsame Werte aus (vgl. auch Solidaritätsprinzip).“¹

Die Wurzeln des Begriffes liegen im römischen Schuldrecht (obligatio in solidum), wonach sowohl jedes Familienmitglied für die Gesamtheit der Schulden als auch die Gemeinschaft für die Schulden des Einzelnen aufkommen muss. Erst Ende des 18. Jahrhunderts wurde dieses Verständnis auf gesellschaftliche und politische Prozesse sowie auf Moralvorstellungen übertragen. Als Beispiel: In der katholischen Soziallehre gehört die Solidarität zusammen mit Personalität, Gemeinwohl und Subsidiarität zu den sozialphilosophischen Prinzipien. Und mit Papst Johannes Paul II. wurde deren Internationalität betont.

Solidarität entsteht zunächst durch Nähe, in Gruppen mit ähnlichen sozialen Interessen oder einer gemeinsam erlebten Geschichte. Spätestens aber in Industriegesellschaften besteht die Herausforderung darin, Solidarität angesichts zunehmender Komplexität von Lebensverhältnissen

¹ Meurer, Franz/Otten, Peter: Die Bibel reloaded, Gütersloh 2013.

und globalen Zusammenhängen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, „sich mit Menschen gemein zu machen, sich verbindlich für sie einzusetzen, wenn sie nicht das gleiche Schicksal, nicht das gleiche Milieu, nicht die gleichen Lebensgewohnheiten teilen.“² Diese Erweiterung galt besonders für die Apartheid-Zeit und dennoch war damals die Solidaritätsbewegung viel (laut-)stärker als nach 1994, als die Welt durch Internet, Skype und andere Kommunikationsmittel viel näher zusammenzurücken begann.

Wirklich kritisch im Sinne von Kritik übend war die Solidaritätsbewegung zum südlichen Afrika allenfalls nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts. Zuvor sah sie sich eher einer bestimmten politischen oder ideologischen Richtung verpflichtet als einer allgemeinen Gruppe, etwa den Unterdrückten oder den Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Diese Tatsache machte es für viele Solidaritätsgruppen, die sich für die Unterstützung einer Befreiungsbewegung entschieden hatten so schwer, ihre Rolle nach deren Machtübernahme zu finden. Wie sollte mit Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen unter ihrer Führung umgegangen werden, wie konnte kritische Solidarität aussehen, wenn die Beziehung zu den Machthabenden auf Freundschaft beruhte?

252 Wie ging man mit Kritik an der neuen (ANC-)Regierung um, die zwar sachlich gerechtfertigt war, aber aus dem alten rassistischen, sprich weißen, Lager kam und damit ein eindeutiges Ziel verfolgte? Das Dilemma zwischen Realität (Befreiungsbewegung an der Macht) und Wunschdenken (Freiheit und soziale Gerechtigkeit) führte zu pragmatischen und praktischen Lösungen.

Zeit des Umbruchs 1990 bis 1994: Was wird aus der Bewegung?

Am 11. Januar 1990 wurde Nelson Mandela aus der Haft entlassen. Damit begann eine neue Ära, nicht nur in Südafrika. Der weltweite Jubel war groß: Jetzt würde die Apartheid abgeschafft, die Freiheitscharta in die Tat umgesetzt und alle Macht (Amandla) dem Volk (Ngawethu) durch Wahlen gegeben. Damit hatte die Anti-Apartheid-Bewegung ihre Aufgabe erfüllt. Sie konnte abtreten. Oder doch nicht?

Zwischen 1990 und den ersten freien Wahlen in Südafrika 1994 hat sich die Solidaritätsbewegung in Deutschland und die zivilgesellschaftliche

² Lubin, Oskar: Solidarität, in: graswurzelrevolution, 28.9.2018, unter: <https://bit.ly/2NETrU5>.

Bewegung in Südafrika mehr oder weniger aufgelöst. Zwar war Südafrika noch nie so präsent in den deutschen Medien gewesen wie in diesen Jahren, doch das konnte die Bewegung nicht für sich nutzen. Sie hatte ihr Ziel erreicht – zumindest vordergründig. Für die Mehrheit auch derjenigen, die sich über viele Jahre hinweg engagiert hatten, war sie am Ziel angekommen: Politische Parteien und Bewegungen wurden rehabilitiert, der ANC gewann die Wahlen 1994 mit überwältigender Mehrheit und der erste schwarze Präsident nahm die Amtsgeschäfte auf. Welche Deals hinter den Kulissen ausgehandelt worden waren, die die Zukunft massiv – und nicht nur positiv – beeinflussen sollten, interessierte in der Euphorie zunächst niemand, war aber auch zu diesem Zeitpunkt nur sehr wenigen Insidern überhaupt bekannt. Die Konsequenzen waren noch nicht abzusehen.

Zwei Ereignisse haben sich auf die Arbeit in Deutschland entscheidend ausgewirkt. Zum einen beanspruchte der ANC einerseits, soziale Bewegung zu sein und zu bleiben, und versuchte andererseits, sich als politische Partei zu etablieren. Für die südafrikanische Zivilgesellschaft bedeutete dies eine massenhafte und massive Kooptation auf Regierungsposten und damit ein Ausdünnen der Hauptamtlichen auf zivilgesellschaftlichen Stellen.

Der ehemalige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC), Frank Chikane, ist dafür ein gutes Beispiel. Bei einer Podiumsveranstaltung in Durban 2006 wurde er vom damaligen Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Theo Kneifel, gefragt, warum er ins Amt des Präsidenten gewechselt sei. Er habe sich, so Chikane, immer geweigert, doch wenn der Präsident (Nelson Mandela) einen anrufe, könne man nicht Nein sagen. In der anschließenden Debatte wurde deutlich, wie stark er als Politiker von seinen Positionen als Generalsekretär des SACC und damit der außerparlamentarischen Opposition abgerückt war – manche würden sagen, er habe seine Ideale verraten. Ein solcher Vorwurf wurde, je länger die Amtszeit des ANC als Regierungspartei fortschritt und fortschreitet, immer lauter.

Anfang der 1990er-Jahre dachten viele Aktivist*innen, dass nach einer Amtsübernahme durch die Befreiungsbewegung und die Comrades, die Freiheitscharta von 1955³ umgesetzt werden würde. Doch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, der damit vermeintlichen Alternativlosigkeit

3 The Freedom Charter, unter: <https://bit.ly/34dZd4T>.

des kapitalistischen Systems und der Übermacht internationaler Institutionen wie IWF und Weltbank waren Sätze wie „Banken und Monopolindustrie sollen in das Eigentum der Bevölkerung übergehen“ oder „das Land soll denen gehören, die es bearbeiten“ nicht mehr durchsetzbar. Von dem ursprünglichen Programm zur Wiedergutmachung und Entwicklung (Reconstruction and Development Program, RDP) blieb nur die Bezeichnung für den sozialen Wohnungsbau (RDP-Häuser) übrig, das Programm selbst wurde bereits 1996 noch unter Nelson Mandela in ein neoliberales Programm (Growth, Employment and Redistribution, GEAR) umgewandelt. Die Ausdünnung der Zivilgesellschaft einerseits und die gefühlte Verpflichtung gegenüber der Befreiungsideologie des ANC andererseits lähmte die südafrikanische Gesellschaft, machte es ihr fast unmöglich, in den ersten Jahren der Regierung gegenüber kritisch zu agieren. Je älter die Aktivist*innen waren, desto mehr überwog die Dankbarkeit, die Apartheid überwunden zu haben. Die Hoffnung galt der Zukunft, in der sie die Früchte ernten würden.

Parallel dazu gab es in Deutschland einen großen Umbruch, der in vielen Fällen nicht zu einem Aufbruch wurde. Einige Organisationen schafften für einige Jahre einen Neustart, mussten dann aber aufgrund austretender – oder sterbender – Mitglieder aufgeben. Besonders mitgliederzentrierten Basisorganisationen wie etwa den „Frauen für Gerechtigkeit“ oder der „Aktion Bundesschluss“ machte der fehlende Nachwuchs zu schaffen. Beim „Aktion Bundesschluss“ waren Gemeindeparterschaften zusammengefasst, die sich mit einem offiziellen Bund zwischen einer deutschen Kirchengemeinde und einer südafrikanischen Gemeinde, die aufgrund der Apartheid-Politik von Zwangsumsiedlungen bedroht war, bereits in den 1980er-Jahren zusammengeschlossen hatten, sich auf den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beriefen und in unterschiedlicher Weise unterstützten. Doch die Bundesschlussidee hatte sich, wenn überhaupt, nur in Deutschland etabliert und blieb ökumenisch unbedeutend – und das, obwohl es auf südafrikanischer Seite eine am SACC angebundene Personalstelle gab, die die Netzwerkarbeit vor Ort umsetzen sollte. Die Partnerschaften kamen in die Jahre, die Frage nach Sinn und Zweck der Solidarität zu Südafrika angesichts der Transformation wurde immer wieder neu gestellt. „Aktion Bundesschluss“ versuchte, das Thema Land auch jenseits der Frage nach Rückgabe von Enteignungen und Vertreibungen zu etablieren, was ihr aber nicht gelang. Immer mehr Gemeindeparterschaften in Deutschland gaben auf und schwächten dadurch die Netzwerkstruktur. Nicht

förderlich war darüber hinaus, dass der Hauptpartner SACC aufgrund der beschriebenen Abwanderung wichtiger Aktivist*innen in die Politik an Bedeutung in Südafrika einbüßte und als Partner quasi nicht mehr existent war.

Die Evangelische Frauenarbeit beendete 1992 den Früchteboykott, der eine der erfolgreichsten Kampagnen überhaupt in Bezug auf Südafrika war. Die aktiven Frauen gründeten den Verein „Frauen für Gerechtigkeit im Südlichen Afrika“ im darauffolgenden Jahr und wiesen mit ihrem Namen bereits auf das hin, worum es nun gehen musste: um die Begleitung und Beobachtung der Transformation hin zu einer egalitären, gerechten und antirassistischen Gesellschaft. Sie blieben inhaltlich der Ausgangsfrage treu: Wie leben und arbeiten vor allem Frauen auf den Farmen Südafrikas? Sie mussten 2011 aus Altersgründen den Verein auflösen.

Wie die „Frauen für Gerechtigkeit“ hatten sich viele der kleinen Gruppen, die aus der Anti-Apartheid-Bewegung übrig geblieben waren, um konkrete Projektarbeit wie etwa Schulpartnerschaften gekümmert – als Ausweichmanöver vor unliebsamen Wahrheiten, so beschreiben es Kößler und Melber.

Sie nutzten ihre Beziehungen, um Schulen, Kindergärten oder Fraueneinrichtungen finanziell zu unterstützen, und stellten damit die konkrete Projektarbeit über die politische Kampagnen- und Lobbyaktivitäten der früheren Jahre. Diese überließen sie den Netzwerken, in denen viele formal Mitglied waren (und sind). Dass sie damit faktisch einen Rückschritt vollzogen, wurde in den wenigsten Fällen thematisiert oder kritisch beleuchtet. Denn eine derartige Solidarität, die sich hauptsächlich auf den Charity-Aspekt zurückzieht, zerstörte die zumindest in einigen Bereichen aufgebaute Partnerschaft auf Augenhöhe wieder und degradierte die vormaligen Partner*innen zu Spendenempfänger*innen, die sich einem westlichen Projektrhythmus anzupassen hatten.⁴

Die deutsche Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), die 1992 noch rund 1.000 Mitglieder zählte, beschloss eine Umgründung nach Inkrafttreten der neuen Verfassung in Südafrika. Auf dem Weg dorthin verlor sie einen Großteil ihrer Mitglieder und damit ihre materielle Basis, die die fest angestellten Mitarbeiter*innen finanzierte. Da aber auch die künftige Ausrichtung der Organisation nicht wirklich klar war, reduzierte sich die Motivation der verbleibenden Mitarbeiter*innen zusätzlich. Diese

⁴ Sarr, Felwine: Afrotopia, Berlin 2019.

Entwicklung konnte auch die Umbenennung in „Afrika Süd Aktionsbündnis“ – der etwas ungelene Titel war dem Bemühen geschuldet, die eingeführte Abkürzung AAB beizubehalten – nicht entgegenwirken. Letztendlich ging die AAB 2001 anlässlich einer großen Tagung im Schloss Eringerfeld zur Situation Südafrikas und zu den Handlungsperspektiven im Koordinierungskreis Südliches Afrika (KOSA) auf, der bereits 1992 gegründet worden war.⁵

Zur KOSA gehörten von Beginn an die AAB, die informationsstelle südliches afrika (issa) und das Welthaus Bielefeld. In den Anfängen war sie als Netzwerk der zum südlichen Afrika arbeitenden Organisationen sowie der ehemaligen AAB-Mitglieder gedacht. Dazu stießen dann noch medico international hinzu sowie der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA), die „Frauen für Gerechtigkeit“, der Weltfriedensdienst (WFD), das Zimbabwe-Netzwerk, die Aktion Bundesschluss, SODI International und die KASA.

Die kirchliche Anti-Apartheid-Bewegung, die zwar in Deutschland die Gründung der AAB maßgeblich vorangetrieben hatte, aber durch langjährige Gemeindeparterschaften einen etwas anderen Weg eingeschlagen hatte, schloss sich 1996 zur Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) zusammen. Als Projekt an den Verein Werkstatt Ökonomie angegliedert, verstand sich die KASA von Anfang an als Lobby- und Kampagnenorganisation und als Servicestelle für ihre Trägerorganisationen. Kirchliche Organisationen, Missionswerke, Gemeinden und Hilfswerke wollten in der neuen Situation eine Bündelung der Kräfte, um unter anderem ein De-facto-Verschwinden der Solidaritätsbewegung zu verhindern. Außerdem stand der Gedanke im Vordergrund, eine Abschaffung der politischen Apartheid würde nicht gleichzeitig eine Abschaffung der sozialen und ökonomischen Apartheid mit sich bringen. Die Frage, wie nach 1994 kritische Solidarität für eine deutsche zivilgesellschaftliche Organisation aussehen könnte, war von Anfang an Teil der Debatte der KASA. Von einigen anderen NGOs unterscheidet sich die KASA dadurch, dass sie keine eigenen Projekte vor Ort durchführt und keinerlei Gelder verteilt. Eine Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Kräften vor Ort bedeutet, Kampagnen, die in Bezug zu Deutschland oder der EU stehen, dorthin zu tragen, Brücken zu bauen und Plattformen zu schaffen, auf denen sie zu Gehör kommen. Die langjährigen Beziehungen und die eher prozess- als

⁵ Ausführlich nachzulesen in Bacia, Jürgen/Leidig, Dorothée: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“ Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt a.M. 2008. S. 258ff.

projektorientierte Arbeit ermöglicht es der KASA, Solidarität als Begleitung („accompaniment“) und Unterstützung der vor Ort entstandenen Forderungen zu sehen.

„NGOisierung“ der Welt – wo bleibt die Solidarität bei all den Projekten?“

Für Südafrika gilt exemplarisch, was auch in anderen Ländern nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts zu beobachten war: Mehr und mehr werden zivilgesellschaftliche oder Basisbewegungen einer Professionalisierung unterzogen, um den (angeblich) veränderten Bedingungen in der globalisierten Welt sowie dem erhöhten Anspruch von Effektivität und Transparenz gerecht zu werden. Die Finanzierung der Bewegungen änderte sich dramatisch: Aus vormaligen Budgetzuschüssen wurden Projektfinanzierungen, an die hohe Erwartungen gestellt wurden, die nicht immer den Realitäten vor Ort entsprachen. So etablierte sich zwischen den eigentlichen basisbezogenen Bewegungen und Kämpfen in Nord und Süd eine weitere Ebene, die der Nichtregierungsorganisationen, die für die Betroffenen Partei ergriffen und für sie sprachen: Neben der klassischen Lobbyarbeit entstand die Advocacy-Arbeit. Damit gemeint ist eine Fürsprache, eine Anwaltschaft für diejenigen, die ihre eigene Stimme nicht zu Gehör bringen können („Option für die Armen“), die sich nicht nur per se – wie die Lobbyarbeit – an politische Entscheidungsträger*innen richtet, sondern auf die Beeinflussung der breiten Öffentlichkeit abzielt. Dadurch wurde nicht mehr die soziale Basisbewegung vor Ort Projektpartner der Geberorganisationen, sondern eine zwischengeschaltete NGO, die inhaltlich das Thema besetzt und eine professionelle Arbeit verspricht. Diese NGO bezieht ihre Legitimität nicht mehr unbedingt von der Basis, sondern mehr und mehr von einem rechtsbasierten Ansatz, etwa unterzeichnete UN-Verträge oder Beitritte zu Abkommen ihrer jeweiligen Länder. Gleichzeitig versucht sie aber, die Legitimität von der Basis durch Kooperationen zu suggerieren. Viele Basis- und Graswurzelbewegungen sehen diese Art der Zusammenarbeit zunehmend kritisch, denn sie ist für die NGOs und deren Reputation von Nutzen, nicht aber für die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die eigentlich gefördert und unterstützt werden sollen. Das 2005 in Durban gegründete Abahlali baseMjondolo (Shack dweller's movement, AbM) war eine der ersten wiedererstarteten Massenbewegungen. Sie verwahrten sich explizit vor der Vereinnahmung durch NGOs, insbesondere aus dem Westen, die mittels Geld Einfluss auf die Art und Weise

ihrer Arbeit nehmen wollten. In diesem Umfeld entstand eine Bewegung, die von der Politik leichthin als „Service Delivery Protest“ abgetan wurde. Dabei ging und geht es den Aktivist*innen nicht um bloße Dienstleistungen, sondern in erster Linie um die Mitbestimmung, wie dieselben umgesetzt werden sollen. Die sozialen Verlierer*innen der Freiheit, die vormals Unterprivilegierten, die es nicht an die Fleischtöpfe geschafft hatten – weil ihnen die Beziehungen oder die Skrupellosigkeit oder beides fehlte –, wehrten sich gegen das paternalistische Gehabe der Politiker*innen sowie gegen deren Verrat an den Werten des Widerstandskampfs.

Die Gogos (Großmütter) der Khulumani Support Group, die sich als Selbsthilfegruppe von Apartheid-Opfern gegründet hatte und derzeit mehr als 90.000 Mitglieder hat, erzählen immer wieder bei Begegnungen, dass sie die heutigen Prominenten, wie den amtierenden Präsidenten Ramaphosa, damals unter ihren Röcken vor der Polizei versteckt hätten. „Und heute kennen sie uns nicht mehr, haben unsere Anliegen und unsere Ansprüche auf Entschädigung und Wiedergutmachung vergessen.“

Das Wiedererstarken der sozialen Bewegungen in Südafrika korrelierte nicht mit der Entwicklung der Solidaritätsbewegung im Westen, die diese Art der Proteste oft nicht verstand. So äußerte man hier großes Unverständnis, als Schulen oder Bibliotheken angezündet wurden – was für Aktivist*innen nach oft monatelangen erfolglosen Protesten manchmal das letzte Mittel war, um auf sich aufmerksam zu machen und gehört zu werden –, und huldigte Idolen wie Mandela. Eine junge Aktivistin von AbM wagte es bei einem Besuch in Deutschland zu sagen: „Wer zum Teufel soll dieser Mandela sein? Was hat er uns gebracht? Er hat uns verraten und verkauft!“

Gleichzeitig überließen auch kleine Solidaritätsgruppen die politische Arbeit immer häufiger den „Profis“ in der NGO-Szene. Sie konzentrierten sich auf überschaubare Hilfsprojekte, für die sie Spenden sammelten und konkret eine Verbesserung der Lebensbedingungen erreichen wollten. Sie taten dies weniger aus finanztechnischen Überlegungen, sondern weil sie für die politische Arbeit keine Perspektive mehr sahen. „Dieser Euphorie aus Überidentifikation und Projektion eigener Wunschvorstellungen konnte nur der Kater folgen, der sich allzu oft in Demobilisierung und Rückzug ausdrückte, in anderen Fällen mit der Konzentration auf konkrete, handfeste Projekte.“⁶

⁶ Köbler, Reinhart/Melber, Henning: Globale Solidarität. Eine Streitschrift, Frankfurt a.M. 2002, S. 34.



Zuhörer*innen während einer Rede von Nelson Mandela am 10. Mai 1994

Die unüberschaubare globalisierte Wirklichkeit zu beeinflussen überließen sie anderen, in deren Netzwerkstrukturen sie zwar formal noch eingebunden waren, sich aber inhaltlich zusehends zurückzogen. So wurden aus Netzwerken wie KOSA und KASA mehr und mehr NGOs, deren Gelder hauptsächlich von Projektanträgen entweder bei (kirchlichen) Spendenorganisationen oder bei staatlichen Stellen kamen, was eine veränderte Arbeitsweise mit sich brachte.

Prozessorientierte Arbeit wurde immer schwieriger. Die Frage, wie kritische Solidarität aussehen könnte und welche Handlungsoptionen es für sie gibt, um konkrete Verbesserungen für die Opfer von Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen zu erzielen, war dringlich und wurde trotzdem nur unzureichend bearbeitet.

Kampagnen und Ownership

Viele entwicklungspolitisch arbeitende NGOs hatten schon immer eine Politikabteilung, in der sie versuchten, die Probleme als strukturell zu begreifen und zu bearbeiten. Und diese Abteilungen wuchsen erfreulicherweise.

260 Positiv war an dieser Entwicklung, dass immer mehr Organisationen sich zunächst auf Themen einließen, aus denen dann Kampagnen entstanden und die sich weitgehend aus der Erfahrung des südlichen Afrikas mit Kolonialismus und Apartheid speisten. Das gilt exemplarisch für die Internationale Kampagne zur Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika⁷ oder die StopEPA-Kampagne.⁸ In Bezug auf das südliche Afrika entstand ein weiterer internationaler Themenschwerpunkt: illegitime Schulden.⁹ Die Schulden, die das Apartheid-Regime aufgehäuft hatte, um die eigene Bevölkerung zu terrorisieren, und die Schulden der Anrainerstaaten, die stellvertretend für die Weltgemeinschaft ein Regime bekämpften, das als Verbrechen gegen die Menschlichkeit klassifiziert worden war, lieferten eine gute Grundlage für die Debatte. Die Kampagne für eine Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen richtete sich vorwiegend gegen deutsche Firmen, die während der

⁷ Diese Kampagne bestand aus zwei Teilen, die sich unterschiedlich entwickelt hatten; vgl. auch den Text von Saage-Maaß/Bohne in diesem Band.

⁸ Kampagne gegen ungerechte Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreements, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) zwischen der EU und den ehemaligen Kolonialstaaten in Afrika, Asien und Lateinamerika.

⁹ Zu illegitimen Schulden vgl. <https://bit.ly/2Zz6WuJ>.

Apartheid-Zeit einerseits finanziellen Nutzen aus dem System gezogen und andererseits das System durch ihre Anwesenheit, ihre Verbindungen oder ihre Geschäftspraxis gestützt hatten.

Ein Phänomen, das sich seit etwa 2010 verstärkt zeigt, ist die Kurzlebigkeit der Themen, das heißt die Konzentration auf Kampagnen, die aktuelle Ereignisse wie akute Krisen oder Katastrophen aufgreifen und medial verarbeiten. Kampagnen, die auf die Vergangenheitsbewältigung abzielen, haben sowohl hinsichtlich der Finanzierung als auch hinsichtlich der medialen Aufmerksamkeit und der Beteiligung von Unterstützer*innen das Nachsehen.

Inzwischen sind auch die Netzwerke und Solidaritätsgruppen dazu übergegangen, aktuelle Ereignisse wie etwa die Fußballweltmeisterschaft, die 2010 in Südafrika stattfand, als „window of opportunity“ für Kampagnen-zwecke zu nutzen. Die deutsche Kampagne „Kick for one World“¹⁰ wollte schon frühzeitig Organisationen, die zu Südafrika arbeiten, unter einen Hut bringen, sprich in einer Kampagne vereinen. Sie scheiterte aber daran, dass für viele größere Organisationen die eigene Sichtbarkeit wichtiger ist als ein gemeinsames Kampagnenziel – in diesem Fall die Frage zu stellen, wem eine solche Großveranstaltung letztendlich zugutekommt. Das Problem solcher Kampagnen wie dieser war und ist es, starke Partner vor Ort zu finden, die diese Kampagne mittragen und legitimieren.

261

Neues Selbstbewusstsein im Süden

Alles dreht sich ums Geld, auch im Süden. Wo sich früher Bewegungen aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammensetzten, sind in den letzten Jahren finanziell oft vom Westen abhängige Institutionen entstanden, die sich thematisch nach den Vorgaben der Finanziere auszurichten hatten. Geld gab es nur, wenn im Antrag etwa das Wort „Klima“ oder im Falle von Simbabwe „Regime Change“ zu lesen war. Änderte die geldgebende Organisation ihre Prioritäten, konnten die Empfänger*innen entweder mitziehen oder hatten das Nachsehen. Das gefährdete die Existenz einiger lokaler NGOs. Die politischen Prozesse, die vor Ort zu bearbeiten nötig wären, wurden entweder hintangestellt oder indirekt, mit kreativen Ideen, bearbeitet. Die Geberorganisationen reagierten darauf mit verschärften Kontrollen und der Bekämpfung von angeblicher Korruption und verhinderten so immer mehr, dass kleine, vielleicht schlagkräftige Basisgruppen

¹⁰ Kick for one world – reloaded, 15.2.2016, unter: <https://bit.ly/3ORpyne>.

arbeiten konnten. Sie wurden finanziell regelrecht ausgetrocknet. Der Trend ging zu immer größeren Antragssummen, die nur die großen Organisationen überhaupt verarbeiten konnten. Gleichzeitig war auch in der Gewichtung von Themen, politischen Prozessen und Arbeitsschwerpunkten der Westen mit seinem Geld das Maß aller Dinge.

Die Logik, die in der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor gilt, wurde auch auf die politische Arbeit angewendet. Felwine Sarr hat sie treffend charakterisiert: „Entwicklung ist eine Ausdrucksform jener westlichen Unternehmung, die darin besteht, die eigene Weltanschauung vermittels der eigenen Mythen und Vorstellungen von gesellschaftlicher Zweckmäßigkeit in anderen Erdteilen zu verbreiten.“¹¹ Den westlichen Mythos bezeichnet Sarr als „Ökomythos“;¹² dessen Schlüsselbegriffe Wohlstand, Fortschritt, Glauben und Gleichheit seien und der – ungeachtet der Geschichte und Mythologien der Empfängerländer – auf diese übertragen werde, sie gleichsam einwickle. Es handelt sich also für Sarr um eine Einwicklung, nicht um eine Entwicklung. Und noch weniger um Solidarität.

Ein immer wiederkehrender Slogan aus sozialen Bewegungen im Süden lautet: „nothing about us without us“, was sich auf die Machthabenden in den jeweiligen Ländern ebenso bezieht wie auf die partnerschaftlich oder solidarisch gemeinten Lobby- und Advocacy-Strategien, der „Option für die Armen“ statt der „Option der Armen“. Es wird von Partnerschaft auf Augenhöhe auch in politischen Beziehungen gesprochen, gemeint ist aber nach wie vor ein patenschaftlicher, paternalistischer Ansatz.

Einige NGOs in Südafrika haben einen neuen Weg eingeschlagen und machen vor, was kritische Solidarität heute bedeuten und wie sie konkret werden kann. Für Graham Philpott von Church Land Program in Pietermaritzburg besteht sie darin, sich an die Seite der Ausgeschlossenen zu stellen, aber ihnen die Führung zu überlassen, wenn sie gegen die Mächtigen kämpfen: „to be present, to journey with the people and support their struggle“.¹³ Die kritische Solidarität ist eine Gratwanderung, denn sie muss auch aushalten, wenn etwa die Basisbewegung anderer Meinung ist.

11 Sarr: Afrotopia, S. 21ff.

12 Sarr bezieht sich hier auf Ökonomie und nicht Ökologie.

13 In einem Vortrag anlässlich der Jubiläumsveranstaltung der KASA 2016.

Simone Knapp studierte *Ethnologie, Afrikanistik und Soziologie in Mainz mit Schwerpunkt Afrikanische Literatur, Menschenrechte und Geschichte des südlichen Afrika. Seit 2007 koordiniert sie die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Entschädigung und Wiedergutmachung, Entschuldung, Handel, soziale Sicherheit und die Landfrage.*

S.250: Apartheid unter Druck: Nelson Mandela ist frei! Apartheid existiert jedoch weiter. Plakat der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Münster; Aktionskomitee Afrika (AKAFRIK), Münster; Evangelische Studentengemeinde (ESG), Münster; Friedensinitiative Münster. Quelle: Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

THE STAR OF APARTHEID

Daimler unterstützte die
Apartheid in Südafrika. Die Opfer
fordern Gerechtigkeit.



Unterzeichnen Sie unseren Aufruf!
www.star-of-apartheid.de

KASA



SODI!

Unfinished business!

Entschädigungsklagen von Apartheid-Opfern gegen Unternehmen

Können transnational betriebene Klagen gegen Unternehmen als ein „Akt der Solidarität“ verstanden werden? Durchaus: Sofern Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen durch diese Klagen ein Weg eröffnet wird, ihre Rechte einzufordern und gleichzeitig – bzw. als Teil dessen – die Straffreiheit von Täter*innen zu vereiteln. Solche Klagen können Unrecht nicht vollkommen wiedergutmachen, sie können aber bei der Bewältigung von Traumata helfen und „Opfern“, wieder in die Position von Handelnden zu gelangen. Und selbst wenn Klagen nicht erfolgreich sind, sind sie unverzichtbarer Bestandteil der Aufarbeitung, bieten ein Forum zur Identifizierung und Aufklärung möglicher Menschenrechtsverletzungen und in der politischen Kampagnenarbeit. In der Vergangenheit gab es mehrere juristische Anläufe, Unternehmen der Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der Apartheid anzuklagen, darunter die deutschen Unternehmen Daimler AG und Rheinmetall sowie die Deutsche Bank und die Dresdner Bank.

Es ist keine Neuigkeit, dass transnationale Wirtschaftsunternehmen das Apartheid-Regime gestützt haben.¹ Zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisierten schon während des Apartheid-Systems diese Verstrickungen und forderten nach der Überwindung des Regimes Aufklärung, Entschuldigungen, Anerkennung und Wiedergutmachung für die Opfer der Apartheid und ihre Angehörigen. Unternehmen profitierten nicht nur von der Zusammenarbeit mit dem Regime, sondern erhielten es auch am Leben. John Vorster, südafrikanischer Premierminister zwischen 1966 und 1978 sowie vierter

¹ Siehe unter anderem die Beiträge von Ingeborg Wick und Andreas Kahrs in diesem Band.

Staatspräsident (1978/79), führte einmal aus: „Each bank loan, each new investment is another brick in the wall of our continued existence.“²

Sein Nachfolger als Staatspräsident, Pieter Willem Botha, vereinbarte 1980 mit Repräsentant*innen von Firmen wie Barclays, Standard Bank, Anglo American und weiteren Unternehmen, gemeinsam im Defence Advisory Board (DAB) zu kooperieren. Das DAB sollte die gemeinschaftliche Unterstützung für die Apartheid-Politik gewährleisten. Banken wie Commerzbank, Dresdner Bank, Barclay oder Citigroup agierten als Scharnier zwischen dem Gesetz- und dem Ungesetzmäßigen, zwischen der Finanzierung und der Aufrechterhaltung des Regimes. Beispielhaft hatte der Vorsitzende des „UN Special Committee Against Apartheid“ 1979 die Citigroup für das Bereitstellen umfangreicher finanzieller Mittel gegeißelt, die das Regime in den Jahren nach dem Soweto-Aufstand aufgefangen hatten.

Andere Unternehmen kooperierten eng mit den südafrikanischen Sicherheitskräften. Die südafrikanischen Politikwissenschaftler Patrick Bond und Khadija Sharife kamen zu dem Schluss: „To summarise, the corporate role in South African racial oppression was [...] substantial.“³ Zu dem gleichen Ergebnis kam die zwischen Dezember 1996 und 1998 eingesetzte Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC). Sie beschäftigte sich auch mit der Rolle und der Verflechtung der Wirtschaft und stellte in ihrem abschließenden Dokument fest: „Business was central to the economy that sustained the South African state during the apartheid years. Certain businesses, especially the mining industry were involved in helping to design and implement the apartheid policies. Other business benefited from cooperating with the security structures of the former state. Most businesses benefited from operating in a racially structured context.“⁴

Trotz dieser Einschätzungen über die Rolle der Wirtschaft, blieb einiges ungeklärt und hinterließ bei vielen Unzufriedenheit, wie das TRC-Mitglied Dumisa Ntsebeza bemerkte: „Although the TRC held institutional hearings, we failed, it seems to me, to interrogate the role of big business, of the transnational companies, for their part in sustaining and perpetuating the apartheid order.“⁵

2 Bond, Patrick/Sharife, Khadija: Apartheid Reparations and the Contestation of Corporate Power in Africa, in: *Review of African Political Economy* 36/2009, S. 115–125.

3 Zit nach: ebd., S. 116.

4 Zit nach: ebd., S. 115f.

5 Ntsebeza, Dumisa: Endnote, in: Bell, Terry (Hrsg.): *Unfinished business: South Africa, apartheid, and truth*, London 2003, S. 346–351.

Hier zeigt sich die Zweideutigkeit des „unfinished business“ – die fehlende Aufarbeitung der Rolle der Konzerne, aber auch die unvollendete Arbeit der TRC. Aufgrund unzureichender Zeit und fehlender Ressourcen, aber vor allem begründet durch die fehlende Kooperationsbereitschaft der Unternehmen konnte die Verbindung der Konzerne mit dem Apartheid-Regime nicht ausreichend bewiesen werden. Keiner der multinationalen Konzerne gab bei den Anhörungen Erklärungen ab.⁶ Im Gegenteil: An der TRC wurde mit Hinblick auf die Unternehmen kritisiert, dass die Repräsentant*innen der Wirtschaft sich als Opfer darstellen konnten. Die TRC stellte nach Meinung von Barnard-Naudé die Unternehmen als Nutznießer, nicht jedoch als Straftäter dar.⁷ In der Arbeit der TRC ging es vor allem darum, die Opferperspektiven zu integrieren und einen gesellschaftlichen Ausgleich zu schaffen, während Strafprozesse täterzentrierter sind mit dem Fokus auf die Ermittlung der Täterverantwortung.⁸ Und doch trat die Entschädigung der Opfer im Laufe der Arbeit der TRC in den Hintergrund. Durczak zeigt, dass der Gewährung von Amnestien für die Täter*innen letztlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde als der Entschädigungen für die Opfer, die für einen Versöhnungsprozess hoch relevant sind. Ähnlich argumentiert Ntsebeza, speziell hinsichtlich transnationaler Konzerne.⁹ Nicht nur die Regierung, sondern gerade auch die Unternehmen seien verpflichtet, Entschädigungen zu zahlen. Die geringe Berücksichtigung der transnationalen Konzerne in den Verhandlungen der TRC führte aber dazu, dass ihnen kaum eine Entschädigung abverlangt wurde und das Einheits- und Versöhnungsgesetz allein den Staat für die Entschädigung der Opfer verantwortlich machte, die individuellen Täter*innen und Unternehmen dagegen aus jeglicher Haftung entlassen werden sollen. Ein Versäumnis war es insbesondere, dass

6 Vorspohl, Elisabeth: Das Schweigen gebrochen. Wahrheits- und Versöhnungskommission Südafrika, Frankfurt a.M. 2000.

7 Barnard-Naudé, Jaco: For justice and reconciliation to come: the TRC archive, big business and the demand for material reparations, in: du Bois, François/du Bois-Pedain, Antje (Hrsg.): Justice and reconciliation in post-apartheid South Africa, Cambridge 2008, S. 172–205.

8 Durczak, Nike: Der Versuch einer Vergangenheitsbewältigung in Südafrika durch die Wahrheits- und Versöhnungskommission. Analyse von einigen Aspekten aus der Opferperspektive, Frankfurt a.M. 2001, S. 16; Koppe, Karoline: Wiedergutmachung für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Südafrika, Berlin 2005.

9 Ntsebeza: Endnote, S. 349.

die TRC Entschädigungszahlungen nicht gesetzlich festlegte. Dies hatte zur Folge, dass Teilzahlungen sich erheblich verzögerten, die als Gegengewicht zur Amnestie der Täter*innen wesentlich gewesen wären (da zivilrechtliche Klagen auf Schmerzensgeld und Schadensersatz durch die Amnestien ausgeschlossen waren).

Klagen für Gerechtigkeit

Vor diesem Hintergrund mangelnder und verzögerter Entschädigungszahlungen an die Betroffenen der Apartheid-Verbrechen reichten im Jahr 2002 südafrikanische Aktivist*innen – unter anderen Dennis Brutus und Lungisile Ntsebeza sowie die Khulumani Support Group und das Schuldenerlassnetzwerk Jubilee South Africa – unter Rückgriff auf den Alien Tort Claims Act (ATCA) Klage gegen 23 multinationale Unternehmen ein, die während der Apartheid-Zeit in Südafrika aktiv gewesen waren. Der Vorwurf lautet, die Unternehmen hätten durch „aiding and abetting“ (Begünstigung und Unterstützung) des Apartheid-Regimes zu Menschenrechtsverletzungen beigetragen. Unter den Beklagten waren Banken (z.B. Barclays, UBS, Crédit Suisse), Öl- (z.B. British Petroleum, Shell) und Technologieunternehmen. Ziel der Klagen sind die angemessene Wiedergutmachung für die 20.000 anerkannten Opfer der Apartheid durch soziale Programme für benachteiligte Gemeinschaften und die Anerkennung des Unrechts und des Leides der Opfer.

268

Im November 2004 entschied John Sprizzo, Richter am New York Southern Circuit, die Anklage abzulehnen. Nach seiner Auffassung überdeckten die Interessen der US-Außenpolitik und die südafrikanischen wirtschaftlichen Überlegungen den ATCA. Dagegen legten die Kläger beim Second Circuit Court of New York Berufung ein. Im Oktober 2007 gewannen die prozessführenden Parteien die Berufung im Second Circuit Court. Diese Entscheidung wurde wiederum von den Beklagten angefochten. So wurde erwartet, dass der konservative US Supreme Court im Mai 2008 das Gerichtsverfahren zugunsten der Unternehmen beenden würde, doch gab es bei vier Richtern Interessenkonflikte, da sie Inhaber von Aktien der beklagten Unternehmen waren. So hatte der Supreme Court keine andere Möglichkeit, als das Verfahren an das New Yorker Gericht zurückzusenden. Im Februar 2009 fand vor dem Gericht eine weitere Anhörung statt aufgrund eines Antrags der Unternehmen, das Verfahren abzulehnen.

In einem „Memorandum of Law in Support of the Defendant’s Joint Motion to Dismiss“ führten beklagte Unternehmen eine Vielzahl von Argumenten

an, beispielsweise dass die Behauptung des „aiding and abetting“ der Apartheid-Regierung keinen Schadensersatzanspruch begründe, da wirtschaftliche Geschäfte mit Südafrika während der Apartheid internationale Gesetze nicht verletzt hätten. Andere zusätzliche Memoranden, zum Beispiel von IBM oder Daimler, argumentierten, dass „Mutterkonzerne“ nicht verantwortlich bzw. haftbar sind für vermeintliche Taten und Politiken von Tochtergesellschaften, die das Apartheid-Regime unterstützten. Außerdem verweisen viele transnationale Konzerne darauf, dass sie soziale Projekte in den Gemeinden und im Bereich der beruflichen Weiterbildung förderten und daher ausreichend an der Wiedergutmachung beteiligt seien.¹⁰

Um die Chancen auf einen Erfolg zu erhöhen, reduzierten die Kläger*innen 2008 die Anzahl der beklagten Firmen auf acht, da für jedes angeklagte Unternehmen der Nachweis erbracht werden muss, dass seine Aktivitäten die Apartheid unterstützt haben. Den Unternehmen wird vorgeworfen, zwischen 1948 und 1994 staatliche Menschenrechtsverletzungen durch Lieferungen von ihnen hergestellter Güter unterstützt zu haben. Dazu zählten militärische Ausrüstungen und Fahrzeuge, Computersysteme für das rassistische Passsystem und die Finanzierung der Sicherheitskräfte, im vollen Wissen darum, dass mit ihrer Hilfe das Apartheid-Regime erhalten und durchgesetzt wird. Die Klage wurde in eine Sammelklage umgewandelt, eine sogenannte „class action“, in der einzelne Kläger*innen und Khulumani als Organisation für die Apartheid-Opfer gemeinsam auftreten.

Am 8. April 2009 erklärte die zuständige Richterin Shira Scheindlin am Bezirksgericht New York die Klage gegen die fünf Unternehmen General Motors, Ford, IBM, Daimler AG und Rheinmetall AG für zulässig. Mit dem Urteil wurde die vorgebrachte Unzulässigkeitsrüge („motion to dismiss“) der Beklagten zurückgewiesen. Als unzulässig wurden jedoch die Klagen gegen die Banken abgelehnt.

Im Dezember 2013 wurde die Klage gegen Daimler und Rheinmetall von dem New Yorker Gericht endgültig abgelehnt; 2015 auch die Klagen gegen IBM und Ford. General Motors zahlte dagegen eine symbolische Summe von 1,5 Millionen US-Dollar und beendete auf diese Weise das Verfahren.

¹⁰ Eine Zusammenfassung der Gegenargumente der Beklagten bieten Bond/Sharife: Apartheid Reparations, S. II7f.

Politische Reaktionen und Sichtweisen

Erwartungsgemäß gab es sehr unterschiedliche Bewertungen der Klagen. Ursprünglich lehnten die südafrikanische, die US-amerikanische und auch die deutsche Regierung das Verfahren vor US-amerikanischen Gerichten ab. Durchgängig vertrat die Bundesregierung die Position, dass eine Klage gegen deutsche Konzerne in den USA die deutsche Gerichtshoheit und deutsche Interessen verletze. Nach Sichtweise der Bundesregierung gab es keinen hinreichenden Bezug zwischen Streitgegenstand und den Parteien zu den USA – da weder die Beteiligten noch die vorgeworfene Handlung eine Beziehung zu den USA aufweisen. In einem sogenannten Amicus-Curiae-Brief, das heißt einem Schriftsatz an ein Gericht, in dem eine am Verfahren nicht selbst beteiligte Person oder Organisation rechtliche Argumente und eine Handlungsempfehlung darlegen kann, forderte die deutsche Botschaft die Kläger*innen auf, Klagen vor deutschen oder südafrikanischen Gerichten einzureichen. Ferner führte die deutsche Regierung aus, es bestehe die Gefahr, dass Zivilprozesse wegen des Vorwurfs mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen gegen transnationale Konzerne unter Anwendung des ATCA missbraucht würden, was zu Rechtsunsicherheit und zur Schädigung des internationalen Handels führen könne. Diese Sichtweisen wurden durch Verweise entkräftet, dass nur in Ausnahmefällen solche Verfahren überhaupt Aussicht auf Erfolg haben und deshalb auch selten leichtfertig begonnen werden. Was die Behauptung betrifft, das Verfahren verletze die deutsche Souveränität, so liegt durchaus ein Zusammenhang zwischen dem Gerichtsort der USA und Daimler vor, da das Unternehmen einen beträchtlichen Gewinnanteil in den USA erwirtschaftet und an der New Yorker Börse notiert ist. Außerdem könnte aufgrund der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen das Prinzip der universellen Jurisdiktion greifen.¹¹

In Südafrika wurde die Klage von verschiedenen Seiten unterstützt, so vom südafrikanischen Kirchenrat oder von Gewerkschaften. Viele Mitglieder der TRC, unter anderen Erzbischof Desmond Tutu, sprachen sich in Unterstützerbriefen für die Zulassung der Klage aus. In einem Amicus-Brief vom August 2005 wiesen sie darauf hin, dass die beklagten Unternehmen die Kommission nicht in Anspruch genommen oder Amnestie beantragt hatten. Wie die deutsche Regierung wurden

11 Saage-Maaß, Miriam: Geschäft ist Geschäft? Zur Haftung von Unternehmen wegen der Förderung staatlicher Menschenrechtsverletzungen, in: Kritische Justiz, 43 (2010) I, S. 54–61.

auch die südafrikanische und US-amerikanische Regierung im Zuge der Klage im Jahr 2009 um eine aktuelle Stellungnahme gebeten. In Südafrika nahm man nun Abstand von der Position der vormaligen Regierung Thabo Mbekis, die sich gegen die Schuldforderungen an multinationale Unternehmen ausgesprochen hatte – auch auf Druck der damaligen Regierung Bush. Mbeki hatte es unakzeptabel gefunden, wenn zentrale südafrikanische Themen vor einem ausländischen Gericht geklärt würden. „We are not defending the multinationals. What we are defending is the sovereign right of the people to decide their future [...] I can't understand why any South African would want to be brought under such judicial imperialism.“¹² Die beschuldigten Unternehmen griffen in ihrer Argumentation dieses Zitat auf, um den Klageort USA zu entkräften. Daneben führte die südafrikanische Regierung, ähnlich wie die US-amerikanische, die Verletzung der Souveränität des südafrikanischen Staates, die Behinderung der wirtschaftlichen Beziehungen und des ökonomischen Aufbaus sowie die Beeinträchtigung der nationalen Versöhnung als Argumente an.

Dagegen hat sich die südafrikanische Regierung unter Präsident Jacob Zuma ganz im Sinne der Klage für einen Ausgleich zwischen Opfern und beklagten Konzernen eingesetzt, beispielsweise Justizminister Jeffrey Radebe im September 2009. Daneben hat Radebe seine Unterstützung für eine außergerichtliche Klärung des Falles angeboten, was sich mit Angeboten von Khulumani deckt, die ebenfalls für direkte Verhandlungen mit den Unternehmen plädierten. Eine Klage in Südafrika selbst wäre schwer durchzuführen, weil die Gesetzgebung in Südafrika es nicht erlaubt, Unternehmen wegen Verstrickung in das Apartheid-System noch rückwirkend juristisch zu belangen.

Ähnlich wie in Südafrika hatte sich auch in den USA die Einschätzung des Falles im Laufe der Zeit verändert. Ursprünglich war die Klage scharfen Anfeindungen ausgesetzt, sah man auch hier wirtschaftliche Beziehungen und die nationale Souveränität in Gefahr. Mit einer in das Gerichtsverfahren eingeführten Stellungnahme („statement of interest“) des United States Department hatte die US-Regierung formell eingegriffen. Darin erklärte sie, dass mit dem Verfahren Interessen der USA beeinträchtigt würden. Auch der frühere Außenminister Powell hatte sich gegen die Klage ausgesprochen. Auf die nochmalige Anfrage 2009 schrieb

¹² Zit. nach: Bond/Sharife: Apartheid Reparations, S. 119.

der damals amtierende US-Präsident Barack Obama in einem Brief an das Gericht, er erachte die Einwände der Unternehmen als unbegründet und befürwortete dadurch die Fortsetzung des Verfahrens.

Versuch eines Fazits

Die angeklagten Unternehmen konnten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. War die Klage deshalb erfolglos? Nicht zwangsläufig. Bei solchen Verfahren geht es um Aufklärung der Verbrechen und die Benennung der Verantwortung der Täter*innen. Aufklärung und Anerkennung von begangenen Unrecht ist aus der Perspektive der Betroffenen immer auch für eine Wiedergutmachung notwendig. Das Bemerkenswerte an den sogenannten Apartheid-Klagen ist, dass sie von einer transnationalen Mobilisierung und von Kampagnen gegen die Unternehmen, die von dem Apartheid-System profitiert haben, begleitet und unterstützt wurden. Daran beteiligten sich unterschiedliche Akteur*innen: südafrikanische Aktivist*innen, US-amerikanische Jurist*innen, europäische Unterstützer*innen sowie eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Menschenrechtsorganisationen und Universitäten. Exemplarisch zeigte sich das 2010: Als die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika stattfand und Daimler als Trikotsponsor der deutschen Nationalmannschaft auftrat, veranstalteten NGOs und Aktivist*innen die Kampagne „Star of Apartheid“, um auf die Aktivitäten des Konzerns während der Zeit vor 1994 hinzuweisen und um Archivöffnungen von Daimler und Entschädigungen zu fordern. Mit der damals noch anstehenden Klage wurde zusätzlicher Druck aufgebaut und Interesse geweckt. Juristische, mediale und zivilgesellschaftliche Arbeit gingen damals Hand in Hand.

Die Klage war eine der ersten zur Durchsetzung menschenrechtlicher Standards gegenüber transnationalen Unternehmen, quasi ein Präzedenzfall, und ein anschauliches Beispiel für transnationale Bemühungen um die juristische Aufarbeitung von Systemunrecht. Die derzeit allgegenwärtige Diskussion um gesetzliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen und ihren Lieferketten wäre ohne die damaligen Bemühungen sicherlich nicht so weit gediehen.

Miriam Saage-Maaß ist promovierte Rechtsanwältin und stellvertretende Legal Director beim European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), wo sie das Programm Wirtschaft und Menschenrechte aufgebaut hat und derzeit leitet.

Andreas Bohne Autorenbiografie siehe S. 13.

S.264: Plakat der Kampagne „Star of Apartheid“, um auf die Verwicklungen der Daimler AG während der Apartheid und ihrer Rolle als DFB-Hauptsponsor während der Fußballweltmeisterschaften 2010 hinzuweisen. Quelle: medico international

SHELL

BETANKT APARTHEID



EINE AKTION EVANGELISCHER UND KATHOLISCHER ORGANISATIONEN

STOPPT DIE VERBÜNDETEN DER APARTHEID

VERANTWORTLICH: BUND DER DEUTSCHEN KATHOLISCHEN JUGEND (BDKJ) · CARL-MOSTERTS-PLATZ 1 · 4000 DÜSSELDORF 30

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER EVANGELISCHEN JUGEND IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND BERLIN WEST E.V. (aej) · PORSCHESTRASSE 3 · 7000 STUTTGART 40

Joachim Becker

Von Cabora Bassa bis Marikana

Banken und Konzerne im Kampagnen-Fokus

Von ihren Anfängen in den frühen 1970er-Jahren an haben sich Solidaritäts- und Internationalismusgruppen mit dem Schwerpunkt südliches Afrika in der BRD mit den asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen kritisch auseinandergesetzt. Bei ihren Kampagnen fokussierten sich die Gruppen immer wieder auf die Aktivitäten bundesdeutscher Banken und anderer Konzerne als wirtschaftlichen Schlüsselakteuren.

275

Schon zu Beginn – nämlich den Protesten gegen die bundesdeutsche Beteiligung am Bau des Kraftwerks Cabora Bassa, einem Schlüsselprojekt der portugiesischen Kolonialmacht – griffen die Aktivist*innen auf das Instrument der Intervention bei der jährlichen Aktionärsversammlung involvierter Unternehmen zurück. Kritische Aktionär*innen, die im Laufe der Zeit auch einen organisatorischen Verbund gebildet haben, spielten auch eine wichtige Rolle in der Kampagne gegen die bundesdeutschen Bankbeziehungen mit dem Apartheid-Staat Südafrika. Und sie traten – nach dem Ende von Kolonialismus und Apartheid – erneut in Erscheinung. Diesmal beispielsweise bei BASF, das strategische Lieferbeziehungen mit dem Platinproduzenten Lonmin unterhält. Dieser erlangte durch das Massaker an streikenden Arbeitern im Jahr 2012 traurige Berühmtheit. Diese drei Kampagnen möchte ich in diesem Beitrag beleuchten, in ihre jeweiligen Zusammenhänge – sowohl international als auch national – stellen und auf ihre Ziele, Kampagnenformen und weiterreichende Impulse eingehen. Diese Reflexion ist zum Teil auch eine Selbstreflexion, war ich doch selbst in den 1980er-Jahren im Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ aktiv.

Cabora Bassa: Damm für den Kolonialismus

In den 1960er- und 1970er-Jahren stand bei der internationalen Solidaritätsbewegung nicht allein der Kampf gegen Apartheid im Vordergrund, sondern auch die portugiesische Kolonialherrschaft in Guinea-Bissau, Kapverden, Angola und Mosambik, wo das faschistisch-orientierte Regime in Portugal sein Kolonialimperium zu bewahren suchte. Große Kapitalgruppen in der industriell schwach entwickelten portugiesischen Ökonomie hatten erhebliche Wirtschaftsinteressen in den Kolonien. Diese wurden zudem zunehmend Konzernen aus anderen Ländern geöffnet. Wirtschaftlich war Mosambik besonders eng mit Südafrika und dem siedlerkolonialen Rhodesien verbunden. Das große portugiesische Staudammprojekt von Cabora Bassa in Mosambik hatte in verschiedener Hinsicht strategische Bedeutung. Seine Stromlieferungen sollten vornehmlich an die Regionalmacht Südafrika gehen und damit der infrastrukturelle Kolonialverbund ausgebaut werden. Der entstehende Stausee sollte aber auch eine Barriere gegen die weitere militärische Ausbreitung der Befreiungsbewegung Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO) bilden. Die FRELIMO positionierte sich eindeutig gegen das Projekt.¹ Gegen den Bau des Staudamms formierte sich eine internationale Kampagne, die durch den Internationalismus der Protestbewegung von 1968 Rückenwind hatte. Ihr Ziel war, beteiligte Unternehmen zum Rückzug zu zwingen und damit das Gesamtprojekt zu Fall zu bringen.

276

Auch bundesdeutsche Firmen waren maßgeblich an dem Projekt beteiligt, nach Angaben von Eduardo de Sousa Ferreira belief sich der Auftragswert von Lieferungen und Leistungen bundesdeutscher Firmen auf ca. 44 Prozent des Gesamtaufwandes.² Verschiedene bundesdeutsche Banken beteiligten sich an der Finanzierung. Trotz eines UNO-Beschlusses und internationaler Proteste sicherte die deutsche Bundesregierung das Projekt mit staatlichen Hermes-Bürgschaften finanziell ab.³

In die internationale Kampagne klinkten sich in der BRD verschiedene Initiativen, oft in Universitätsstädten, ein. Auch kirchliche Gruppen politi-

1 Ferreira, Eduardo de Sousa: Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa. Wirtschaftspolitische Analysen über die portugiesischen Kolonien, Südafrika und Namibia, Freiburg/Bonn 1972, S. 5ff., 60ff.

2 Ferreira, Eduardo de Sousa: Strukturen der Abhängigkeit. Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Angola und Mozambique, Frankfurt a.M. 1975, S. 30.

3 Balsen, Werner/Rössel, Karl: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 289.

sierten sich in dieser Kampagne. Die Gruppen suchten eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Druck auf die beteiligten Konzerne aufzubauen. 1972 griffen sie eine in den 1960er-Jahren in den USA neu entwickelte Aktionsform auf: den Auftritt als kritische Aktionär*in in der Aktionärsversammlung. Als die Geschäftsleitung der Firma Siemens, die an dem Cabora-Bassa-Projekt beteiligt war, die Diskussion über das den Bau des Staudamms abblocken wollte, besetzten Aktivist*innen der Aktion Dritte Welt (ADW) aus Freiburg das Podium. Die Versammlung wurde unterbrochen. Ein Mitglied der ADW wurde zu einer Geldstrafe von 200 DM oder ersatzweise zehn Tagen Haft verurteilt.⁴

Das Cabora-Bassa-Projekt konnte letztlich nicht verhindert werden. Doch für die Solidaritätsgruppen zum südlichen Afrika – und auch darüber hinaus – war die Cabora-Bassa-Kampagne ein wichtiger Schritt, um über einen rein humanitären Ansatz hinauszugehen und sich direkt mit ökonomischen und politischen Interessen in der BRD auseinanderzusetzen.⁵ Sie war auch wegweisend für spätere Aktionen.

Das grüne Band der Sympathie – mit Apartheid

Mit dem Slogan „Das grüne Band der Sympathie“ warb in den 1980er-Jahren die Dresdner Bank, damals das zweitgrößte bundesdeutsche Bankinstitut, das besonders stark in Südafrika und Namibia engagiert war. Diese Werbung persiflierten Anti-Apartheid-Aktivist*innen in der Kampagne für eine Beendigung der Finanzbeziehungen mit Südafrika und Namibia zu „Das grüne Band der Sympathie – mit Apartheid“. Dem Engagement bundesdeutscher Großbanken am Kap setzten die Aktivist*innen die Forderung „Kein Geld für Apartheid! Kein Kredit an Südafrika! Kein Geld für Gold aus Südafrika!“⁶ entgegen. Zeitlich fiel die Bankenkampagne der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Gruppen, die Teil der internationalen, von den Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias angestoßenen Sanktionskampagne war, in die Zeit der sogenannten Schuldenkrise der Dritten Welt und den darauf folgenden neoliberalen Strukturprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Diese führten in Westdeutschland, speziell im Vorfeld der

⁴ Ebd., S. 294.

⁵ Ebd., S. 285ff.

⁶ Paschlau, Helmut/Peschke, Doris/Stautner, Sylta: Kein Geld für Apartheid! Kein Kredit an Südafrika! Kein Geld für Gold aus Südafrika!, in: Anti-Apartheid-Bewegung (Hrsg.): Banken und Apartheid. Unser Geld in Südafrika, Bonn 1984, S. 3.

IWF/Weltbank-Tagung 1988 in West-Berlin, zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den Ursachen der Finanzkrise, der Rolle der Banken und der Politik von IWF und Weltbank sowie der Forderung nach grundlegenden Veränderungen der Weltwirtschaftsstrukturen.⁷

Gegenüber der starken Zinserhöhung in den USA in den späten 1970er-Jahren und der Instabilität der Rohstoffpreise – speziell des Goldpreises – zeigte sich auch die südafrikanische Wirtschaft verwundbar.⁸ Bis Mitte der 1980er-Jahre finanzierten der südafrikanische Staat und von ihm kontrollierte Firmen große Investitionsprogramme in Schlüsselsektoren, vor allem im Energiesektor. Diese hatten oftmals auch militärische Bedeutung. Als potenzielle Achillesferse hatten deshalb die internationalen Anti-Apartheid-Kräfte die südafrikanischen Finanzbeziehungen ausgemacht. Die Boykottaktionen in Großbritannien und den USA, die sich gegen in Südafrika engagierte Banken richteten und auch die Kampagne in Deutschland inspirierten, begannen schon früh. Bereits 1969 war in Großbritannien die Barclays Bank mit ihrem besonders starken Engagement in Südafrika ins Visier genommen worden – die schließlich 1986 einen Teiltrückzug aus Südafrika ankündigte. Auch vier große US-Banken standen 1985 unter so starkem Druck, dass sie neue Kredite an Südafrika ablehnten.⁹ Südafrika geriet in Zahlungsschwierigkeiten und erklärte 1985 ein Teilmoratorium auf seine Auslandsschuld. Da für Südafrika aufgrund politischen Drucks ein IWF-Kredit nicht realistisch schien, erfolgten Umschuldungsverhandlungen außerhalb des sonstigen IWF-Rahmens und ohne die üblichen wirtschaftspolitischen Auflagen. In diesen Umschuldungsverhandlungen spielten bundesdeutsche Banken eine zentrale Rolle.¹⁰ Ende 1988 entfielen von Südafrikas Auslandsschulden bei Banken 13,1 Prozent auf bundesdeutsche Banken.¹¹

278

7 Hierlmeier, Josef (Moe): *Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua*, Stuttgart 2002, S. 92ff.

8 Becker, Joachim: *Südafrikas Schuldenkrise*, in: *Anti-Apartheid-Bewegung* (Hrsg.): *Banken und Apartheid. Unser Geld in Südafrika*, 4., völlig überarb. Aufl., Bonn 1990, S. 4–6.

9 Hanlon, Joseph/Omond, Roger: *The Sanctions Handbook*, Harmondsworth 1987, S. 342f.; Militz, Eva/Peschke, Doris: *Beendet die Südafrika-Geschäfte! – Bankenboykott im In- und Ausland*, in: *Anti-Apartheid-Bewegung* (Hrsg.): *Banken und Apartheid*, 4. Aufl., Bonn 1990, S. 21–26.

10 Becker, Joachim: *Südafrika bankrott – Umschuldungen „einmal anders“*, in: ebd., S. 13–15; Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“: *Alternativer Geschäftsbericht 1986 über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch die Dresdner Bank*, München 1987, S. 7f.

11 Becker: *Südafrikas Schuldenkrise*, S. 4.

„Verschärfung des finanziellen Drucks auf das Apartheidsregime“

KEIN KREDIT



1982 begann in der Bundesrepublik Deutschland eine Bankenkampagne, die neben der Kampagne für ein Ende der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit und dem Früchteboycott die dritte große Sanktionskampagne werden sollte. Dabei wurde damals von den Initiator*innen selbst das Thema als sehr schwierig eingeschätzt. In Seminaren wurden daher Formen der Bankenmacht, Grundstrukturen des bundesdeutschen Bankensystems und auch einige grundlegende Finanzierungsinstrumente des Südafrika-Geschäfts, die damals noch weniger komplex waren als heute, erklärt. Die Kampagne wurde in eine grundlegende polit-ökonomische Bildungsarbeit eingebettet. Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (EFD) gründeten den Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ zur bundesdeutschen Koordinierung der Aktivitäten. Er umfasste einen Kern von etwa zehn Aktiven. Fokussiert wurden die Aktivitäten beispielhaft auf die Dresdner Bank, da diese sich sowohl sehr stark bei Anleihen an Südafrika engagiert hatte wie auch eine Beteiligung an einer Bank im von Südafrika besetzten Namibia unterhielt. 1983 fand ein erster bundesweiter Aktionstag am Tag der Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank statt. Während vor Banken demonstriert wurde, brachten in der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank kritische Aktionär*innen deren Südafrika-Geschäfte kritisch zur Sprache. Dieses Grundmuster wurde in den Folgejahren wiederholt. Die Beteiligung an Protesten nahm stark zu: 1986 und 1987 kam es jeweils in 70 bis 80 Orten zu Aktionen. Symbolische Unterstützungsaktionen gab es auch im Ausland, beispielsweise in Luxemburg. In der Aktionärsversammlung brachten Kirchenvertreter*innen, Gewerkschafter*innen, Politiker*innen wie die SPD-Europa-Abgeordnete Barbara Simons, Künstler*innen und Vertreter*innen des AK „Kein Geld für Apartheid“ verschiedenste Aspekte des Südafrika- und Namibia-Geschäfts der Dresdner Bank zur Sprache.¹² Die Bankenaktionstage fanden ein breites Medienecho. Zwischen den Gruppen, die in Kampagnen gegen Kredite für das Apartheid-Regime engagiert waren, gab es auch einen internationalen Austausch und Zusammenarbeit. Besonders eng war die Kooperation mit Partnerinnen in Großbritannien, den USA und der Schweiz. Entsprechend den britischen Vorbildern veröffentlichte der AK „Kein Geld für Apartheid“ für das Geschäftsjahr 1986 einen ersten alternati-

¹² Bacia, Jürgen/Leidig, Dorothee: „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“ Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt a.M. 2008, S. 125ff.

ven Geschäftsbericht zu den Südafrika- und Namibia-Verbindungen der Dresdner Bank. Er stellte die Bedeutung dieser Bank in verschiedenen Finanzierungsgeschäften mit Südafrika heraus, darunter der langjährigen, oft federführenden Beteiligung an der Begebung von Anleihen des südafrikanischen Staates und strategischer Unternehmen, und betonte ihre Rolle bei der Umschuldung der südafrikanischen Auslandsverbindlichkeiten. Hier war die Dresdner Bank Mitglied des technischen Komitees. Diese Aktivitäten stabilisierten das Apartheid-System.

Ein eigenes Kapitel waren die Verbindungen der Bank zu Namibia, das damals unter völkerrechtswidriger südafrikanischer Besatzung stand.¹³ Das Namibia-Geschäft der Dresdner Bank, die über eine Auslandsbeteiligung einen kontrollierenden Anteil an der SWABANK hielt, löste – auch international – besondere Kontroversen aus.

Kritische Aktionär*innen traten nicht allein bei den Jahreshauptversammlungen der Dresdner Bank auf. Gruppen, die sich mit der Rolle bundesdeutscher Banken bei der Verschuldung des globalen Südens auseinandersetzten, hatten die Deutsche Bank als führendes deutsches Kreditinstitut als Bühne für ihre Anfragen und Kritik ausgewählt. Mit diesen arbeitete der AK „Kein Geld für Apartheid“ zusammen und so wurden die Südafrika-Geschäfte auch auf der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank zur Sprache gebracht.

Die Kampagne für ein Ende der Finanzbeziehungen mit dem Apartheid-Staat Südafrika und dem besetzten Namibia verband die Aufklärungsarbeit und die jährlichen Aktionstage mit der Aufforderung, zu solchen Banken zu wechseln, die erklärtermaßen keine Finanzbeziehungen zu Südafrika unterhielten. Diese Forderung richtete sich sowohl an Privatkund*innen als auch an Institutionen. Speziell in den Kirchen kam es zu Debatten um die Anlage kirchlicher Gelder und auch zur Auflösung von Konten bei Großbanken aufgrund von deren Südafrika-Verbindungen.¹⁴ Damit wurde der Umgang mit Geldanlagen aus der rein finanziellen Sphäre herausgelöst und in einen politischen Kontext gestellt. Dies fügte sich in die Anfänge von Debatten über ethisches Investieren und erste institutionelle Schritte in diese Richtung in der BRD ein.

1989 verkaufte die Dresdner Bank ihren inzwischen auf 70 Prozent ge-

¹³ Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“: Alternativer Geschäftsbericht 1986, S. 10.

¹⁴ Militz/Peschke: Beendet die Südafrika-Geschäfte!, S. 22ff.

wachsenen Anteil an der SWABANK.¹⁵ Ansonsten gelang es nicht, bundesdeutsche Banken zum Rückzug aus dem Südafrika-Geschäft zu bewegen. International trugen der Druck auf die Banken und der dadurch verursachte erschwerte Zugang Südafrikas zu den internationalen Finanzmärkten jedoch zur wirtschaftlichen Schwächung des Apartheid-Staats bei. Die internationalen Sanktionen waren ein Faktor, der die südafrikanische Regierung bewog, 1990 auf eine Verhandlungslösung für das Ende der Apartheid einzuschwenken.

Das Nach-Apartheid-Südafrika erbt eine substanzielle Auslandsschuld, welche die ökonomischen Spielräume des demokratischen Südafrika einengte. Es stellte sich die Frage, ob Südafrika die Rückzahlung dieser Schulden aufgrund ihres „illegitimen“ Charakters verweigern solle. „Illegitim sind Schulden“, so Neville Gabriel von Jubilee South Africa, das sich für eine Schuldenstreichung einsetzt, „wenn eine illegitime Regierung Geld ausleiht und diese Mittel gegen die Interessen ihrer Bevölkerung einsetzt. Wenn diese illegitime durch eine repräsentative, demokratische Regierung ersetzt wird, dann ist die neue Regierung nicht verpflichtet, diese Schuld zurückzuzahlen.“¹⁶ Dieser Forderung hat sich die neue südafrikanische Regierung – wegen der damit verbundenen Risiken – nicht angeschlossen. Versuche von Gruppen wie medico international, der Koordination Südliches Afrika (KOSA), der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) oder dem Solidaritätsdienst International (SODI), mit den deutschen Südafrika-Finanziers aus der Apartheid-Zeit in ein Gespräch über ihrer damaligen Aktivitäten zu kommen, scheiterten.¹⁷ Diese waren Teil einer breiteren Kampagne zu Fragen von Entschuldung und Entschädigung in Deutschland und der Schweiz, die sich mit Banken und anderen transnationalen Konzernen mit Sitz in diesen Ländern beschäftigte. Sie unterstützte eine Klage der südafrikanischen Opferorganisation Khulumani Support Group unter dem „Alien Tort Act“ in den USA, die sich unter anderem gegen die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank richtete. Die Klage scheiterte, da sich das Gericht für nicht zuständig erklärte.¹⁸ Klage und Kampagne lenkten eine Zeitlang die

282

¹⁵ Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“: Alternativer Geschäftsbericht 1989 über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika durch die Dresdner Bank, München 1990, S. 10.

¹⁶ Zit. nach: Morgenrath, Birgit/Wellmer, Gottfried: Deutsches Kapital am Kap Kollaboration mit dem Apartheidregime, Hamburg 2003, S. 138.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Knapp, Simone/Krameritsch, Jakob/Müller, Barbara/Sauer, Walter: „Nur die dümmsten

Aufmerksamkeit auf die Frage von politischer Rationalität und der Verantwortung der Kreditpolitik von Banken. In der veränderten Konjunktur der Nach-Apartheid-Zeit und aufgrund der Abschwächung sozialer Bewegung in den 1990er-Jahren war sie allerdings nicht mehr von breiterer Mobilisierung getragen.

Das Marikana-Massaker, Lonmin und BASF

Die letzte hier vorgestellte Aktion kritischer Aktionär*innen bei einem deutschen Konzern erfolgte nach dem Ende des Kolonialismus und der Apartheid im südlichen Afrika. Das Ende der Apartheid brachte das allgemeine Wahlrecht und eine demokratische Verfassung für Südafrika. Auch kam es zu einem Ausbau bestimmter sozialer Dienste und einer Stärkung von Gewerkschaftsrechten. Die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse verschoben sich aber nicht so stark, dass es auch zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Ökonomie gekommen wäre. Es ist sogar eher eine Erosion der wirtschaftlichen Strukturen festzustellen. Aufgrund der Außenöffnung brachen einzelne Industriesektoren unter der verschärften Konkurrenz zusammen. Finanz- und Rohstoffsektor haben eine Aufwertung erfahren.¹⁹ Extreme Ungleichheit prägt die Gesellschaft.

In diesem breiteren gesellschaftlichen und ökonomischen Kontext kam es 2012 in der Platinmine von Lonmin in Marikana zu einem harten Arbeitskonflikt. Die Streikdynamik, die sich an niedrigen Löhnen und elenden Lebensbedingungen entzündete, entwickelte sich an der früher militanten und dominanten, nun aber zunehmend passiven Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) vorbei. Die NUM war Teil der Allianz mit dem von der Befreiungsbewegung zur Regierungspartei gewandelten African National Congress (ANC). Auch das Unternehmen Lonmin war in gewisser Weise politisch gut vernetzt, hielt doch Cyril Ramaphosa, früherer NUM-Gewerkschaftsführer und gegenwärtiger südafrikanischer Präsident, über seine Investmentfirma Shanduka 9,1 Prozent der Firmenanteile von Lonmin. „Sein Gewicht innerhalb des ANC nutzend, übte er ganz im Sinne Lonmins Druck auf das Polizei- und Bergbauministerium aus, den Streik

283

Länder halten sich an den Wirtschaftsboykott“. Deutschland, Schweiz und Österreich als Profiteure und Stützen des Apartheid-Systems, in: Becker, Britta/Grimm, Maren/Krame-ritsch, Jakob (Hrsg.): Zum Beispiel BASF. Über Konzernmacht und Menschenrechte, Wien 2018, S. 62-85, hier S. 69.

¹⁹ Vgl. Marais, Hein: South Africa pushed to the limits. The political economy of change, London 2011.

durch vermehrten Einsatz der Polizei – und eben nicht Verhandlungen mit den Streikenden – zu beenden“, halten Maren Grimm und Jakob Krameritsch fest.²⁰ Die Lonmin-Führung baute – auch über ihren Werkschutz – auf eine Konfrontationsstrategie. Gegen die Streikenden setzte die Polizei massiv Schusswaffen ein. Im Zeitraum vom 10. bis 16. August 2012 kam es zu insgesamt 44 Toten.²¹ Das Massaker von Marikana stellt für das Verhältnis der Arbeiter*innen zum ANC, aber auch innerhalb der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung eine Zäsur dar.

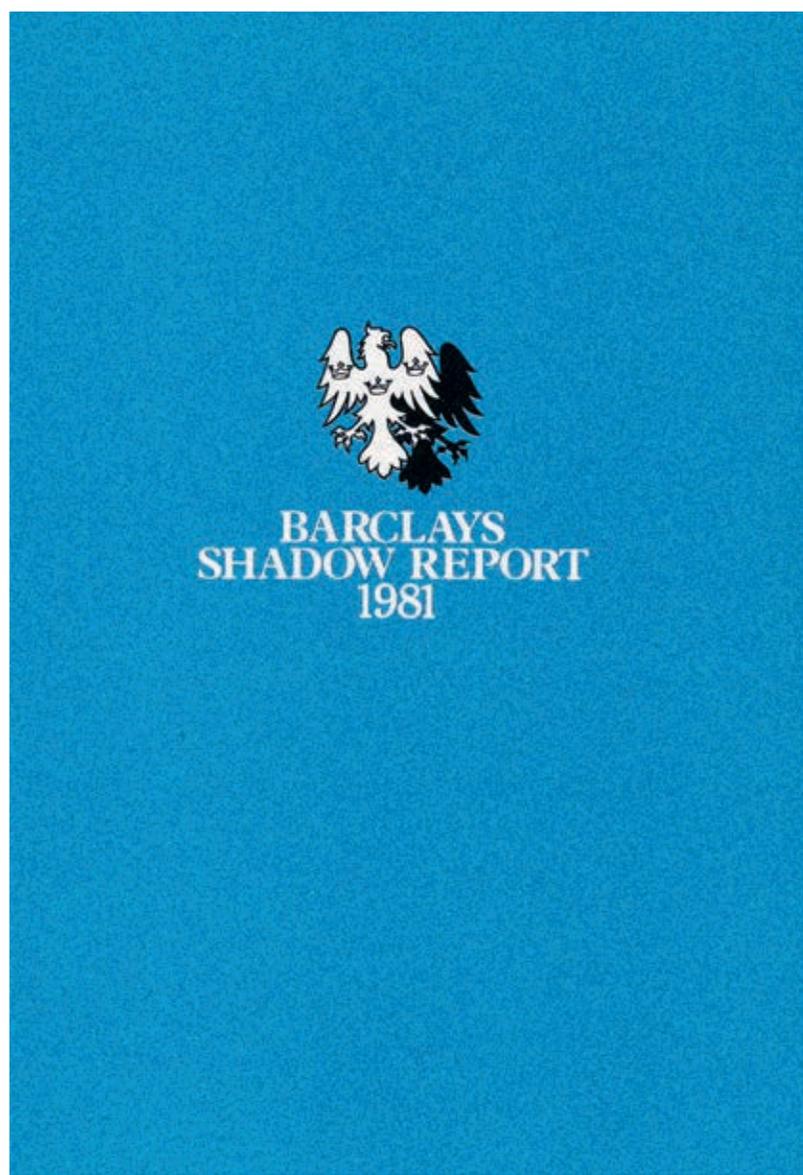
Zu den zentralen Abnehmern des Platins von Lonmin zählt BASF. Das Geschäftsvolumen beläuft sich auf etwa 650 Millionen Euro im Jahr.²² Das Platin wird bei der Herstellung von Katalysatoren verwendet. Auf den Jahreshauptversammlungen von BASF haben kritische Aktionär*innen die Verantwortung von BASF als Abnehmer für die Arbeits- und Produktionsverhältnisse an einer anderen Stelle der Wertschöpfungskette, die zu dem harten Arbeitskonflikt mit dessen brutaler Niederschlagung geführt haben, zum Thema gemacht. In gewisser Weise ließe sich eine Verbindung zur bundesdeutschen Debatte über (Neo-)Extraktivismus im globalen Süden herstellen. Diese Debatte fokussiert allerdings eher auf ökologische Fragen und die Rolle der Regierungen im Süden. Die Produktion durch westeuropäische Konzerne und die Rolle der Abnehmer in Europa ist hingegen fast ein blinder Fleck in dieser Debatte – und genau mit diesem Punkt setzen sich die kritischen Aktionär*innen bei BASF auseinander. Anders als in den 1980er-Jahren sind diese kritischen Aktionär*innen nicht in eine breitere soziale Bewegung in Deutschland eingebunden, wenngleich sie mit bestimmten bestehenden Gruppen und Institutionen kooperieren können. Der Kontext ist also sowohl in Südafrika als auch in Deutschland ein anderer als in den 1970er- und 1980er-Jahren. Die Fragen, um die es geht, sind es allerdings nicht.

BASF ist kein Neuling im Südafrika-Geschäft. Der Konzern ist seit 1966 in Südafrika präsent und weitete in der besonders repressiven zweiten

20 Grimm, Maren/Krameritsch, Jakob: Die Konvergenz von Konzern und Staatsinteressen. Zur un abgeschlossenen Aufarbeitung des Massakers von Marikana, in: Becker u.a. (Hrsg.): Zum Beispiel BASF, S. 50.

21 Ebd., S. 48; vgl. allgemeiner auch Alexander, Peter/Lekgowa, Thapelo/Mmope, Botsang/Sinwell, Luke: Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von ArbeiterInnen in Südafrika, Wien 2013.

22 Becker, Britta/Grimm, Marion/Krameritsch, Jakob: Einleitung, in: Becker u.a. (Hrsg.): Zum Beispiel BASF, S. 31.



Hälfte der 1980er-Jahre seine Geschäftstätigkeit dort noch aus.²³ Da der BASF-Konzern immer wieder öffentliche Kritik auf sich zog, entwickelte das Unternehmen diverse „Corporate Social Responsibility“-Aktivitäten. So verweist BASF gern darauf, dass man zu den Gründungsmitgliedern des „UN Global Compact“ gehöre, in dem sich Unternehmen dazu verpflichteten, überall wo sie aktiv sind, auch entlang der Lieferketten, soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten.²⁴ Genau an der Frage der Lieferketten setzten die kritischen Aktionär*innen, die eng mit den Witwen der im Marikana-Massaker erschossenen Bergarbeiter und der Khulumani Support Group zusammenarbeiten, an. So verwies der südafrikanische Bischof Jo Seoka auf der BASF-Aktionärsversammlung von 2015 darauf, dass die Leitung der Beweisaufnahme der Untersuchungskommission Lonmin beschuldigte, seinen gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Arbeiter*innen und der lokalen Gemeinschaft nicht nachgekommen zu sein.²⁵ Dabei erwähnte er unter anderem den zugesagten, aber nicht eingelösten Bau neuer Wohnungen. Er brachte seine Wertschätzung für die Verpflichtung von BASF zur Einhaltung von Standards in der Lieferkette zum Ausdruck und fragte dann: „Wie gedenken Sie nun also, die Lebens- und Arbeitsbedingungen konkret zu verbessern?“²⁶ Und wie sich BASF dazu verhalte, „dass einer Ihrer wohl wichtigsten Platinlieferanten für Morde mitverantwortlich ist, für die Verletzung von Menschenrechten und unmenschliche Lebensbedingungen?“²⁷

Der Auftritt der kritischen Aktionär*innen löste international ein verhältnismäßig starkes Medienecho aus. Die Reaktion von BASF war ausweichend. Die Firma ordnete ein Audit mit seinen Lieferanten an. Das inter-

23 Grimm, Maren/Krameritsch, Jakob: Konfrontation mit BASF. Ergänzungen zur Firmengeschichte und die Kampagne Plough Back the Fruits, in: Becker u.a. (Hrsg.): Zum Beispiel BASF, S. 140ff.

24 Grimm/Krameritsch: Konfrontation mit BASF, S. 143ff.; allgemeiner zu den Konzernstrategien gegen kritische Aktionär*innen vgl. Chamayou, Grégoire: *La société ingouvernable. Une généalogie du libéralisme autoritaire*, Paris 2018, S. 119ff.

25 Seoka, Jo: Zusammenarbeiten an einer gemeinsamen Vision: die Rohstoffindustrie als nachhaltigen Wirtschaftszweig entwickeln, in: Bonase, NomaRussia/Seidman, Judy/Knapp, Simone/Mabanza, Boniface/Grimm, Maren/Krameritsch, Jakob (Hrsg.): *Plough Back the Fruits. The Struggle for Global Justice and Restitution. The Bodies of the Widows of Marikana*, Hamburg u.a. 2016, S. 166.

26 Ebd., S. 167.

27 Ebd., S. 166f.

ne Audit vermochte keine ernsthaften Verstöße festzustellen.²⁸ Anders waren die Schlussfolgerungen der offiziellen südafrikanischen Untersuchungskommission, die im Jahr 2015 – nach der BASF-Aktionärsversammlung – veröffentlicht wurden. Sie kam zu dem Ergebnis, dass Lonmin eine Mitverantwortung an dem Massaker trage und die Firma bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter*innen versagt habe.²⁹ Der BASF-Vertreter Kurt Bock verharmloste den Sachverhalt und erklärte: „Es wird [im Enderbericht der Untersuchungskommission; J.B.] festgestellt, dass Lonmin, dass unser Lieferant, mit dem wir seit 30 Jahren zusammen arbeiten, wohl nicht alles unternommen habe, um diese Vorfälle, die Tragödie, zu verhindern.“³⁰

Die Witwen forderten auf der BASF-Aktionärsversammlung 2016 zumindest eine Entlastungszahlung, wie sie KiK den Opfern des Einsturzes der Fertigungsstätte eines Lieferanten in Bangladesch angeboten hat.³¹ BASF reagierte auf den steigenden Druck mit einer Dialoginitiative, die im Sande verlief.³² Auch dies entspricht einer vielfach geübten Taktik von Konzernen im Umgang mit Kritiker*innen.³³ Danach ist der Ton der Konzernleitung gegenüber den kritische Aktionär*innen und den verschiedenen südafrikanischen Repräsentant*innen – den Witwen, aber auch kirchlichen und gewerkschaftlichen Vertreter*innen – schärfer und aggressiver geworden.³⁴

Außer den Auftritten bei Aktionärsversammlungen – zunächst bei BASF, dann auch bei Lonmin – entwickelte die Kampagne „Plough Back the Fruits“ auch verschiedene andere Aktivitäten, um beispielhaft Aufmerksamkeit auf das Massaker von Marikana und die Mitverantwortung von Konzernen an verschiedenen Stellen der Lieferkette zu lenken. Neben Filmen und Buchpublikationen gehörte hierzu auch eine Ausstellung mit Bildern der Witwen, mit denen sie ihre traumatischen Erfahrungen bearbeiteten.³⁵

Ähnlich wie bei den beiden anderen Beispielen geht es im Fall Lonmin/

²⁸ Grimm/Krameritsch: Konfrontation mit BASF, S. I54.

²⁹ Ebd., S. I52.

³⁰ Zit. nach: ebd., S. I54.

³¹ Ebd., S. I53.

³² Ebd., S. I55.

³³ Chamayou: *La société ingouvernable*, S. I28.

³⁴ Grimm/Krameritsch: Konfrontation mit der BASF, S. I55ff.

³⁵ Bonase u.a. (Hrsg.): *Plough Back the Fruits*.

BASF um die Verantwortung der Konzerne für ihr wirtschaftliches und politisches Agieren. Dabei ist deutlich geworden, dass weiche Verhaltenskodizes, die Selbstverpflichtungen enthalten, unzureichend und harte juristische Regulierungen für die Tätigkeit transnationaler Konzerne erforderlich sind.

Schlussfolgerungen

Eine Stärke der Gruppen, die in den letzten 50 Jahren zum südlichen Afrika gearbeitet haben, war die Verbindung des Engagements für gesellschaftliche Mehrheitsinteressen im südlichen Afrika mit dem Eintreten für wirtschaftliche und politische Veränderungen in Deutschland. Die kritischen Interventionen zu den Aktivitäten bundesdeutscher Konzerne und Banken ist hierfür ein besonders augenfälliges Beispiel. Alle drei hier vorgestellte Kampagnen haben einerseits Forderungen von Akteuren – wie Befreiungsbewegungen, Gewerkschaften, Kirchen – aus dem südlichen Afrika aufgegriffen und andererseits in bundesdeutsche Debatten interveniert und auch Bezüge zu breiteren gesellschaftlichen Initiativen – beispielsweise für die Entschuldung von Ländern des globalen Südens oder bindende Regelungen für die Aktivitäten transnationaler Konzerne – hergestellt. Zu den einzelnen Fällen entwickelten sie jeweils konkrete, tagespolitisch umsetzbare Forderungen, die in einen breiteren Kontext gestellt wurden. Beispielsweise wurden im Rahmen der Bankkampagne Kund*innen von im Südafrika- bzw. auch Namibia-Geschäft engagierten Banken aufgefordert, zu einer Bank zu wechseln, die keine solche Geschäftsbeziehungen unterhielt. Es bedurfte eines langen Atems, um Sichtbarkeit für die jeweiligen Anliegen zu erzielen und zumindest Teilerfolge zu verbuchen.

Das deutsche gesellschaftliche Umfeld für die Kampagnen und Aktionen hat sich gewandelt. In den 1970er- und 1980er-Jahren gab es mehr linke soziale Bewegungen als nach 1990. Mit dem Abflauen der sozialen Bewegung haben sich kritische Aktivitäten zum Teil auf juristisches Terrain – das Thema Entschädigungen – verschoben, wenngleich die grundlegende Ausrichtung, nach der Verantwortung von Konzernen für ihr ökonomisches und politisches Handeln in Nord und Süd zu fragen, über die Jahre erhalten geblieben ist. Die Initiative „Plough Back the Fruits“, die anlässlich des Massakers von Marikana entstanden ist, zeigt aber auch, was in einem tendenziell schwierigeren gesellschaftlichen Umfeld möglich ist.

Joachim Becker ist außerordentlicher Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien. Er war lange Jahre in Anti-Apartheid-Gruppen auf lokaler wie nationaler Ebene aktiv, darunter im Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“. Von 1988 bis 1991 war er Redakteur der Anti-Apartheid-Nachrichten und des Informationsdienstes Südliches Afrika / Afrika Süd. In der Folgezeit war er einige Zeit Redaktionsmitglied des Mosambik-Rundbriefes.

S.274: Shell betankt Apartheid. Plakat des Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschland und Berlin West (aej), 1989. Quelle: Archiv für alternatives Schrifttum, Duisburg.

Was kommt?

Internationalismus heute

Perspektiven und Probleme eines linken Grundwertes

Internationalismus gehört zu den Grundwerten der Linken, seitdem es sie gibt. So wie Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Ohne Internationalismus kein Linkssein. Internationalismus ist also nicht nur ein politischer Begriff unter vielen, sondern tief im Selbstverständnis, in der Identität der Linken verankert. Dementsprechend ist er auch in hohem Maße affektiv und moralisch hochwertig besetzt. Deshalb war er auch immer Gegenstand von Mythenbildung – über heroische Siege oder Niederlagen –, von den Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg über die kubanische Revolution, Che Guevara und Ho Chi Minh bis zur „Battle of Seattle“. Wie alle „Großbegriffe“ birgt der linke Internationalismus aber auch Probleme, Widersprüche und Schwierigkeiten. Was genau soll man darunter verstehen? Wie unterscheidet sich Internationalismus von ähnlich klingenden Konzepten, wie zum Beispiel Kosmopolitismus oder dem Globalismus des Kapitals? Wie gehen wir mit historischen Erfahrungen, Irrtümern um, darunter dem Missbrauch des Internationalismus? Was kann er heute bedeuten?

293

Auf der Suche nach einem neuen Internationalismus

Ein Indikator für die Schwierigkeiten mit Internationalismus ist die periodisch immer wieder auftauchende Forderung nach einem „neuen Internationalismus“. Auch aktuell wird sie wieder erhoben.¹ Aber neu ist das nicht. So haben zum Beispiel schon die 68er für sich in Anspruch

¹ Vgl. z.B. das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene *Auslandsjournal* maldekstra, 3/2019 mit dem Titel „Neuer Internationalismus. Globale Solidarität von unten“.

genommen, einen neuen Internationalismus zu vertreten.² Insofern sollte die aktuelle Diskussion nicht nur die Geschichte des „alten“ Internationalismus, sondern auch die Geschichte der wiederkehrenden Bemühungen um einen neuen Internationalismus in den Blick nehmen. Zwar wiederholt sich Geschichte nicht, aber ihre Kenntnis kann das Verständnis der Gegenwart erleichtern.

In der 68er-Bewegung Westdeutschlands war es vorwiegend die Neue Linke, die einen neuen Internationalismus vertrat, auch wenn in vielen Fällen die „alte“ sozialistische und kommunistische Linke die gleichen Themen aufgriff, so etwa in der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg, in der Kampagne für die Freilassung von Angela Davis oder in der Solidarität mit der Unidad Popular in Chile. Sie konnte dabei auch im Westen durchaus auf einige Erfolge verweisen. Kooperation oder zumindest ein „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ war immer mal möglich, allerdings war dies immer prekär und nie frei von innerlinker Konkurrenz und Hegemonialauseinandersetzungen.

Der Anspruch auf Neuartigkeit des 68er-Internationalismus war durchaus berechtigt. Solidarität mit nationalen und sozialen Befreiungskämpfen in Afrika, Asien und Lateinamerika war für die damalige Bundesrepublik ein Novum. Die Arbeiterbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hatte zwar den Kolonialismus der imperialistischen Mächte kritisiert, sich aber ansonsten auf Europa konzentriert.

In den 1960er- und 1970er-Jahren konstituierten die Welle der Entkolonialisierung, die kubanische Revolution, der Vietnam-Krieg, Sieg und Niederlage Allendes in Chile und vieles mehr neue Rahmenbedingungen für einen linken Internationalismus. Dabei spielten auch Veränderungen auf Produktivkraftseite eine wichtige Rolle: Der Aufstieg des Fernsehens zum Leitmedium führte die Ereignisse in einer bis dahin nicht gekannten Intensität vor Augen. Die Massenwirkung der Bilder von Krieg und Kriegsverbrechen, – vor allem der angeblich „Guten“, den USA – war eine wesentliche Bedingung für den Erfolg der Anti-Kriegs-Bewegung und reichte weit über die Linke hinaus.

In den 1980er-Jahren stellte sich jedoch zunehmend Enttäuschung über die gesellschaftliche Entwicklung in den Zielländern internationaler Solidarität ein; ein Schock waren vor allem die Verbrechen des Pol-Pot-Regimes in Kambodscha. Unter dem Stichwort „Befreiungsbewegungen an

2 Balsen, Werner/Rössel, Karl: Hoch die Internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 115ff.

der Macht“ setzte eine (selbst-)kritische Diskussion über Internationalismus und die Notwendigkeit eines neuen Internationalismus ein. Mit anderen Worten, das Verhältnis von Solidaritätsbewegung zu Staat und staatlicher Macht geriet wieder einmal in den Fokus – so wie vorher im Falle der Sowjetunion und später Chinas und des sogenannten sozialistischen Lagers.

Globalisierung und Internationalismus

Als Schlussfolgerung aus den erneuten Enttäuschungen sollte der Internationalismusbegriff sich fortan weniger auf bestimmte Bewegungen und Länder bzw. Regierungen beziehen (auch wenn dieser Ansatz nicht völlig verschwand), sondern auf die (welt-)wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Entwicklung und Emanzipation. Zunächst waren das viele miteinander unverbundene „single issues“ in Form von Einzelprojekten, die sich auf die Bereiche Landwirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen richteten und gegen die Machenschaften von transnationalen Konzernen (z.B. Nestlé). Diesen Ansatz vertraten auch Kreise, die sich selbst nicht der politischen Linken zuordneten, beispielsweise kirchliche Milieus, Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke aus der Entwicklungspolitik.

Aber auch hier artikulierte sich bald Kritik. Moniert wurde die konzeptionelle – und manchmal auch finanzielle – Nähe zur staatlichen Entwicklungspolitik sowie die Begrenztheit der „Projektitis“, bei der strukturelle Probleme zu kurz kommen. Kritisch zugespitzt könnte man hier im Sinne Gramscis von „verlängertem Staat“ sprechen, was nicht bedeutet, dieser Variante von Internationalismus die Existenzberechtigung abzusprechen. Es zeigt sich allerdings auch, dass eine eindeutige Trennung von staatlich und nicht-staatlich schon seit Längerem ein Problem ist.

Auch der asymmetrische Charakter dieser Solidarität – „Wir, denen es gut geht und die wir in Freiheit leben, helfen den Unterdrückten und Armen“ – sowie die ihr immanente Tendenz zum Paternalismus gerieten unter Beschuss. Eine noch neuere Form des Internationalismus setzte daher auf die makroökonomische Ausweitung des Internationalismusbegriffs. Das fiel zusammen mit der Welle der Globalisierung des Kapitalismus, die in den 1980er-Jahren eingesetzt hatte und nach dem Ende des Kalten Kriegs eine enorme Dynamik entfaltete. Es war die Zeit der Kampagnen gegen die Verschuldung der Entwicklungsländer und gegen multilaterale Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO. So waren denn auch bei der letzten großen Manifestation des Internationalismus in der alten Bundesrepublik, dem Gegenkongress zur IWF- und Weltbanktagung 1988 in

Westberlin, „Möglichkeiten für einen neuen Internationalismus“ ein großes Thema.³

Gleichzeitig bedeutete die Hinwendung zu makroökonomischen Themen eine Repolitisierung. Auch wenn der Kapitalismus selten beim Namen genannt wurde – vor allem in den Jahren nach dem Fall der Mauer –, so waren die Kampagnen gegen die Liberalisierung des Welthandels, die Schuldner-Gläubiger-Beziehungen und für die Regulierung des Finanzkapitals objektiv ein Angriff auf die Kerninteressen des neoliberalen Kapitalismus. Die Proteste gegen die WTO-Ministerratstagung in Seattle 1999 wurden dann auch als offizielles Geburtsdatum einer neuen internationalistischen Bewegung gehandelt: der globalisierungskritischen Bewegung.

Internationalismus und Eigeninteresse

Ein bemerkenswertes Charakteristikum dieser Bewegung war, dass internationale Kooperation jetzt wieder stärker mit Interessen im eigenen Land verknüpft wurde, ganz im eigentlichen Wortsinn von international: inter nationes, also zwischen den Nationen. Während die Einzelfall- und projektorientierte Solidarität in hohem Maße von moralischen Werten wie Selbstlosigkeit oder Nächstenliebe motiviert ist, kam jetzt zunehmend auch die eigene Betroffenheit von Sozial- und Demokratieabbau durch Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung in den Blick. Akteure in den Industrieländern und im globalen Süden kamen so auf Augenhöhe. Das wurde auch deutlich an den Versuchen der Institutionalisierung, deren avanciertestes Projekt das Weltsozialforum war, das ausnahmslos im Süden (Brasilien, Indien, Kenia, Venezuela, Tunesien) stattfand, aber mit starker Beteiligung aus den Industrieländern.

Im Grunde war das ein Zurück zu den Quellen – wenn auch in neuer Qualität. Denn der gemeinsame Kampf der „Proletarier aller Länder“ ist ja keineswegs als moralische Veranstaltung der Nächstenliebe zu verstehen, sondern als die Konvergenz zwischen den eigenen Emanzipationsinteressen und denen der Klassenbrüder und -schwestern in anderen Ländern. Dieses gemeinsame Interesse entsteht aus dem Eingebundensein auf beiden Seiten der Grenzen in den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital und in die dem Kapitalismus eingeschriebene Dynamik zur

3 Trägerkreis des Internationalen Gegenkongresses der IWF/Weltbank-Kampagne (Hrsg.): Gegen IWF und Weltbank. Beiträge vom Internationalen Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne, Köln 1989, S. 294ff.

Expansion über alle Grenzen hinaus, die das Eingebundensein im Zuge der Globalisierung territorial immer weiter ausdehnt. Diese Motivation fokussiert also auf den Klassencharakter von Internationalismus und ist herrschaftskritisch auch gegenüber der eigenen Gesellschaft.

Dadurch wird keineswegs anderen Motivationen die Legitimation abgesprochen, zum Beispiel dem religiösen oder dem humanistischen Ideal des „alle Menschen werden Brüder“, das Schiller 1785 formulierte und Beethoven in seiner 9. Sinfonie komponierte. Die enorme Ausdifferenzierung und Komplexität heutiger Gesellschaften wirkt sich eben auch auf den Internationalismus aus. Allerdings soll damit nicht einem sprachlosen Nebeneinander das Wort geredet werden. Im Gegenteil, gerade wegen wachsender Pluralität sind Dialog und Räume gemeinsamer Diskussion notwendiger denn je.

Inzwischen hat aber auch die globalisierungskritische Bewegung an Dynamik verloren. Das Weltsozialforum ist nur noch ein Schatten seiner selbst und linke Politik in den kapitalistischen Zentren ist generell in der Krise. Zwar gibt es unzählige Einzelaktivitäten, aber nur selten gelingt es, die thematische und politische Zersplitterung zu überwinden und das Potenzial so zu bündeln, dass ein relevanter Machtfaktor daraus wird. Die Bewegung gegen TTIP war ein solcher Fall. Probleme wie die Krise der politischen Systeme im demokratischen Kapitalismus, Flucht und Migration, Klimawandel, das Comeback der Nuklearkriegsgefahr und die Verknotung der verschiedenen Krisen zu einer allgemeinen Zivilisationskrise bestimmen zunehmend die Agenda.

Vor diesem Hintergrund wird jetzt erneut der Ruf nach einem neuen Internationalismus laut, der diese dramatischen Umbrüche in sein Konzept integrieren will. Begriffe wie „imperiale Lebensweise“ sind Ausdruck dieser Debatte.⁴ Allerdings ist noch nicht erkennbar, wohin die Reise geht. Wir haben es vorerst mit einer Suchbewegung zu tun.

Die wiederkehrenden Versuche zur Erneuerung des Internationalismus haben vielfältige Ursachen, die alle zu erörtern den Rahmen dieses Textes sprengen würde. Allerdings tauchen einige Kernprobleme immer wieder auf. Einige davon wollen wir im Folgenden skizzieren.

⁴ Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München 2017. Zur Kritik von links vgl. u.a. Fisahn, Andreas: Der Kapitalismus und der globale Süden. Anmerkungen zu Brand/Wissen und Lessenich, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 115, September 2018, unter: <https://bit.ly/34b8UBf>.

Neue Widersprüche und alte Dilemmata

Das erste große Scheitern des linken Internationalismus kam mit dem Ersten Weltkrieg. Trotz aller Beteuerungen der II. Internationale, sich nicht an einem imperialistischen Krieg zu beteiligen, schwenkten die Mehrheitsströmungen der sozialdemokratischen Parteien auf die Linie der „Vaterlandsverteidigung“ ein. Zugleich wurde ein zweiter linker Grundwert, die Friedensorientierung, geopfert. Seither ist die Verquickung mit geopolitischen Konflikten ein durchgängiges Problem. Die Reihe der Beispiele reicht von der Solidarität mit der Oktoberrevolution über die Instrumentalisierung der Kommunistischen Internationale durch den Stalinismus und den Kalten Krieg mit der Kuba-Krise 1962 als dramatischem Höhepunkt bis in die jüngste Zeit, etwa der „Regime Change“-Politik der USA und ihrer Verbündeten in den verschiedenen Weltregionen, von Venezuela und Kuba über Irak, Syrien, Jemen, Libyen und Iran bis zum post-sowjetischen Raum.

Das Problem hat mehrere Dimensionen, die sich mitunter zu Dilemmata zuspitzen: Tangiert sind das Verhältnis zur Außenpolitik der eigenen Regierung, das Verhältnis zu staatlichen und/oder gesellschaftlichen Akteuren in anderen Ländern, der Umgang mit konkurrierenden Werten – z.B. zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und Eingriffen in die inneren Verhältnisse eines fremden Landes – sowie die innerlinken Beziehungen auf beiden Seiten.

Am aktuellen Beispiel Venezuela kann man eine Miniatur der komplexen Verknotung dieser Aspekte studieren. Auch wenn man den Anspruch, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu verkörpern, für übertrieben hielt, war der Chavismus doch ein Versuch, die Privilegien des alten oligarchischen Regimes abzubauen und die Lage der subalternen Schichten zu verbessern. Insofern war die Sympathie der Linken legitim. Jetzt ist der venezolanische Weg gescheitert und wieder einmal stellt sich das altbekannte Phänomen der Enttäuschung ein. Die Ursachen des Scheiterns sind nicht durch simple Schuldzuweisungen zu ermitteln. Die Politik des „Regime Change“ der USA spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Opposition der alten herrschenden Klasse und die Fehler der Regierung.

Auch wenn die Möglichkeiten europäischer Linker, auf den Gang der Dinge in Venezuela Einfluss zu nehmen, bei Null liegt, ist das Thema damit nicht erledigt. Nachdem die Bundesregierung den venezolanischen Oppositionsführer als Präsident anerkannt hat, ist die deutsche Linke zusätzlich betroffen. Denn selbst nach Auffassung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages ist die Anerkennung Guaidós als Präsident eine

völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas.⁵ Der Respekt der Souveränität von Staaten, die die UNO anerkannt hat, und damit die rechtliche Gleichheit unter den Staaten sind dagegen menschheitsgeschichtliche Errungenschaften, die nach Jahrtausenden von Eroberungskriegen, nach Kolonialismus und Imperialismus erstmals in der UN-Charta verankert wurden.

Die Linke hat den Souveränitätsanspruch immer verteidigt, wenn es um dessen Negation durch imperialistische Interventionen, etwa im Fall des Vietnam-Kriegs oder bei der Verwicklung der USA in Militärputsche, Kriege und Regimewechsel ging. Und weite Teile der Linken hat ihn auch gegen die Intervention des Warschauer Pakts 1968 in der ČSSR verteidigt. Das Argument, das Völkerrecht habe sich seither „weiterentwickelt“, hat daran nichts geändert. Denn auch die „responsibility to protect“, wie sie zur Rechtfertigung der Nato-Intervention im Kosovo-Krieg herangezogen wurde, ist in jedem Fall an einen Sicherheitsratsbeschluss gebunden.⁶ Andererseits: Ist Internationalismus nicht per se ein Einmischen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes? Fragen jene, die solidarisch mit den Kurden im syrischen Rojava sind, vorher bei Assad um Erlaubnis? Welcher Unterschied besteht zur Luftwaffe der Bundeswehr, die Aufklärungsflüge im Dienste der US-geführten Allianz – darunter die Kurden – macht? Verletzt eine Kampagne für die Freilassung politischer Gefangener in der Türkei die Souveränität Ankaras? Sind gesellschaftliche Bewegungen von unten per se legitime Adressaten von Internationalismus? Wie steht die internationalistische Bewegung hierzulande zu den französischen Gelbwesten? Wie stand sie zum Euro-Maidan? Wie zur katalanischen Unabhängigkeitsbewegung? Und war das Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung für den russischen Oligarchen Chodorkowski, der sein Zehn-Milliarden-Vermögen nur mit mafiösen Methoden hatte erwerben können, ein Akt internationaler Solidarität?

Die Liste solcher komplizierten Beispiele könnte lange fortgesetzt werden. Deutlich wird aber: Mit einfachen Faustregeln kommt man nicht sehr weit. Die gründliche Einzelfallprüfung ist unumgänglich. Aber auch dann wird die moralisch einwandfreie Solidarität, frei von Widersprüchen und Ambivalenzen, immer schwerer zu finden sein.

5 Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste: Rechtsfragen zur Anerkennung des Interimspräsidenten in Venezuela. Aktenzeichen: WD 2-3000-017/19, 15.2.2019.

6 United Nations General Assembly: A/RES/60/1. Resolution vom 16.9.2005, unter: <https://undocs.org/A/RES/60/1>.

Der Internationalismus des Kapitals

Neben der Verschränkung mit geopolitischen Konflikten und Staatlichkeit wird die Sache des Internationalismus heute noch dadurch verkompliziert, dass der Kapitalismus seinerseits als internationalistisch erscheinender Akteur auftritt. Und das nicht nur durch die Transnationalisierung der Ökonomie, sondern auch mit seiner „Soft Power“, das heißt mit den Machtressourcen kulturelle Ausstrahlung und Wertorientierungen. Auch das ist nicht neu und wurde bereits 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels beschrieben: „Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur. Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt.“⁷

Die ökonomische Expansion ist also amalgamiert mit Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit. Sie richtet sich gegen die Beschränktheit von Nationalismus und Provinzialismus. Kurzum, der globalisierte Kapitalismus verbindet sich mit der bereits in der Antike auftretenden Lebensphilosophie des Kosmopolitismus. Schon Seneca (1–65 n. Chr.) nahm für seine philosophische Schule in Anspruch: „Wir Stoiker [sind] nicht auf die Mauern einer einzigen Stadt beschränkt, sondern stehen im Austausch mit dem gesamten Erdkreis und erkennen in der ganzen Welt unser Vaterland.“⁸ Heute gehören kosmopolitische Einstellungen zur Wertorientierung und zum Lifestyle eines großen Teils akademisch gebildeter, meist gut situierter, metropolitaner Schichten. Im Gegensatz dazu fehlt einem Großteil der Protagonisten des ursprünglich proletarischen Internationalismus, nämlich den ökonomisch und sozial schwachen und abgehängten subalternen Schichten, das ökonomische und kulturelle Kapital, um sich von ihrer regionalen und nationalen Einbindung zu lösen. Ein Konflikt, der nicht nur das Thema Internationalismus betrifft.

Daraus folgt nicht, dass Kosmopolitismus deshalb seinen progressiven und aufklärerischen Charakter verlieren würde. Sobald er allerdings

7 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: dies.: Werke, Bd. 4, S. 466.

8 Zit. nach: Wikipedia: <https://bit.ly/2ZHOeyP>.

durch Kapitalinteressen kontaminiert ist, bekommt linker Internationalismus ein Abgrenzungsproblem. Er steht vor der bisher nicht gemeisterten Herausforderung, das emanzipatorische Potenzial des Kosmopolitismus mit den Interessen der Subalternen zu verknüpfen.

Fazit

Angesichts immer engmaschigerer Vernetzung und kaum noch zu kapender Interdependenzen sind internationalistisches Denken und Handeln als Leitbild emanzipatorischer Politik unverzichtbar. Allerdings reicht nicht mehr allein der Wille, die Welt verändern zu wollen, es kommt auch darauf an, sie noch gründlicher zu interpretieren.

Peter Wahl, *Studium der Gesellschaftswissenschaften und Romanistik in Mainz, Aix-en-Provence und Frankfurt am Main. Bis 1988 Sekretär des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika. Aktiv im Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen und der Anti-Apartheid-Bewegung. 1990 Mitbegründer der NGO WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung und dort bis 2013 zuständig für Finanzmarktregulierung. Mitbegründer von Attac und Mitglied in dessen Wissenschaftlichem Beirat. Autor mehrerer Bücher und zahlreicher Artikel zu Nord-Süd-Themen, Weltwirtschaft und sozialen Bewegungen.*

Zur Notwendigkeit eines Neuen Internationalismus

Einige vorläufige Gedanken und Thesen

Die Anti-Apartheid-Solidarität war eine transnationale Bewegung gegen ein rassistisches, kapitalistisches und autoritäres Regime. In historischer Perspektive ist sie ein zentraler Referenzpunkt eines Internationalismus, der viele Strömungen der Linken in der Phase des Kalten Kriegs weltweit motiviert hat. Die Solidarität mit dem Kampf gegen die Apartheid wurde als integraler Bestandteil der internationalen Kämpfe gegen Imperialismus, (Neo-)Kolonialismus und eine Weltordnung unter der Dominanz der westlichen Industrienationen verstanden.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und mit der Krise des Sozialismus geriet auch der Internationalismus in seinen verschiedenen Varianten in die Krise. Doch die Rufe nach einem Neuen Internationalismus werden in den vergangenen Jahren wieder lauter. Denn angesichts der multiplen Krisen des Kapitalismus, des Aufstiegs neuer autoritärer Regime, zunehmender Xenophobie und der sich zuspitzenden globalen ökologischen Krise sind internationale Antworten von links mehr denn je gefordert.

Offen ist allerdings, wie im gegenwärtigen politischen Kontext ein Neuer Internationalismus politisch und organisatorisch zu bestimmen wäre. Die unterschiedlichen Akteur*innen geben darauf unterschiedliche Antworten und setzen unterschiedliche Akzente. Es entwickelt sich also eine Diskussion über Ziele, Methoden und Strategien eines Neuen Internationalismus.

Eine historische Kontextualisierung ist für diese Diskussion unbedingt notwendig. Dazu zählen unter anderem eine kritische Auseinandersetzung mit den Dekolonisierungsbewegungen und den nationalen Befreiungsbewegungen in Asien (bspw. China, Indien, Vietnam), Afrika (bspw. Algerien)

und Lateinamerika (bspw. Kuba) für die Entwicklung des Internationalismus. Im Kontext der Dekolonisierung gilt es auch die Entwicklung der verschiedenen Varianten der Dependenztheorien zu untersuchen, die einen erheblichen und bleibenden Einfluss auf linke internationalistische Politik entfaltet haben. Mit den neuen sozialen Bewegungen und der Neuen Linken, die mit der „Weltrevolution von 1968“ (Wallerstein) einsetzten und mit der Niederlage des „Staatssozialismus“ von 1989 endeten, sind dabei sowohl die Ursachen für die Synchronität von 1968 als einer globalen Bewegung in den westlichen Industriestaaten, den postkolonialen Ländern des Trikonts und den staatssozialistischen Ländern vor dem Hintergrund sozioökonomischer Entwicklungen als auch die neuen Trägergruppen linker internationalistischer Politik zu analysieren – von der zweiten Welle des Feminismus und der entstehenden Ökologiebewegung bis hin zu maoistischen, trotzkistischen und anderen Netzwerken der Neuen Linken. Zudem sind die vielfältigen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung seit 1989 zu untersuchen, die Entwicklung der internationalen Kleinbauern- und Indigena-Bewegung, die „Anti- oder Alter-Globalistische Bewegung“ mit ihren Mobilisierungshöhepunkten in Seattle (1999) und Genua (1991), die Sozialforen und andere. Bedeutsam wäre in diesem Kontext schließlich die Analyse der Krise der „nachholenden Entwicklungsmodelle“ der postkolonialen Staaten, die Krise der Linken in den postsozialistischen Ländern, aber auch der Aufschwung der Linken in Lateinamerika vom zapatistischen Aufstand 1994 bis zur Formierung linker Regierungen in Brasilien, Venezuela, Bolivien, Ecuador etc. Aktuelle Entwicklungen wie Fridays for Future oder Basis- und Selbstorganisationen in städtischen Kämpfen verdeutlichen mehr denn je die Mobilisierung jenseits der Parteien. All dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die linken Kräfte weltweit in einer defensiven Position befinden und über wenige Gestaltungsspielräume verfügen.

304

Standortbestimmung gesucht

Konzepte sind nicht starr. Sie müssen diskutiert, überprüft, bewertet werden. Im Folgenden will ich stichwortartig einige Thesen vorstellen, die mir für eine Diskussion und Standortbestimmung eines Neuen Internationalismus sinnvoll erscheinen:

Der Bezugsrahmen für jede Politik ist das kapitalistische Weltsystem: Spätestens seit 1989 kann kein politisches Phänomen aus dem Kontext

des kapitalistischen Weltsystems herausgelöst betrachtet werden. Die Finanzmärkte sind globalisiert, die Wertschöpfungs- und Produktionsketten ebenso. Neben den ökonomischen Prozessen der Globalisierung erleben wir eine sich beschleunigende globale Umweltkrise. Der Klimawandel ist deren sichtbarster Ausdruck. Es gibt daher gerade für eine Linke, die neue Entwicklungswege gehen will, keine Alternative zu einer aktiven internationalistischen Politik. Nur die Veränderung globaler Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse verbessert die Handlungsspielräume auch auf der Ebene der Nationalstaaten oder in lokalen Kontexten. Beide Dimensionen – die Kräfteverhältnisse auf der nationalstaatlichen Ebene und die globalen Kräfteverhältnisse – wirken ineinander und können nicht getrennt voneinander betrachtet und schon gar nicht ohne einander verändert werden.

Sozialistische linke Politik strebt universelle Emanzipation an und kann daher nur internationalistisch sein: Emanzipation wurde von Marx und den Begründer*innen der sozialistischen Bewegung über den Klassengedanken hinaus immer auch als eine universelle Emanzipation aller Menschen gedacht. Das humanistische Menschenbild des Sozialismus zielt darauf ab, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.¹ Es war tatsächlich nur die sozialistische Bewegung, die den Kerngedanken der Französischen Revolution von der Gleichheit der Menschen zu Ende gedacht hat. Spätestens mit der Kampagne für das Frauenwahlrecht wurde die sozialistische Bewegung zur eigentlichen Trägerin der Durchsetzung fundamentaler demokratischer Partizipations- und Freiheitsrechte in der kapitalistischen Gesellschaft. Folgerichtig steht die sozialistische Bewegung gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Identitätsmerkmalen wie Geschlecht, Ethnizität, Hautfarbe etc. Die sozialistische Bewegung ist daher prädestiniert für die Entwicklung internationalistischer Kämpfe zur Aufhebung jeder Unterdrückung weltweit. Heute – im Kontext eines stärker werdenden Rassismus und „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ – sollte sie mehr denn je an den universellen Emanzipationsgedanken anknüpfen.

Der Neue Internationalismus muss Kämpfe im Süden stärken und zur Hegemoniefähigkeit der Linken im Norden beitragen: Die strategische Herausforderung bei der Formulierung eines Neuen Internationalismus besteht

¹ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1844.

darin, Positionen und Strategien zu entwickeln, die die Hegemoniefähigkeit der Linken weltweit fördern. Ein Neuer Internationalismus muss dafür mindestens dreidimensional angelegt sein: Erstens muss er dazu beitragen, die weltweite eklatante soziale Ungleichheit im Nord-Süd-Verhältnis zu verringern und die Lebenschancen für die Mehrheit der Menschen weltweit zu verbessern. Zweitens muss er helfen, die soziale Ungleichheit in den einzelnen Gesellschaften – sowohl im Süden als auch im Norden – zu verringern. Und drittens muss er die Externalisierung der ökologischen Kosten für das globale kapitalistische Produktions- und Konsumptionsregime auf den globalen Süden reduzieren und Prozesse der sozial-ökologischen Transformation befördern. Internationalismus kann daher keine Nischen- und Randgruppenpolitik sein. Es muss vielmehr darum gehen, einen mehrheitsfähigen Internationalismus in den Ländern des Nordens zu entwickeln. Historisch betrachtet ist die Linke an dieser Herausforderung allerdings meist gescheitert.

306 Von #unteilbar bis „A World for the Many, Not the Few“: Einstiege in eine transnationale Klassenpolitik, die auf den Konzepten von globaler Gerechtigkeit, globalen sozialen Rechten, „just transition“, einer gerechten Handels- und Wirtschaftspolitik sowie einer linken Friedenspolitik basieren, sind in der Lage, ein internationalistisches Mobilisierungspotenzial zu entfalten, das Kräfteverhältnisse im globalen Norden real verändern kann: Internationale Solidarität basiert auf gemeinsamen Interessen, geteilten politischen Überzeugungen und auf Empathie. Alle drei Elemente gilt es für einen Neuen Internationalismus zu mobilisieren. Es müssen Diskurse und Praxen entwickelt werden, die alle drei Elemente stärken. Es geht um ein Framing, das die Identifikation von gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt stellt und diese in einem universellen Emanzipationsprojekt kontextualisiert, das über die eigenen Interessen hinausgeht. Eine neue Internationale kann nur als ein Netzwerk vieler Akteur*innen entstehen: Ein Netzwerk benötigt organisierende Kräfte. Seit 1989 gab es immer wieder Versuche, im neuen politischen Kontext des globalen Kapitalismus die Linken international zu vernetzen. Entstanden sind Netzwerke linker politischer Parteien, Sektionen einiger trotzkistischer, maoistischer und anarchistischer internationaler Organisationen, Dachverbände von Gewerkschaften, internationale Netzwerke wie La Via Campesina, Attac oder die Sozialforumsbewegung. Aufgrund unterschiedlicher Interessen, politischer Orientierungen und Organisationsformen ist es erfolgversprechender, Räume des Dialogs und des Austausches zwischen linken Akteur*innen zu schaffen, als internationale politische Organisationen zu

gründen. Dennoch muss es in einem Projekt des Neuen Internationalismus auch darum gehen, organisierende Kräfte zu entwickeln, um transnationale Politik voranzutreiben.

Ansatzpunkte

In der täglichen politischen Praxis stellt sich die Frage der Relevanz und der Praktikabilität internationalistischen Handelns. Auf folgenden Ebenen könnte eine Politik des Neuen Internationalismus konkret ansetzen:

Globale Gerechtigkeit: Bei der permanenten Skandalisierung der wachsenden sozialen Ungleichheit weltweit muss der Fokus darauf liegen, die Monopolisierung des Reichtums in allen Gesellschaften auch jenseits des Nord-Süd-Verhältnisses zu kritisieren. Es geht nicht primär um eine Umverteilung von Norden nach Süden, sondern von oben nach unten. Dafür sind Konzepte für Verteilungsgerechtigkeit zu entwickeln, unter anderem der Kampf um globale Steuergerechtigkeit, Handelsregime, die die Interessen der Transnationalen Konzerne durchsetzen und zu überwinden sowie Fragen von Enteignungen und Gemeinwohlökonomie zu diskutieren.

Globale soziale Rechte und Stärkung transnationaler sozialer Kämpfe: Die Kämpfe um soziale Rechte von Arbeiter*innen, Frauen, Landarbeiter*innen, Migrant*innen, Kleinbäuer*innen, Studierenden, der LGBTIQ*-Community, um ein Recht auf Stadt, auf Nahrung etc. sind zentral für jede linke emanzipatorische Politik. Sie entwickeln sich meist in einem lokalen oder nationalen Kontext. Gleichzeitig werden soziale Kämpfe weltweit geführt. Es besteht also die Möglichkeit der Vernetzung und des internationalen Austausches. In bestimmten Bereichen besteht die Möglichkeit, soziale Kämpfe tatsächlich auch transnational zu führen. Ein Ansatzpunkt dafür sind Auseinandersetzungen um internationale Konventionen und andere Regelungen, die oft auf UN-Ebene verankert sind. Diese können als Orientierungspunkte für internationale Kampagnen und Organisationsprozesse dienen, die in ihren Forderungen oft über die Standards der Konventionen hinausgehen. Erfolgreiche Ansätze für die Transnationalisierung sozialer Kämpfe sind vorhanden, beispielsweise die neue feministische Bewegung, die Kampagnen internationaler Gewerkschaftsverbände für die Durchsetzung von Global Framework Agreements, der Kampf um einen „Binding Treaty“ zur menschenrechtlichen Regulierung der Geschäftstätigkeiten Transnationaler Konzerne, die Mobilisierung von Kleinbäuer*innen im globalen Netzwerk La Via Campesina für Ernährungssouveränität oder die Entwicklung eines Netzwerkes von Solidarity Cities als Alternative zur

repressiven Migrationspolitik nationaler Regierungen. Die Handlungsebenen der sozialen Bewegung und der parlamentarischen Initiativen können sich gegenseitig stärken.

„Just transition“ und sozial-ökologische Transformation: Neben den Fragen von globaler Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Rechten muss die Frage der sozial-ökologischen Transformation in den Mittelpunkt eines Neuen Internationalismus gestellt werden. Vor dem Hintergrund der globalen ökologischen Krise muss es um den Einstieg in eine grundlegende Veränderung der Produktions- und Lebensweisen gehen. Diese Einsicht wird mittlerweile breit geteilt. Es muss nun darum gehen, diese Einsicht antikapitalistisch zu wenden und den ökologisch zerstörerischen Wachstumszwang der kapitalistischen Produktionsweise, die fortschreitende Inwertsetzung natürlicher Ressourcen und den rücksichtslosen Extraktivismus als Probleme zu benennen. In der Alternativendiskussion müssen Konzepte entwickelt werden, die soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie zusammendenken. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit, die durch einen Neuen Internationalismus gestärkt werden muss.

308 Friedenspolitik: Kriege und Militärinterventionen sind eine große Herausforderung für jede linke Politik. Die Mobilisierungen gegen militärische Interventionen waren oft Höhepunkte internationalistischer Kampagnen. In der Konfliktanalyse müssten die Kriege des beginnenden 21. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des globalen Kapitalismus nicht nur geopolitisch, sondern vor allem auch sozioökonomisch erklärt werden. Der Klassencharakter von Kriegen muss bestimmt werden. Das gilt allerdings nicht nur für imperiale Angriffskriege zur Ressourcensicherung wie im Falle des Zweiten Golfkriegs. Es gilt gerade auch für als „ethnisch“ oder „religiös“ bezeichnete „Bürgerkriege“ wie im ehemaligen Jugoslawien, in Ruanda oder im Kaukasus. In der Perspektive einer linken Friedenspolitik muss es vor allem um die Überwindung der strukturellen Probleme und Konflikte gehen, die Kriege erzeugen.

Solidarität mit Befreiungsbewegungen und progressiven Regierungen: Die Durchsetzung des globalen Kapitalismus war in den vergangenen Jahrzehnten mit der Schwächung und der Krise linksorientierter Staats- und Regierungsprojekte verbunden. Das trifft nicht nur für die Niederlage des „Staatssozialismus“ in Osteuropa zu, sondern auch für postkoloniale Länder sowie für Länder, in denen Befreiungsbewegungen die Macht erkämpfen konnten oder linke Regierungen gebildet wurden. Aufgrund der globalen Kräfteverhältnisse sind die Handlungsspielräume für

solche Regierungen stark begrenzt wie das Beispiel der Syriza-Regierung in Griechenland gezeigt hat. In anderen Fällen, etwa der FSLN in Nicaragua, haben manche früheren Befreiungsbewegungen ihren Charakter fundamental geändert. Gleichzeitig entstehen im Kontext des globalisierten Kapitalismus neue Befreiungsprojekte wie etwa die kurdischen Kantone im Norden Syriens. Für eine Politik des Neuen Internationalismus ist die Solidarität und Unterstützung linker Regierungen und Befreiungsbewegungen zentral. Dabei muss es sich aber um eine kritische Solidarität handeln, die auch Fehler linken Regierungshandelns problematisiert. Unsere ungeteilte Solidarität sollte den Menschen gelten, die vor Repression flüchten. Die Unterstützung von Exilant*innen aus Südafrika, Chile und vielen anderen Ländern war eine der großen Leistungen des Internationalismus der 1970er- und 1980er-Jahre. Heute – im Angesicht der Globalisierung des Autoritarismus – ist sie wichtiger denn je.

Boris Kanzleiter ist seit 2016 Direktor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2009 bis 2016 leitete er das RLS-Büro Südosteuropa in Belgrad. Er ist promovierter Historiker und Journalist mit den Arbeitsschwerpunkten Jugoslawien, Lateinamerika, soziale Bewegungen, soziale Menschenrechte und linke Akteur*innen.

Impressum

Apartheid No!

Facetten von Solidarität in der DDR und BRD

Herausgeber*innen

Andreas Bohne, Bernd Hüttner, Anja Schade

Übersetzung

lingua trans fair | Cornelia Gritzner

Lektorat

TEXT-ARBEIT, Berlin

Gestaltung

Zoff Kollektiv

Druck

Hinkelsteindruck

311

Bildnachweise

Für die verwendeten Bilder wurden die Bildrechte geklärt. Für fremdes Bildmaterial liegt die Zustimmung der Rechteinhaber*innen vor. Etwaige Rechteinhaber*innen sollen sich mit den Herausgeber*innen in Verbindung setzen.

Umschlag Vorderseite: Privatarchiv Joachim Schmidt; AAB / Privatarchiv Ingeborg Wick **Rückseite:** Bundesarchiv Bild 183-1987-0805-026 / Fotograf: Helmut Schaar; AAM Archive, London / Gideon Mendel/IDAF

Interviews

Die Interviewausschnitte dieser Publikation sind Gesprächen mit Akteur*innen entnommen, die Anja Schade im Rahmen des Projekts „Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf in der DDR und BRD“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung geführt hat. Die Interviews wurden in der Zeit zwischen Mai 2018 und Juli 2019 geführt und sind einsehbar im Archiv Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Einzelnachweise der Interviews

Markus Braun, 2019-042-38
Gerda Glienke, 2019-042-19
Giselher Hickel, 2019-042-II
Nini Kraatz, 2019-042-37
Jürgen Leskien, 2019-042-I6
Klaus-Dieter Peters, 2019-042-20
Karin Singh, 2019-042-08
Willi Sommerfeld, 2019-042-22
Petra Türkmen, 2019-042-24
Hans-Joachim Vergau, 2019-042-29
Matthias Zachmann, 2019-042-18

Copyright

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer CreativeCommons-Lizenz veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License

November 2019

312 ISBN: 978-3-948250-05-8

Die Herausgeber*innen bedanken sich bei

Udo Achten, Britta Becker, Anne Jung, Hans-Georg und Ilona Schleicher, Friederike Schulze, Bert Seraje, Karin Singh, Ingeborg Wick, Anti-Apartheid Movement Archive, London, Archiv für alternatives Schrifttum (AfaS), Bundesarchiv, Eulenspiegel-Verlagsgruppe, Solidaritätsdienst International e.V. (SODI e.V.)

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland. Für den Inhalt der Beiträge zeichnen allein die jeweiligen Autor*innen verantwortlich, er spiegelt nicht unbedingt die Position der Rosa-Luxemburg-Stiftung wider.



Von Akteur*innen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene über Früchteboykott oder Bankenprotest bis hin zu künstlerischen Formen der Mobilisierung: Die Solidarität mit dem südafrikanischen Befreiungskampf und der Protest gegen die Apartheid prägten Generationen in Ost und West. Die Publikation stellt das individuelle und institutionelle Engagement vor dem Hintergrund des geteilten Deutschlands und der konträren Außenpolitik dar. Sie zeigt Gegensätze und Widersprüche, aber auch Gemeinsamkeiten auf. Facetten und Formen der Solidarität werden beschrieben, wertgeschätzt und kritisch reflektiert. Ziel ist es, eine gemeinsame Vergangenheit aufzuarbeiten und Inspirationen für einen Neuen Internationalismus zu finden.

